Mittwoch, 22. Oktober 1986 - D * * *

Axel Springer Verlag AG, Postf. 10 08 64, 4300 Essen 1, Tel. 0 20 54 / 10 11
Wichtige Telefon-Nummern der WELT: Zentralredaktion Bonn (02 28) 30 41 / Anzeigenannahme Kettwig (0 20 54) 10 15 24 / Vertriebsabteilung Hamburg (040) 347-1 – Pflichtblatt an allen deutschen Wertpapierbörsen

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Nr. 246 - 43.W.- Preis 1,20 DM - 1 H 7109 A

Belgien 38,00 bfr, Frankreich 7,00 F, Griechenland 150 Dr, Großbritannien 65 p, Italien 1500 L, Jugoslawien 800,00 Din, Luxemburg 28,00 lfr, Niederlande 2,20 hfl, Norwegen 8,50 nkr, Österreich 14 öS, Portugal 150 Esc, Schweden 8,00 skr, Schweiz 2,00 sfr, Spanien 170 Pts, Kanarische Inseln 185 Pts, Türkei 850 TL

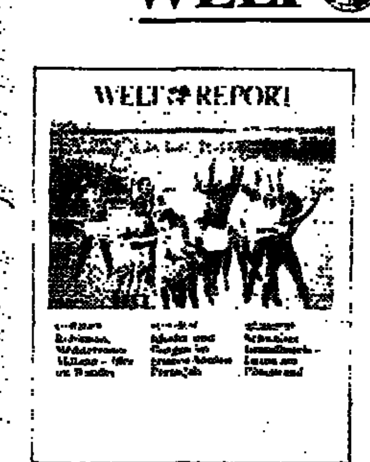
exklusiv in der WELT



Ost-Berlin plante Verseuchung

Das Ministerium für Staatssicherheit (MfS) begnügt sich nicht damit, durch Agenten Informationen in der Bundesrepublik Deutschland sammeln zu lassen. Im Zusammenhang mit der Entwicklung der westdeutschen Anti-Kernkraft-Bewegung, so berichtet Werner Stiller, wurde auch die Intervention mit „aktiven Maßnahmen" erwogen. So wollte man das Gelände um Kernkraftwerke radioaktiv verseuchen. Diese WELT-Serie ist ein Vorabdruck aus dem Stiller-Buch „Im Zentrum der Spionage", das Ende Oktober im v. Hase & Koehler Verlag erscheint. Seite 7

WELT REPORT



Winterurlaub in Schnee oder Sonne

Der Club-Urlaub soll die Ferienformel der nächsten 20 Jahre werden. Robinson, Aldiana und Méditerranée haben sich für die Zukunft neue Konzepte einfallen lassen. Der neue WELT-REPORT REISEN '86/87 informiert außerdem über Winter-Reiseziele in Schnee oder Sonne, beschreibt Städte-Trips und gibt Service-Tips.

POLITIK

Geschlossen: Die Berliner Justizbehörden haben gestern die Ermittlungsakten gegen ehemalige Angehörige des Volksgerichtshofs geschlossen. Das oberste Gericht im Dritten Reich hatte mehr als 5000 Menschen zum Tode verurteilt. (S. 3)

Anschlag: Auf das Institut für Rechtsmedizin der Göttinger Universität ist ein Brandanschlag verübt worden. Schaden: 200 000 Mark. Die Polizei schließt politische Motive der Täter nicht aus.

Visa: Die Innen- und Justizminister der EG haben sich in London darauf verständigt, eine mögliche Einführung gemeinsamer Einreisevisa zu prüfen. Ziel sei es, die „gemeinsame Grenze für unerwünschte Personen undurchlässiger zu machen".

Flucht: Einem 20jährigen Maurer aus der „DDR" ist die Flucht nach Westberlin gelungen. Der Mann überwand in der Nacht zum Dienstag unverletzt die Sperranlagen an der Mauer.

WIRTSCHAFT

Antrieb: Die Investitionstätigkeit der deutschen Industrie wird sich noch beschleunigen. Das hat die Mietfinanz GmbH in Mülheim/Ruhr in ihrer jüngsten Umfrage bei 13 Branchen ermittelt. Eine „Delle" in der Investitionstätigkeit gebe es nicht. (S. 11)

Börse: Die Kurse an den deutschen Aktienmärkten zogen am Dienstag mit Unterstützung ausländischer Käufer zum Teil kräftig an. Dagegen tendierten die Kurse öffentlicher Anleihen am Rentenmarkt uneinheitlich bis schwächer. WELT-Aktienindex: 266,15 (264,22). BHF-Rentenindex: 106,249 (106,296). BHF-Performance-Index: 106,835 (106,859). Dollarmittelkurs: 1,9935 (1,9788). Goldpreis je Feinunze 425,10 (425,00) Dollar.

Aktienindex der WELT
31.12.1964=100
280
270
260
8. 9. 10. 13. 14. 15. 16. 17. 20. 21.
Oktober '86

KULTUR

Musical: „The Phantom of the Opera" heißt das neue Musical von Andrew Lloyd-Webber, das in London uraufgeführt wurde. Eine Aufführung ganz ohne High-Tech-Elektronik und Rock-Maschinenmusik. Das Westend jubelt. (S. 21)

Museum: Ein in Deutschland einzigartiges Museum für Bilderrahmen hat die Stadt Stendal in der Altmark eingerichtet. Die außergewöhnliche Schau dokumentiert eindrucksvoll die Geschichte der Rahmen, die es bereits im alten Ägypten gab. (S. 21)

SPORT

Europapokal: In allen Dritten Programmen (außer Bayern) wird heute von 16.00 Uhr an das Fußball-Europapokalspiel Torpedo Moskau gegen VfB Stuttgart live übertragen. Der WDR sendet von 20.00 Uhr an live das Spiel Mönchengladbach gegen Rotterdam.

Fußball: Die WM in Mexiko hat mit Einnahmen von 144 Millionen und einem Gewinn von 71,5 Millionen Schweizer Franken ein Rekordergebnis erzielt. Der Deutsche Fußball-Bund (DFB) erhält vom Gewinn eine Summe von 4,045 Millionen Mark. (S. 9)

AUS ALLER WELT

Unwetter: Die ersten schweren Herbststürme dieses Jahres mit Spitzengeschwindigkeiten bis zu 170 Stundenkilometern haben in weiten Teilen Europas schwere Schäden angerichtet. Der Orkan kostete fünf Menschen das Leben, 27 wurden schwer verletzt. (S. 22)

Mordprozeß: Das Verfahren gegen den 19jährigen Dieter Wildhagen hat gestern in München begonnen. Der Jugendliche wird beschuldigt, seine 52jährige Mutter und seinen 22 Jahre alten Bruder in ihren Betten erschossen zu haben. (S. 22)

Bonner Landgericht setzt Beugehaft für Lappas aus

Verwirrung über Verhalten des BGAG-Chefs / Heute Aktuelle Stunde

DIETHART GOOS, Bonn

Der in Beugehaft genommene Gewerkschaftler Alfons Lappas ist wieder auf freiem Fuß. Das Bonner Landgericht gab gestern Nachmittag der Beschwerde von Lappas gegen die vom Amtsgericht verfügte Verhaftung wegen totaler Aussageverweigerung vor dem Neue Heimat-Ausschuß teilweise statt. „Der Vollzug ist ausgesetzt", sagte der Vorsitzende Richter der Ersten Strafkammer, Hans Brenner.

Zuvor hatten widersprüchliche Meldungen über die Aussagebereitschaft des obersten DGB-Finanzmanagers für Verwirrung gesorgt. Am zweiten Tag seiner zur Aussageerzwingung angeordneten Beugehaft signalisierte Lappas am Morgen dem Untersuchungsausschuß, er wolle sein Schweigen brechen und den Parlamentariern zur Verfügung stehen.

Auf Wunsch von Lappas begab sich der Ausschußvorsitzende Hüsch zu ihm in die Bonner Justizvollzugsanstalt. Wie er anschließend mitteilte, sei die Bereitschaft von Lappas zur Aussage klar erkennbar gewesen. Dann platzte der Verteidiger von Lappas, Christian Raabe, in das Gespräch und habe eigene Vorstellungen über das Verhalten seines Mandanten vorgebracht.

In Kreisen des Untersuchungsausschusses wurde die neue Wende im Fall Lappas mit deutlicher Verärgerung registriert. Offenbar hätten die Anwälte der gewerkschaftseigenen Finanzholding BGAG, deren Vorstandsvorsitzender Lappas ist, ihren Mandanten „zurückgepfiffen". Die BGAG habe wohl abwarten wollen,

SEITE 4:
Streit spitzt sich zu

wie die Erste Kammer des Bonner Landgerichtes in der Beschwerde über die von der Vorinstanz verhängte Beugehaft gegen Lappas entscheiden werde.

Nach dem zunächst bekundeten Einlenken des prominenten Gewerkschaftsmanagers wurde bereits der Termin seiner Zeugenvernehmung auf morgen 10.00 Uhr festgelegt.

Heute früh findet eine nichtöffentliche Sondersitzung des Untersuchungsausschusses statt. Denn die SPD hat beantragt, den Beschluß über die Beugehaft aufzuheben. Um 9.00 Uhr beginnt dann die öffentliche Zeugenvernehmung von Harro Iden, der bis zur Aufdeckung des Skandals der Neuen Heimat Anfang 1982 Mitglied der Geschäftsführung war. Auf Antrag der CDU/CSU beschäftigt sich der Bundestag um 14.30 Uhr erneut mit der spektakulären Verhaftung von Alfons Lappas am Sonntag auf dem Kongreß der IG Metall in Hamburg. Es ist die fünfte Aktuelle Stunde des Bundestages zum Thema Neue Heimat innerhalb von zwölf Monaten.

Die immer schärfere Kontroverse um die Verhaftung von Lappas hielt auch gestern an. Das SPD-Präsidium bezeichnete die Beugehaft als unverhältnismäßig und als eine Provokation der Gewerkschaftsbewegung.

Der stellvertretende DGB-Vorsitzende Gustav Fehrenbach (CDU) sagte, es sei schon fast ein Wunder, „daß die Bonner Regierungskoalition immer noch ein weiteres Stück Porzellan findet, das sie zerschlagen kann, um ihr Verhältnis zu den Gewerkschaften zu verschlechtern".

DER KOMMENTAR

Verkalkuliert

MANFRED SCHELL

Alfons Lappas ist auf freiem Fuß. Das ist noch keine Entscheidung in der Sache. Er war nach wenigen Tagen Beugehaft bereit, dem Untersuchungsausschuß Neue Heimat mit gewissen Einschränkungen Rede und Antwort zu stehen. Dann allerdings fuhr sein Anwalt dazwischen. Immerhin, Lappas' zeitweiliger Sinneswandel ist bezeichnend. Er hätte durchaus Sinn gemacht.

Denn der gestrige Tag – das überwiegende Pressebild, noch mehr aber die Diskussion auf dem Gewerkschaftstag der IG Metall in Hamburg – hat gezeigt: Die DGB-Führung hat sich schlicht verkalkuliert. Es ist ihr mit noch so aufheizenden Reden und absurden Vergleichen etwa zu den Ereignissen im Jahr 1933 nicht gelungen, Lappas zum Märtyrer eines willkürlich vorgehenden Staates zu machen. Durchgesetzt hat sich vielmehr das Bild einer Gewerkschaftsführung, die glaubte, sie könne sich selbst in der tiefsten Krise selbstherrlich aufspielen und Parlament und Justiz vor den Kopf stoßen. Der Versuch, die Festnahme von Lappas für eine polemische Auseinandersetzung mit der Bundesregierung zu nutzen, ist gescheitert. Und zwar deshalb gescheitert, weil ein Richter und die (in Hamburg einer SPD-Regierung unterstellte) Polizei, nicht aber Bonn, für die Umstände dieser Festnahme verantwortlich sind.

Die Solidarität mit der DGB-Führung im Fall Lappas ist schnell verflogen. Die DAG hat die Bundesregierung in Schutz genommen. Noch gravierender ist, wie sich die Basis der IG Metall gestern zu Wort gemeldet hat. Der Betriebsratsvorsitzende von Opel hat die Stimmung so charakterisiert: „Der Kongreß hätte die Aufgabe, das Problem der Neuen Heimat zu diskutieren, nicht aber, sich vor Leute zu stellen, die sich eigentlich in dieser Diskussion rechtfertigen müßten".

Nein, entgegen der Erwartung von Lappas („das dreht sich jetzt gegen die um") hat die Affäre sich nicht gegen Bonn gedreht. Sie ist beim DGB und bei der SPD, die auf einen Befreiungsschlag gehofft hatte, geblieben.

Die mutige Rede des Delegierten Wagner

GÜNTHER BADING, Hamburg

Der Gewerkschaftstag der IG Metall hat in der Aussprache über die Rechenschaftsberichte der Vorstandsmitglieder zu den eigentlich absehbaren Kongreß-Themen gefunden, die bisher durch die Reaktion auf die spektakuläre Verhaftung des Gewerkschaftsmanagers Alfons Lappas überlagert worden waren.

Die Mehrzahl der Diskussionsredner formulierte vor den 536 Delegierten die auch in zahlreichen Anträgen zum Gewerkschaftstag enthaltene Kritik an der Bundesregierung in scharfer Form. Die Regierung betreibe eine Politik der Konfrontation gegen die Gewerkschaften, die „Koalition von Kapital und Kabinett" – ein immer wieder gebrauchtes Wort in der Diskussion – wolle Gewerkschaftsrechte schmälern. Das zweite beherrschende Thema waren die Aussperrung und als eventuelle Antwort darauf Betriebsbesetzungen durch die Gewerkschaften.

Mutigster Redner auf dem Gewerkschaftstag war gestern der IG-Metall-Bevollmächtigte in Leverkusen, Helmut Wagner. Er war der erste Christdemokrat, der auf dem Kongreß die Konfliktstrategie der IG Metall gegenüber der Bundesregierung kritisierte.

Wagner erntete Buh-Rufe, Pfiffe und zahllose empörte Zwischenrufe als er die fast ausnahmslos sozialdemokratischen Delegierten daran erinnerte, daß mit dem Wort von der angeblichen „Koalition von Kabinett und Kapital" im Grunde „die Mehrheitsentscheidung des Volkes brüskiert wird", da ja das Volk das Parlament und dieses wiederum diese Regierung gewählt habe. Die ihm „unheimlich" erscheinende Personifizierung der Attacken auf die Bundesregierung durch die Angriffe auf Bundesarbeitsminister Norbert Blüm sei unerträglich.

Wagner wurde das Weitersprechen durch die zunehmenden Störungen unmöglich gemacht, als er begann die „positiven Akzentverschiebungen" durch die Politik seit der Bonner Wende aufzuzeigen. Erst durch das Eingreifen des Tagungspräsidiums – sinnigerweise Punkt fünf Minuten vor zwölf – konnte Wagner weitersprechen.

Wieviel Haß dem CDU-Mann entgegenschlug wurde an der Bemerkung eines Dortmunder Delegierten deutlich, der unter Anspielung auf die Festnahme von Lappas sagte: „Ich glaube, man hat am Sonntag den Falschen mitgenommen."

Eigentlich hatten die wenigen Christsozialen auf dem Gewerkschaftstag ein klares Wort gegen die Konfliktstrategie der IG Metall von dem CDA-Mitglied im Gewerkschaftsvorstand Willi Sturm erwartet. Der aber setzte auf die Mehrheitsströmung, als er in seinem Rechenschaftsbericht über den Bereich Handwerk und Ausländische Arbeitnehmer sagte: „Bei Forsetzung der derzeitigen Koalition bleiben sicher weitere Angriffe auf Arbeitnehmerrechte zu befürchten." Der Bundesregierung bescheinigte er „Fehlverhalten" gegenüber dem DGB, das aber „nicht zu Spannungen zwischen Mitgliedern verschiedener politischer Überzeugung" in der IG Metall führen werde.

Kurssturz in Tokio steckt Frankfurter Börse nicht an

In Japans Hauptstadt fällt der Index um mehr als 300 Punkte

DW. Tokio/New York

An den Weltbörsen herrscht Unsicherheit. Die Furcht vor sinkenden Kursen zwingt die Anleger offenbar zur Zurückhaltung. Die Verkäufe mehren sich. Die Aktienbörse in Tokio, an der Spekulanten in diesem Jahr viel Geld verdienen konnten, ist von einer Abwärtsbewegung erfaßt.

Die Entwicklung gipfelte gestern in einem Kurssturz. In der japanischen Hauptstadt fiel der Nikkei-Dow-Jones-Index um 317,60 auf 16 205,77 Punkte. Zwar lag er damit über dem Niveau, das am Ende der ersten Sitzungshälfte prophezeit worden war. Dennoch: In der Tokioter Börsengeschichte wurden erst zweimal größere Verluste als gestern verbucht. Außerdem ist der Statistik zu entnehmen, daß die Kurse erstmals seit mehr als vier Jahren in sieben aufeinanderfolgenden Sitzungen gesunken sind.

Begründet wurde der Einbruch vor allem mit der deutlich schwächeren New Yorker Börse am Montag. Aufgrund des Abgabedrucks angesichts steigender Zinsen war es an der Wall Street zu einem Kursverfall auf breiter Front gekommen. Der Dow-Jones-Index für 30 ausgesuchte Industriewerte fiel um 28,02 Punkte unter den Wert vom Freitag und schloß mit 1811,02 Punkten.

Aber nicht nur die Entwicklung in New York, sondern auch die derzeitige Baisse-Stimmung habe Käufer vom Markt ferngehalten, meinen Händler. Ob es sich um einen anhaltenden Trend oder nur um eine vorübergehende Laune handelt, beurteilen Experten unterschiedlich. Einige werten als positiv, daß die Umsätze wieder recht niedrig waren, viele Anleger also abwartend reagieren. Umgesetzt wurden 350 Millionen Aktien, verglichen mit 260 Millionen am Vortag. Andere werten diese leichte Zunahme jedoch als Zeichen für eine weitere Verschlechterung der Situation.

Frankfurt ließ sich von der schlechten Stimmung in Tokio gestern nicht anstecken. Nicht stürmisch, aber lebhaft war die Aktiennachfrage. Die Aufwärtsbewegung des Dollarkurses sowie eine technische Reaktion auf den Kursverfall der vorangegangenen Tage führten zu Kursbesserungen meist bis zu drei Mark, bei Auto- und Elektroaktien auch darüber hinaus.

„Termin der Kohl-Visite hervorragend"

Shultz begrüßt den Bundeskanzler / Gespräch mit Reagan / Jugendaustausch wird verstärkt

BERNT CONRAD, Washington

Bundeskanzler Helmut Kohl hat den amerikanischen Präsidenten Ronald Reagan gestern in Washington ermuntert, gegenüber sicherheitspolitisch bedenklichen Forderungen Moskaus fest zu bleiben, gleichzeitig aber weiterhin den Dialog mit dem sowjetischen Parteichef Gorbatschow zu suchen und die Genfer Abrüstungsverhandlungen intensiv fortzusetzen. Kohl betonte, er habe auch die Moskauer Führung aufgefordert, sich mit Reagan zu arrangieren und nicht auf den nächsten Präsidenten zu warten.

Der Kanzler war am Montag abend in Begleitung von Außenminister Genscher, Verteidigungsminister Wörner und des stellvertretenden CDU/CSU-Fraktionsvorsitzenden Rühe gemeinsam mit seiner Frau Hannelore in Washington eingetroffen und am Flugplatz von US-Außenminister Shultz begrüßt worden. Shultz bezeichnete den Zeitpunkt des Besuches unmittelbar nach dem Treffen von Reykjavik als „hervorragend".

Bei strahlendem Sonnenschein empfing Präsident Reagan dann gestern vormittag seinen Gast im Garten des Weißen Hauses. In der anschließenden Unterredung im Oval Office berichtete der Präsident über den Verlauf seiner Begegnung mit Gorbatschow in Island und bekräftigte die Einschätzung, daß die Gespräche trotz ihres ergebnislosen Ausgangs die Grundlage für weitere erfolgversprechende Abrüstungsverhandlungen geschaffen hätten.

SEITE 10:
Signale aus Moskau

Der Kanzler bestärkte Reagan darin und bemühte sich seinerseits, dem Präsidenten die europäischen Interessen plausibel zu machen. Dabei unterstrich er die zentrale Frage der Einbeziehung der Kurzstreckenraketen in eine Vereinbarung über Mittelstreckenwaffen (INF).

Daß der Kanzler damit auf offene Ohren stieß, ließ sich bereits aus einer Äußerung der Abteilungsleiterin im Außenministerium, Ridgway, ablesen. Sie hatte zuvor erklärt, für die USA seien Verhandlungen über Kurzstreckenraketen integraler Bestandteil eines jeden Abkommens über Mittelstreckenraketen.

Kohl wies Reagan auch darauf hin, daß bei einer Null-Lösung für INF in Europa und einer radikalen Reduzierung der strategischen Systeme erhebliche Sicherheitsprobleme für Europa entstehen könnten. In allen diesen Punkten konnte Kohl nach Absprache mit Premierministerin Thatcher, dem holländischen Regierungschef Lubbers und der französischen Regierung auch die Interessen der europäischen Partner wahrnehmen.

Reagan und Kohl vereinbarten die Schaffung eines deutsch-amerikanischen Rates zur Förderung des Jugendaustausches. In diesem Gremium sollen die beiden Regierungen, nicht-staatliche Organisationen und Einzelpersonen, vertreten sein und eine beratende Funktion haben.

Kronzeuge noch 1986

DW. Bonn

Bundesinnenminister Friedrich Zimmermann hat die Einführung einer Kronzeugenregelung für voraussichtlich noch dieses Jahr angekündigt. Auf die Frage, ob die Koalition sich noch 1986 im Kampf gegen den Terrorismus für die Einführung einer solchen Regelung entscheiden werde, sagte Zimmermann gestern vor Journalisten: „Das sieht so aus". Die nach dem Mordanschlag auf den Bonner Diplomaten Gerold von Braunmühl eingesetzte Kommission werde sich am Mittwoch mit diesem Ziel treffen.

Kernfusionsprojekt nach Karlsruhe?

DW. Stuttgart

Die baden-württembergische Landesregierung bemüht sich, das europäische Kernfusionsprojekt NET – Next European Torus – nach Karlsruhe zu holen. Auf einen Antrag der CDU-Landtagsfraktion erklärte sich das Land bereit, in Bonn und bei der EG entsprechend initiativ zu werden. Das Bundesforschungsministerium räumt Karlsruhe offenbar besondere Chancen ein, zumal das Land die Kosten für ein Tritium-Labor in Höhe von insgesamt 34 Millionen Mark zur Hälfte übernehmen will.

Sturm auf deutsche Botschaft

AP, Harare

Aus Empörung über den Tod des moçambiquanischen Präsidenten Samora Machel haben in der zimbabwischen Hauptstadt Harare etwa 5000 jugendliche Demonstranten südafrikanische Einrichtungen gestürmt. Bei den gewalttätigsten Demonstrationen seit der Unabhängigkeit Zimbabwes vor neun Jahren wurden auch Vertretungen der USA, der Bundesrepublik Deutschland und Malawis angegriffen. Der südafrikanische Außenminister Roelof Botha richtete einen Appell an die zimbabwische Regierung, unverzügliche Maßnahmen zum Schutz von Personal und südafrikanischen Institutionen zu ergreifen.

In Sprechchören forderten die Jugendlichen „Tod für Botha" und beschuldigten Südafrika, für den Tod Machels verantwortlich zu sein. Der Präsident war bei einem Flugzeugabsturz über südafrikanischem Gebiet ums Leben gekommen.

Kreml sucht nach SDI-Definition

dpa, Moskau

Die sowjetische Forderung, daß die Vereinigten Staaten ihre Forschungen für eine Raketenabwehr im Weltraum (SDI) auf Laboratorien beschränken sollen, bietet nach wie vor Spielraum für mehrere Interpretationen. Der Sprecher des sowjetischen Außenministeriums, Gennadi Gerassimow, erklärte gestern auf einer internationalen Pressekonferenz, daß die sowjetischen Wissenschaftler noch keine genaue Definition des Begriff „Forschung im Laboratorium" gefunden hätten. Allerdings sei ausgeschlossen, daß die Sowjetunion Versuche im Weltraum erlaube.

Der sowjetische Parteichef, Michail Gorbatschow, hatte auf dem Gipfeltreffen in Reykjavik seine Abrüstungsvorschläge davon abhängig gemacht, daß die Vereinigten Staaten ihre SDI-Forschungen auf Laboratorien beschränken. Der Kremlchef hatte den Begriff nicht weiter erläutert.

Peking hofiert den SED-Chef

DW. Peking

Chinas Präsident Li Xiannian hat den „DDR"-Staatsratsvorsitzenden und SED-Chef, Erich Honecker, mit militärischen Ehren und den für Staatsoberhäupter üblichen 21 Schuß Salut vor der Großen Halle des Volkes in Peking zu einem sechstägigen offiziellen Besuch empfangen. Anschließend traf Honecker, der als erster Staats- und Parteichef der „DDR" die Volksrepublik besucht, zur ersten von zwei Gesprächsrunden mit KP-Generalsekretär Hu Yaobang zusammen.

Nach der Normalisierung der zwischenstaatlichen Beziehungen in den vergangenen drei Jahren bedeutet diese Begegnung die Wiederaufnahme des Dialogs auch zwischen der SED und der KP Chinas auf höchster Ebene. Gleichzeitig ist sie ein weiterer Schritt der Wiederannäherung Pekings an die engsten Bündnispartner Moskaus in Europa.

Seiten 2 und 10: Weitere Beiträge

SPD und SED einig über atomwaffenfreien Korridor

Chance für Beseitigung der Kurzstreckenwaffen?

p.p. Bonn

Im Zentrum der von SPD und SED gemeinsam erarbeiteten „Grundsätze über einen atomwaffenfreien Korridor in Mitteleuropa" steht die Definition, daß „zu den Atomwaffen im Sinne dieser vereinbarten Grundsätze alle Trägersysteme gehören, die zum Einsatz von Kernmunition fähig sind, sowie die Kernmunition selbst, einschließlich Kernminen". Aus einem jeweils 150 Kilometer breiten Korridor beiderseits der innerdeutschen Grenze sowie eines entsprechenden Territoriums der Tschechoslowakei sollen also nach den Vorstellungen der Partei-Arbeitsgruppe alle Waffensystem abgezogen werden, „die sowohl atomar wie konventionell verwendet werden können", also auch Rohrartillerie und Flugzeuge.

Das SPD-Präsidiumsmitglied Egon Bahr und das SED-Politbüromitglied Hermann Axen haben gestern mittag in Bonn an der Spitze ihrer Partei-Delegationen die gemeinsam in den vergangenen zwölf Monaten erarbeiteten „Grundsätze" vorgestellt. Axen verwies auf laufende „Konsultationen" mit Moskau, auf westlicher Seite sind nach Bahrs Worten Bundesregierung und USA regelmäßig unterrichtet worden.

Im gemeinsamen Kommuniqué heißt es, daß nach dem Erfolg der Stockholmer KSZE-Konferenz ihre Vereinbarung „die politischen Vorwarnzeiten noch einmal verlängern und die Angriffsfähigkeit weiter mindern" würde. Dabei beschränkte man sich auf ein Feld, das von den Großmächten nicht verhandelt wird.

Wenn diese „Grundsätze" durch regierungsamtliches Verhandeln in Vertragsform gegossen würden, so Bahr, gehe man damit „auch einen ersten Schritt auf konventionellem Gebiet". Aber vor allem würden „die Kurzstreckenraketen weggeschafft, mit denen die Bundesregierung die Verhandlungen in Reykjavik nicht zusätzlich belasten wollte". Die Übereinkunft, daß neben „permanenten Kontrollpunkten erstmalig in einer formulierten Ost-West-Initiative Stichprobenkontrollen niedergelegt" wurden".

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Die Schere im Geldbeutel

Von Hans-Jürgen Mahnke

In dem sonst recht optimistischen Gutachten der fünf führenden wirtschaftswissenschaftlichen Forschungsinstitute muß eine Zahl schrecken: Im nächsten Jahr werde das Aufkommen an Lohnsteuer um fast zehn Prozent steigen. Und das, obwohl für die Bruttolohn- und -gehaltssumme eine Zunahme um 5,5 Prozent unterstellt wird.

Zwar nimmt auch die Beschäftigung zu, was zu höheren Staatseinnahmen führt. Aber im Kern liegt die Diskrepanz daran, daß nach der ersten Stufe der Steuerreform dieses Jahres „*die Progression des Einkommensteuertarifs wieder* voll wirksam wird", wie es die Gutachter ausdrücken.

Unter dem Aspekt, daß dadurch das Staatsdefizit sinkt, mag dieses begrüßt werden. Nur: Das kann nicht relevant sein. Eine solche Scherenentwicklung schürt den Verdruß, treibt in die Schattenwirtschaft und lähmt die Leistungsbereitschaft.

Auch wenn der Vorschlag der Institute realisiert würde, die zweite Stufe der Steuerreform, die auf den 1. Januar 1988 terminiert ist, aus konjunkturellen Gründen praktisch um ein Jahr vorzuziehen, so wäre das eigentliche Problem damit keineswegs gelöst, allenfalls für ein Jahr gemildert. Es kann nicht in erster Linie darum gehen, eine leichte Abschwächung der Wirtschaft mit steuerlichen Mitteln abzufangen. Entscheidend kommt es darauf an, die Schere zu schließen, nicht nur für eine gewisse Zeit, sondern möglichst dauerhaft. Und auch nicht erst in den neunziger Jahren, für die eine umfassendere Steuerreform ins Auge gefaßt wird, sondern möglichst rasch.

Dafür sprechen allein schon wachstumspolitische Überlegungen. Es geht auch nicht nur um eine Senkung der Steuerlast, sondern ebenfalls um eine Vereinfachung der Gesetze, etwa durch drastische Reduzierung der Vergünstigungen, wie es jetzt in den USA geschieht. Damit ließe sich ein erheblicher Teil der Reform des Tarifverlaufs bereits finanzieren.

Solche Eingriffe stoßen auf den Widerstand der bisher Begünstigten. Trotzdem sind sie notwendig, ist Mut gefordert – der sich auszahlen dürfte. Der Grundsatz, Arbeit müsse sich wieder lohnen, ließe sich so am besten in die Tat umsetzen.

Peking für Teilung?

Von Jochen Hehn

Hat Peking in seinem Eifer, mit den Warschau-Pakt-Staaten an der Sowjetunion vorbei zu einer schnellen Normalisierung der Beziehungen zu kommen, seine Sensibilität in der Frage der geteilten deutschen Nation verloren? Die als „Staatsbesuch" von chinesischer Seite behandelte Visite Honeckers läßt einen solchen Eindruck durchaus entstehen.

Mit ihren Lobpreisungen für die großartigen Errungenschaften des „Volkes der DDR" und den Ehrungen für Honecker, den „langjährigen Freund des chinesischen Volkes", – der SED-Chef und der chinesische KP-Generalsekretär Hu Yaobang kennen einander aus den fünfziger Jahren, als sie beide Vorsitzende ihrer Jugendverbände waren – bedient sich die chinesische Führung einer Formel, die selbst zu Zeiten der ungestörten Beziehungen zwischen Peking und Ost-Berlin vor einem Vierteljahrhundert hätte aufhorchen lassen, als Bonn noch keine diplomatischen Beziehungen zu Peking unterhielt.

China, selbst ein geteiltes Land, hat die deutsche Frage immer mit Samthandschuhen angefaßt und Völkerrechtlern niemals die Gelegenheit zu Mißdeutungen gegeben. Die Führung der chinesischen KP hat die Wiedervereinigung des geteilten deutschen Volkes – im Bewußtsein der eigenen Teilung – immer in glasklaren Stellungnahmen als wünschenswert gefordert und dabei Bonner Politikern oftmals sogar den Rang abgelaufen. Sie kannte bisher ein „Volk der DDR" so wenig wie ein „Volk von Taiwan". So hält es übrigens umgekehrt auch Taiwan, das als „Republik China" trotz zunehmender internationaler Isolierung immer noch den Alleinvertretungsanspruch aufrechterhält und seinerseits mit dem chinesischen Festland die Wiedervereinigung anstrebt, wenn auch unter anderen Vorzeichen.

Die deutschen Politiker jenseits und in manchen Fällen auch diesseits des Eisernen Vorhangs können von den Chinesen hinter und vor dem Bambusvorhang lernen. Der Wille zur Einheit ist bei ihnen immer noch ungebrochen. Dies gilt auch für jene Chinesen, die in Europa, den USA oder anderen Teilen der Welt eingebürgert sind. Umso beklagenswerter die unfreundliche Äußerung von Hu Yaobang.

Folgen von Reykjavik

Von Rüdiger Moniac

Die nach dem Reykjavik-Gipfel nicht mehr nur theoretische Aussicht auf den Abzug aller nuklearen Mittelstreckenwaffen längerer Reichweite (SS 20 und Pershing II) aus dem westlichen und östlichen Teil Europas verschärft die Sicherheitsprobleme der NATO ungemein.

Denn zum einen wäre dann nicht mehr garantiert, daß auch der sowjetische Boden von Westeuropa aus mit amerikanischen Nuklearmitteln „unter Risiko gestellt" gestellt ist. Zum anderen aber erhalten die nicht-atomaren Potentiale der Sowjets (die Streitkräfte der UdSSR sind denen der NATO in Europa konventionell um das Dreifache oder mehr überlegen) sowie die Nuklearmittel Moskaus mit Reichweiten von 150 bis 1000 Kilometer, die vor allem Ziele in der Bundesrepublik Deutschland und die Versorgungshäfen an der Kanalküste bedrohen, einen ganz neuen militärischen und damit auch politisch-psychologischen Wert.

Die NATO sieht sich nach Reykjavik vor der Aufgabe, für die Mittelstreckenwaffen kürzerer Reichweite (SRINF) ein Mittel der Zähmung zu entwickeln. Auf diesem Gebiet hat die Sowjetunion eine komfortable Überlegenheit von sechs zu eins. Zwei Wege sind theoretisch möglich.

Entweder man verhandelt auch über die SRINF-Systeme in der Hoffnung, daß die Sowjetunion deren Abbau ohne westliche Gegenleistung zugesteht. Sehr aussichtsreich ist das nicht. Dann kann der Westen sich in Verhandlungen das Recht auf gleiche Obergrenzen bei diesen Waffen zu sichern suchen. Das hätte die Folge, daß der Westen ein neues Potential von Raketen mit Reichweiten bis zu 1000 Kilometer entwickeln und in Europa stationieren müßte.

Das würde erstens gewaltige neue Kosten verursachen – ebenso wie ein konventioneller Ausgleich, fielen sämtliche Nuklearwaffen weg, enorme Zusatzkosten verursachen müßte. Überdies würde eine Kurzstrecken-Nachrüstung eine enorme psychologische Belastung herbeiführen, wie man sie vom Herbst 1983 bei den Auftritten gegen die Nachrüstung in Erinnerung hat. Der Westen muß sich diese Zusammenhänge überlegen; die Sowjetunion hat es gewiß schon getan.



Axen-Mächte KLAUS BÖHLE

DGB: Wandel tut weh

Von Wilfried Hertz-Eichenrode

Die Gewerkschaften können sich vom Bundespräsidenten bestätigt fühlen. Auf dem Hamburger DGB-Kongreß im Mai hat Richard von Weizsäcker gewürdigt, daß die Gewerkschaftsbewegung neben der kommunalen Selbstverwaltung „die älteste und mächtigste Lebenswurzel der Demokratie in Deutschland" darstelle. Gleichwohl widerfuhr dem Staatsoberhaupt harsche Kritik. Richard von Weizsäcker hatte auch gesagt, es sei das allerbeste Recht der Gewerkschaften, sich mit der jeweiligen Regierung auseinanderzusetzen, aber das dürfe „nicht in eine Auseinandersetzung mit dem Staat selbst ausarten".

Diese selbstverständliche Einschränkung bohrte sich manchen Funktionären wie eine Harpune ins Fleisch. Es gab Widerspruch: Auf das Staatsverständnis komme es an. Damit war offensichtlich der Sozialstaat nach DGB-Vorstellung gemeint. Wer sind jene Funktionäre, wer sind jene Gewerkschaften, daß sie sich herausnehmen, über den demokratischen Verfassungsstaat zu Gericht zu sitzen?

Die Bundesrepublik Deutschland ist ein Staat der Wahlbürger. Wir stehen vor der Bundestagswahl. Erinnern wir uns des Ergebnisses vom 6. März 1983. Kanzler Kohl legitimierte den Regierungswechsel vom Herbst 1982 mit einem Anteil der Unionsparteien von 48,8 Prozent der Zweitstimmen und von 52,2 Prozent der Erststimmen. Hätten nicht so viele Unionsanhänger ihre Stimme aus Koalitionsgründen der FDP gegeben, Helmut Kohl hätte für die Union die absolute Mehrheit erreichen können.

In den „Gewerkschaftlichen Monatsheften" wurde analysiert: Die SPD sei auf das Niveau von Anfang der sechziger Jahre zurückgefallen; *in der Arbeiter-Wählerschaft sei sie* unter das Niveau der Bundestagswahl 1976 gerutscht. In den Großbetrieben, wo die Arbeitnehmer am dichtesten gewerkschaftlich organisiert sind, habe die SPD schon 1976 Wählereinbrüche erlitten; diesem Trend seien 1983 die Arbeitnehmer der Mittel- und Kleinbetriebe nachgefolgt.

Zwar sind DGB und SPD nicht ein und dasselbe. Der DGB war weder mit den Sparmaßnahmen noch mit der Beschäftigungspolitik der Regierung Schmidt einverstanden. Aber dennoch gilt, daß die treuesten SPD-Wähler zugleich Gewerkschaftsmitglieder sind. Da sie 1983 in Massen zur Union überliefen, muß man folgern, daß sehr viele Gewerkschafter ihre Arbeitnehmerinteressen bei der SPD nicht mehr in guten Händen sahen.

Der DGB wendet sich weltanschaulich und politisch traditionell der SPD zu. Deshalb ist die Frage berechtigt, ob er seinerseits die Interessen der Arbeitnehmer noch so definiert wie diese selbst.

Darüber wird am 25. Januar die Bundestagswahl neuen Aufschluß geben. Schon jetzt stehen die Zeichen an der Wand. Sie sagen dreierlei:

– Wahlpolitisch sei der DGB an die SPD gekoppelt. Emnid hat im Juli und August ermittelt, daß 56 Prozent der Bevölkerung die Gewerkschaften parteipolitisch zu eng mit der SPD verflochten sehen.

– Knapp zwei Drittel der von Emnid befragten Personen – bei den Arbeitern waren es sogar vier Fünftel – *lehnten den „Allzuständigkeitsanspruch"* der Gewerkschaften ab. Der DGB solle sich auf tarif- und arbeitsnahe Themen beschränken.

– Auch bei diesen ureigensten Gewerkschaftsthemen erntet der DGB kühle Zurückhaltung. Eine vom DGB veranlaßte Infas-Umfrage zeigte, daß die meisten Bürger dem Gewerkschaftsbund nicht folgen, wenn er mit beliendem Verbalradikalismus der Regierung Kohl die Verantwortung für die Massenarbeitslosigkeit ankreidet. 58 Prozent der Gewerkschafter und 56 Prozent der SPD-Anhänger halten weltwirtschaftliche Ursachen für bedeutend.

Der DGB wird unsanft auf die Tatsache gestoßen, daß sich die Gewerkschaftsmitglieder ihr Urteil weitaus mehr an den Informationen der unabhängigen Presse als an den Kampagnen der Funktionäre bilden. Am schmerzhaftesten trifft dies den DGB im Herzstück seines Selbstverständnisses, seiner emanzipatorischen Philosophie und seines Programms: der Mitbestimmung.

Der Bundespräsident hat den Delegierten in Hamburg versichert, daß die qualifizierte Mitbestimmung sich immer mehr bewähre; jedoch laut Infas nehmen nicht mehr als zwölf Prozent der Arbeitnehmer die Mitbestimmung wichtig. Und das nach einem halben Jahrhundert Kampf, nach vier Jahren neuaufgelegter „Mitbestimmungsinitiative" des Deutschen Gewerkschaftsbundes. Jene 88 Prozent der Arbeitnehmer, die nicht viel davon halten, werden sich nach der eklatanten Mißachtung der Mitbestimmung durch den DGB im Fall der Neuen Heimat in ihrer Meinung bestärkt fühlen.

Nimmt man hinzu, daß die DGB-Gewerkschaften es ohnehin nicht schaffen, mehr als ein Drittel der Arbeitnehmer zu organisieren, dann blickt man auf einen Verband, der sich in einer schweren Krise befindet. Davon zeugt auch die Tatsache, daß nach dem Desaster der Neuen Heimat so mancher Funktionär die Flucht aus dem gewerkschaftlichen Ideal der Gemeinwirtschaft antritt. Wird der DGB an sich selber irre?

Er trauert dem verlorenen proletarischen Sozialmilieu nach. Mit Ach und Krach machen sich die DGB-Gewerkschaften auf den Weg zum Interessenverband, der sich im Wandel der Strukturen in das nachindustrielle Zeitalter einpaßt, sich für höhere Löhne und humane *Arbeitsbedingungen einsetzt und* nicht jeden Tag darauf aus ist, die Welt zu verbessern.



Am Herzstück sind die Arbeitnehmer kaum interessiert: Mitbestimmungsparolen beim Mai-Aufmarsch FOTO: AP

IM GESPRÄCH Hermann Axen

Verbindungsmann zur SPD

Von Werner Kahl

Für Kontakte mit der SED-Führung hat die SPD seit längerem – an der Bundesregierung vorbei – ein Nebengleis verlegt. Dort werden die Weichen für *Alleingänge der Opposition* zum Zwecke von Abmachungen mit dem Ostberliner Regime gestellt. In dieser Woche wurde abermals das Einfahrtsignal für eine SED-Delegation gegeben. Hermann Axen, außenpolitischer Entscheidungshelfer seines Staatsratsvorsitzenden und Parteichefs, den Moskau um Bonn herum in die Mongolei und nach Peking geleitet hat, verhandelt ganz im Stil eines *Regierungsbeauftragten*.

Sein Auftreten am Rhein dürfte die volle Zustimmung im Kreml gefunden haben. Von dem siebzigjährigen Mitglied des Politbüros sind keinerlei Abweichungen oder gar Extratouren auf dem deutschen Feld zu erwarten. In seiner Kaderakte wird die bedingungslose, der jeweiligen Parteilinie folgende Haltung hervorgehoben. Die „Linie" geht für ihn ohne jeden Zweifel *von Moskau aus*.

Flexibel machte er in seiner Karriere seit 1945 jede Kursänderung mit. Mal war er für den totalen Machtanspruch der kommunistischen Parteien; anderntags – ein Schritt zurück – vertrat er ein *Kompromißangebot* an die nichtkommunistischen Parteien für eine „Nationale Front", eine „Sicherheitspartnerschaft" oder wie immer der jeweilige Einfall etikettiert wird.

Honecker hatte den 1916 in Leipzig geborenen Sohn eines KP-Funktionärs an der Organisation für die Gründung der Staatsjugendorganisation FDJ beteiligt. Schon 1950 wurde er in das SED-Zentralkomitee berufen. Als Agitationsleiter entwickelte er eine „Parteipresse neuen Typs" und wurde anschließend mit der Leitung des SED-Zentralorgans „Neues Deutschland" beauftragt. Noch Walter Ulbricht übertrug ihm die SED-Führung die Funktion des Sekretärs für internationale Verbindungen; damit war er nicht nur für die Beziehungen zu den „Bruderparteien", sondern insgesamt für die Partei-Außenpolitik zuständig.



Angst vor dem Gehängtwerden: Axen FOTO: KUCHARZ

Ulbrichts Nachfolger Honecker änderte an dieser Funktion nicht nur nichts, er übertrug Axen obendrein im vergangenen Jahr die Aufgaben des für innerdeutsche Politik eingesetzten früheren Politbüromitglieds Häber. Axen folgert die ultima ratio seiner Politik aus einer Clausewitz-Interpretation eigenen Zuschnitts: „Nach Erschöpfung aller politischen Möglichkeiten die rechtzeitige sozialistische Waffenhilfe" („Einheit", Zeitschrift für Theorie und Praxis des wissenschaftlichen Sozialismus, Nr. 10, Jahrg. 1968, Seite 1209). Die Begründung gibt er mit einer bezeichnenden Rechtfertigung für den Überfall auf die CSSR: „Hätten die Parteien und Regierungen der fünf sozialistischen Bruderländer ihre Aktion erst beginnen dürfen – wie leider einige Kommunisten in Europa sagen –, nachdem in Prag ... Kommunisten aufgehängt worden wären?"

DIE MEINUNG DER ANDEREN

Die Verhaftung Lappas' stand im Mittelpunkt der Kommentare:

Frankfurter Rundschau

Er hat kategorisch und in dieser schroffen Totalität unbegründet jede Aussage vor dem parlamentarischen Untersuchungsausschuß verweigert und spürt nun die Instrumente des Rechtsstaats. Das mag mancher für überzogen halten (die Gerichte können das klären), aber das berechtigt noch lange nicht, den Verhaftungsvorgang in die Nähe von 1933 zu rücken.

SÜDKURIER

Von interessierter Seite sind bereits Worte gefallen, die um unserer Demokratie willen besser nicht gesagt worden wären ... Soll plötzlich nicht mehr gelten, daß vor einem Untersuchungsausschuß des Parlaments – wie vor dem Gesetz – letztlich alle gleich sind? (Konstanz)

Schwarzwälder Bote

Bei allem Verständnis für die Aufgaben des Neue-Heimat-Untersuchungsausschusses: Die spektakuläre *Verhaftung des Chefs der Gewerkschaftsholding* BGAG, Lappas, am Rande des IG-Metall-Kongresses belastet die laufenden Ermittlungen mehr, als sie der Sache nutzen könnte. (Oberndorf)

Allgemeine Zeitung

Wenn schon eine Verhaftung *unumgänglich erschien – die jetzt dafür* ins Feld geführte bevorstehende Auslandsreise hätte Lappas wahrscheinlich verschieben können –, so hätte die Festnahme doch gewiß nicht in einem „*Parlament der Arbeit*" erfolgen müssen. Ob Sünder, ob Märtyrer – den Anspruch auf Respektierung ihrer Würde haben sowohl Lappas als auch die Gewerkschaften. (Mainz)

STUTTGARTER NACHRICHTEN

In welchem Staat, so muß man fragen, leben (die Rechtsgelehrten der Gewerkschaft) eigentlich? Wissen sie nichts von der Justiz als dritter unabhängiger Gewalt, lassen sich Richter neuerdings von den Politikern bei uns nach Belieben gängeln?

Eßlinger Zeitung

SPD und Gewerkschaften haben allen Grund, die Provokationen des Herrn Lappas nicht länger zu decken. Was haben sie, was hat Lappas eigentlich zu verbergen? Diese Kernfrage hält viel länger vor als der miserable Eindruck von der Verhaftung am Rande des IG-Metall-Kongresses, der übrigens glimpflicher hätte ausfallen können, hätte die SPD-geführte Hamburger Polizei mehr Finger*spitzengefühl gezeigt*.

AUGSBURGER ALLGEMEINE

Lappas hat vor einem Bundestagsuntersuchungsausschuß die Aussage total verweigert. Die Beugehaft ist zwar ein hartes Mittel, ihn zum Sprechen zu bewegen, aber Lappas ist dieses *Risiko* eingegangen, er hat es selbst in der Hand, die Haft jederzeit zu beenden.

Anklage in Sachen Alkem, aber keine Stillegung

Merkwürdiges aus der rotgrünen Koalition in Hessen / Von Dankwart Guratzsch

In zweieinhalb Wochen müssen hessische Polizeibeamte ein weiteres Mal den Kopf für eine Unternehmensgruppe hinhalten, die in Hessen nicht aus den Schlagzeilen herauskommt: die Hanauer Nuklearbetriebe. Wieder ist eine bundesweite Demonstration angekündigt – bei der letzten vor zwei Jahren ließen schwarzgekleidete Chaoten Steine und Feuerwerkskörper fliegen. Es gab Verletzte und stundenlange Straßenschlachten. Immerhin konnten die Polizisten jedoch davon ausgehen, daß sie Recht und Gesetz verteidigten. Aber die Begriffe sind in Hessen ins Wanken geraten.

Inzwischen hat die Staatsanwaltschaft gegen Geschäftsführer der Firmen und gegen Beamte des hessischen Wirtschaftsministeriums Anklage erhoben. Die amtliche Begründung lautet, es gehe um ein „Formaldelikt". An Betrieb und Anlagen der Firma Alkem seien „wesentliche Veränderungen" ohne die nach Atomgesetz erforderliche Genehmigung vorgenommen worden.

Aber die Beschwichtigung klingt ein wenig vordergründig. Ergänzend teilen die sachbearbeitenden Staatsanwälte nämlich mit, von „wesentlichen Veränderungen" werde dann gesprochen, wenn „Auswirkungen auf das Sicherheitsniveau zu erwarten" seien. Der Umgang der Firma Alkem mit höheren Transporteinheiten von Plutoniumoxid zum Beispiel bedeute, daß eine erhöhte „Kritikalität" des Spaltstoffs erreicht werde – in Übersetzung: daß sich die Gefahr einer unkontrollierten Kettenreaktion erhöht.

Gleichwohl sehen sich die Juristen weder zu Warnungen noch auch nur zu Empfehlungen an die politisch Verantwortlichen in Hessen veranlaßt, wie sie sie in früheren Fällen, etwa beim Verfahren gegen Verantwortliche eines Altöl-Entsorgungsunternehmens, durchaus für nötig befunden haben. Ministerpräsident Börner lehnt eine Stillegung der Firmen seinerseits ausdrücklich ab und reduziert den Streit auf „unterschiedliche Rechtsauffassungen". Sind die Sicherheitsbedenken also aus der Luft gegriffen?

Nicht einmal die Grünen haben in ihrer Stellungnahme zu den Vorwürfen der Staatsanwaltschaft das Sicherheitsargument gebraucht. Sie nehmen freilich den Ministerpräsidenten, ihren Koalitionspartner, in die von ihm selbst mitgeschmiedete Zange: Wie Börner vor einem Jahr in eine Vereinbarung sozialdemokratischer Energieexperten mit den Grünen einwilligte, daß der Genehmigungsantrag von Alkem „nicht entscheidungsreif" sei, so muß er sich jetzt von ihnen vorführen lassen als potentieller Gesetzesbrecher. Originalton der grünen Presseerklärung: „Wer jetzt diese Anlagen noch weiter betreibt oder betreiben läßt, muß davon ausgehen, daß er nicht nur gesetzwidrig handelt, sondern sich sogar strafbar machen kann."

An dieser Stelle muß man sich erinnern, was die Formulierung vom „nicht entscheidungsreifen" Antrag der Firma Alkem für die hessische Innenpolitik vor einem Jahr bedeutete: Sie war der Preis, den Holger Börner zahlen mußte, um die Koalition mit den Grünen zu bekommen. Wollte sie Börner jetzt kassieren, wäre die Koalition geplatzt. Für diesen Preis hat er sich in Zweideutigkeiten der Politik hineinmanövriert, die dem Ganzen seines Staatswesens schlecht bekommen.

Nun gibt es keinen Zweifel: Die Betreiberfirmen haben sich mit ihren Genehmigungsanträgen für neue Anlagen unbegreiflich viel Zeit gelassen. Da das Atomgesetz den Stand der Technik als Voraussetzung für die Genehmigung vorschreibt und der Stand der Technik die eigentliche Sicherheitsgarantie für Anlagen und Betrieb bildet, ist der Eindruck nur zu berechtigt, daß die bestehenden Anlagen den neuesten sicherheitstechnischen Auffassungen nach nunmehr neun bis elf Jahre währender Antragsfrist nicht mehr entsprechen. Um so größere Verantwortung lädt jedoch derjenige auf sich, der vorliegende Genehmigungsanträge für moderne Anlagen mit höchstem Sicherheitskomfort für „nicht entscheidungsreif" erklärt, gleichzeitig aber die alten, technisch überholten Anlagen weiterbetreiben läßt.

Wer so handelt, der setzt sich notwendigerweise dem Verdacht aus, daß ihm die Sicherheitsbedenken, die den Gesetzgeber bei der Abfassung des Atomgesetzes geleitet haben, in Wahrheit schnuppe sind. Ähnlich wie in der hessischen Müllpolitik, *wo die politische* und juristische Blockade fertiggestellter moderner Deponien dazu führt, daß Altdeponien mit rückständigem Sicherheitsstandard weiterbetrieben werden müssen und ein umweltpolitisch höchst bedenklicher Mülltourismus von Staats wegen in Gang gesetzt und immer weiter ausgebaut wird, schlägt hier die *angeblich* ökologisch orientierte Politik in ihr Gegenteil um: Das Sicherheitsinteresse der Bevölkerung wird mit Füßen getreten. Der Ausstieg aus der Kernenergie scheint mit dem Ausstieg aus dem Nachdenken und aus der Verantwortung unmittelbar gekoppelt zu sein.

Der Koloß vom Capitol gibt den hohen Sessel frei

Er hat mehr Niederlagen erlitten als Siege errungen. Dennoch war er in Washington in den letzten zehn Jahren das politische Bollwerk der Demokraten: Thomas O'Neill, genannt Tip, der Sprecher des Repräsentantenhauses, hat die politische Bühne verlassen.

Von FRITZ WIRTH

Keine Figur, sondern ein mächtiger, zerfließender menschlicher Berg. Kein Kopf, sondern ein irischer Schädel, unproportioniert und mit schlohweißen Haaren bedeckt. Kein methodischer Politiker, sondern eine leicht chaotische, desorganisierte Institution. Kein Mann, sondern eine Legende aus Härte und Gutmütigkeit.

Am letzten Samstag hat dieses überlebensgroße, komplexe Wesen für immer die amerikanische politische Szene verlassen. Thomas O'Neill, 73 Jahre alt, räumte den Sessel des 47. Sprechers des Repräsentantenhauses. Zehn Jahre lang saß er auf diesem Stuhl, länger als jeder andere Sprecher in der amerikanischen Geschichte, zuweilen gehaßt, manchmal sehr einsam und selbst von seinen Freunden im Stich gelassen, und am Ende dennoch verehrt als einer der wenigen großen Männer im amerikanischen Kongreß, die Spuren hinterlassen werden.

Er hat in diesen zehn Jahren auf dem Capitol Hill weitaus mehr politische Schlachten verloren als gewonnen. Seine Rolle war schwer und undankbar. Er war der letzte Kopf einer sonst kopf- und führungslos gewordenen Demokratischen Partei und er war in den letzten sechs Jahren oft der einzige Widersacher des populärsten amerikanischen Präsidenten dieses Jahrhunderts. Es war ein Kampf, den er nicht gewinnen konnte, der ihn dennoch aber profilierte, weil er meist ein fairer Verlierer war. Er war es bis zum letzten Wort in diesem Amt, als er sich von Ronald Reagan mit den Sätzen verabschiedete: „Sie waren als Politiker mein Gegner, doch als Individuum waren Sie stets ein wunderbarer Mann."

Er wird in Erinnerung bleiben als der Koloß, der im Repräsentantenhaus von hohem Sessel herab, mit dem Hammer in der Hand, sein Amt mit gelangweilter Beiläufigkeit zu versehen schien, das notwendige Zeremoniell, das ihm verdrießlich schien, in rasender, monotoner Eile herunterbetete und wie ein Kutscher vom hohen Bock aus seine Abgeordneten stets zur Eile antrieb.

Diese routinehafte Beiläufigkeit jedoch täuschte. Er hat in Wahrheit etwas gemacht aus diesem Amt. Thomas O'Neill gab dem Sprecheramt mehr Macht als es jemals in diesem Jahrhundert besaß, indem er die Macht der Ausschußvorsitzenden brach, und er machte aus seinem Job ein öffentliches Ereignis, indem er das Fernsehen in seine Kammer hineinholte. Seither haben ihn die Amerikaner als ein lebendes Denkmal in Erinnerung, nicht nur als den Sprecher des Hauses – er war für viele Bürger das verkörperte Repräsentantenhaus.



Ein Verlierer von Format: Thomas O'Neill (73)
FOTO: CAMERA PRESS

Sein Abgang umreißt ein Stück amerikanischer Geschichte. Er übernahm im achten Distrikt von Massachussetts 1952 das Mandat John F. Kennedys, zog als dessen Nachfolger ins Repräsentantenhaus ein und übergibt es am 4. November an Joe Kennedy II., den Sohn Robert Kennedys, weiter.

Thomas O'Neill hat es in seinen 36 Jahren im Repräsentantenhaus mit acht Präsidenten zu tun gehabt, und sein Freund-Feind-Verhältnis zu ihnen war keineswegs nach deren parteipolitischer Herkunft orientiert. Er bewunderte und verehrte Harry Truman und John F. Kennedy, doch er befand sich auf ständigem Kollisionskurs mit Lyndon Johnson wegen dessen Vietnam-Politik. Er verachtete Richard Nixon als Präsidenten und als Poker-Spieler. Nach einer Poker-Session mit Nixon sagte er: „Ein Mann, der beim Poker über den Verlust von 40 Dollar Schreikrämpfe kriegt, sollte nicht Präsident der Vereinigten Staaten sein!"

Mit Gerald Ford dagegen verbindet ihn bis auf den heutigen Tag enge Freundschaft. „Gott schenkte uns mit diesem Mann den richtigen Präsidenten zum richtigen Augenblick", sagte er. „Es ist schade, daß man ihm nicht genug Zeit gab, seine Fähigkeiten zu beweisen."

Sein Verhältnis zu Jimmy Carter war problematisch. 1978, als die Unruhe der Demokraten über ihren Präsidenten wuchs, geriet O'Neill mit ins Kreuzfeuer ihrer Kritik. Es gab hinter seinem Rücken Intrigen, die auf seinen Sturz als Sprecher hinzielten. Es begannen die Krisenjahre seiner Amtszeit. Sie dauerten bis zum Beginn der Reagan-Jahre im Weißen Haus.

O'Neill gibt heute zu: „Mein größter Fehler war, daß ich Ronald Reagan unterschätzte." Er ging zu Reagan auf Konfrontationskurs und verprellte damit sogar seine demokratischen Wähler. „Gib Reagan eine Chance", appellierten selbst die liberalen Bürger seines Wahlkreises in Boston in Tausenden von Briefen an O'Neill, nachdem er Reagan in einer Budget-Debatte scharf attackiert hatte.

Zwei kritische Jahre brauchte O'Neill, die ihn an den Rand seiner politischen Existenz im Repräsentantenhaus brachten, bis er begriff: „Kein Präsident in der amerikanischen Geschichte hat bisher so viel Zuneigung beim Bürger gefunden wie Ronald Reagan." Er schraubte die Intensität seiner Angriffe zurück, arrangierte sich zähneknirschend mit politischen Entscheidungen, die er nur wenige Jahre zuvor noch scharf verurteilt hatte, und lernte im übrigen, in Kämpfen mit Reagan mit Würde zu verlieren, wie beispielsweise in mehreren Nicaragua-Debatten, in denen bei keinem anderen Abgeordneten so sehr das alte Vietnam-Trauma aufbrach wie bei O'Neill.

Dieser Kurs der Besonnenheit, für einen feurigen Politiker irischer Herkunft ein Akt der Selbstverstümmelung, trug jedoch Früchte. Seine Partei scharte sich wieder hinter ihm, und der Bürger zollte ihm Respekt. Seine gegenwärtige Popularitätsrate liegt bei 63 Prozent. Sie macht ihn zum meistrespektierten Politiker Amerikas hinter Ronald Reagan.

An Popularität war ihm jedoch nie gelegen. Er glaubte nicht an Cocktailpartys und exklusive Dinner in den teuersten Washingtoner Wohnstuben als politisches Forum, und er lehnte es ab, sich am Sonntagmorgen zu politischen Talk-Shows vor die Fernsehkameras zerren zu lassen. „Der Sonntag gehört der Kirche, dem Golfspiel und der Familie", sagte er.

Außerdem liegt ihm über alle politische Intrigen hinweg das Schicksal einer Mannschaft am Herzen, die ihm bisher seine Freizeit mehr versüßt hat als jedes andere Vergnügen dieser Welt. Es ist das Baseballteam der „Boston Red Sox". Und sollten diese „Rotsocken", über die im Augenblick ganz Amerika spricht, an diesem Wochenende als Weltmeister feststehen, wird Thomas O'Neill als ein sehr glücklicher und zufriedener Mensch in den Halbschatten seines Privatlebens zurückkehren, das er sich in den kommenden Monaten finanziell damit versüßt, indem er für eine Million Dollar seine Memoiren schreiben läßt.

Die Morde der NS-Richter werden endgültig zu den Akten gelegt

Die Arbeit war gewaltig, das Ergebnis ist frustrierend. Über sieben Jahre lang studierten sie Akten, rekonstruierten tausende von Urteilen. Gestern erklärten die drei Berliner Staatsanwälte, warum die Terror-Justiz des Volksgerichtshofes ungesühnt bleibt.

Von DIETER DOSE und HANS-R. KARUTZ

Berlin-Moabit, Turmstraße 91, ein wilhelminischer Kuppelbau, Schauplatz der Skandalprozesse gegen Dietrich Garski oder Wolfgang Antes – ein Justizpalast. In Zimmer 544, fast unter dem Dach, brannte in den vergangenen sieben Jahren abends fast immer Licht: Drei jüngere Staatsanwälte versuchten, das dunkelste Kapitel deutscher Rechtsgeschichte aufzuhellen.

„Unsere Versuche, überlebende Richter oder Staatsanwälte des Volksgerichtshofes wegen ihrer Blutjustiz zu überführen und ein Ermittlungsverfahren bis zur Anklageerhebung zu führen, sind gescheitert", sagte gestern Staatsanwalt Bernhard Jahntz gegenüber der WELT. „Wir haben uns intensiv bemüht, aber es war alles vergeblich." Der 40jährige Staatsanwalt hatte sich gemeinsam mit seinem Kollegen Bernd Schimmler und Abteilungschef Matthias Priestoph durch Tausende von Akten gearbeitet.

„Von den 7010 Terrorurteilen, die dieses Gericht jemals fällte, konnten wir 2648 Verfahren fast vollständig rekonstruieren – mitsamt Protokollen, Handakten, Terminvermerken, Gnadenakten und Vollstreckungsunterlagen", berichtet Jahntz.

„Für immer ehrlos, wird der Angeklagte zum Tode bestraft." Mit diesem Satz zogen die Schergen in der kardinalroten Robe des Volksgerichtshofes den Schlußstrich unter die Leben vieler deutscher Widerstandskämpfer.

Berlins Justizchef, Senator Professor Rupert Scholz (CDU), legte gestern eine 213 Seiten umfangreiche, minutiös und detailliert ausgefeilte Untersuchung über die seit 1979 laufenden Bemühungen der Berliner Staatsanwaltschaft vor, das Kapitel „Volksgerichtshof" neu zu schreiben. In grauen Karton geschlagen, auf blütenweißem Papier in der Gefängnisdruckerei hergestellt.

Das Vorwort von Scholz läßt die Resignation erkennen, die sich nach dem erfolglosen Bemühen einstellt, dem Gerechtigkeitssinn der Bürger zu entsprechen: „Die Berliner Nachkriegsjustiz war aufgerufen, die Tätigkeit der Richter und Staatsanwälte am VGH nach den Grundsätzen des Rechtsstaates strafrechtlich zu untersuchen und zu würdigen. Trotz umfangreicher Bemühungen ist niemand rechtskräftig verurteilt worden. Dieses Ergebnis muß für jeden, der an eine materielle Gerechtigkeit glaubt, unbefriedigend sein."

Co-Autor Volker Kähne, Oberstaatsanwalt und Sprecher von Scholz, notierte gemeinsam mit seinem Justizkollegen Jahntz, was die Ermittler in siebenjähriger Tätigkeit ausgruben: gesammelt, geordnet und katalogisiert in 113 Ordnern, 59 Akten mit Personalunterlagen, 85 Heftern mit Hintergrundmaterial und 150 Bänden voller Ermittlungsakten.

Die Fahnder kamen dabei folgenden Zahlen auf die Spur:

Beim Volksgerichtshof – das Gebäude befand sich unmittelbar an der heutigen Mauer im Bezirk Tiergarten am Potsdamer Platz – arbeiteten 577 Richter und Reichsanwälte, darunter 106 Berufsrichter, 292 Schöffen und 179 Staatsanwälte.

Sie vollzogen zwischen 1934 und 1945 an 16 342 Angeklagten die unerbittliche Rache des NS-Systems, schickten 5243 Opfer unter das Richtbeil im Hinrichtungsschuppen von Plötzensee, verhängten in 7768 Fällen Freiheitsstrafen, kamen lediglich zu 1089 Freisprüchen. Die Willkür des Volksgerichtshofes belegen die Verfasser des Berichts an Beispielen. So wurde zum Beispiel der Postschaffner Georg J. zum Tode verurteilt, weil er auf der Straße gesagt hatte, Hitler werde bald nicht mehr leben. Der sächsische Fabrikant Fritz B. starb wegen der Äußerung, „der Führer muß gehen, wenn er die Lage nicht mehr meistern kann".

Zitat aus dem Abschlußbericht der Staatsanwälte: „Das Schicksal von 87 Mitarbeitern des VGH – darunter 27 Personen, die am 1. Mai 1986 90 Jahre oder älter gewesen wären – konnte nicht geklärt werden." Die meisten von ihnen wohnten 1945 auf heutigem „DDR"-Gebiet.

Keine Anklage wegen Krankheit und Siechtum

Als die drei Staatsanwälte, durch eine Weisung des damaligen Berliner Justizsenators Gerhard Meyer (FDP), 1979 mit der Arbeit begannen, waren bereits 380 der 577 VGH-Mitarbeiter verstorben. „Als Beschuldigte konnten 110 Personen im Alter zwischen 70 und 87 Jahren ermittelt werden, von denen 17 als Richter, 25 als Schöffen und 68 als Staatsanwälte tätig gewesen waren." Von jenen 110, die die Fahnder aus der Turmstraße ins Visier nahmen, starben im Laufe der Ermittlungen wiederum 27 – zwischen 71 und 93 Jahre alt.

Bei 17 zunächst Beschuldigten stellte sich heraus, daß sie doch nicht im Justizpalast von Roland Freisler, des VGH-Präsidenten, verankert waren. Dann tendierte die Zahl derer, die verdächtig waren, Bluturteile gefällt zu haben, weiter gegen Null: 18 Personen war keine Urteilsbeteiligung nachzuweisen. Neun wirkten nachweislich nicht an Todesurteilen mit. Die anderen rettete Krankheit und Siechtum vor weiterer Aufklärung: „Dauernde Verhandlungsunfähigkeit" bescheinigten ihnen neutrale Fach- und Gerichtsmediziner.

Im vergangenen Monat schlossen die Staatsanwälte deshalb über einen schwerkranken Staatsanwalt die Akten. Wieder stand, zum letzten Mal, der Vermerk „Verfahren eingestellt" auf dem Aktenstück.

Nur im Falle von Paul Reimers, in Norddeutschland beheimatet, ergab sich vor zwei Jahren eine dramatische Entwicklung: „Ihm war unsere Anklageschrift im September 1984 zugestellt worden. Wir wiesen ihm nach, in 62 Fällen Menschen aus niedrigen Beweggründen zm Tode verurteilt zu haben." Reimers entzog sich wenige Wochen später der irdischen Gerechtigkeit – er hängte sich in seinem Haus auf, 82 Jahre alt.

Die VGH-Ermittlungen unter dem Kürzel 3 P (K) Js 6/79 waren nach vorangegangenen ergeblichen Bemühungen des einstigen US-Chefanklägers Robert W. Kempner durch einen neuerlichen Vorstoß des amerikanischen Juristen 1979 wieder in Gang gesetzt worden. Kempner erfuhr von einem Film, den Goebbels unter dem Titel „Verräter vor dem Volksgerichtshof" drehen ließ, aber niemals öffentlich aufführen ließ. Die NS-Machthaber fürchteten die verheerende psychologische Wirkung der teuflischen Gebärden Freislers und seiner Tobsuchtsausbrüche auf das Publikum im mehr und mehr zerbombten Reich.

Am 26. Juni 1979 stellte die Staatsanwaltschaft das eingeleitete Verfahren ein. Der Streifen bringe „keine neuen Erkenntnisse". Dazu sagte Staatsanwalt Jahntz zur WELT: „Man muß dazu auch wissen, daß es überhaupt keine Überlebenden der Verfahren über den 20. Juli mehr gab."

Fünf Monate nach dem Einstellungsbeschluß erging dennoch die politische Weisung vom damaligen Justizsenator Meyer, endlich den Gesamtkomplex „Volksgerichtshof" aufzugreifen …

Als die drei Staatsanwälte dann auf folgendes Schreiben mit der Unterschrift von Roland Freisler stießen – spätestens zu diesem Zeitpunkt war die eigentliche Aufgabe des Volksgerichtshofes als Vernichtungsinstanz jeglicher Opposition deutlich: „Ihnen, mein Führer, bitte ich melden zu dürfen: Das Amt, das Sie mir verliehen haben, habe ich angetreten und mich inzwischen eingearbeitet … Der Volksgerichtshof wird sich stets bemühen, so zu urteilen, wie er glaubt, daß Sie, mein Führer, den Fall selbst beurteilen."

Spätestens seit Mitte 1942 sei der VGH somit nur noch als „Scheingericht" zu betrachten, waren sich Berlins Staatsanwälte sicher. Ihre Erkenntnisse stehen in frontalem Gegensatz zu Sätzen wie diesen aus einer Entscheidung des Bundesgerichtshofes vom 30. April 1968 in Sachen des Richters Hans-Joachim Rehse: Der VGH sei „nach damals geltendem Recht unabhängig, gleichberechtigt, nur dem Gesetz unterworfen und seinem Gewissen verantwortlich". Bei Rehse sei nicht erkennbar, „daß er aus niedrigen Beweggründen für die Todesstrafe stimmte …".

Rehse starb, bevor die letzte Instanz ihr Urteil sprach.

Suche in Washington, Prag und Ost-Berlin

„Auch Papier kann viel Leid erzählen, kann sehr bedrückend sein", schildert Staatsanwalt Jahntz seine Empfindungen bei diesem Sisyphos-Werk. Die Ermittlergruppe im fünften Stock des Kriminalgerichts Moabit stöberte Unterlagen im Preußischen Geheimen Staatsarchiv auf, richtete zehn (erfüllte) Rechtshilfeersuchen an den „DDR"-Generalstaatsanwalt, schrieb Archive in Washington und Prag an, zog Akten aus dem französischen Nationalarchiv bei, bekam Hilfe vom US-„Document Center" in Berlin, dem Archiv nahezu aller NS-Personalakten. „Auch Familien von Opfern schrieben uns, sie hatten von unseren neuen Bemühungen gelesen."

Bellevuestraße 15, damals Freislers Hauptquartier, liegt heute als Baugrube da. Nebenan gleitet bald die Magnetbahn entlang, in der Nachbarschaft entsteht ein „Glitzerding" von Filmzentrum. Die Spuren des Terrors sind, äußerlich, getilgt.

Aber Gerechtigkeit – sie ist nie geschehen.



5243 Mal hieß das Urteil des Volksgerichtshofes, dessen Vorsitzender Roland Freisler von Juli '44 bis März '45 war: Tod durch das Beil
FOTO: URSULA RÖHNERT

Jenninger: Hohe Dienstzeit bei Soldaten abbauen

DW. Bonn

Bundestagspräsident Philipp Jenninger (CDU) hat an die Bundesregierung appelliert, dafür zu sorgen, daß die Dienstzeit für alle Soldaten auf ein vertretbares Maß reduziert wird. Jenninger verlangte einen spürbaren Abbau der hohen Dienstzeitbelastung der Soldaten der Bundeswehr. Auf der Jubiläumsveranstaltung anläßlich des 30jährigen Bestehens des Bundeswehr-Verbandes sagte Jenninger in Bad Honnef, auch der Wehrbeauftragte des Bundestages, Willi Weiskirch, habe in seinem Jahresbericht 1985 auf die nicht mehr zumutbare, die Grenzen des Erträglichen überschreitende Dienstzeitbelastung hingewiesen. Es erhebt sich *nach Meinung von Jenninger jetzt die* Frage, ob dem Kostenfaktor Zeit in der Bundeswehr nicht vielleicht doch zu wenig Bedeutung beigemessen werde. Die Bundeswehr sollte sich stärker als bisher auf allen Ebenen bemühen, mit der Zeit der Soldaten kostengünstiger, effektiver und damit für den Einzelnen befriedigender umzugehen.

Der FDP-Wehrexperte Uwe Ronneburger und der Vorsitzende des Bundeswehr-Verbandes, Oberstleutnant Rolf Wenzel, forderten ebenfalls eine Verringerung der hohen Dienstzeiten für die Bundeswehrsoldaten. Nur acht Prozent der Soldaten hätten eine 40- bis 45-Stunden-Woche, 20 Prozent eine 60- und drei Prozent eine über 85-Stunden-Woche bei unzureichenden Ausgleichsmaßnahmen. Das sei so nicht mehr hinnehmbar, meinte Wenzel.

DIE WELT (USPS 603-590) is published daily except sundays and holidays. The subscription price for the USA is US-Dollar 370,00 per annum. Distributed by German Language Publications, Inc., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632. Second class postage is paid at Englewood, NJ 07631 and at additional mailing offices. Postmaster: send address changes to: DIE WELT, GERMAN LANGUAGE PUBLICATIONS, INC., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632.

Berliner CDU sieht auch Gefahren für Diepgen

Fraktion berät über Verbleib Buwitts im Amt

hrk. Berlin

Die Berliner Union sieht offenbar die Gefahr, daß auch der Regierende Bürgermeister Eberhard Diepgen durch die Häufung von CDU-Skandalen in der Stadt an Autorität verlieren könnte: CDU-Generalsekretär Klaus Landowsky wies jetzt öffentlich darauf hin, daß Diepgen eine „Symbolfigur" sei, mit der die Union „bei allen Kontroversen", sorgfältig umgehen müsse, um mit ihrem auch bei den Berlinern „glaubwürdigen Repräsentanten" die Politik der nächsten Jahre gestalten zu können.

Am Vorabend der Fraktionsentscheidung über den weiteren Verbleib des belasteten Vorsitzenden Dankward Buwitt im Amt (die Debatte dauerte bei Redaktionsschluß noch an) sprach Landowsky auf einem CDU-Kreisparteitag von „mageren Jahren", die die Union zur Zeit erlebe.

Um aus der gegenwärtigen Vertrauenskrise herauszukommen, müsse die Union „so schnell wie möglich" wieder die Hände für die eigentliche Politik freibekommen. Berlin- und deutschlandpolitische Entscheidungen – wie die über die Annahme der Honecker-Einladung durch Diepgen – seien jedoch nur zu fällen, „wenn die Verhältnisse im Hause selbst geregelt sind".

Die Ereignisse der letzten Wochen machten die Union „unruhig", räumte Landowsky ein, es hätten sich „kleine Flecken und Probleme ergeben, die sich nun doch etwas dynamisiert haben". Der CDU-Funktionär verteidigte – nachdem er noch am Wochenbeginn *Kritik an CDU-Fraktionschef* Buwitt als „abstrus" bezeichnet hatte – die Vorhaltungen von Diepgen gegenüber Buwitt.

Dem Fraktionschef sei kein rechtlicher Vorwurf zu machen, aber auch das „Bedürfnis des Gemeinwesens nach Transparenz und Überschaubarkeit" sei bei der politischen Beurteilung des Falles zu bedenken.

Ronneburger: Neues Interesse an der deutschen Frage

hrk. Berlin

Gedanken und Vorstellungen über eine Wiedervereinigung Deutschland nehmen nicht ab, sondern erkennbar zu: Diese Überzeugung äußerte der FDP-Deutschlandpolitiker Uwe Ronneburger bei einem Liberalen-Treff in Berlin.

Angesichts der erfolgreichen rechtsnationalen Gruppierung der „Republikaner" in Bayern sprach er von einer „ernsten Warnung" an die Politiker, dieses Thema weder diesen Kreisen noch SPD oder den Grünen zu überlassen. Der FDP-Politiker stellte ein „starkes neuerwachtes Interesse an der unbeantworteten deutschen Frage" fest.

Eindringlich warnte er angesichts anhaltender Debatten über eine Anerkennung der „DDR"-Staatsbürgerschaft im Ostberliner Sinne vor einem derartigen Schritt: „Das Völkerrecht kennt eine derartige Anerkennung überhaupt nicht." Überdies sei der Forderung von Erich Honecker *nach* „Respektierung" der Staatsbürgerschaft längst Genüge getan: „Respektierung ist exakt der Zustand, den wir jetzt haben. Kein DDR-Bürger wird gezwungen, sich unter das Grundgesetz zu stellen."

Die Bundesrepublik habe „alle Veranlassung", an der einheitlichen Staatsangehörigkeit aller Deutschen nicht zu rütteln. Wer davon abginge, stelle die Situation West-Berlins „in unverantwortlicher Weise" in Frage. „Denn Sie als West-Berliner könnten, falls es dazu käme, nicht die Staatsbürgerschaft der Bundesrepublik haben, sondern eine eigene." Damit wäre das Hauptziel Ost-Berlins erreicht: „Der Westen Berlins als freischwebender dritter Teil Deutschlands."

Das sagte der GdP-Vorsitzende in Hamburg

AP, Hamburg

Die umstrittenen Äußerungen des *GdP-Chefs Günter Schröder* auf dem Gewerkschaftstag der IG Metall haben nach dem vorläufigen Sitzungsprotokoll folgenden Wortlaut:

„Kolleginnen und Kollegen, verehrte Gäste! Ich bin seit über 30 Jahren Polizeibeamter. Ich habe von meinen Lehrern gelernt, daß sich 1933 nie wiederholen wird.

Ich glaube, daß diese Lehrer mir das Rechte gelehrt haben. Ich vertraue auf die Kraft, die die Arbeitnehmer der Bewegung und insbesondere diese IG Metall haben. Ich habe draußen mit den Kriminalbeamten gesprochen. Ich habe ihnen gesagt, daß an diesem Ort, der nach meiner Idee und Vorstellung genauso immun ist wie das Parlament oder eine Universität, daß an diesem Ort kein Arbeitnehmer, weder ein ausländischer noch ein deutscher, festgenommen werden darf. Die Kriminalbeamten haben mir versprochen, dies zu beachten.

Ich habe ihnen gesagt, Alfons Lappas hat so viel Kraft, und ich glaube, durch diesen Kongreß noch mehr, daß er frei aus dem Saal geht und draußen dann in Beratung mit den Juristen des Deutschen Gewerkschaftbundes dies mit den Kriminalbeamten bespricht.

Meine Botschaft an Euch: Es geht nicht um diesen Akt, es geht darum, daß diejenigen, die das inszeniert haben, den Tag der IG Metall genommen haben, um Macht zu zeigen!

Und es geht uns darum, den Spiegel umzudrehen, um ihn Herrn Hüsch und anderen zu zeigen. Kämpfen wir für die Zukunft."

Mischnick für neue Schnellbahn nach Berlin

hrk. Berlin

FDP-Fraktionschef Wolfgang Mischnick will das Drei-Milliarden-Projekt einer elektrischen Schnellbahn zwischen Berlin und Hannover durch die „DDR" in Angriff nehmen: „In der Finanzierungsfrage sollten wir nicht kleinlich sein", sagte er am Montag auf einer Veranstaltung der FDP.

Im Gegensatz zu Bundesfinanzminister Gerhard Stoltenberg, der dem *kostspieligen, aber vom Senat forcierten* Projekt offenbar skeptisch gegenübersteht, meinte Mischnick auf dem deutschlandpolitischen Abend: „Ein Städte-Dreieck Hamburg-Berlin-Hannover mit elektrifizierten Strekken wäre für uns von großer Bedeutung." Dabei sei es selbstverständlich, „daß kein Geld zum Fenster hinausgeworfen werden dürfe".

Die Schnellbahn-Trasse wäre vor allem im Sinne der „DDR", die dabei – über etwa zehn Jahre verteilt – mit rund zwei Milliarden D-Mark als Kostenanteil für den „DDR"-Streckenbereich rechnen könnte. Ost-Berlins Interesse ist vor allem deshalb verständlich, weil nach dem Ausbau der Süd-Transitautobahn (148 Millionen D-Mark Bundesanteil) vom Frühjahr 1988 an kein geldbringendes deutsch-deutsches Projekt mehr besteht.

Mischnick berichtete bei demselben FDP-Treff, Ost-Berlin zahle den ersten Milliardenkredit pünktlich ab, so daß die „DDR"-Schuld bald getilgt sei. Er stellte die Mitwirkung des bayerischen Ministerpräsidenten Franz Josef Strauß bei der Vermittlung des Kredits in Abrede: „Zum Einfädeln waren zunächst Knopf und Faden nötig; beides war längst vor Strauß vorhanden.

DAG widerspricht DGB und SPD

AP, Hannover

Die Deutsche Angestellten-Gewerkschaft hat die Bundesregierung gegen Vorwürfe von SPD und DGB im Zusammenhang mit dem Fall Lappas in Schutz genommen. Der stellvertretende DAG-Vorsitzende Roland Issen sagte in einem Interview der in Hannover erscheinenden „Neuen Presse", es gebe keine Anhaltspunkte dafür, daß sich die Regierung eingemischt habe oder gar „direkt tätig" gewesen sei. Der Parlamentarische Untersuchungsausschuß habe den Antrag auf Beugehaft gestellt, das Gericht habe diesem Begehren entsprochen. Es bleibe Tatsache, daß die DGB-Gewerkschaften mit der Handhabung des Neue-Heimat-Verkaufs dazu beigetragen hätten, die Arbeitnehmerorganisationen einschließlich der unbeteiligten DAG „pauschal in Verruf" zu bringen.

Die Angestellten-Gewerkschaft strebe ein „vernünftiges Verhältnis" zur Bundesregierung an, betonte Issen, „egal, wer die Regierung stellt". Für die DAG bleibe das Selbstverständnis als Einheitsgewerkschaft mit Mitgliedern unterschiedlicher parteipolitischer Herkunft oberstes Prinzip.

Streit um die Verhaftung des BGAG-Chefs Lappas spitzt sich zu

Kriminalbeamte zeigen Schröder an. SPD: Festnahme unverhältnismäßig

DW. Berlin/Bonn

Im Zusammenhang mit den umstrittenen Äußerungen des Vorsitzenden der Gewerkschaft der Polizei (GdP), Günter Schröder, zur Verhaftung des BGAG-Chefs Lappas haben mehrere Berliner Kriminalbeamte Strafanzeige wegen Verunglimpfung der Bundesrepublik und der Bundesregierung gestellt. Die Beamten sind der Ansicht, daß Schröder die Bundesrepublik verächtlich gemacht und in den Verdacht gerückt habe, nationalsozialistische Methoden angewendet zu haben.

Schröder hatte am Sonntag abend auf dem Gewerkschaftstag der IG Metall in Hamburg erklärt, diejenigen, die dies inszeniert hätten, hätten sich den Tag der IG Metall genommen, um Macht zu zeigen. Er hatte noch hinzugefügt: „Ich habe von meinen Lehrern gelernt, daß sich 1933 nie wiederholen wird."

Der Deutsche Richterbund hat es als ungeheuerlich bezeichnet, daß Gewerkschafter die Beugehaft für Lappas mit der Rechtsprechung in der Nazi-Zeit vergleichen. In einem Gespräch mit der „Neuen Osnabrücker Zeitung" sagte der stellvertretende Vorsitzende des Richterbundes, Rainer Voss, solche Äußerungen deuteten auf ein gestörtes Verhältnis zum Recht hin. „Man kann ja fast den Eindruck gewinnen, Herr Lappas habe ein ähnliches Schicksal erlitten wie die Opfer des Nazi-Terrors", fügte Voss hinzu. Durch solche Vergleiche würden die Opfer der nationalsozialistischen Herrschaft „auf das äußerste *beleidigt* und verunglimpft". Er sei erschüttert, daß Gewerkschafter und andere mit derartigen Parallelen die Justiz in der Bundesrepublik belasteten.

Von Seiten der Gewerkschaften und der Sozialdemokraten wurde vor allem die ihrer Ansicht nach fehlende Verhältnismäßigkeit der Mittel bei dem Vorgehen gegen Lappas beklagt. Das SPD-Präsidium nannte die von den Mitgliedern der CDU/CSU und FDP im Untersuchungsausschuß veranlaßte Beugehaft in einer gestern *verbreiteten* Erklärung unverhältnismäßig und ein „Beispiel für den Verlust an politischem Augenmaß". Sie symbolisiere die in den vergangenen Jahren vollzogene Veränderung der politischen Atmosphäre in der Bundesrepublik Deutschland.

In die gleiche Richtung stößt eine gemeinsame Pressemitteilung des Vorsitzenden der SPD-Fraktion im Abgeordnetenhaus, Walter Momper, und des Berliner DGB-Chefs, Michael Pagels. Bei aller gebotenen Kritik an den Verantwortlichen des Verkaufs der Neuen Heimat sei es politisch „im höchsten Grade unverhältnismäßig, wenn ein führender Gewerkschafter mitten aus einem Gewerkschaftskongreß herausgegriffen und in Beugehaft genommen wird".

Der FDP-Abgeordnete Josef Grünbeck, Mitglied des Untersuchungsausschusses, dagegen meinte, mit der Art und Weise, wie die Verhaftung von Lappas auf dem Gewerkschaftskongreß „inszeniert" worden sei, habe man den BGAG-Chef zum Märtyrer machen und Solidarisierung erzeugen wollen. Grünbeck kritisierte, „der oberste Chef der zuständigen Hamburger Polizeibehörde sei letztlich Bürgermeister von Dohnanyi", der neben Lappas gesessen habe und von dem ein einziges Wort genügt hätte, daß die Verhaftung erst nach Ende der Veranstaltung vollzogen worden wäre.

Nach Ansicht des früheren Verfassungsrichters Martin Hirsch (SPD) haben die Vorgänge um Lappas gezeigt, daß die rechtlichen Befugnisse eines Bundestags-Untersuchungsausschusses „völlig unvollkommen geregelt" sind.

Vogel spricht von „Provokation der Gewerkschaften"

p.p. Bonn

Der Bonner Oppositionsführer Hans-Jochen Vogel hat gestern nachmittag in seinem Lagebericht vor der SPD-Bundestagsfraktion den Vorwurf gegenüber CDU/CSU und FDP bekräftigt, mit der Beantragung der Beugehaft für Gewerkschafts-Manager Lappas einen „eklatanten Verstoß gegen das Verfassungsgebot der Verhältnismäßigkeit und eine direkte Provokation der Gewerkschaften" begangen zu haben. Für Vogel reiht sich das Hamburger Ereignis ein in Planungen der Regierungskoalition, den Neue Heimat-Ausschuß des Bundestages „in ein Kampagneinstrument zur Bekämpfung und zur Demütigung der deutschen Gewerkschaften umzufunktionieren".

Aus den Wertungen des SPD-Fraktionschefs wurde allerdings zugleich deutlich, daß auch er Lappas' absolute Aussageverweigerung nicht billigt und beispielsweise die Verhängung des „Erzwingungsgeldes" durchaus für angebracht hält. Dessen „Rechtmäßigkeit" hätten die Gerichte zu überprüfen. Ihm gehe es vor allem darum, sagte Vogel, daß „man nicht in jeder Situation Konflikte auf die Spitze treiben" dürfe.

Eschenburg: Eine völlige Verkennung des Rechts

arc. Bonn

Der Tübinger Politikwissenschaftler Theodor Eschenburg geht davon aus, daß der Untersuchungsausschuß zur Neuen Heimat mit dem Antrag auf Beugehaft für den früheren Chef der gewerkschaftseigenen *Holding* BGAG, *Alfons* Lappas, seine Kompetenzen nicht überschritten hat. Da „der Konzern steuerrechtlich Gemeinnützigkeit in Anspruch genommen hat und der Staat damit auf öffentliche Einnahmen verzichtete, könne der Ausschuß auch Einsicht in die Akten eines Privatkonzerns verlangen", sagte der Wissenschaftler in einem Gespräch mit der WELT.


Theodor Eschenburg

Zu den Äußerungen des GdP-Chefs auf dem Gewerkschaftstag der IG Metall in Hamburg („Ich bin 30 Jahre bei der Polizei. Ich habe von meinen Lehrern gelernt, daß sich 1933 nie wiederholen wird.") und zu den Meldungen, er habe auf die Beamten, die Lappas festnehmen wollten, „eingewirkt", sagte Eschenburg: „Da Schröder die Polizeibeamten, die Lappas festnehmen wollten, beschimpfte, hat er sich der Beamtenbeleidigung oder der Amtsanmaßung schuldig gemacht. Er ist Beamter auf Urlaub, er hat die Interessen der Polizisten zu vertreten *und er hat kein Recht, unmittelbar* in das Polizeihandeln einzugreifen. Der für Schröder zuständige Innenminister könnte ein Disziplinarverfahren einleiten. Das aber wird kaum eine Regierung in der heutigen Zeit wagen."

Eschenburg zu dem Einwurf Schröders, „dieser Ort sei genauso immun wie das Parlament oder die Universität": „Immunität heißt, ein Gericht darf jemanden nicht anfassen. Wenn also der Vorsitzende der GdP von Immunität auf dem Gewerkschaftskongreß spricht, so ist das eine völlige Verkennung des Rechts."

Ein gerechtes Urteil kann Hasenfus kaum erwarten

Nicaraguas politische Schnelljustiz / Abschreckende Wirkung

WERNER THOMAS, Lima

Es soll ein Schauprozeß werden, um aller Welt den angeblichen Beweis zu liefern, daß die Reagan-Regierung einen heimlichen Krieg gegen ein kleines Land führt. Dem Angeklagten Eugene Hasenfus, dessen Transportflugzeug über Nicaragua abgeschossen wurde, droht die Höchststrafe: 30 Jahre. Das Verfahren in Managua kann jedoch auch weltweite Diskussionen über das betreffende Gericht auslösen. Der 45jährige US-Bürger steht nämlich vor dem „Anti-Somozistischen Volkstribunal", einer der meist kritisierten Institutionen des sandinistischen Nicaragua.

Die Entscheidung, die „Tribunales Populares Antisomozistas" (TPA) mit dem Fall Hasenfus zu betrauen, ist nicht ohne Diskussionen innerhalb höchster Regierungskreise in Managua gefallen. Skeptiker argumentierten, der Propagandawert dieses Prozesses werde geschmälert. Als das Justizministerium in der vergangenen Woche verkündete, der prominente Häftling müsse sich vor dem nicaraguanischen Volksgerichtshof verantworten, reagierte die Reagan-Regierung prompt entrüstet.

Diese Gerichtshöfe existieren seit April 1983. Sie sind umstritten, weil sie die Verteidigungsmöglichkeiten des Angeklagten auf ein Mindestmaß begrenzen. „Wer vor ein TPA kommt, hat kaum eine Chance," sagt Marta Baltodano, die frühere Leiterin der von der Regierung unabhängigen Menschenrechtskommission in Managua. „Freisprüche gleichen einem Wunder." In diesem Jahr hat es unter 243 Prozessen keinen einzigen Freispruch gegeben. Im vergangenen Jahr wurden 413 Fälle verhandelt. Nur 12 dieser Angeklagten befinden sich auf freiem Fuß.

Die politische Schnelljustiz in Nicaragua kennt nur zwei Instanzen, beide tragen den Namen „Anti-Somozistisches Volkstribunal". Beide Instanzen umfassen drei Mitglieder, einen Anwalt, der den Vorsitz führt, und zwei „Laienrichter". Der Anwalt ist ein Vertreter der „Nationalen Sandinistischen Befreiungsfront" (FSLN). Die Laienrichter haben sich als Aktivisten des nicaraguanischen Blockwartsystems bewährt, der „Komitees zur Verteidigung des Sandinismus" (CDS).

Viele internationale Menschenrechtsorganisationen haben die Tribunale scharf verurteilt, auch solche, die gegenüber dem sandinistischen Nicaragua sonst Nachsicht walten lassen. Diese Gerichte spielten eine Schlüsselrolle in dem kritischen Nicaragua-Bericht des SPD-Politikers Klose. Die wohl gründlichste Studie stammt von dem angesehenen „Lawyers Committee for International Human Rights" in New York.

Gibt sich als CIA-Mann aus: Hasenfus

Die Studie kritisierte besonders, daß die Angeklagten Monate, manchmal sogar länger als ein Jahr ohne einen Kontakt zu ihren Familien auf ihren Prozeß warten. Bei vielen Verfahren würde sich das Gericht lediglich auf die Vernehmungsprotokolle des Staatssicherheitsdienstes stützen. Die Vernehmungen erfolgen ohne die Anwesenheit eines Verteidigungsanwaltes. Während der Verhandlungen dürfen die Verteidiger keine Zeugen vernehmen.

In Nicaragua gibt es keine Todesstrafe. *Die Höchststrafe ist 30 Jahre* Freiheitsentzug. Die meisten Angeklagten erhalten zwischen 10 und 20 Jahren Gefängnis. Viele werden beschuldigt, Sympathisanten oder Helfer der anti-sandinistischen Contra-Rebellen zu sein. Als Konterrevolutionär machen sich jedoch auch jene verdächtig, die eine „ideologische Abweichung" erkennen lassen. Auch dieses Delikt wird bestraft.

Die Bevölkerung Managuas wird ständig an die Existenz der „Anti-Somozistischen Volkstribunale" erinnert, *auch wenn die Parteizeitung* „Barricada" nicht über die letzten Urteile gegen die Feinde der Revolution berichtet. Durch die Straßen rollen täglich die fensterlosen Häftlingswagen, auf denen Soldaten mit Kalaschnikows sitzen. Es handelt sich um Ifa-Fahrzeuge aus dem kommunistischen Teil Deutschlands. „Die TPA's sollen eine abschreckende Wirkung haben," meint Marta Baltodano. Sie haben ihre abschreckende Wirkung auch auf sie nicht verfehlt: Die junge Frau lebt heute in Costa Rica.

Wahlen in Haiti schwächen die neue Regierung

tho, Lima

In Haiti ist die Situation nach den Wahlen zur verfassunggebenden Versammlung noch konfuser als zuvor. Die Mehrheit der Bevölkerung war dem Boykott-Aufruf der meisten Parteien gefolgt. Die Regierung des Generals Henry Namphy wurde weiter geschwächt, und viele Kommentatoren fragten, ob der Staatschef noch bis Februar 1988 durchhalten kann. Erst dann soll die demokratische Ära beginnen.

Da die Wahlbeteiligung nur fünf Prozent betrug, besteht die Möglichkeit, daß die verfassunggebende Versammlung nie zusammentritt. In manchen Städten mit 90 000 Einwohnern wählten nicht einmal 30 Personen. In der Hauptstadt Port-au-Prince, die mehr als eine Million Einwohner hat, gingen nur 3000 Menschen zu den Urnen. Die Politiker werteten die massive Abstinenz als Abstimmung gegen die Regierung.

Sie hatten die Wahl bereits zuvor zur Farce erklärt und General Namphy beschuldigt, er führe Haiti zurück in die Vergangenheit. Die 90 Kandidaten seien „Duvalieristen", Anhänger des im Februar gestürzten Diktators Jean-Claude Duvalier. Die Regierung ließ 41 Abgeordnete der Versammlung wählen und die restlichen zwanzig Mitglieder nominieren.

Namphy erwartet von dem Gremi*um bereits bis Februar 1987 eine neue* Verfassung, die als Grundlage der Parlaments- und Präsidentschaftswahlen im November 1987 dienen soll. Die bisherige Verfassung war auf die *Wünsche* Duvaliers zugeschnitten, der sich eine Präsidentschaft auf Lebenszeit garantieren ließ. Angeblich haben 99,8 Prozent der Bevölkerung dem Referendum im August vergangenen Jahres ihre Zustimmung gegeben.

Ihm waren blutige Demonstrationen gefolgt, denen „Baby Doc" Duvalier schließlich weichen mußte. Er lebt heute mit seiner Frau Michelle und vier Kindern an der französischen Riviera.

Henry Namphy (54), der ehemalige *Generalstabschef der haitianischen* Armee, hatte nach dem Sturz Duvaliers nur widerwillig die Präsidentschaft übernommen. Er erweckte von Anfang an den Eindruck eines zögernden Mannes, der lediglich auf Krisen reagiert. Die Opposition erhob immer wieder den Vorwurf, Namphy schütze „Duvalieristen". Im Mittelpunkt der Kritik steht Oberst William Regala, der mächtige Innen- und Verteidigungsminister. Namphy weigerte sich bisher jedoch, Regala zu entlassen.

Maputo steht vor Machtkampf

Fünf Kandidaten für die Nachfolge Machels / Renamo-Rebellen wollen Chance nutzen

M. GERMANI, Johannesburg

Der Tod des moçambiquanischen Präsidenten Samora Machel bei ei*nem Flugzeugabsturz* wird *nach* Ansicht von Diplomaten nicht nur für sein Land, sondern auch für das ganze südliche Afrika weitreichende Folgen haben. Machel war jene Kraft, die *angesichts der wachsenden* Bedrohung des Systems durch die Widerstandsbewegung Renamo und katastrophaler Wirtschaftsverhältnisse den Zerfall des Landes noch hätte aufhalten können.

Der Bauernsohn aus der südlichen Provinz Gaza verließ nach nur sechs Jahren die Schule, wurde Krankenwärter und trat 1963 der von Edoardo *Mondlane gegründeten Frelimo* bei, die gegen die portugiesische Kolonialmacht kämpfte. Mondlane, der den Ausgleich mit Lissabon befürwortete, wurde 1969 bei einem Bombenattentat *getötet.* Bis heute ist unklar, ob die Bombe auf Anweisung Machels oder im Auftrag der portugiesischen Geheimpolizei Pide gelegt wurde.

Wirtschaft sozialisiert

Nur ein Jahr später war Machel unumschränkter Führer der Frelimo. Mit dem Coup in Portugal brach das Kolonialreich zusammen. 1975 wurde Moçambique unter Machels Führung unabhängig. Er entmachtete die Häuptlinge der verschiedenen Stämme des Landes und sozialisierte die *Wirtschaft nach östlichem Muster*, was zusammen mit dem Massenexodus der Weißen den Zusammenbruch zur Folge hatte.

Helfer aus Ostblockstaaten, darunter der „*DDR*", die den Geheimdienst Snasp aufgebaut hat und kontrolliert, konnten diese Entwicklung nicht aufhalten. Ein Teil seiner ehemaligen Gefolgschaft wandte sich enttäuscht von Machel ab und gründete die „Resistencia Nacional de Moçambique" (Renamo), die begann, gegen die Regierung in Maputo zu operieren.

Die USA, die hofften, Machel werde sich aus der Umklammerung der Sowjets lösen, mit denen er 1976 einen Freundschafts- und Unterstützungsvertrag geschlossen hatte, waren zusammen mit britischen und südafrikanischen Wirtschaftsinteressen die Hauptinitiatoren des im März 1984 geschlossenen Nkomati-Abkommens zwischen Moçambique und Südafrika. Beide Länder verpflichteten sich, weder der südafrikanischen Untergrundbewegung ANC noch der Renamo Unterstützung und Waffenhilfe zu gewähren, beschuldigten sich jedoch seither mehrmals, dieses Abkommen gebrochen zu haben. Als ANC-Mitglieder, darunter der Chefstratege des militanten Flügels, Umkhonto we Sizwe, in den vergangenen Monaten nach Maputo zurückkehrten, war es offensichtlich, daß die Existenz des Vertrages an einem seidenen Faden hing.

Gleichzeitig konnte die Renamo, deren Zusammenbruch nach dem *Nkomati-Abkommen allgemein* erwartet worden war, ihre Guerrilla-Tätigkeit von ursprünglich drei auf alle zehn Provinzen Moçambiques ausweiten und auch die großen Städte *Maputo und Beira praktisch einkesseln.*

Die Renamo stellt außerdem eine ernste Bedrohung für die Transportwege der sogenannten Frontstaaten dar, besonders für Zimbabwe, das ein reges Interesse an der Kontrolle des Beira-Korridors zeigt, den es mit 12 000 Soldaten für sich offenzuhalten versuchte. Machel kehrte von einem Treffen mit Zimbabwes Regierungschef Mugabe, Zaires Präsident Mobuto und dem sambischen Präsidenten Kaunda in Lusaka zurück, als das Unglück geschah.

Gegen Teilung des Landes

In dem zu erwartenden Kampf um die Nachfolge Machels werden folgende Namen genannt: Joaquino Chissano, Außenminister und überzeugter Marxist, der strikt gegen jeden Ausgleich mit Südafrika ist; Marcelino dos Santos, Mitglied des Politbüros und Generalsekretär der Frelimo-Partei, der aus Alters- und Gesundheitsgründen jedoch kaum Chancen haben dürfte; Alberto Chipande, der Verteidigungsminister, der bei eventuellen Verhandlungen für die Renamo als einziger akzeptabel sein könnte. Auch der erst kürzlich ernannte Premierminister Mario Muchango, ein Wirtschaftsfachmann, und Armando Gueduza, Minister im Büro des bisherigen Präsidenten, sind im Gespräch. Beobachter erwarten jetzt im südlichen Afrika einen Machtkampf, der die Lage im Lande noch verschlechtern dürfte.

In der Zwischenzeit ist zu erwarten, daß die Renamo die Gunst der Stunde nutzt und ihre Position weiter ausbaut. Sie wird sich jedenfalls erbittert gegen jede Teilung des Landes wehren. Südafrika befürwortet eine „Regierung der nationalen Versöhnung" zwischen beiden Parteien, ein Konzept, das von der Renamo bislang ebenfalls abgelehnt wurde.

In Tschernobyl fehlen Wohnungen

rtr, Moskau

Die Entseuchung im Gebiet um das Atomkraftwerk Tschernobyl in der Ukraine geht wegen fehlender Wohnungen für die Spezialisten offenbar nur schleppend voran. Die sowjetische Gewerkschaftszeitung „Trud" kritisierte den äußerst langwierigen Bau der provisorischen Siedlung Zelyony Myc. Aufgrund von Schwierigkeiten bei der Wasserversorgung könnten 400 Wohnungen nicht bezogen werden. Ein anderes Problem sei der Mangel an Meßstationen für Radioaktivität in der Umgebung. Auf lange Sicht soll jedoch nach dem Bericht von „Trud" in der Region Tschernigow nahe des Unglücksreaktors eine „Stadt der Zukunft" für das Personal entstehen.

Trotz Amnestie viele politische Häftlinge

JGG, Köln

In Polen sind trotz der verfügten Amnestie noch etwa 1000 Menschen wegen ihrer politischen Überzeugung in Haft. Darauf weist das „Biuletyn-Informacyjny" der verbotenen Gewerkschaft „Solidarność" hin. Eine von dem Blatt veröffentlichte Liste der politischen Gefangenen nennt Milizbeamte, Bergarbeiter sowie einen Redakteur der Polnischen Presseagentur, der mit der Emigrationspresse zusammengearbeitet hatte und dafür zu zehn Jahren Haft verurteilt wurde. Aufgeführt sind außerdem Mitglieder der Friedensbewegung und 800 Angehörige der „Zeugen Jehovas". Wie es weiter heißt, finden die durch die Amnestie freigekommenen Polen keine Arbeit.

Elie Wiesel reist in die Sowjetunion

dpa, Moskau

Der diesjährige Friedensnobelpreisträger Elie Wiesel wird nach Angaben der amerikanischen Botschaft in Moskau heute in die Sowjetunion reisen. Anlaß seines Besuches sei die Vorbereitung einer Konferenz von Veteranen des Zweiten Weltkrieges, die im Februar nächsten Jahres in Washington stattfinden soll. Zu möglichen Treffen mit sowjetischen Politikern machte die Botschaft keine Angaben. Wiesel hatte in Boston erklärt, er wolle sich auch für die Freilassung des Regimekritikers Sacharow und für verstärkte Ausreisemöglichkeiten für jüdische Sowjetbürger einsetzen. Er hoffe, seinen Status als Nobelpreisträger in den Dienst der Menschenrechte stellen zu können.

Selbst der Minister blickt nicht durch

F. M. Rom

Italiens neuer Gesundheitsminister Carlo Donat-Cattin, ein Mann mit 20jähriger Kabinettspraxis, wurde kürzlich gefragt, was ihn bei der Übernahme seines neuen Amtes am meisten betroffen gemacht habe. Seine Antwort: „Die zunehmenden Verfallserscheinungen im Verwaltungsapparat, der heute einer zaristischen Bürokratie gleicht – mit einer Fülle von Gesetzen und Gesetzchen, mit Komitees und Unterkomitees. Den ersten Monat war ich nur mit Lesen beschäftigt, und ich blicke noch immer nicht ganz durch."

Wie diese Bürokratisierung den ganzen nationalen Gesundheitsdienst aufgebläht habe, zeige sich unter anderem am Zahlenverhältnis zwischen Patient und Sanitätspersonal. In Italien betrage es heute 1:1,6, im europäischen Durchschnitt 1:1,1. Der Gesundheitsdienst könne aber nicht als Instrument der Beschäftigungspolitik mißbraucht werden.

Daß Donat-Cattins Ministerium keineswegs das schwarze Schaf unter lauter weißen Lämmern, sondern exemplarisch für die gesamte staatliche Verwaltung Italiens ist, läßt ein „Bericht über den Stand der öffentlichen Verwaltung" vermuten, der von Ministerpräsident Bettino Craxi dem Parlament zugeleitet wurde. Daraus geht hervor, daß die Zahl der im öffentlichen Dienst Beschäftigten von Ende 1984 bis Ende 1985 um 1,6 Prozent zugenommen hat.

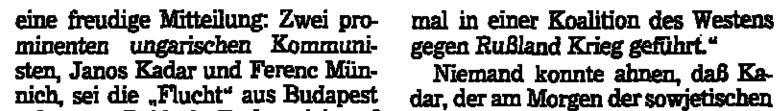
Von den insgesamt 23,2 Millionen Italienern, die die arbeitende Bevöl*kerung des Landes stellen, beziehen* fast 3,5 Millionen ihre Löhne oder Gehälter vom Staat oder von anderen öffentlichen Verwaltungen. Jeder siebente arbeitende Italiener wird also von der öffentlichen Hand bezahlt. Von diesen 3,5 Millionen öffentlichen Bediensteten erschienen freilich 1985 pro Arbeitstag durchschnittlich nur 91,84 Prozent an ihrem Arbeitsplatz. 8,16 Prozent feierten krank oder waren aus anderen Gründen abwesend.

Da 64,4 Prozent der Abwesenden krankgeschrieben waren, liegt die Annahme nahe, daß die Arbeit in Italiens öffentlichen Ämtern sehr anstrengend ist. Wer direkt mit solchen Ämtern zu tun hat, gewinnt jedoch oft einen ganz anderen Eindruck. Das *Arbeitstempo der* Schalterbeamten zum Beispiel wirkt sehr gemächlich. Und nicht selten kommt es vor, daß der Kunde eine halbe Stunde auf die Unterschrift eines „Direttore" warten muß, weil dieser gerade nicht an seinem Arbeitsplatz sitzt, was oft heißt, daß er eine Kaffeepause eingelegt hat oder im Zimmer nebenan mit einem Kollegen in eine Diskussion vertieft ist.

Hinzu kommt, daß die Effizienz der öffentlichen Verwaltung durch eine unvorstellbare Fülle von Gesetzen, Verordnungen und umständlichen Prozeduren behindert wird, von denen nicht wenige noch auf die faschistische und vorfaschistische Zeit zurückgehen. Eine seit 30 Jahren diskutierte große Verwaltungsreform ist bisher über das Stadium des guten Vorsatzes nicht hinausgekommen.

Ungarn vor dreißig Jahren (letzter Teil): Der große Ent-Stalinisierer Chruschtschow handelte getreu nach Stalins Macht-Maxime

Zwischen allen Stühlen saß Janos Kadar



Von C. G. STRÖHM

Einen Tag vor dem massiven sowjetischen Panzerangriff auf Budapest am 4. November 1956 hielt sich der sowjetische Parteichef Nikita Chruschtschow zu unerwarteten und damals geheimgehaltenen Gesprächen bei Tito auf. Das Thema war Ungarn – und es gab Diskussionen um zwei Schlüsselfiguren der damaligen Ereignisse. Der sowjetische und der jugoslawische Parteichef sprachen über Imre Nagy und *Janos Kadar. Der erstere war zu dieser Zeit noch Ministerpräsident der* legitimen ungarischen Regierung – der letztere befand sich, was Tito noch nicht wissen konnte – bereits *bei den Sowjets*, um *wenige Stunden* später im Gefolge der Sowjetarmee die Regierungsgewalt im okkupierten Budapest zu übernehmen.

Chruschtschow war, wie ein Augenzeuge der Gespräche, der damalige jugoslawische Botschafter Veljko Micunovic, in seinen Tagebüchern berichtet, sehr emotional. In Ungarn, so behauptete er, würden Kommunisten „abgeschlachtet und aufgehängt". Mit einem Male zeigte sich, daß der große Entstalinisierer Chruschtschow absolut stalinistisch und sowjet-imperialistisch argumentierte. Es handle sich bei den ungarischen Ereignissen um eine „Restauration des Kapitalismus". Wörtlich erklärte der sowjetische Parteichef: „Wir können das niemals dulden, weder als Kommunisten-Internationalisten, noch als sowjetischer Staat. Die *Kapitalisten würden damit* an die Grenze der UdSSR gelangen." Dann brüstete sich Chruschtschow damit, es seien „genügend" sowjetische Truppen in Ungarn konzentriert worden, um „in ein, zwei Tagen" diese Entwicklung in Ungarn zu verhindern und jeden Widerstand zu ersticken. Dazu vermerkte der jugoslawische Diplomat in seinem Tagebuch: „Man sieht, daß die Russen frontal und sehr scharf intervenieren werden, denn sie sind völlig isoliert vom ungarischen Volk. In Wirklichkeit ist das Volk gegen die Russen."

Beim sowjetischen Entschluß, die ungarische Erhebung erbarmungslos niederzuschlagen, spielte sicher auch das gleichzeitig von Briten, Franzosen und Israelis begonnene Suez-Unternehmen gegen Ägypten eine Rolle. Chruschtschow sagte den Jugoslawen, es werde im Westen angesichts der britisch-französischen Landung um Suezkanal wegen etwaiger sowjetischer Aktionen in Ungarn „weniger Lärm" geben – womit er völlig recht behalten sollte. Nachdem Chruschtschow gegenüber den Jugoslawen – in deren Budapester Botschaft sich Imre Nagy wenige Stunden später flüchten sollte – keinen Zweifel daran ließ, daß er den ungarischen Regierungschef für einen Verräter halte, machte er Tito eine freudige Mitteilung: Zwei pro*minenten ungarischen* Kommunisten, Janos Kadar und Ferenc Münnich, sei die „Flucht" aus Budapest gelungen. Beide befänden sich auf dem Flug nach Moskau.

Zugleich aber vermerkten die Jugoslawen, daß Chruschtschow und die anderen hochrangigen Sowjets – in der Begleitung des Parteichefs befand sich damals das Politbüro-Mitglied Malenkow – Kadar mit einem gewissen Mißtrauen gegenüberstanden. „Man sieht, *daß dies nicht ihre* Wahl ist," schrieb Micunovic. Besonders aufschlußreich waren zwei Bemer*kungen* Chruschtschows über jene beiden Länder und Völker im sowjetischen Machtbereich, die als die größten Sorgenkinder des sowjetischen Imperiums galten: über Polen und Ungarn.



Fand einen Modus vivendi: Kadar FOTO: S. SIMON

Von den Polen sagte der sowjetische Parteichef, sie wollten den Sowjets die Stadt Lemberg (Lwow) und damit die Westukraine wieder entreißen. Und weiter: „Ungarn hat zweimal in einer Koalition des Westens gegen Rußland Krieg geführt."

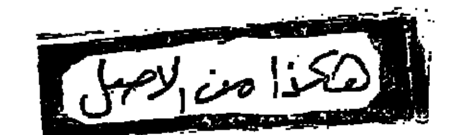
Niemand konnte ahnen, daß Kadar, der am Morgen der sowjetischen Attacke auf Budapest und noch während schwere Straßenkämpfe tobten, als Ministerpräsident einer „revolutionären Arbeiter- und Bauernregierung" an die Öffentlichkeit trat, dereinst zu einer der respektiertesten politischen Persönlichkeiten der kommunistischen Welt werden könnte. Als Kadar unter dem Schutz sowjetischer *Panzer sein Amt in* Budapest antrat, war er in seinem eigenen Volk verhaßt, während ihn die *Weltöffentlichkeit* als Kollaborateur der Sowjets betrachtete. Die Legitimität seiner Regierung wurde angezweifelt – und es sollte Jahre dauern, bevor der Westen sich dazu bereit fand, mit Ungarn mehr als die allernotwendigsten formalen Beziehungen zu pflegen.

Zunächst wurde nach Niederschlagung des Aufstandes – was erheblich länger als die von Chruschtschow prognostizierten zwei Tage dauerte – ein Regime der harten Hand praktiziert. Es gab – nach offiziellen kommunistischen Angaben – 70 Hinrichtungen und 28 000 Verurteilungen wegen „Verbrechen gegen die öffentliche Ordnung" – und das allein in der Zeit vom 4. November 1956 bis Ende Juli 1957.

Erst zu Beginn der sechziger Jahre begann sich die *Situation in Ungarn* zu entspannen. Damals verkündete Kadar eine neue These der „wiederaufgebauten" Kommunistischen Partei: „Wer nicht gegen uns ist, ist *für uns." Damit machte die kommu*nistische Macht eine wesentliche Konzession – sie verzichtete auf die totale Zustimmung des Volkes, der Gesellschaft, der Intellektuellen. Nicht mehr Jubel wurde verlangt, sondern – wenn es nicht anders zu haben war – schweigende Loyalität. Unter Kadar entstand so etwas wie ein seltsamer, ungeschriebener „Gesellschaftsvertrag" im Dreieck zwischen der ungarischen Nation, den ungarischen Kommunisten und der Sowjetunion.

Alle drei Partner – *so ungleich ihre* Positionen auch sein mochten – wußten, was sie voneinander zu halten hatten. Die Sowjets werden nie vergessen, daß Ungarn das einzige Volk *Europas ist, das nach Ende des zwei*ten Weltkriegs einen Krieg gegen die sowjetische Armee führte. Daraus resultiert der Respekt, den die Sowjets den Ungarn bis heute zollen – und die relative Behutsamkeit, mit der Moskau gegenüber Budapest verfährt. Die ungarischen Kommunisten haben gelernt, daß es sehr ungemütlich und gefährlich sein kann, wenn man ohne Rückhalt und ohne Anerkennung durch die *eigene* Nation regiert. Der „Kadarismus" ist also der Versuch, in einem kommunistischen Regime, an dessen ideologischen Prinzipien kein Zweifel beste*hen kann, einen modus vivendi zwi*schen Regierenden und Regierten herzustellen.

Die ungarische Nation wiederum hat gleichfalls ihre Lehren gezogen. Sie hat auf bittere Weise erkennen müssen, daß sie im Konfliktfall mit der kommunistischen und sowjetischen Macht auf Hilfe – etwa aus dem Westen – nicht rechnen kann. Mit dem Sinn für Pragmatismus und „Ausgleich", der den Magyaren seit den Zeiten der Türken und Habsburger eigen ist, haben sie sich arrangiert. Dennoch: Der Aufstand von 1956 hat diese Nation traumatisiert. Und die Tatsache, daß über die Ursachen, den Verlauf und die Wirkungen einer der größten europäischen *Volkserhebungen bis heute in Un*garn nicht offen und unbefangen gesprochen werden kann, zeigt, wie sehr der Schatten des „großen Bruders" – und das nicht nur in Gestalt vonn *60 000 Mann* sowjetischer Soldaten – über diesem Lande lastet.



Rot-grünes Bündnis in Braunschweig

rtr, Hannover

Nach den Kommunalwahlen in Niedersachsen haben SPD und Grüne bislang in Braunschweig eine Zusammenarbeit fest vereinbart und in mehreren anderen Städten und Kreisen Verhandlungen darüber aufgenommen. Eine Mitgliederversammlung der Braunschweiger Grünen stimmte dem Bündnis zu und empfahl der Ratsfraktion, am 5. November den SPD-Landtagsabgeordneten und früheren Oberbürgermeister Gerhard Glogowski gemeinsam mit der SPD anstelle des CDU-Amtsinhabers zum Stadtoberhaupt zu wählen.

Bei den Kommunalwahlen am 5. Oktober war die CDU in der zweitgrößten niedersächsischen Stadt zwar stärkste Fraktion geblieben, SPD und Grüne verfügen aber jetzt zusammen über eine Stimme Mehrheit gegenüber CDU und FDP. Gespräche mit den Grünen über eine Zusammenarbeit gibt es nach Angaben eines SPD-Sprechers auch in Oldenburg, Wilhelmshaven und Delmenhorst sowie in sieben Landkreisen. In zwei Kreisen werde mit der FDP verhandelt.

FDP fordert größeren Einfluß für Kommunen

Studie kritisiert fortschreitende Zentralisierung

DIETHART GOOS, Bonn

In den Koalitionsverhandlungen mit der Union nach der nächsten Bundestagswahl wollen die Freien Demokraten eine Neuordnung der Finanzbeziehungen zwischen Bund, Ländern und Gemeinden erreichen. Gefordert werden klare Kompetenzabgrenzungen und stärkere Eigenverantwortlichkeit der Kommunen. Grundlage für die Verhandlungen ist ein umfangreiches Papier, das die FDP-Fachkommission *„Föderalismus und Finanzverfassung"* unter Leitung des Kölner Wissenschaftlers Professor Karl-Heinrich Hansmeyer nach fast sechsjähriger Arbeit jetzt vorlegte.

Die FDP-Finanzexperten bemängeln eine zunehmende Kompetenzvermischung, wodurch die Eigenverantwortlichkeit besonders der Gemeinden geschmälert werde. Daher müsse einer weiteren Zentralisierung und der Vermengung staatlicher Aufgaben der verschiedenen Ebenen energisch begegnet werden.

Nach Auffassung der Kommission haben sich die mit der Finanzreform von 1969/70 eingeführten Gemeinschaftsaufgaben mit finanzieller Beteiligung des Bundes und der Länder nicht bewährt. Planungs- und Finanzierungskompetenzen seien unübersichtlich geworden, das Interesse des *Bürgers für die Erfüllung staatlicher* Aufgaben vermindert, die parlamentarischen Entscheidungsbefugnisse gegenüber der Exekutive beschnitten und die Bürokratisierung insgesamt erhöht worden. Daher wird gefordert, bisherige Gemeinschaftsaufgaben, wie den Ausbau und Neubau von Hochschulen sowie die Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes auslaufen zu lassen. Nur die Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur" sollte nach Ansicht der FDP fortgesetzt werden.

Auch bei der Bildungsplanung und Forschungsförderung sollte die Kooperation von Bund und Ländern verringert werden. Die Förderung energiesparender Maßnahmen, die Studenten-Wohnraum-Förderung, die Städtebauförderung und die Verbesserung kommunaler Verkehrsverhältnisse sollte von den Ländern eigenständig wahrgenommen werden.

Esser warnt vor „Aufbruch in den Rechtsbruch"

dpa, Düsseldorf

Der Präsident der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände, Otto Esser, hat sich besorgt über die Diskussionen um die Frage von Betriebsbesetzungen bei Arbeitskämpfen geäußert. Solche Maßnahmen bedeuteten „den Aufbruch in den Rechtsbruch", sagte Esser gestern auf einem Kongreß des Bundesverbandes der Bekleidungsindustrie in Düsseldorf. In der sozialen Marktwirtschaft seien Unternehmern und Arbeitgeberverbänden auch die Auseinandersetzung mit den politi*schen Ambitionen* der Gewerkschaften aufgegeben. Esser betonte, in den vergangenen vier Jahren seien die Erfolge einer Politik der marktwirtschaftlichen Erneuerung und finanziellen Konsolidierung immer deutlicher geworden. Bei nahezu absoluter Geldwertstabilität sei mit einem Zuwachs von mehr als vier Prozent der Nettoeinkommen und mit fast 600 000 neuen Arbeitsplätzen seit dem Tiefpunkt von 1983 die Trendwende erreicht. Die Unternehmen stellten sich ihrer sozialpolitischen Verantwortung auch mit der Bereitstellung von Ausbildungsplätzen und Qualifizierungsoffensiven.

Lutheraner sehen sich auf dem Weg zur Abendmahlsgemeinschaft mit Katholiken

Bischof Wilckens erwartet weitere ökumenische Fortschritte / Generalsynode in Bad Harzburg

MICHAEL JACH, Bad Harzburg

Die Vereinigte Evangelisch-Lutherische Kirche in Deutschland (VELKD) will ihr ökumenisches Werben um die katholische Kirche „mit zäher, fröhlicher Geduld" fortsetzen. Der Catholica-Beauftragte des Zusammenschlusses lutherischer Gebietskirchen innerhalb der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD), Bischof Ulrich Wilckens (Lübeck), zeigte sich vor der heute in Bad Harzburg zu Ende gehenden Generalsyn*ode* der VELKD zuversichtlich hinsichtlich meßbarer Fortschritte im Konfessionsdialog, zumal auf kirchenamtlicher Ebene.

Den aktuellen Anlaß zu solcher Einschätzung hat zweifellos das erstmalige Zusammentreffen evangelisch-lutherischer und katholischer Bischöfe vom 1. Oktober am Sitz der VELKD in Hannover gegeben. Ohne ungebührlichen „Stolz" zwar, aber doch mit Bedacht wurde in Bad Harzburg auf die protokollarische Bedeutung des Treffens für die damit von der katholischen Kirche offiziell dokumentierte Achtung des reformatorischen Bischofsamtes hingewiesen. Inhaltlich eröffnete das Bischofsgespräch von Hannover eine fortgesetzte gemeinsame Studienarbeit unter dem Leitthema „Gemeinschaft der Heiligen".

Ziel ist für die evangelische Kirche ein Durchbruch zur wechselseitigen Zulassung der Gläubigen zu Abendmahl oder Kommunion. An dieser vom Vatikan bislang strikt verteidigten Konfessionsschranke hatte sich auf der vorjährigen VELKD-Synode in Schleswig harsche Kritik entzündet, insbesondere wegen der Gewissens- und Seelsorgenöte in konfessionsverschiedenen Ehen. Diesmal in Bad Harzburg nahm das Kirchenparlament den Jahresbericht des Catholica-Beauftragten mit abwartender Haltung entgegen.

Das Abwarten ist Ausdruck von Erwartungen. Bischof Wilckens formulierte sie in nahezu listiger Argumentation anhand jüngerer katholischer Ökumene-Dokumente. So verwies er auf die Ergebnisse der vor einem Jahr in Rom in Fortführung des Zweiten Vatikanischen Konzils einberufenen Bischofssynode der katholischen Weltkirche. In deren Schlußerklärung, vermerkte Wilckens, ist ausdrücklich von der „unvollkommen" schon bestehenden „ökumenischen Gemeinschaft mit den nichtkatholischen Kirchen und Gemeinschaften" die Rede – klarer und vorwärtsweisender als noch in den Konzilstexten.

Aus lutherischer Sicht kann der Weg zu engerer Gemeinschaft so unüberwindbar weit nicht mehr sein, seit die von Papst Johannes Paul II. 1980 angestoßene Gemeinsame Ökumenische Kommission der katholischen Deutschen Bischofskonferenz und des Rates der EKD zu Beginn dieses Jahres die wechselseitigen Verwerfungsurteile aus dem 16. Jahrhundert überwunden hat – vorbehaltlich der ausstehenden Zustimmung des Vatikans, an der kaum jemand zweifelt. Liege diese in wenigen Jahren erst einmal vor, dann werde sich, erwartet Wilckens, „alsbald unausweichlich diese Frage stellen: Was hindert dann noch, nunmehr von einer Gemeinschaft im Glauben zu sprechen, die im Elementaren so vollständig ist, daß auch Abendmahlsgemeinschaft nicht mehr ausgeschlossen sein muß?"

9. Folge: Ost-Berlin wollte Gelände rund um westdeutsche Kernkraftwerke radioaktiv verseuchen



Das Ostberliner Ministerium für Staatssicherheit (MfS) begnügt sich nicht damit, von den Agenten der Hauptverwaltung Aufklärung aus der Bundesrepublik heranschaffen zu lassen, was von Interesse sein könnte. Im Zusammenhang mit der Entwicklung einer westdeutschen Anti-Kernkraftbewegung, so berichtet Stiller, wird auch die Intervention mit „aktiven Maßnahmen" erwogen.

Agenten-Lohn: Dann flatterten die Tausender

Wir beobachten seit einiger Zeit ein beträchtliches Anwachsen der Anti-Kernkraftbewegung. Natürlich haben wir auch daran unseren, wenn auch mäßigen, Anteil. Diese Strömung arbeitet eindeutig gegen die Atompolitik der Bonner Regierung und damit objektiv, wenn auch auf Umwegen, für unsere Interessen. Im Moment paßt das uns nicht so sehr, denn es schwächt die Bonner Koalition. Aber wie sieht das Problem bei einer CDU/CSU-Regierung aus? Die Umweltspinner sind ja systemdestabilisierend. Wie können wir dabei mitwirken?"

Das trug uns Oberst Horst Vogel, der Leiter des Sektors Wissenschaft und Technik in der HVA, 1976 vor.

Vogel ließ uns an diesem Tag zu sich kommen, weil er von seinen Mitarbeitern erwarte, daß sie auch politisch an die Zukunft denken. „Wir haben jetzt seit sechs Jahren eine SPD/FDP-Koalition in Bonn und wir können mit diesen sechs Jahren eigentlich ganz zufrieden sein. Es ist uns gelungen, den Alleinvertretungsanspruch der BRD zu brechen, wir sind weltweit diplomatisch anerkannt, und die Entspannungspolitik trägt ihre Früchte. Die Klassenkampfsituation hat sich also weiter zu unseren Gunsten verändert." Dann kam er zur eigentlichen Sache.

Lancierte Meldung über einen Störfall in Stade

„Habt ihr daran gedacht, daß im nächsten Jahr Bundestagswahl ist? Gewiß, wir hoffen, daß die jetzige Koalition im Amt bleibt. Aber können wir das garantieren? Nein! Wir werden natürlich versuchen, im Rahmen unserer Möglichkeiten die politische Situation in der BRD zu erhalten. So leicht wie beim Mißtrauensvotum am 27. April 1972, als zwei Stimmen genügten, deren eine wir uns sicher sein konnten, wird es nicht wieder sein, und wir müssen auf eine CDU/CSU-Regierung vorbereitet sein. Wir brauchen nicht mehr so große politische Rücksichten zu nehmen, sondern haben sogar alles zu unternehmen, um einer Rechtsregierung das Leben so schwer wie möglich zu machen. Die Situation für die politische Aufklärung ist klar. Perspektivisch kümmern sich die Genossen schon heute darum, für uns effektive Positionen in der jetzigen Opposition zu schaffen, ohne dabei die Arbeit in Richtung SPD und FDP zu vernachlässigen. Aber was können wir dabei tun, liebe Genossen vom Atomreferat?"

Mein Referatsleiter Christian Streubel hatte eine Antwort parat: „Horst, wir haben das analysiert. Wir werden unter Einsatz des Netzes in einem solchen Fall einige aktive Maßnahmen starten können. Erinnere dich an den Test im letzten Jahr."

Damit hatte es folgendes auf sich. Ein Agent hatte gemeldet, im Reaktor des Kernkraftwerkes Stade habe sich ein Störfall ereignet. Die Werksleitung wollte den Vorgang zunächst nicht publik machen. Die für derartige Fälle zuständige Abteilung X der HVA hatte aber die Meldung in eine westliche Zeitung lanciert, um festzustellen, wie sich diese „Schützenhilfe" bei der Anti-Kernkraftbewegung auswirkt.

„Setzt euch zusammen und entwerft ein paar Ideen. Ich will nicht mit leeren Händen dastehen, wenn die Zeit kommt, in der wir weniger politische Rücksichten zu nehmen brauchen", entließ uns Vogel.

Einige Bemerkungen gaben mir sehr zu denken. Ich fragte meinen Referatsleiter skeptisch, ob es tatsächlich stimme, daß die HVA den entscheidenden Draht gezogen hat, der damals in Bonn zur Ablehnung des Mißtrauensvotums geführt habe oder ob dabei der Wunsch der Vater des Gedankens gewesen ist. Christian wies mich zurecht: „Wenn der Genosse Vogel das sagt, dann wird es schon seine Richtigkeit haben. Kümmere dich aber nicht um den Schnee vom letzten Jahr, sondern denke darüber nach, was der Genosse Vogel für die Zukunft von uns verlangt." Immerhin, der Leiter des Sektors hatte in komprimierter Form die Strategie erläutert, die langfristig zum Sieg des Kommunismus in der westlichen Welt führen soll.

Aktive operative Maßnahmen – davon wurde im MfS schon seit einiger Zeit viel geredet. In der HVA hat die Abteilung X die Aufgabe, in Zusammenarbeit mit anderen operativen Abteilungen, gelegentlich aber auch selbständig, sogenannte aktive Maßnahmen durchzuführen, als Desinformation bezeichnet. Freilich reicht der Begriff längst nicht aus, um die ganze Bandbreite der Offensivarbeit dieser HVA-Abteilung zu erfassen. Präziser wäre wahrscheinlich der Ausdruck: psychologische Zersetzung und Kriegführung. Die Abteilung X kombiniert echte Sachverhalte, ausgewählte oder „frisierte" Informationen und eigene Operationen zu Gesamtkomplexen, mit denen die öffentliche Meinung im Westen und auch im Osten manipuliert werden kann.

Wenn ich Oberst Vogel richtig verstanden hatte, so wollte er jedoch mehr als nur Vorschläge zur Lancierung von Kampagnen in den Medien. Ihm schwebten offenbar subversive Aktionen vor, die die politische Stabilität der Bundesrepublik weitaus stärker belasten sollen. Er hatte die Anti-Kernkraftbewegung als Beispiel genannt. Mir kam dabei die Idee, in diesem Zusammenhang einmal zu testen, inwieweit im MfS, wenn überhaupt, noch allgemeine moralische Bedenken den Handlungsspielraum bei solchen Aktivitäten einschränken würden. Auf der Grundlage einer wissenschaftlich exakter Studie, so schrieb ich in einer Vorlage, müßte man in der Umgebung von Kernkraftwerken der BRD gezielt und systematisch radioaktive Stoffe plazieren, wie sie in Atommeilern anfallen. Dezente Hinweise an die Kernkraftgegner – unter denen das MfS einige zuverlässige Vertrauenspersonen hatte – dürften dann ausreichen, um einen Proteststurm zu entfachen, der die westdeutschen Politiker unter erheblichen Druck setzen würde. Die Wirkung der Operation könne durch Enthüllungen über angebliche Lücken im Sicherheitssystem der Kernkraftwerke, durch die Lancierung von Meldungen über Beinahe-Unfälle oder gar durch provozierte wirkliche Unfälle bei radioaktiven Materialtransporten noch verstärkt werden. Der Nachweis, daß diese Aktion fremdgesteuert sein könnte, wäre bei geschickter und technisch „sauberer" Vorbereitung nur außerordentlich schwer zu führen. Ich stellte eine Liste möglicher Zielobjekte zusammen und fügte Unterlagen über die bis dahin eingetretenen Schädigungen der Atomwirtschaft der BRD durch die Umweltschutzbewegung hinzu. Christian befürwortete meinen Vorschlag und reichte ihn an den Leiter des Sektors weiter. Nach der nächsten Parteiversammlung nahm mich Vogel tatsächlich beiseite und erklärte mir, meine Ausarbeitung sei höheren Orts besprochen, da ja ein solches Vorhaben den Rahmen der Abteilung X bei weitem übersteige, und grundsätzlich gebilligt worden. Die Zeit müsse dafür reif werden. Ich hatte eigentlich keine andere Reaktion erwartet.

In alten Unterlagen fand ich 1975 zahlreiche Hinweise auf interessante Personen beim Deutschen Atomforum. Diese Einrichtung in Bonn sei ein Informationsknotenpunkt der Atomforschung und Kernindustrie der BRD, und Christian riet mir, dort auf jeden Fall einzudringen. Er erinnerte mich an einen Namen: Dr. Bernhard Feigenspan, tätig im Zentralinstitut für Kernforschung der DDR-Akademie in Dresden-Rossendorf. Feigenspan war ebenfalls ein inoffizieller Mitarbeiter, Deckname „Max". Ich schlug eine gemeinsame Aktion vor: „Am besten ist es, wenn wir Max ganz unverfänglich zur nächsten Reaktortagung nach Nürnberg schicken, die vom Atomforum dort veranstaltet wird. Und um das Ganze seriöser und unauffälliger zu machen, lasse ich noch einen meiner eigenen ‚IM' mitfahren." Ich dachte dabei an den ebenfalls in Rossendorf tätigen Diplomphysiker Rudi Rockstroh. Er war ein enger Mitarbeiter von Professor Klaus Fuchs, 1949 in Großbritannien zu 14 Jahren Zuchthaus verurteilt wegen der Weitergabe angloamerikanischer Atomgeheimnisse an die Sowjetunion, nach seiner Begnadigung 1959 einer der führenden, gewiß aber der angesehenste Forscher der DDR.

Die Hauptabteilung I im MfS unterhält auch Referate, die nachrichtendienstlich gegen den Westen und dabei besonders gegen die Bundeswehr und die auf westdeutschem Boden stationierten NATO-Verbände arbeiten. Ihre wichtigste Aufgabe ist es, das sogenannte „Vorfeld" auszukundschaften – einen 50 Kilometer breiten Streifen jenseits der „Staatsgrenze West" auf dem Territorium der Bundesrepublik, welcher im Kriegsfall zum unmittelbaren Angriffsstreifen der NVA gehören würde. Diese Aufklärungseinheiten sind in Grenznähe stationiert, um ihrem speziellen Orperationsgebiet möglichst nahe zu sein. Ich erhielt den Auftrag, einen Agenten dieser Abteilung zu einer wertvollen Quelle zu entwickeln.

Mit einiger Skepsis rief ich den Genossen Barnikol in Hildburghausen, einer der südlichsten Kreisstädte der DDR unmittelbar an der Grenze zum Freistaat Bayern, wegen der Übernahme des fraglichen Agenten an. Nach Hildburghausen waren es 450 Kilometer. Hinter dem Hermsdorfer Kreuz zog sich zu meiner Linken der Rücken des Thüringer Waldes an der Autobahn entlang. Bis zum Grenzübergang Herleshausen waren es keine 100 Kilometer mehr, als ich an der Ausfahrt Gotha abbog. In der Baracke der Hauptabteilung I beim Grenzkommando erwartete mich der Oberstleutnant Barnikol.

Im Ledergürtel hatte er Kleinbild-Dias versteckt

Ich fragte den Offizier unverblümt danach, warum sich die „Eins" von dem Westagenten trennen wollte, und bekam zur Antwort, es sei fehlgeschlagen, den Mann in das Bundesamt für Wehrtechnik und Beschaffung einzuschleusen, da er inzwischen geheiratet hatte und in Neustadt bei Coburg ansässig wurde. Er arbeitet jetzt im Siemenskabelwerk und könne nicht mehr die Informationen liefern, auf die es der Hauptabteilung I vor allem ankäme.

Als Ingenieur im Siemenskabelwerk konnte der Agent natürlich keine militärisch relevanten Informationen liefern. „Ernst Koehler" war der Deckname des Agenten; Günter Senger hieß er tatsächlich, geboren 1946, Vater Justizangestellter, Schule und Lehre in Franken, danach beschäftigt bei Siemens, Besuch des Polytechnikums in Schweinfurt. Ausbildung zum graduierten Ingenieur und nun erneut im Siemenskabelwerk tätig – eine ganz unauffälige Biographie.

Ich wurde neugierig auf den Mann. Kurz vor zehn Uhr langten wir am Treffort an, dem Kirchplatz in Eisfeld. Wir blieben im Auto sitzen und warteten. Ich wunderte mich: „Wir sind doch hier ganz nahe der Grenze. Hast du denn keine Sorge, daß der Mann eine Zufallsobservation mit zum Auto bringen könnte?" – „Nach unseren Kenntnissen machen die das drüben nicht", lautete die Antwort. Ich war mehr als verblüfft – uns in der Zentrale wurde bei jeder Referatsbesprechung eingehämmert, nie Kontakt mit einem West-Agenten aufzunehmen, ohne ihn vorher zu überprüfen, ob er nicht von der Gegenseite observiert wurde. Hier machte man sich darüber offenbar wenig Gedanken.

Nach zehn Minuten bog ein junger Mann von stattlicher Größe und sportlicher Figur um die Ecke. In der Hand trug er eine Aktentasche wie ein ins Büro eilender Familienvater. Die korrekte Kleidung vervollständigte noch dieses unpassende Bild. Entgegen ihrem Ruf bei der HVA mußten die Beamten der bayerischen Grenzpolizei eben doch harmlos sein, wenn ihnen ein solcher DDR-Besucher nicht auffiel.

„Koehler" schnallte seinen Gürtel ab, spreizte das doppelte Leder an einer aufgetrennten Stelle auseinander und zog zusammengelegte Kleinbild-Dias hervor. Diese Idee für den Transport habe er selbst gehabt, erklärte er mir. Dann öffnete er den Verschluß der Aktentasche und fuhr mit einer Nadel in ein kleines, fast unsichtbares Loch, wodurch er ein Geheimfach freilegte, aus dem er noch einige Filmstreifen hervorholte. Ich kannte dieses System des Transportcontainers. Es galt in der Zentrale als gefährlich, da bei einigen Verhaftungen ähnliche Taschen in die Hände des Gegners gefallen waren. Ich sah mir die Filmstreifen an, gelungene Kopien von Firmenunterlagen.

Ich konnte nicht ahnen, daß der Fall Günter Senger alias „Koehler" eines Tages – freilich nur indirekt – zu einer entscheidenden Änderung meiner Lage führen sollte. Vorerst machte ich mich daran, mehr „Professionalität" in die Sache zu bringen. Ich gab dem Mann einen neuen Decknamen und nannte ihn fortan „Hauser". Ungeachtet meiner eigenen kritischen Einstellung bearbeitete ich ihn auch politisch, denn für das, was ich mit ihm plante – die Einschleusung in das Verteidigungsministerium in Bonn –, mußte er gut motiviert sein.

Ein sicherer Fluchtweg für den Ernstfall

An dem Fall „Hauser" hatte ich ein persönliches Interesse gewonnen. Für den Fall drohender Verhaftung hatten die Genossen der Hauptabteilung I einen sicheren Fluchtweg für den Agenten aufgebaut. Er sollte sich dann in die DDR absetzen, und zu diesem Zweck hatte man ihm eine Stelle angegeben, an der die „Staatsgrenze West" nicht vermint war und auch nicht regelmäßig bewacht wurde. Wenn diese Lücke für „Hauser" weiter offengehalten wird, so sagte ich mir, würde sie auch in umgekehrter Richtung ihren Dienst tun. Deshalb wollte ich die Schleuse auch in meinen neuen Verbindungsplan für „Hauser" übernehmen. Leider fand Christian an dieser Rückzugsvorkehrung keinen Gefallen. Ich mußte sie durch eine andere – über Österreich führende – ersetzen.

Bei einem der folgenden Treffs machte ich „Hauser" mit seinem Instrukteur bekannt. Die nächste Zusammenkunft sollte bereits mit diesem in Coburg stattfinden.

Ich setzte meinen Instrukteur „Film" (Deckname) auf „Hauser" an. „Film", Klarname Steffen Kind, sehr gewitzt und pfiffig, war im Zivilberuf Werbeleiter in dem Dresdner Betrieb für Starkstromanlagenbau „Otto Buchwitz". Zuvor viele Jahre hindurch bei der Kriminalpolizei tätig, eignete er sich vorzüglich für das Nachrichtengeschäft.

Dabei kam mir die Idee, „Film" durch eine der offengehaltenen geheimen Schleusen an der Grenze, von denen ich ja nun schon mehrfach gehört hatte, nach Coburg zu schicken. Ich stand zu dieser Zeit schon in Verbindung mit dem BND, den solche Schleusen natürlich interessieren mußten, zumal diese „Einreise"-Praxis für Verbindungsagenten vom MfS nur mit äußerster Vorsicht genutzt wurde. Über meinen Kommunikationsweg mit Pullach teilte ich dem BND mein Vorhaben mit.

Wenn die politische Lage sich einmal änderte, oder andere Ereignisse die normalen Verkehrsverbindungen unterbrechen, würden wir sowieso gezwungen sein, unsere Leute auf diesem Weg in den Westen zu bringen. Ich setzte mich daraufhin mit der Arbeitsgruppe Grenze in Verbindung und vereinbarte einen Termin. Der zuständige Offizier bedeutete mir mit meinem Mann am 5. Oktober früh um sechs Uhr vor der Post in Hildburghausen zu sein. Ich könne ihn dann am gleichen Abend zurückhaben. Allerdings müßte ich darauf achten, daß er sich entsprechend kleidet.

Ich meldete nun auch den Termin und die Details, soweit mir bekannt, nach Pullach. Natürlich kannte ich nicht den genauen Ort, an dem „Film" mit zwei Schleusern die Grenze überqueren sollte; aber ich wußte, wann und wo er in Coburg auf „Hauser" warten würde. Das legte ich ja selbst fest. Der BND bekam so die Möglichkeit, von da ab die weiteren Bewegungen meines Instrukteurs zu beobachten und auch das Schlupfloch im Minenfeld zu lokalisieren.

Nach Entfernung von zwei nur lose eingedrückten Nägeln öffnete sich eine Lücke im Stacheldrahtzaun. Die beiden Schleuser sowie der Instrukteur konnten auf westdeutsches Gelände kriechen. Sie fanden sich nach zehn Metern auf einem dicht an der Grenze vorbeiführenden Weg wieder. Eine Gefahr, daß patrouillierende bayerische Polizei die drei Grenzgänger aufgreifen könnte, bestand nicht, wie die Genossen von der Arbeitsgruppe mir bedeutet hatten, da ihnen der Dienst- und Streifenplan der bayerischen Grenzbeamten genau bekannt sei. Sie könnten daher sogar Agenten am hellichten Tag in den Westen schleusen.

Nach einem Marsch von einer Stunde bei strömendem Regen kam das Trio bis auf die Haut durchnäßt in Coburg an. Die Schleuser verabschiedeten sich hier, nachdem sie mit „Film" verabredet hatten, ihn am Abend um 20 Uhr an der gleichen Stelle wieder abzuholen. Der Instrukteur zog allein weiter. Er suchte erst einmal die Bahnhofsgaststätte auf, um seine Kleider etwas trocknen zu lassen. Am Nachmittag rief er „Hauser" im Kabelwerk an. Der staunte nicht schlecht, als ihn der Instrukteur nach Austausch der vereinbarten Parole aufforderte, noch am selben Tag um 17 Uhr zum „Theater" zu kommen. Hinter diesem Codewort verbarg sich das Kino „Union", der im Verbindungsplan vorgesehene Trefffort in Coburg. „Hauser" sagte zu und kam auch pünktlich. Von hier an werden die beiden wohl nicht mehr allein gewesen sein. Eine Observationsgruppe vom BND dürfte die zwei auf Schritt und Tritt beobachtet, in der gleichen Gaststätte gesessen haben, in der die beiden ihren Haupttreff abhielten, und meinem Instrukteur gefolgt sein, als er sich wieder mit den Schleusern traf, um den Rückweg durchs Minenfeld anzutreten. Sie waren vermutlich auch nicht weit entfernt, als diese drei durch die Stacheldrahtsperren zurück in die DDR krochen. Um 22 Uhr holte ich meinen vor Nässe triefenden Instrukteur in Hildburghausen ab.

Anfang Januar 1976 flog ich mit Christian nach Budapest zu einem Treff mit „Sperber", der ursprünglich in Salzburg stattfinden sollte. Von Salzburg aus hatte ich versuchen wollen, Verbindung mit dem BND aufzunehmen. Daneben war das Problem zu lösen, wie „Sperber" nach Ungarn umdirigiert werden sollte, der am 5. Januar vor dem Geburtshaus Mozarts auf uns oder einen ihm bekannten Mitarbeiter warten würde, wie bei seinem letzten Treff in der DDR festgelegt.

Eine Metro-Fahrkarte als Erkennungszeichen

Um ihn dort abzufangen und über die neue Disposition zu informieren, gab ich „Mark" – Klarname Bernhard Theurich – ein Foto von „Sperber", drückte ihm die im Verbindungsplan als Erkennungszeichen vorgesehene Pariser Metro-Fahrkarte in die Hand und schickte ihn mit einem gefälschten Westberliner Personalausweis nach Salzburg.

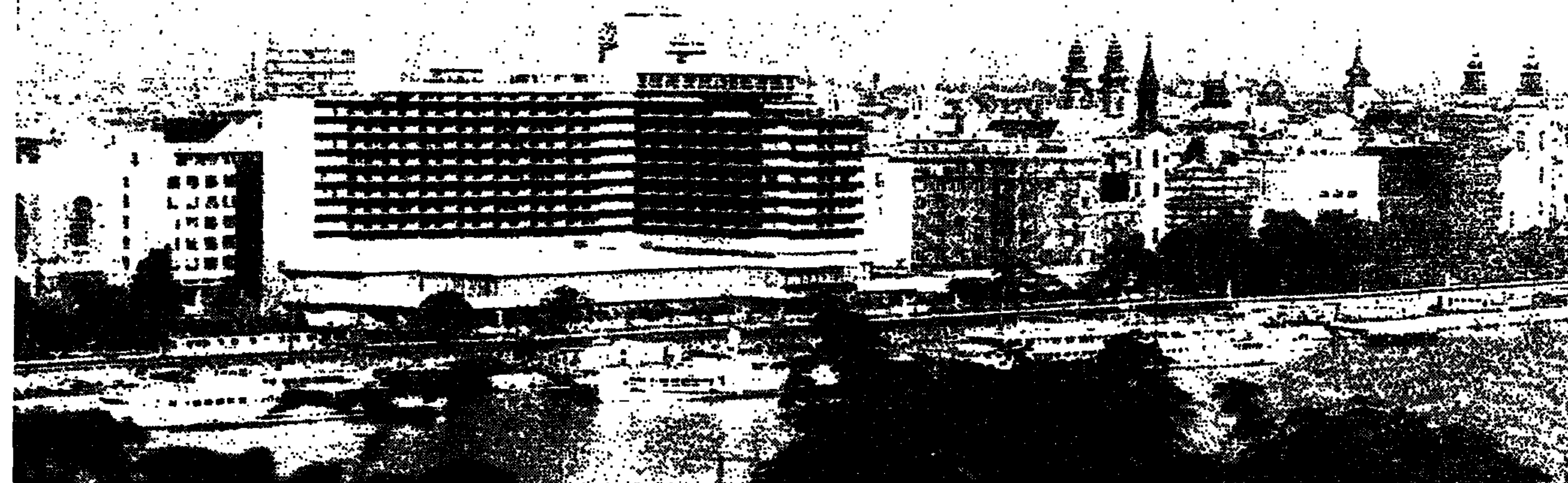
Christian und ich warteten in Budapest im Hotel „Intercontinental" auf die Quelle.

Am Trefftage brachen wir schon nach dem Frühstück Richtung Kaufhaus „Corvin" in der Rakoszi utca auf. Dorthin sollte „Sperber" der neuen Planung gemäß kommen. Dann feierten wir in der Hotelhalle. Wir verfielen in Fachsimpelei und achteten kaum auf das Unterhaltungsprogramm, auch nicht auf eine Sängerin, die mit dem Mikrofon in der Hand [illegible] die Bühne verließ, um sich einzelnen Gästetischen zu nähern. Ich schob „Sperber" gerade eine Brieftasche über den Tisch, in die ich rund 5000 DM West – sein Salär für diesen Treff – gelegt hatte, als sie sich unbemerkt von hinten näherte und zum Scherz die Brieftasche an sich nahm. Die Scheinwerfer folgten ihr, und so wurde die ganze Bar Zeuge, wie die Banknoten zu Boden flatterten. Allgemeines Gelächter begleitete die Sängerin, als sie das Geld mit Entschuldigungen wieder einsammelte.

Morgen in der WELT:
Die Leute aus Pullach face en face mit dem BND



Vor Mozarts Geburtshaus im schönen Salzburg ein geplatzter Agententreff: Wie ließ sich „Sperber" noch nach Ungarn umdirigieren?
FOTO: BERND-JÜRGEN FISCHER



Nach dem Warten auf die „Quelle" Fachsimpeln und Feiern im Budapester Hotel „Intercontinental"

FOTO: JÜRGENS

Wenn Sie einzelne Folgen dieser Serie versäumt haben, aber nachlesen wollen, wählen Sie bitte 0 20 54 / 10 15 41: Frau Karin Kuhlmann schickt sie Ihnen gerne zu.

Briefe an DIE WELT

DIE WELT, Godesberger Alle 99, Postfach 200 866, 5300 Bonn 2, Tel. 02 28/30 41, Telex 8 85 714

Luxemburg und Cattenom

Seit Tschernobyl müßte auch dem ferventesten Befürworter der Kernenergie nicht nur die reale Möglichkeit eines nuklearen Unfalls, sondern auch dessen Umfang bewußt geworden sein. Radioaktivität kennt nicht nur keine Staatsgrenzen, sie hat überhaupt einen spezifischen Bezug zu Raum und Zeit.

Radioaktive Verseuchung, wie sie in Tschernobyl in einem Umkreis von 20 und mehr Kilometern stattgefunden hat, ist nicht ein vorübergehendes Übel. Sie überdauert Jahrzehnte, sogar Jahrhunderte. Gerade hier erscheint mir, daß sich die Kernenergie von anderen Energie- oder Industrieanlagen, die ja auch für den Menschen und die Umwelt nicht unbedingt neutral sind, fundamental unterscheidet.

Ein Tschernobyl ähnlicher Unfall an Luxemburgs Grenzen hätte für den Staat und die Bevölkerung Luxemburgs verheerende Folgen. Der Großteil der luxemburgischen Bevölkerung, sowie des wirtschaftlichen Potentials unseres Landes, befinden sich heute in einem Umkreis von weniger als 30 Kilometer Entfernung von dem französischen Kernkraftwerk Cattenom. Sogar wenn die Sicherheitsvorkehrungen in Cattenom, übrigens eines der größten Kernkraftwerke der Welt (5200 MW), den üblichen Normen entsprechen, so bleibt ein Restrisiko, das für Luxemburg ganz einfach unzumutbar ist.

Die Luxemburger können sich mit diesem Atomgiganten nicht einfach dadurch abfinden, daß sie der rein statistischen „Fast-Unmöglichkeit" eines größeren Unfalls Vertrauen schenken.

Es ist äußerst bedauerlich, daß in Sachen grenzüberschreitender Umweltbelastung noch immer ein juristisches Vakuum besteht. Auch der Euratom-Vertrag, der ja die Atomeuphorie der späten fünfziger Jahre widerspiegelt, bietet nur wenige Ansätze. Die Weiterverbreitung und Entwicklung der Kernenergie gilt hier noch als oberstes Ziel, während die Sicherheit und der Gesundheitsschutz eher eine untergeordnete Stellung haben.

Nun besteht jeder Staat darauf, seine eigenen Sicherheitsvorkehrungen und Normen selbst festzulegen, sogar wenn die Nachbarstaaten direkt, im Normalbetrieb wie im Unglücksfall, davon betroffen sind. Das ist auch der Fall bei Cattenom, das dicht an der deutschen und luxemburgischen Grenze steht. Die luxemburgische Regierung hat im Rahmen einer bilateralen Konvention mit Frankreich gewisse Garantien ausgehandelt, die, was die radioaktive Belastung der Umwelt anbelangt, strengere Normen als die französischen vorsehen. Dies stellt ein Novum dar. Die Entscheidung über den Bau und den Umfang des Kernkraftmonsters beruhte natürlich alleinig auf dem souveränen Recht Frankreichs, das die ablehnende Haltung der unmittelbaren Nachbarn (Luxemburg und Saarland) keineswegs berücksichtigte.

Was heißt nun aber in diesem Fall nationale Souveränität? Ist es nicht



Jacques F. Poos

gerade das fundamentale, souveräne Recht eines Staates, für die Sicherheit und das Überleben seiner Bevölkerung zu sorgen? Deshalb erscheint es der luxemburgischen Regierung als eine absolute Notwendigkeit, den Euratom-Vertrag in diesem Bezug zu ändern, so daß kein Atomwerk in unmittelbarer Grenznähe, ohne das Einverständnis der Nachbarstaaten, mehr gebaut werden kann.

Hier stellt sich natürlich allgemein die Frage, ob, wann und unter welchen Bedingungen der Ausstieg aus der Kernenergie möglich ist. Schon heute herrscht in Europa eher eine Elektrizitätsschwemme.

Die Atomzentrale in Cattenom ist sicherlich nicht ein Zeichen industriellen Fortschritts und europäischen Solidaritätsdenkens. Sie beunruhigt und bedroht die Bevölkerung der gesamten Region, stört die gutnachbarlichen Beziehungen und fordert dazu auf, neue energiepolitische Wege zu beschreiten.

Jacques F. Poos, Vizepremier und Außenminister von Luxemburg

Der Kronzeuge

„Kronzeuge' auch bei uns?": WELT vom 20. Oktober

Sehr geehrter Herr Schell,

Ihre Anregung, einen „Kronzeugen" zunächst aus dem Ermittlungsverfahren herauszunehmen und erst dann das Verfahren gegen ihn einzustellen, wenn ein entscheidender Erfolg mit seiner Hilfe erzielt worden ist, sollte unbedingt Eingang in die Gesetzgebung finden. Dieser Gedanke läßt auch die Dürftigkeit der Argumentation des „Einserjuristen" Vogel (SPD) offenbar werden, wonach die „Glaubwürdigkeit" von Aussagen eines unter Mordanklage stehenden Beschuldigten erheblich in Zweifel zu ziehen sei; denn Straffreiheit sollte selbstverständlich erst gewährt werden, wenn die Offenbarungen des „Kronzeugen" zu einem bedeutungsvollen Ergebnis führen und ihr Wahrheitsgehalt somit evident wird.

Edgar Hügel, Grefrath 1

„Anderes Maß"

„Die Verweigerung": WELT vom 17. Oktober

Hätte der Bundeskanzler Kohl oder irgendein anderer prominenter Politiker der Koalition vor einem parlamentarischen Untersuchungsausschuß die Aussage verweigert (z. B. in der sogenannten „Spendenaffäre"), wäre ein Entrüstungssturm durch die Presse gegangen. Bei Herrn Lappas aber gilt ein anderes Maß. Dagegen dürfen bürgerliche Politiker, wie Herr Barzel, vorverurteilt werden. Man darf gespannt sein, wie das Parlament auf den Affront in der Sache Lappas reagiert.

Dr. H. Weber-Unger, Brannenburg

*

Gäbe es im berühmten „Guinness-Buch der Rekorde" noch leere Seiten, Lappas hätte mit dieser Höchstleistung an Arroganz einen einmaligen Rekord erzielt.

Kurt Holler, Bottrop

Wort des Tages

„Wer was zu sagen hat, hat keine Eile. Er läßt sich Zeit und sagt's in einer Zeile."

Erich Kästner, deutscher Autor (1899–1974)

Die Contras

„CDU distanziert sich von Contras"; WELT vom 15. Oktober

Dr. Heiner Geißler befürchtet, daß die „demokratische Entwicklung" in Nicaragua durch die „Contras" behindert wird. Hat die Zeitung „La Prensa" in Managua auch die „demokratische Entwicklung" in Nicaragua gestört, als sie von den Machenschaften der Sandinisten berichtete und deshalb geschlossen wurde? In Nicaragua ist – von seiten der Sandinisten – nie eine „demokratische Entwicklung" angestrebt worden, erst recht nicht ohne „Contras".

Annarose Nicksch, Hannover

„Hahn in Ruh!"

„Jagd – ein Hobby zum Töten"; WELT vom 10. Oktober

Die armen Vögel! Weiß der Professor nicht, daß die Tauben bei den Bauern auf dem Land großen Schaden anrichten und sich in den Städten bis zur Plage steigern? Ist ihm unbekannt, daß Elstern und Eichelhäher Singvogelnester plündern und die Verarmung der Natur bewirken?

Dr.-Ing. Wolfgang Weinreich, Dinslaken

*

„Jagd – Naturschutz im Visier"; WELT vom 10. Oktober

Bei einem Vergleich der Pro- und Contra-Argumente zur Jagd kommen die Jagdbefürworter nicht gut weg. DJV-Präsident Frank artikuliert zwar das Selbstverständnis der Jäger als Naturschützer, aber man vermißt die zwingenden Argumente, welche seine Meinung fundieren. Professor Erz hingegen macht mit zahlreichen sachlichen Gründen einsichtig, daß Jagd und Naturschutz nichts miteinander gemein haben. Als ehemals Jagdausübende ist mir heute wirklich unklar, inwiefern sich die Erlegung von „Raubzeug", die Fallenjagd, die Winterfütterung, die Jagdreisen ins Ausland, die „Hege" mit der Flinte, die Verbleiung der Landschaft, die Wildäckermanie, der Abschuß „wildernder" Katzen und vieles mehr, ökologisch und vom Standpunkt des Naturschutzes aus legitimieren lassen. Fazit für die jagdlich interessierten Kreise: Jagd am Ende – Hahn in Ruh!

Ute Schulz-Kühnel, Würzburg

„Einen Hering"

Die Mär vom großen Friedenspräsidenten Reagan kann man vergessen. Das amerikanische Volk scheint soweit zu sein, einen Hering, den man ihm vorhält und drei Minuten dazu redet, für einen Seehund zu halten.

Robert Heuckmann, Recklinghausen

Personen

EHRUNGEN

Dem früheren Botschaftsrat an der deutschen Botschaft in Tokio, dem Journalisten und Sachbuchautor Dr. **Fritz van Briessen** (Jahrgang 1906), ist von Bundespräsident **Richard von Weizsäcker** das Große Verdienstkreuz des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland verliehen worden. Van Briessen, in Colmar im Elsaß geboren, ist einer der profiliertesten Asienkenner der Bundesrepublik Deutschland. Viele Jahre war er Auslandskorrespondent in China und lange Zeit Leiter der Asienredaktion der Deutschen Welle in Köln. Auf seine Initiative geht die Einrichtung der Programme in indonesischer, chinesischer und japanischer Sprache bei der Deutschen Welle zurück. Dr. Fritz van Briessen, der seit 1971 im Ruhestand lebt, arbeitet zur Zeit an einer 5000 Seiten umfassenden Dokumentation: „Erfahrungsberichte Deutscher in China 1898–1948".

*

Andrew Lloyd Webber, Schöpfer zahlreicher Erfolgsmusicals, ist in London als „Komponist des Jahres" ausgezeichnet worden. Webber, der unter anderem die Musik für „Cats" komponierte, erhielt die Anerkennung, die von der Wavendon-Musikschule vergeben wird. Sein Bruder, der Cellist **Julian Lloyd Webber**, empfing aus den Händen von Prinzessin **Margaret** den Preis „Musiker des Jahres".

GEBURTSTAG

Dr. **Herbert Gruhl**, Mitbegründer der Ökologiebewegung in der Bundesrepublik Deutschland und von 1954 bis 1978 Mitglied der CDU, wird heute 65 Jahre. Dr. Gruhl, Historiker, Germanist und Philosoph, gehörte von 1969 bis 1980 dem Deutschen Bundestag an und war Vorsitzender der Arbeitsgruppe für Umweltvorsorge. Ab Juli 1978 arbeitete er als fraktionsloser Abgeordneter im Bundesparlament. Später trat er als Vorsitzender „Grüne Aktion Zukunft" hervor. Als Schriftsteller wurde er unter anderem mit dem Titel „Ein Planet wird geplündert" bekannt.

KIRCHE

Das Generalkapitel der Kongregation der Armen Schwestern vom heiligen Franziskus hat Schwester **M. Walbertis Weber** (59) in Aachen zur neuen Generaloberin gewählt. Schwester Walbertis war bisher schon Mitglied im Generalrat und Oberin des St.-Franziskus-Hospitals in Bielefeld. Ihre Vorgängerin, Schwester **M. Clothild Prothmann**, hatte die Kongregation zwölf Jahre geleitet.

EMPFANG

Mit einem Empfang würdigen heute der Deutsche Sportbund (DSB), das Nationale Olympische Komitee für Deutschland (NOK) und die Stiftung Deutsche Sporthilfe **Helmut Meyer**. Der leitende Direktor des Bundesausschusses Lei-



Helmut Meyer

stungssport (BAL) feiert heute seinen 60. Geburtstag. Bei dem Empfang in der Darmstädter Orangerie wird die gesamte deutsche Sportprominenz erwartet, darunter DSB-Präsident **Hans Hansen**, NOK-Präsident **Willi Daume** und Sporthilfe-Chef **Josef Neckermann**. Helmut Meyer ist Wegbereiter und hauptamtlicher Leiter des Bundesausschusses Leistungssport, der seit über einem Jahrzehnt Schaltzentrale des deutschen Spitzensportes ist.

VERANSTALTUNGEN

Für die Aktivitäten der Deutschen Oper Berlin haben auch in Bonn ihr Generalintendant Professor **Götz Friedrich** und **Eduard Reuter** geworben, der Vorsitzender des Förderkreises der Oper ist. Die Deutsche Oper, die im September 25. Geburtstag feierte, will mit Hilfe ihres Förderkreises ihre Auslandsaktivitäten verstärken. Götz Friedrich wies vor einem Kreis Bonner Wirtschaftler darauf hin, daß letzte Woche in New York ein neuer Förderkreis gegründet wurde, damit Berlin in den USA mit Gastspielen verstärkt werben könne. Der Gastgeber des Abends in der Berliner Landesvertretung in Bonn, Senator **Rupert Scholz**, stellte drei ehemalige Stipendiaten des Förderkreises vor: **Pia Göthgen**, **Bengt-Ola Magnusson**, **Andreas Schmidt**. Am Flügel begleitet von **Hans Hilsdorf** führten sie mit Liedern und Arien in den geselligen Teil des Abends über.

*

Der eine Viertelmillion Mitglieder zählende Deutsche Bundeswehrverband hat gestern sein 30jähriges Bestehen gefeiert. Im Kursaal von Bad Honnef konnte der Bundesvorsitzende, Oberstleutnant **Rolf Wenzel**, zahlreiche politische und militärische Prominenz begrüßen. Bundestagspräsident **Philipp Jenninger** hielt die Festansprache. Der Parlamentarische Staatssekretär der Bonner Hardthöhe, **Peter-Kurt Würzbach**, übermittelte die Grußworte des Verteidigungsministers. Unter den Gästen waren Bayerns Staatsminister **Peter Schmidhuber**, der Vorsitzende des Verteidigungsausschusses, **Alfred Biehle** und der Präsident des Deutschen Bauernverbandes **Constantin Freiherr Heereman von Zuydtwyck**. Von der militärischen Spitze nahmen der Stellvertreter des Generalinspekteurs der Bundeswehr, Generalleutnant **Horst Jungkurth**, sowie Vertreter der drei Teilstreitkräfte, an dem Festakt teil.

GESTORBEN

Der Gründer und langjährige Leiter der Internationalen Filmfestspiele Berlin, **Alfred Bauer**, ist in Berlin im Alter von 74 Jahren gestorben. Bauer, gebürtiger Würzburger, hatte die von ihm angeregte Berlinale über ein Vierteljahrhundert seit ihrem Start 1951 geleitet. 1945 wurde Bauer, der sieben Jahre zuvor mit einer Arbeit über Filmrecht promoviert hatte, als filmhistorischer Sachverständiger und später als Filmreferent von der britischen Filmsektion in Deutschland verpflichtet. Im Juli 1950 verfaßte Bauer für den Magistrat von Berlin und die Alliierten eine Denkschrift über die Gründung eines Berliner Filminstituts, in der er auch die jährliche Veranstaltung von Berliner Filmfestspielen vorschlug, zu deren Leiter er am 1. November 1950 berufen wurde. Von den ersten Filmfestspielen im Sommer 1951 an über kritische Jahre hinweg bis 1976 hat Bauer der Berlinale sowohl zu äußerem Glanz, als auch zu international anerkanntem künstlerischen Profil verholfen.

NACHRICHTEN

Becker weiter Dritter

Düsseldorf (sid) – Wimbledonsieger Boris Becker aus Leimen nimmt trotz seines Finalsieges bei den Offenen Hallenmeisterschaften von Australien in Sydney gegen den Weltranglisten-Ersten Ivan Lendl (CSSR) weiterhin den dritten Rang in der Weltrangliste der Tennis-Profis ein. Neben Lendl rangiert weiter der Schwede Mats Wilander vor ihm.

B-Mannschaft nominiert

Frankfurt (dpa) – 18 Spieler aus der Fußball-Bundesliga stehen im Aufgebot der B-Nationalmannschaft für das Freundschaftsspiel am 28. Oktober gegen Schweden in Essen. Mit Thomas Allofs, Engels (beide Köln), Mill (Dortmund), Bommer (Uerdingen) und Schreier (Leverkusen) stehen Spieler im Team, die bereits zum Kreis der A-Mannschaft gehörten.

Milutinovic trat zurück

München (sid) – Velibor Milutinovic hat seine Arbeit als Nationaltrainer von Mexiko beendet. Der 42 Jahre alte Jugoslawe will künftig wieder in Europa tätig sein. Bei der WM in Mexiko scheiterten die Mexikaner im Viertelfinale an Deutschland (1:4 nach Elfmeterschießen).

Moskau-Reise abgesagt

Frankfurt (dpa) – Der Deutsche Badminton-Verband (DBV) hat seine Teilnahme an den Internationalen Badminton-Meisterschaften in Moskau (22.–28. 10.) abgesagt. Die Sowjets weigerten sich, dem als Delegationsleiter vorgesehenen Paul Reinhard, der in West-Berlin ansässig ist, ein Visum zu erteilen.

Nachfolger traf ein

München (sid) – Mit 14tägiger Verspätung ist der Pole Jan Strzelczyk in München eingetroffen, um die Nachfolge von Volleyball-Bundestrainer Andrzej Niemczik als Trainer beim Damen-Bundesligaklub Bayern Lohhof anzutreten. Niemczik wird sich verstärkt um die Stützpunkte bei den Erstligaklubs Feuerbach, Münster und Schwerte kümmern.

Galopprennen abgesagt

Dortmund (sid) – Die für heute vorgesehene Veranstaltung auf der Galopprennbahn in Dortmund wurde wegen starker Sturmschäden abgesagt. Ein umgestürzter Baum hatte Video- und Telefoneinrichtungen erheblich beschädigt.

Hofediz gab auf

Berlin (sid) – Der 24 Jahre alte Dortmunder Radprofi Ralf Hofediz mußte beim Berliner Sechstagerennen auf ärztliches Anraten wegen Magenbeschwerden aufgeben. Es führen Urs Freuler (Schweiz) und Rene Pijnen (Holland). Vierte sind der Frankfurter Dietrich Thurau und der Berliner Joachim Schlapphoff.

Hofweier beachtlich

Hofweier (dpa) – Zu einem beachtlichen Erfolg kam der Handball-Bundesligaklub TuS Hofweier: In einem Freundschaftsspiel wurde die Nationalmannschaft der CSSR mit 26:21 besiegt. Bei Hofweier zeigten Bauert (7 Tore), der Jugoslawe Elezovic (5) und Henrich (5) die besten Leistungen.

ZAHLEN

TENNIS

Internationales Turnier der Herren in Tokio, erste Runde: Jelen (Bundesrepublik Deutschland) – Flach (USA) 7:6, 6:1, Connors – Leach (beide USA) 6:1, 3:6, 6:2, Gomez (Ecuador) – Krishnan (Indien) 1:6, 6:4, 6:3, Pate – Freeman (beide USA) 6:3, 7:6, Krickstein – Davis (beide USA) 6:7, 6:3, 7:6, Witsken – Annacone (beide USA) 3:6, 6:3, 6:3. – **Internationales Turnier der Herren in Wien,** erste Runde: Elter (Bundesrepublik Deutschland) – Ostoja (Jugoslawien) 4:6, 7:6, 7:6.

HANDBALL

Freundschaftsspiel: TuS Hofweier – CSSR-Nationalmannschaft 26:21.

GEWINNQUOTEN

Lotto: Klasse 1: 1 425 193,70 Mark, 2: 296 915,70, 3: 8841,00, 4: 118,40, 5: 8,50. – **Toto:** 1: 64 909,20, 2: 2132,00, 3: 168,00. – **„6 aus 45“:** 1: 1 093 353,50, 2: 151 040,80, 3: 2745,00, 4: 52,20, 5: 5,30. – **Rennquintett:** Rennen A: 1: 350,40, 2: 115,80. – Rennen B: 1: 389,30, 2: 26,80, Kombinationsgewinn: unbesetzt, Jackpot: 121 450,80. (Ohne Gewähr)

FUSSBALL / Düsseldorfer Torwart-Sorgen – Schalker Kreisel – Heute zweite Runde im Europapokal – Wirtschaftliche WM-Bilanz

Routiniers wie Kargus sind immer noch gefragt

ULLA HOLTHOFF, **Düsseldorf**

Der Vertrag ist vorbereitet und unterschriftsreif. Beide Parteien sind sich einig. Nur ein Arzt könnte die Unterzeichnung des Arbeitsvertrages zwischen Rudi Kargus (34) und dem Fußball-Bundesligaklub Fortuna Düsseldorf jetzt noch verhindern. Heute morgen wird eine ärztliche Untersuchung Aufschluß darüber geben, ob der Torwart Rudi Kargus noch in dieser Woche in die Bundesliga zurückkehren wird.

Negative Erkenntnisse sind nicht zu erwarten, denn in den Trainingseinheiten der beiden vergangenen Tage offenbarte Rudi Kargus nur konditionelle, nicht aber gesundheitliche Probleme. Immerhin hat er seit einem halben Jahr keine Spielpraxis mehr gehabt. „Das ist auf jeden Fall ein Handicap,“ sagt Düsseldorfs Manager Werner Faßbender, „aber das wiegt bei einem Torwart nicht so schwer wie bei einem Feldspieler.“

Im Frühjahr hat Rudi Kargus seine bisher letztes Spiel gemacht. Im Tor des Karlsruher SC, seinem dritten Arbeitsplatz in 16 Berufsjahren. Der erste Arbeitgeber war der Hamburger SV. Im November 1970 war Rudi Kargus dort angekommen. Ein Junge aus der Provinz: Acht Einsätze in der Jugend-Nationalmannschaft hinter sich, eine vielversprechende Zukunft vor sich. Zehn Jahre später war er mit 27 Jahren der prominenteste arbeitslose Fußball-Profi. Als Verlierer im Gehaltspoker mit Manager Günter Netzer kassierte er vier Monate lang statt satter Prämien den Höchstsatz der Arbeitslosenunterstützung von knapp 2000 Mark.

Dann kam im Herbst 1980 das Angebot des 1. FC Nürnberg. Sein zweiter Arbeitsplatz. Vier Jahre lang. Bis zum Oktober 1984.

Erneut war Kargus der Verlierer in einer Machtprobe mit dem Präsidium. Er gehörte zu einer Gruppe von Spielern, die öffentlich gegen Trainer Höher rebelliert hatte und dafür fristlos entlassen wurde. Die fristlose Kündigung von Rudi Kargus wurde später in eine fristgerechte umgewandelt. Die Basis für eine Zusammenarbeit in Nürnberg war zerstört, Kargus wurde an den Zweitliga-Klub Karlsruher SC ausgeliehen.

In Karlsruhe hatte sich damals Stamm-Torwart Bernd Fuhr verletzt, Kargus mußte kurzfristig als Aushilfs-Torwart einspringen. So kennt er die Rolle schon, die ihm auch jetzt in Düsseldorf zugedacht ist. Stamm-Torwart Jörg Schmadtke hat am Freitag beim Training vor dem Bundesligaspiel gegen den 1. FC Köln einen Fußbruch erlitten und wird bis zum Jahresende pausieren müssen. An seiner Stelle spielte am Samstag der 17jährige Frank Kirn. Ein unglückliches Bundesliga-Debüt. Kirn mußte gleich vier Gegentore hinnehmen, ohne daß er selbst auch nur einen entscheidenden Fehler gemacht hätte.

Vorstand und Trainer jedenfalls entschieden: Ein neuer Mann muß her. Im Kampf gegen den Abstieg brauchen sie einen erfahrenen Torwart. „Wolfgang Kleff wäre für uns in Frage gekommen,“ sagt Manager Faßbender. Aber der hatte drei Tage zuvor in Salmrohr unterschrieben.“ Kleff, schon 38 Jahre alt, half in der vergangenen Saison dem VfL Bochum in einer ähnlichen Situation.

Auf jeden Fall suchten die Verantwortlichen in Düsseldorf nur nach einer „Übergangslösung, weil wir unseren jungen Torleuten nicht einen Mann vorsetzen wollten, der ihnen vielleicht die Zukunft verbauen würde,“ so Manager Faßbender. Weil der als Aushilfs-Torwart schon erprobte Wolfgang Kleff nicht zu haben war, entschieden sich die Düsseldorfer für Rudi Kargus. Walter Junghans (28), in Schalke nur noch Ersatz, war zu teuer. Dagegen muß Düsseldorf für Rudi Kargus voraussichtlich keine Ablösesumme mehr bezahlen. „Wir müssen noch mit Nürnbergs Präsident Schmelzer sprechen, weil wir an Nürnberg noch ablösepflichtig sind, “ sagt Werner Faßbender. „Aber Rudi Kargus hat die Zusicherung, bei einem Vereinswechsel so gut wie ablösefrei gehen zu dürfen.“ Bis zum 31. Dezember datiert der ausgehandelte Vertrag. Eine Verlängerung ist möglich. „Anfang Dezember werden wir uns noch einmal zusammensetzen,“ sagt Manager Faßbender. „Bis dahin müssen wir die Entwicklung abwarten. Unsere eigene und die von Rudi Kargus.“

STAND ● PUNKT / *Und wieder ist Assauer Sieger*

Wenn früher vom Schalker Kreisel die Rede war, dann waren damit verwirrende Kombinationen und atemberaubende Tricks auf dem Spielfeld gemeint. Lang, lang ist's her. Das neuzeitliche Schalke kreiselt zwar immer noch – zuweilen ebenso verwirrend, manchmal auch atemberaubend trickreich. Nur auf einer anderen Ebene: in der Führungsetage nämlich, wo in den vergangenen Wochen ein Krach den anderen abgelöst hat.

Präsident Hans-Joachim Fenne und Trainer Rolf Schafstall bildeten eine Allianz gegen den ungeliebten Manager Rudi Assauer. Fenne warf ihm vor, seit seinem Amtsantritt vor fünf Jahren für viel Geld – im Gespräch sind zehn Millionen Mark – die falschen Spieler eingekauft zu haben. Schafstall hat öffentlich bekundet, daß er kein Vertrauen zum Manager habe. Vor diesem Hintergrund sind am späten Montagabend die Führungsgremien des Bundesligaklubs zu einer Sitzung zusammengekommen.

Und weil Vizepräsident Herbert Schmitz noch kurz vor der Zusammenkunft erklärt hatte, es gebe wohl keine Gemeinsamkeiten, speziell zwischen Fenne und Assauer nicht, es müsse so schnell wie möglich eine Personalentscheidung getroffen werden, schien die Entlassung des Managers beschlossene Sache. Doch um Mitternacht war alles anders. Da teilte Fenne mit: „Wir haben die Grundsatzentscheidung getroffen, daß Assauer im Amt bleibt.“ Während der derzeitigen Gastreise der Schalker in die „DDR“, wo sie im Rahmen des deutsch-deutschen Sportverkehrs heute abend gegen Hansa Rostock spielen, wollen Präsidium, Manager, Trainer und Mannschaft eine gemeinsame Basis für die Zukunft erarbeiten. „Ohne daß irgend jemand sein Gesicht verliert“, wie es hieß. Zweifel, daß es gelingt, sind erlaubt.

Aber fest steht, daß aus den Querelen nur einer als Sieger hervorgegangen ist – der vom Team gestützte Assauer. Zum zweiten Mal hat er den Angriff seines Präsidenten, der vor zehn Monaten schon den Ex-Schalke-Spieler Rolf Rüssmann zum Manager machen wollte, abgewehrt.

BERND WEBER

Politgerangel: Witeczek darf nicht nach Lodz, und Götz traut sich nicht nach Prag

M. STOESSINGER, **Düsseldorf**

Die polnische Botschaft hat dem Uerdinger Marcel Witeczek die Einreise nach Lodz verweigert, Leverkusens Falko Götz flog aus Sicherheitsgründen nicht nach Prag, Moskau sperrte drei Stuttgarter Journalisten aus, und der türkisch-griechische Konflikt um Zypern bedroht das vorgesehene Duell zwischen Besiktas Istanbul und Hapoel Nikosia: Vor den heutigen Hinspielen im Europapokal-Wettbewerb (Rückspiele am 5. November) der zweiten Runde herrscht hinter den Kulissen ein Politgerangel.

Uerdingens Manager Reinhard Roder kehrte vor dem Abflug von Bayer Uerdingen zum UEFA-Pokalgegner Widzew Lodz mit einem abschlägigen Bescheid der polnischen Botschaft in Sachen Witeczek aus Bonn zurück. Hintergrund für die Visa-Verweigerung: Das 17 Jahre alte Talent war vor fünf Jahren mit seinen Eltern und Bruder Thomas nach einem Verwandten-Besuch in der Bundesrepublik nicht nach Polen zurückgekehrt.

Allerdings konnte Witeczek dem Einreise-Stopp auch einen positiven Aspekt abgewinnen: „Vielleicht wäre das Risiko auch zu groß gewesen.“ Von vornherein auf das Gastspiel bei Dukla Prag hatte der Leverkusener Falko Götz verzichtet. Der vor drei Jahren aus der „DDR“ geflüchtete Mittelfeldspieler mußte eine Festnahme befürchten, denn nach Erfahrungen aus der Vergangenheit sind gerade die ČSSR-Behörden für ihr restriktives Verhalten bekannt.

Auf völliges Unverständnis stieß in Stuttgart die Maßnahme der sowjetischen Botschaft, drei Journalisten die Einreise zum Spiel des VfB bei Torpedo Moskau zu verweigern. Der Klub-Vorstand der Schwaben richtete einen, so Präsident Gerhard Mayer-Vorfelder, „geharnischten Protest“ an die Europäische Fußball-Union (UEFA). Die Überlegung, aus Protest gar nicht erst anzutreten, wurde wegen zu erwartender Sanktionen der UEFA wieder verworfen.

Strafen müssen der türkische Klub Besiktas Istanbul und der zyprische Gegner Hapoel Nikosia befürchten, sollte das geplante Duell im Landesmeister-Wettbewerb an der hohen Politik scheitern. Die Regierung des griechischen Teils hat Hapoel untersagt, gegen Besikats anzutreten. So geraten die beiden Klubs zwischen die Mühlsteine der griechischen und türkischen Regierung und wohl auch des europäischen Verbandes.

Zum sportlichen Teil des Europapokals: Teamchef Franz Beckenbauer spricht dem Bundesliga-Quintett Mut zu. „Die Zeichen stehen gut. Ich gehe davon aus, daß alle weiterkommen“, sagte der Teamchef und begründet seine Zuversicht so: „Die Gegner sind nicht stärker als die in der ersten Runde.“ Einen Vorteil sieht er für Leverkusen, Uerdingen und Stuttgart, die allesamt zuerst auswärts antreten.

Vor dem ewig reizvollen Duell zwischen der deutschen und österreichischen Bundesliga beim Spiel Bayern München gegen Austria Wien hat sich mal wieder Lästermaul Max Merkel zu Wort gemeldet. Ausgerechnet im heimischen ORF-Fernsehen zog der Wiener einen sarkastischen Vergleich zwischen Münchner Ansprüchen und Wiener Wirklichkeit: „Das ist so, als ob Onassis gegen einen Arbeitslosen antritt.“

60 000 Zuschauer werden im Olympiastadion erwartet. Von unterschiedlichen Dimensionen spricht Wiens Trainer Thomas Parits: „Die Bayern sind haushoher Favorit.“

Borussia Mönchengladbach wäre gegen Feyenoord Rotterdam schon mit einem 1:0 zufrieden. „Hauptsache, kein Gegentor“, sagt Trainer Heynckes, der für das Rückspiel in 14 Tagen wie schon gegen Belgrad dann auf die Konterstärke seiner Mannschaft setzen will.

Neuberger mit Gewinn zufrieden

sid, **Zürich/Düsseldorf**

Mexikos Schuldenberg von rund hundert Milliarden Dollar zum Trotz: Die Fußballweltmeisterschaft 1986 hielt wirtschaftlich, was sich die Gewaltigen des Weltverbandes FIFA von dem Millionen-Spektakel versprochen hatten. Mit Einnahmen von 144 Millionen und einem Gewinn von 71,5 Millionen Schweizer Franken brach das 13. Endturnier alle bisherigen Finanz-Rekorde in der WM-Geschichte seit 1930.

„Ich bin zufrieden. Alles, was wir versprochen hatten, ist erreicht worden“, lautet der Kommentar von WM-Chef Hermann Neuberger zur wirtschaftlichen WM-Bilanz, die das Ergebnis von 1982 deutlich übertraf. Das erste WM-Turnier mit 24 Teilnehmern hatte vor vier Jahren in Spanien Einnahmen von 115 Millionen und einen Gewinn von 64 Millionen Schweizer Franken erbracht.

FIFA-Präsident João Havelange nutzte in Zürich die Gelegenheit, um zu dokumentieren, daß der reiche Weltverband den Opfern und Hinterbliebenen des Erdbebens in Mexiko City vom letzten September Hilfegelder in Höhe von 1,3 Millionen Dollar zur Verfügung gestellt hat. Dabei spendeten die 24 WM-Starter, von denen jeder mindestens 1,445 Millionen Franken vom WM-Kuchen erhält, insgesamt 960 000 Dollar (je 40 000).

Als Präsident des Deutschen Fußball-Bundes (DFB) konnte Neuberger, der bei der nächsten WM 1990 in Italien wieder als WM-Chef der FIFA fungiert, nicht ganz so zufrieden sein. Zwar spielte Franz Beckenbauers Team als Vizeweltmeister über vier Millionen Mark ein. Doch bei WM-Aufwendungen von rund fünf Millionen muß Schatzmeister Egidius Braun ein Minus von etwa einer Million Mark verbuchen.

In Spanien hatte der DFB 3,1 Millionen Mark erhalten und auch schon draufgezahlt. Als dickste Brocken schlagen bei den DFB-Kosten die Prämie von 70 000 Mark pro Spieler, die Abstellungsgebühren von rund einer Million Mark an die Bundesligavereine und die Versicherung der Spieler von 600 000 Mark zu Buche.

VOLLEYBALL / Spitzenspiel gegen Hamburg

Fortuna Bonn: Fast Abstieg, nun aber ein Titel-Aspirant

sid, **Düsseldorf**

Vor fünf Jahren erlebte Bonn mit der zweiten deutschen Meisterschaft des SSF seinen vorläufig letzten Höhepunkt als Volleyball-Hochburg. Danach trat eine Funkstille in Sachen Volleyball in der Hauptstadt der Bundesrepublik ein. Der SSF verabschiedete sich sang- und klanglos aus der ersten Liga, Lokalrivale Fortuna kämpfte ums Überleben in der Eliteklasse. Nun erleben die Bonner durch die Fortunen eine Renaissance: Nach sechs Bundesliga-Durchgängen sind die Schützlinge des südkoreanischen Spielertrainers Lee Hee Wan ungeschlagener Tabellenführer.

Heute abend muß der Liga-Geheimtip um Nationalspieler Frank Winkler beweisen, was er wirklich kann. Titelverteidiger Hamburger SV wird zum Spitzenspiel im Sportpark Nord (19.30 Uhr) erwartet. Allerdings erwischten die Hanseaten einen mäßigen Saisonstart und kassierten deutliche Niederlagen beim Pokalsieger Berlin und Neuling Moers. Doch deuteten die Hanseaten rechtzeitig vor dem Spitzenspiel mit zwei Siegen einen Aufwärtstrend an und können nun auch den brasilianischen Steller Andre Gonzaga einsetzen.

In den beiden letzten Jahren gelang es der Fortuna, erstmals finanzkräftige Sponsoren an Land zu ziehen. Seit 1985 ziert die Trikots der Bonner der Schriftzug eines südkoreanischen Multi- Konzerns (Goldstar). Darüber hinaus zahlt auch die heimische Wirtschaft verstärkt in die Kassen des Tabellenführers. Mit Hilfe dieser Geldmittel gelangen Fortunas Vorsitzenden Erich Goebels entscheidende Verstärkungen: Die Ex-Paderborner Frank Winkler und Manfred Kaiser, sowie der englische "Volleyballer des Jahres", Marek Banasiewicz, konnten deshalb verpflichtet werden.

Mit Hauptangreifer Olaf Becker trägt noch ein dritter aktueller Auswahlspieler das Fortuna-Trikot. Auf Grund dieser Konstellation ist die Hoffnung in Bonn groß, im wiederholten Anlauf einen Traum realisieren zu können: Der deutsche Volleyball-Verband (DVV) will einen Stützpunkt für seine Männer-Nationalmannschaft errichten. Fortunas Zuspieler Lee Hee Wan fungierte bei den letzten Länderspielen schon als Assistent für Bundestrainer Zbigniew Jasiukiewicz. Mit der langfristigen Verpflichtung des Südkoreaners war dem Bundesligaklub im Vorjahr der erste spektakuläre Transfer gelungen.

Trotz der vielversprechenden Zugänge ließ der Zuschauer-Zuspruch bei Fortuna noch Wünsche offen. Erst zur Spitzenbegegnung mit Pokalsieger VdS Berlin machten sich 1000 Fans auf den Weg zur Fortuna. Goebels: „Wenn wir unsere Leistung stabilisieren, werden aber wohl noch mehr Fans kommen.“

Allerdings fehlt bei Fortuna Bonn der Unterbau. Die zweite Mannschaft wurde in der letzten Saison sogar siebtklassig.

Verdrängungs-Künstlerin Traudl Hächer

„Ned scho wieder!“ – Traudl Hächer steht da, blond, braungebrannt und lächelnd – und versteht einfach nicht, daß immer wieder dieselben Fragen kommen. Wem zweimal im Knie alles kaputtgegangen ist, was kaputtgehen kann, wer sowohl links als auch rechts einen Kreuzbandriß, Innenbandriß und Meniskusschaden davongetragen hat, der muß doch einmal zumindest ans Aufhören gedacht haben. „Ich habe die schwere Knieverletzung bewußt verdrängt, das kann ich mittlerweile ganz gut. Ich rede darüber nicht mehr, auch mit Freunden nicht.“

Traudl Hächer, die von Aktiven, Trainern und Journalisten zur Skisportlerin des Jahres gekürt worden ist, hat die schwärzesten Stunden ihrer Laufbahn perfekt verdrängt. Aufhören? „Nein, daran habe ich noch nie gedacht.“ Der Gesamtsieg im Riesenslalom-Weltcup schien ihr nicht mehr zu nehmen, als sie am 13. März nach jenem Abfahrtssturz in Vail/Colorado nicht mehr aufstand. Fünf Punkte war die 23jährige aus Schleching damals vom Weltcup-Sieg in ihrer Spezialdisziplin entfernt. „Klar, das hat sehr weh getan“, gesteht Traudl Hächer, „das hat mich am Anfang auch fertiggemacht.“

Die „schlechte Zeit“, wo sie „ab und zu alles hinschmeißen wollte“, die freilich hat nicht lang gedauert. Eine Woche lang lag sie in der Münchner Uni-Klinik, seitdem geht der Blick nur noch nach vorn, nicht mehr zurück. 16 Wochen lang hat sie sich im Rehabilitations-Zentrum Endorf am Chiemsee gequält und geschunden. Jeden Tag Schleching–Endorf, hin und zurück. „Das war eine elendige Schinderei.“

Letzte Woche stand Traudl Hächer nach sieben Monaten erstmals wieder auf Skiern, die für sie die Welt bedeuten. „Super ist es gelaufen“, erzählt die 23jährige, „ich habe wieder volles Vertrauen in mein Knie.“ Zwar haben ihr die Kolleginnen Michaela Gerg und Marina Kiehl am Anfang noch ein paar Sekunden abgenommen, aber der Rückstand wurde im Verlauf der Woche geringer.

14 Wochen noch hat sie Zeit, den Rückstand aufzuholen. Dann geht es bei der Weltmeisterschaft in Crans Montana um Gold. Traudl Hächer, die Meisterin der Verdrängungskunst, lacht und sagt: „Wer Leistungssportler ist, der kann nur ein Ziel haben.“ Also Gold?

MARKUS SEYRER

Beteiligung an „Hermes" stößt auf Widerstand in der Koalition

Haushaltspolitiker sperren 23 Millionen Mark / Der Finanzminister soll sich äußern

HEINZ HECK, Bonn

Der Haushaltsausschuß des Deutschen Bundestages wird heute dem Bonner Koalitionsbeschluß vom Freitag über eine deutsche Beteiligung am französischen Raumgleiterprojekt „Hermes" zunächst einmal einen Riegel vorschieben. Die Koalitionsabgeordneten im Haushaltsausschuß kamen gestern überein, bei der heutigen Beratung des Forschungsetats 1987 die für die Projektstudie vorgesehenen 23 Millionen Mark „qualifiziert" zu sperren und bis zum Frühjahr nächsten Jahres eine Vorlage über alle Raumfahrt-Großprojekte und die sich daraus ergebenden mittelfristigen Finanzverpflichtungen des Bundes anzufordern.

Französische Vermutungen

Die von einer Ministerrunde unter Leitung des Bundeskanzlers und in Anwesenheit des bayerischen Ministerpräsidenten Franz Josef Strauß am vergangenen Freitag beschlossene Beteiligung an der Vorbereitungsphase für „Hermes" hat offenbar in Frankreich den Eindruck erweckt, daß der jahrelange Bonner Widerstand gegen eine Beteiligung an „Hermes" nunmehr ausgeräumt sei (s. Seite 15). Dies genau ist die Sorge der Bonner Haushaltspolitiker, daß mit *der gering erscheinenden Beteiligung* an der Projektstudie schon die milliardenschwere am Gesamtprojekt verbunden sei.

Manfred Carstens (Emstek), Obmann der Haushaltsgruppe der Unionsfraktion, erklärte in einem WELT-Gespräch, es gehe darum, bei so großen Vorhaben gründlich vorzugehen und bei der Vorgängerregierung zu beobachtende finanzielle Fehlentwicklungen (zum Beispiel Brüter oder Tornado) von Anfang an zu verhindern.

Mit der Sperre würden die Mittel nicht gestrichen. Auch entscheide der Haushaltsausschuß nicht endgültig darüber, ob Bonn sich an „Hermes" beteilige oder nicht. Seine Aufgabe sei es vielmehr, darüber zu wachen, *daß „sorgsamst" mit* Etatmitteln umgegangen werde und daß im Falle einer Zusage auch die erforderlichen Mittel über die ganze Laufzeit zur Verfügung stünden. Die Bundesregierung könne entweder noch bis zur Bereinigungssitzung des Haushaltsausschusses Mitte November oder von 1987 an die erforderlichen Unterlagen für eine Entsperrung vorlegen.

Sein Fraktionskollege Dietrich Austermann, CDU-Berichterstatter für den Forschungsetat, erklärte der WELT ergänzend auf Anfrage, die Bundesregierung sollte sich die Beteiligung an Hermes „noch einmal gründlich überlegen". Es müsse unter allen Umständen vermieden werden, daß – etwa in Paris – „Entscheidungen als vorweggenommen angesehen werden, die auch in ihren finanziellen Konsequenzen erst noch genau geprüft werden müssen".

Die Zusatzbelastungen

Bei einer 30prozentigen Bonner Beteiligung an „Hermes" kämen auf den Bundeshaushalt allein nach heutigen, sicher zu optimistischen Schätzungen Zusatzbelastungen von mindestens 2,5 Milliarden zu.

Wolfgang Weng, zugleich Haushaltsobmann und Berichterstatter der freidemokratischen Fraktion für den Forschungsetat, erklärte der WELT, dem Einstieg bei „Hermes" müßten eine Information und ein Beschluß des Parlaments vorausgehen. Kritisch zur Haltung des Finanzministers fügte er hinzu, dessen Widerstand gegen die deutsche Beteiligung sei bekannt. Wenn er unverändert dieser Auffassung sei, sollte er auch dazu stehen.

Streik legt Paris lahm, aber das Chaos bleibt aus

pr, Paris

Die Gewerkschaften in Frankreich hatten einen „schwarzen Dienstag" prophezeit. Tatsächlich legte der Streik im öffentlichen Dienst für Stunden die französische Hauptstadt lahm. Stromsperren, damit verbundener Ausfall des Ampelbetriebs und eingestellter Metro- und Busverkehr sorgten auch für Störungen. Ein Chaos aber blieb aus, da viele Pariser zu Hause geblieben waren.

Zu dem Streik hatten alle Gewerkschaften bereits vor einem Monat aufgerufen, nachdem Einzelaktionen im Mai und Juni im Bahnverkehr und beim Fernsehen ohne großes Echo geblieben waren. Zu vordergründig war damals die politische Zielsetzung: Die neue Mehrheit der Bürgerlichen sollte die Macht der Staatsdiener spüren. Bekämpft wurden Privatisierungspläne, wobei es auch um den Verkauf der staatlichen Fernsehkette TF1 ging.

Jetzt riefen die Gewerkschaften zum landesweiten Protest gegen das Einfrieren des Personalstandes und den Kaufkraftverlust auf. Betroffen waren Verkehr, Schulen, Rundfunk, Fernsehen, Post und Telefon. Einige Gewerkschaften brüsteten sich, es sei der größte Streik seit 1977 gewesen. Weniger groß herausgestellt wurde dagegen, daß die Arbeitnehmervertreter seit Dienstag letzter Woche mit dem Minister für den öffentlichen Dienst, Hervé de Charette, am runden Tisch zusammensitzen. Bis zum 13. November sollen die Gewerkschaften der Regierung ihre Vorstellungen zur Verbesserung des öffentlichen Dienstes vorlegen. Die Kommunisten nehmen nicht an den Gesprächen, die sie als Maskerade bezeichnen, teil.

Die restriktive Politik im öffentlichen Dienst ist keine Neuerung der Regierung Chirac. Die Sozialisten hatten bereits 1983 mit dem Abbau von Stellen und Zulagen begonnen. Damals hielten die Gewerkschaften still, da der Gesundungskurs der linken Wirtschaftspolitik nicht gefährdet werden sollte. Jetzt wird das Einfrieren jeder zweiten offenen Stelle im öffentlichen Bereich – bei Lehrern soll jede vierte Vakanz nicht mehr besetzt werden – umgemünzt werden, um die Massen aufzuwiegeln. Auch der zweite Streikgrund läßt sich leicht entkräften: 1984 und 1985 wurde der Kaufkraftverlust ausgeglichen. In diesem Jahr ist sogar eine leichte Verbesserung zu verzeichnen.

Washington von Signalen aus Moskau ermutigt. Gipfeltreffen im Frühjahr?

In der Ausweisungs-Affäre wollen USA hart bleiben / Gespräche über SDI angestrebt

FRITZ WIRTH, Washington

Der gegenwärtige Stand der amerikanisch-sowjetischen Beziehungen zeigt leicht schizophrene Züge. Er ist einerseits gekennzeichnet von Drohgebärden und angekündigten Vergeltungsmaßnahmen in Zusammenhang mit den Ausweisungen von Diplomaten beider Länder in Moskau und New York und zugleich von Annäherungs- und Entspannungsbemühungen mit dem Ziel, die nach dem Gipfel von Island festgefahrenen Fronten in Bewegung zu bringen.

Strikte Trennung

Im Augenblick bemüht man sich auf amerikanischer Seite, beide Affären strikt auseinanderzuhalten. Man zeigt Härte im Konflikt um die kürzliche Ausweisung von fünf amerikanischen Diplomaten aus der Sowjetunion und zugleich aufgeschlossenes Wohlwollen gegenüber dem Bemühen der Sowjets, auf diplomatischem Wege die Hürden von Reykjavik aus dem Wege zu räumen und besonders in der umstrittenen SDI-Frage klärende Gespräche zu führen.

Das amerikanische Außenministerium hat in den vergangenen Stunden deutlich zu verstehen gegeben, daß es die Ausweisung seiner fünf Diplomaten nicht nur mit diplomatischen Protesten beantworten will. Man hat Gegenmaßnahmen angekündigt, die angeblich unmittelbar bevorstehen. Man erwartet in Washington allgemein die Ausweisung von mindestens fünf sowjetischen Diplomaten, dieses Mal jedoch nicht aus der UNO-Mission in New Yok, sondern aus der sowjetischen Botschaft in Washington.

Die Affäre war im vergangenen Monat durch die Ausweisung von 25 Mitgliedern der sowjetischen UNO-Mission in New York ausgelöst worden, die von amerikanischer Seite als Spione bezeichnet wurden. Die Ausweisung ist Teil der amerikanischen *Bemühungen, das* Personal dieser sowjetischen UNO-Mission bis zum Frühjahr 1988 von 270 auf 165 zu reduzieren. Sie wäre damit immer noch die größte Mission bei den Vereinten Nationen.

Die Sowjets haben diese amerikanischen *Reduzierungsbemühungen* als illegal bezeichnet. Die USA nannten die Vergeltungsmaßnahmen der Sowjets, mit denen sie fünf amerikanische Diplomaten trafen, „schädlich für unsere beiderseitigen Beziehungen". Es ist das höchste Kontingent *an amerikanischen Diplomaten,* das bisher von den Sowjets aus Moskau nach Hause geschickt wurde.

Zu gleicher Zeit jedoch haben die Sowjets über diplomatische Kanäle Signale an Washington ausgesandt, daß man die Diskussion über jene Papiere neu aufnehmen möchte, die in Reykjavik zum Abbruch der Gipfelgespräche führten. Diese Papiere umreißen vor allem die bisher als starr geltende sowjetische Position in der Frage der SDI-Forschung, die nach ihrer Meinung nur auf Laboratorien beschränkt bleiben dürfe. Larry Speakes, der Sprecher des Weißen Hauses, erklärte zu diesen sowjetischen Signalen: „Sie haben angedeutet, daß sie in dieser Frage ihre Position klären möchten".

Adelman zuversichtlich

Das Ganze läuft damit wieder auf die Diskussion über die Auslegung des ABM-Vertrages hinaus, der nach amerikanischer Ansicht auch bei einer engen Interpretation die Forschung, das Testen und die Entwicklung eines Verteidigungssytems im Weltraum zuläßt.

Kenneth Adelman, der Direktor der amerikanischen Rüstungskontrollbehörde, ist von diesen neuen sowjetischen Signalen so ermutigt, daß *er prophezeite: „Ein neues Gipfeltreffen* ist nicht nur möglich, sondern wahrscheinlich. Ich erwarte es zur Kirschblütenzeit im nächsten Frühjahr."

Kein einheitliches Tempo in der EG

AP, Straßburg

Im Europäischen Parlament ist gestern ein neuer Vorstoß mit dem Ziel gescheitert, für den Straßenverkehr innerhalb der Europäischen Gemeinschaft eine einheitliche Geschwindigkeitsbegrenzung zu erreichen. Mit 130 gegen 103 Stimmen lehnte das Parlament in Straßburg eine Entschließung ab, in der Höchstgeschwindigkeiten für Personenwagen auf Schnellstraßen (110 Kilometer pro Stunde), für Straßen außerhalb geschlossener Ortschaften (100 km/h) und innerhalb geschlossener Ortschaften (50 km/h) gefordert worden waren. An ein Tempolimit für Autobahnen war nicht gedacht. Die Entschließung verwies auf die Verkehrssicherheit, den Umweltschutz und Energieverbrauch.

Worms zu NH-Lösung bereit

rtr, Düsseldorf

Die nordrhein-westfälische CDU hat der SPD-Landesregierung ihre Unterstützung beim Verkauf der 43 000 Wohnungen der Neuen Heimat in NRW an gemeinnützige Unternehmen signalisiert. CDU-Fraktionschef Worms nannte gestern die Bedingungen: In dem Kaufvertrag zwischen der BGAG und dem neuen NH-Eigentümer Schiesser müsse gestrichen werden, daß sich beide den Verkauf der NH-Wohnungen an Rhein und Ruhr auf dem freien Markt vorerst vorbehalten. Eine Lösung mit den NH-Gläubigerbanken müsse gefunden und Einsicht in das NH-Geschäftsgebaren gewährt werden. Bislang liege von der Landesregierung allerdings kein Gesprächsangebot vor.

Beirut: London zieht Diplomaten ab

rtr, London

Großbritannien hat das Personal seiner Botschaft in Beirut verringert. Das Außenministerium in London gab bekannt, aus Sicherheitsgründen sei ein Teil der Belegschaft mit seinen Angehörigen abgezogen worden. Die Vertretung bleibe aber geöffnet. In diplomatischen Kreisen der libanesischen Hauptstadt hieß es, drei der sechs britischen Diplomaten seien vorläufig abberufen worden, weil sich die Regierung in London im Zusammenhang mit dem Prozeß gegen den Jordanier Nesar Hindawi Sorgen mache. Hindawi steht derzeit in London vor Gericht, weil er versucht haben soll, im Gepäck seiner nichtsahnenden Freundin einen Sprengsatz an Bord eines israelischen Flugzeugs zu schmuggeln.

NATO gegen „Paketlösung" des Kreml

RÜDIGER MONIAC, Gleneagles

Die NATO will darauf pochen, daß die Sowjetunion ihre Bereitschaft zu einer weitgehenden Abrüstung, die *sie bereits vor* dem Gipfel von Reykjavik bekundet hatte, bei den jetzt in Genf wieder aufgenommenen Rüstungskontrollverhandlungen unter Beweis stellt. Dies zeichnete sich gestern als gemeinsame Position der Verteidigungsminister der Allianz am ersten Konferenztag der 40. Tagung der „Nuklearen Planungsgruppe" im schottischen Gleneagles ab.

Nach Darstellung von Staatssekretär Lothar Rühl vom Bundesverteidigungsminsterium, der den nach Washington gereisten Minister Manfred *Wörner in Gleneagles vertritt,* will die NATO Moskau bewegen, für den Bereich der Mittelstreckenwaffen größerer Reichweite (LRINF) ein Rüstungskontrollabkommen auf der Basis einer Null-Lösung für europagerichtete Waffen abzuschließen. Der Kreml *soll sein Beharren aufgeben,* daß Abrüstung allein als „Paketlösung" in der Verbindung von strategischer, semistrategischer und Weltraumrüstung denkbar sei. Von diesem Junktim, wie es Grobatschow gegenüber Reagan in Reyjavik konstruiert habe, müsse Moskau „durch öffentlichen Druck" wieder abgebracht werden.

US-Verteidigungsminister Caspar Weinberger bezeichnete die von Reagan in Island gemachten Abrüstungsvorschläge als die am weitesten gehenden, die ein amerikanischer Präsident je gemacht habe. Sie schlössen die Wegnahme aller mit nuklearen Sprengköpfen bewehrten ballistischen Angriffs-Flugkörper strategischer und semistrategischer Reichweite ein. Teilnehmer der Konferenz unterstrichen die Bedeutung dieser Aussage. Sie mache deutlich, daß die USA Kernwaffen auf anderen Trägersystemen wie Flugezeugen oder Marschflugkörpern nicht in die jetzt in Genf zu verhandelnde Reduzierung einbeziehen und damit die NATO-Strategie der Abschreckung, das nukleare Element, als wesentliche *Stütze erhalten* wollten.

Als Gastgeber der Konferenz appellierte der britische Verteidigungsminister George Younger mit Zustimmung aller europäischen NATO-Regierungen an die USA, nach dem möglichen Abschluß eines INF-Abkommens in weiteren Verhandlungen über die Mittelstreckenwaffen kürzerer Reichweite in Europa (SRINF) das sowjetische Angebot des „Einfrierens" der vorhandenen Potentiale nicht zu akzeptieren. Dies würde das Ungleichgewicht zu Ungunsten der NATO zementieren. Die Verhandlungen müßten vielmehr so geführt werden, daß sie Parität ermöglichten.

Für die Bundesregierung unterstrich Staatssekretär Rühl nochmals die deutsche Bereitschaft zur Unterstützung des amerikanischen SDI-Forschungsprogramms. Der US-Minister Weinberger hatte vorher bekräftigt, Washington verfolge das SDI-Projekt mit „höchster Priorität. Es solle die Grundlage dafür schaffen, zwischen West und Ost eine „neue Struktur der strategischen Beziehungen" zu entwickeln, die ihre Stabilität *nicht mehr aus* der gegenseitigen Drohung, sondern aus der Gewißheit eines für beide Seiten funktionsfähigen strategischen Schutzschildes gewinnen sollen.

Generalsekretär für Hasselmann

mj. Hannover

Bei der Suche nach einem neuen Generalsekretär für die niedersächsi*sche CDU hat ihr Landesvorsitzender* Wilfried Hasselmann jetzt offenbar eine „hausinterne" Lösung gefunden. Nach seinen Angaben wird er dem CDU Landesvorstand am 8. November den Göttinger Landtagsabgeordneten Hartwig Fischer (38) als „den neuen Generalsekretär" vorstellen. Fischer, der in den CDU-Sozialausschüssen tätig ist und in Göttingen als Vorsitzender des Betriebsrates eines Kaufhauses arbeitet, soll das seit der Landtagswahl vakante Amt noch im November übernehmen. Zuvor hatte Hasselamnn sich unter anderem um Bundespräsident Richard von Weizäckers Pressesprecher Friedbert Pflüger bemüht.

Cattenom: Betrieb in dieser Woche?

DW. Cattenom

Das französische Kernkraftwerk Cattenom wird möglicherweise noch *in dieser Woche seinen Betrieb auf*nehmen. Das kündigte der leitende Direktor des staatlichen Elektrizitätskonzerns EDF, Remy Carle, an. Im gleichen Zusammenhang erklärte der Vorsitzende des Ministerausschusses für französisch-deutsche Zusammenarbeit, André Bord, daß Rheinland-Pfalz ebenso wie schon das Saarland künftig mit Informationen über das Kernkraftwerk in Cattenom versorgt werden soll. Ministerpräsident Bernhard Vogel hatte sich zuvor in Begleitung von Mitgliedern seiner Landesregierung sowie zahlreichen Sachverständigen über das französische Kernkraftwerk vor Ort informiert.

Jerusalem gibt Wien Klarstellung

DW. Jerusalem

Der Botschafter Israels in Österreich, Michael Elitzur, der vor zehn Tagen in sein Land *zurückgekehrt* ist, soll auch weiterhin in seinem Amt bleiben. Das hat die Regierung in Jerusalem gegenüber dem österreichischem Botschafter Otto Pleinert deutlich gemacht. Der Diplomat aus Wien hatte um Klarstellung gebeten, da die Amtszeit des israelischen Botschafters bereits im Sommer abgelaufen war.

Die Regierung in Jerusalem will jedoch keinen neuen Botschafter ernennen, der sein Akkreditierungsschreiben dem österreichischen Bundespräsidenten Kurt *Waldheim* übergeben müßte. Waldheim war wegen seiner Vergangenheit öffentlich kritisiert worden.

Peking gibt Moskaus Satelliten ein Signal

JOCHEN HEHN, Manila

Im Gegensatz zum nüchternen Arbeitsbesuch von Polens KP-Chef General Jaruzelski vor drei Wochen, ist der Staatsratsvorsitzender der „DDR", Erich Honecker, gestern bei seinem Besuch in der Volksrepublik China von der Führung des Landes wie ein Staatsoberhaupt empfangen worden. Damit wird deutlich, daß Peking an der Sowjetunion vorbei seine Beziehungen zu den Alliierten Moskaus wieder völlig normalisieren will.

Parteichef Hu zeigte sich bei seinem ersten Gespräch mit Honecker überzeugt davon, daß der Besuch eine „neue Phase der Beziehungen zwischen beiden Ländern einleiten wird". Honecker hob in seiner Rede *zwar die Gemeinsamkeiten mit der* Volksrepublik China im Bemühen um den Frieden hervor, bekannte sich dabei jedoch zu den Abrüstungsinitiativen der UdSSR.

Vorsichtige Annäherung

Das jüngste Treffen von US-Präsident Reagan mit KPdSU-Chef Gorbatschow in Island habe „die Notwendigkeit unterstrichen, daß Vernunft und Realismus letztlich die Oberhand gewinnen".

In der mehrfachen Bezugnahme beider Politiker auf den Staat und das „Volk der DDR" sahen Beobachter ein weitgehendes Zugeständnis der chinesischen Führung an den deutschlandpolitischen Standpunkt Ost-Berlins.

Die Beziehungen zwischen Peking und Ost-Berlin waren vor 26 Jahren zwar nicht abgebrochen, jedoch eingefroren worden als es zum Bruch zwischen China und der Sowjetunion kam. Nur Rumänien weigerte sich damals das Schisma mitzuvollziehen. Die vor zwei Jahren noch vorsichtig betriebene Wiederannäherung zwischen den Warschauer Pakt-Staaten und der Volksrepublik China hatte in den *ersten Monaten* zu einigen bescheidenen wirtschaftlichen, kulturellen und wissenschaftlichen Vereinbarungen geführt. Daß danach dann verstärkt auch politische und jetzt sogar parteipolitische Kontakte wieder-aufgenommen werden können ist sicher *mit* Billigung *Moskaus* geschehen, dem Peking allerdings die völlige Normalisierung vor allem wegen der ungelösten Kambodscha-Frage noch immer vorenthält. Die vor dem Kreml aufgetürmten „Normalisierungshindernisse" wird Peking während des Honecker-Besuchs sicher nicht zur Sprache bringen. Die Verlegenheit darüber könnte groß sein.

Denn im Jahre 1979, als es zwischen China und Vietnam über Kambodscha zu einem befristeten Waffengang kam, reihte sich Ost-Berlin als eifriger Kritiker gleich hinter Moskau ein. Von den verbesserten Beziehungen seiner Verbündeten zu Peking hofft Moskau zu profitieren. Obwohl formale Parteibeziehungen mit der Kommunistischen Partei Chinas immer noch ausstehen, werden sie de facto über die Bruderparteien Ost-Berlins, Warschaus und der anderen Länder gepflegt werden können.

Die chinesische Führung verfolgt in der rasanten Aufwertung seiner Beziehungen zu den osteuropäischen Staaten übrigens die gleiche Taktik wie gegenüber den Staaten Westeuropas. Sie will deren Unabhängigkeit von den Supermächten Sowjetunion und USA stärken.

Chinas Markt lockt

Die Osteuropäer wiederum folgen sicher nicht nur Moskaus Wink, sondern erhoffen sich von den engeren Bindungen an Peking konkrete Vorteile. Der chinesische Markt lockt auch sie.

Ihre industriellen Produkte lassen sich bei den unter chronischen Devisenmangel leidenden Chinesen leichter absetzen als die teure Spitzentechnologie des Westens. Die „DDR", in den chinesischen *Medien für ihre* „wirtschaftlichen Errungenschaften" gepriesen und als „eines der führenden Industrieländer der Welt" bezeichnet, hofft dabei vor allem ihre chemischen Produkte und Elektronik in China absetzen zu können. Wirtschaftliche Abkommen mit China wurden bereits für den Zeitraum bis 1990 abgeschlossen. Letzter spektakulärer Abschluß: Die Lieferung von 300 Eisenbahnwaggons an China. Wert: 200 Millionen Mark.

FÜR DEN ANLEGER

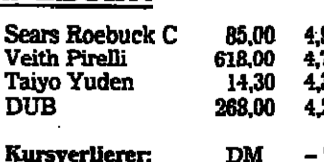
Börsenzulassung: Abweichend vom Gesetzentwurf der Regierung hat der Finanzausschuß des Bundestages mit Mehrheit eine Reihe von Änderungen empfohlen. (S. 13)

Euro-Anleihe: Die Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl legt eine 108-Mill.-Dollar-Anleihe (Kupon: 8,25, Ausgabekurs 101⅛, Rendite: 8,08 Prozent) mit Laufzeit bis zum 2. Dezember 1996 auf.

Zins: Die Bayerische Landesanstalt für Aufbaufinanzierung hat mit Wirkung vom 15. Oktober den Zins für ihre Ergänzungsdarlehen auf sechs (5,5) Prozent angehoben.

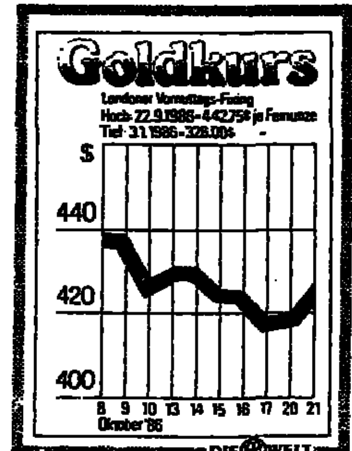
WELT-Aktien-Indizes: Gesamt: 266,15 (264,22); Chemie: 156,99 (156,03); Elektro: 331,99 (330,25); Auto: 700,88 (688,37); Maschinenbau: 145,06 (144,63); Versorgung: 160,62 (159,16); Banken: 389,78 (388,80); Warenhäuser: 179,60 (179,22); Bauwirtschaft: 540,59 (540,89); Konsumgüter: 173,93 (172,90); Versicherung: 1329,13 (1323,40); Stahl: 144,26 (143,54).

Kursgewinner	DM	+ %
Hartmann & Br.	2500,0	8,23
Sears Roebuck C	85,00	4,94
Veith Pirelli	618,00	4,75
Taiyo Yuden	14,30	4,38
DUB	268,00	4,28



Kursverlierer:	DM	– %
Kawasaki Kisen	1,90	9,52
Krupp	118,00	7,88
Sumitomo	2,40	7,69
Mitsui Osk-Line	2,70	6,90
Nippon Kokan	2,80	6,67

(Frankfurter Werte)



Nachbörse: Freundlich

MÄRKTE & POLITIK

Opec: Die Ölminister haben gestern, am 16. Tag ihrer Konferenz in Genf, einer Aufstockung der Förderquote Kuwaits um 60 000 Barrel am Tag in zwei Stufen zugestimmt. Die Forderung des Landes nach einer Quotenerhöhung um 90 000 Barrel hatte bisher die Verhandlungen blockiert.

Orgatechnik: Die Kaufbereitschaft von Handel und Anwendern hat die Erwartungen auf der gestern zu Ende gegangenen Internationalen Büromesse in Köln vielfach übertroffen.

Halbleiter: Der Welthandel wird nach Angaben aus der japanischen Industrie 1986 den Rekordwert von 26,5 Mrd. Dollar erreichen. Das wären 23,6 Prozent mehr als 1985 und zwei Prozent mehr als im bisherigen Rekordjahr 1984.

Daimler: Zweifel an der Angemessenheit der Subventionen für das Rastatt-Werk äußerte der Staatssekretär im Bundeswirtschaftsministerium, Otto Schlecht, gestern vor dem CDU-Wirtschaftsrat in Stuttgart.

Mittelstand: Die Aktionsgemeinschaft Wirtschaftlicher Mittelstand fordert in ihrem Jahresbericht einen „Subventionsabbau auf Raten" um jährlich fünf bis zehn Prozent.

Europäische Spotpreise für Mineralölprodukte (fob ARA/Dollar/t)

Produkt	20. 10. 86	17. 10. 86	1. 7. 86	1. 8. 85	1973
Superbenzin 0,15 g Bleigehalt	165,00	165,00	165,00	286,00	97,00
Heizöl (schwer/3,5 % S)	65,75	66,50	51,00	139,00	29,00
Gasöl (Heizöl/Diesel) 0,3 % S	119,50	116,75	104,00	226,00	84,00

WELTWIRTSCHAFT

USA: In Washington wird damit gerechnet, daß Präsident Reagan die Gesetzesvorlage zur Einführung einer Importabgabe von 0,22 Prozent auf alle Einfuhren unterzeichnen wird. Sie soll am 1. Dezember wirksam werden.

Stahl: Nach dem Scheitern der Gespräche der zuständigen EG-Minister in Luxemburg ist die Entscheidung über eine weitere Liberalisierung des Markts auf Mitte November verschoben worden. (S. 12)

Großbritannien: Auch gegenüber Bundesbankpräsident Karl Otto Pöhl blieb Regierungschefin Margaret Thatcher in der Frage des Vollbeitritts zum Europäischen Währungssystem eisern. Vor der nächsten Wahl, also spätestens Juni 1988, will London sich die EWS-Zwangsjacke nicht anpassen lassen.

Südafrika: Nach dem Rückzug von General Motors plant nun auch IBM Corp., ihre südafrikanische Tochter an eine neu gegründete Gesellschaft zu veräußern, an der Beschäftigte von IBM South Africa beteiligt sind.

NAMEN



Brauerei: Frank Wedekind (Foto), Sprecher des Vorstands der Dortmunder Union – Schultheiss-Brauerei AG, Berlin/Dortmund, hat mit sofortiger Wirkung seine Aufgaben niedergelegt. Nach einem schweren Verkehrsunfall sieht sich der 58jährige nicht in der Lage, seine Geschäfte weiterzuführen. Vorstandsmitglied Reinhold Jahn hat diese kommissarisch übernommen. Wedekind hatte den „Bier-Elefanten" diversifiziert und mit großem Geschick in die Gewinnzone geführt.

Daimler: Zum neuen Chef des Inlandsvertriebs der Daimler-Benz AG, Stuttgart, hat der Vorstand Eckart Ramthun (48) als Nachfolger von Helmut Schmidt (66) ernannt. Ramthun leitete zuletzt die Niederlassung Frankfurt.

WER SAGT'S DENN?

Ausfuhrbestimmungen sind Erklärungen zu den Erklärungen, mit denen man eine Erklärung erklärt.

Abraham Lincoln

Die deutsche Investitionstätigkeit wird sich noch beschleunigen

Mietfinanz: Die Unternehmen setzen im Wettbewerb auf höchsten technischen Stand

HANS BAUMANN, **Bonn**

Die Investitionstätigkeit der deutschen Industrie wird sich noch beschleunigen, stellt die Mietfinanz GmbH, Mülheim/Ruhr, in ihrer jüngsten Umfrage (Stichtag 21. 10.) bei 13 Branchen fest. Diese Aussage, so Mietfinanz, betrifft Unternehmen aller Größen. Für eine „Delle" in der Investitionstätigkeit, die vor kurzem von einem Forschungsinstitut ausgemacht worden war, findet die Umfrage keinerlei Bestätigung.

Im Durchschnitt der 13 Industriezweige wollen die Unternehmen im laufenden Jahr real 6,2 Prozent mehr als 1985 investieren. Bei der letzten Umfrage im Juli waren es nur 5,8 Prozent.

Nur drei der 13 Branchen haben ihre Investitionspläne seit Juli ein wenig nach unten korrigiert: Die Stahlindustrie reduzierte von plus acht auf sieben Prozent, die Chemie von neun auf fünf Prozent und der Steinkohlenbergbau von minus zwei auf minus vier Prozent. Verstärken werden ihre Investitionen die EDV-Industrie, die Eisen-, Blech- und Metallwaren-Industrie (EBM-Industrie) und die Bauwirtschaft.

Für eine höhere Investitionsdynamik der deutschen Industrie spricht nach Mietfinanz nicht zuletzt der unverändert sehr hohe Auftragseingang des Maschinenbaus aus dem Inland. Auch die Hersteller von Baumaschinen buchten steigende Auftragseingänge, obwohl besonders sie lange unter der Baukrise gelitten hatten.

Nicht nur die allgemeinen Geschäftserwartungen haben sich bei der überwiegenden Zahl der untersuchten Branchen gebessert, sondern auch die Ertragsaussichten beflügeln nach Mietfinanz die Investitionen. Hinzu kommt der Zwang zur weiteren Senkung der Stückkosten.

Die Abschwächung des Dollar wird von den meisten exportierenden Unternehmen mit Gelassenheit registriert. Begründet wird diese Haltung mit der Tatsache, daß vielfach seit langem in D-Mark fakturiert wird. Hinzu kommt, daß der Kursrückgang des Dollar meistens nur zu zeitlichen Verschiebungen der Auftragserteilung geführt hat, nicht aber zu nennenswerten dauerhaften Auftragseinbußen.

Nach Feststellung der Mietfinanz war und ist die Dollar-Talfahrt jedoch für viele Unternehmen ein zusätzlicher Grund, energisch für die Erhaltung und Verstärkung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit zu investieren, also jede Chance, die der technische Fortschritt bietet, zu nutzen. Mietfinanz: „In allen mit dem Auslandsgeschäft verbundenen Branchen gilt die Steigerung der technischen Leistungsfähigkeit als oberstes Gebot."

Die jüngsten Angaben der produzierenden Unternehmen über ihre Umsatzerwartungen für das laufende Jahr zeigen, daß sich die konjunkturelle Aufwärtsentwicklung weiter gefestigt hat. Selbst die Bauwirtschaft beginnt sich konjunkturell zu erholen, wenn auch nur allmählich. Zum erstenmal seit vielen Jahren erwartet sie 1986 nach Ermittlung der Mietfinanz ein reales Umsatzplus.

Von der Konjunktur nicht begünstigt sind nach wie vor der Steinkohlenbergbau und die Eisen- und Stahlindustrie. In der Stahlindustrie hat sich die Stimmung seit Anfang des Jahres immer weiter verschlechtert. Für 1986 wird jetzt mit einem realem Umsatzminus von vier Prozent gerechnet.

Klammert man Kohle und Stahl aus der Umfrage aus, so ergibt sich für die Produktion von elf Branchen eine durchschnittliche Wachstumserwartung von real fünf Prozent. Spitzenreiter sind EDV mit 19 Prozent, Maschinenbau mit acht, Feinmechanik und Optik mit 6,5 und Elektrotechnik mit sechs Prozent.

Der Autoexport läuft weiterhin wie geschmiert

adh. **Frankfurt**

Automobilproduktion und -export habennach der etwas schwächeren Gangart in den Ferienmonaten im September wieder deutlich angezogen. Insgesamt übersteigt nach den ersten neun Monaten dieses Jahres die deutsche Automobilproduktion von 3 406 700 Kraftwagen das hohe Vorjahresergebnis nochmals um drei Prozent. Im September allein lag das Produktionsplus bei vier Prozent gegenüber dem Vorjahr, bei den Personenwagen wurde sogar eine Steigerung von fünf Prozent erreicht. Dabei überschritten die Ausfuhren bei den Personenwagen im September mit 226 500 Einheiten sogar deutlich das Vorjahresergebnis (plus neun Prozent); langsamer lief der Export allerdings bei den Lastkraftwagen.

Nach den ersten neun Monaten ist das hohe vorjährige Ausfuhrergebnis mit gut zwei Millionen Fahrzeugen wieder erreicht worden. Die Chancen stehen gut, daß die Exporte der deutschen Automobilhersteller weiter zunehmen. Denn die Aufträge aus dem Ausland für deutsche Personenwagen zeigen weiter steigende Tendenz. Dagegen kommen die Bestellungen aus dem Inland zur Zeit etwas schwächer, die Kunden warten auf die neuen Modelle.

AUF EIN WORT



„Wenn wir die heimische Kohle aufgeben würden, dann wären wir mit einem Autofahrer zu vergleichen, der gerade zwei Unfälle hinter sich hat, den nächsten kommen sieht und dennoch die Haftpflichtversicherung kündigt. Gewissermaßen zwei ‚Ölunfälle' haben wir hinter uns, den dritten vor uns."

Dr. Heinz Horn, Vorsitzender des Vorstandes der Ruhrkohle AG, Essen.
FOTO: AP

Druckindustrie meldet Erfolg bei Zeitungen

nl. **Karlsruhe**

Die deutsche Druckindustrie sieht sich in einer anhaltenden geschäftlichen Aufwärtsentwicklung und beurteilt deshalb ihre weiteren Wchstumschancen positiv. Wie zur XII. Woche der Druckindustrie in Karlsruhe, an der rund 1 000 Unternehmer und Führungskräfte der Branche teilnehmen, mitgeteilt wurde, hat sich in diesem Wirtschaftszweig in der ersten Jahreshälfte 1986 das Wachstumstempo sogar noch etwas beschleunigt.

Die 1920 Betriebe (mit mehr als 20 Mitarbeitern) der Branche, die insgesamt knapp 162 000 Personen beschäftigen, steigerten in den ersten sechs Monaten gegenüber der Vergleichszeit im Vorjahr ihre Produktion um 3,6 (real um 1,5) Prozent auf 10,8 Milliarden DM. Im ganzen Jahr 1985 hatte das reale Wachstum bei 1,3 Prozent gelegen. Zwar blieb die Sparte Kataloge und Werbeprospekte, die mit einem Anteil von 24,2 Prozent stärkster Teilbereich ist, mit einem realen Minus von 1,7 Prozent unter der Branchenentwicklung, doch wurde dieser Rückgang überkompensiert durch den Erfolg der Sparte Zeitungen (21,3 Prozent Anteil) mit einem Plus von 3,7 Prozent. Der Umsatz des Wirtschaftszweigs stieg um 3,2 Prozent auf 12,1 Mrd. DM.

Einheitswerte verfassungskonform

Kann die Grundeigentumsbesteuerung in der heutigen Form beibehalten werden?

HEINZ HECK, **Bonn**

Die Bundesregierung hält die Praxis der steuerlichen Bewertung von Wohnhäusern nicht für verfassungswidrig. Das hat Finanz-Staatssekretär Günter Obert als Vertreter der Bundesregierung gestern vor dem Bundesverfassungsgericht erklärt. In einem Normenkontrollverfahren zur Einheitsbewertung von Ein- und Zweifamilienhäusern, das durch zwei Vorlagebeschlüsse des Finanzgerichts Rheinland-Pfalz ausgelöst worden war, ist zu klären, ob die Anwendung des Sachwertverfahrens bei der Bewertung von besonders gestalteten und ausgestatteten Ein- und Zweifamilienhäusern verfassungsmäßig ist.

Das Finanzgericht hatte dies verneint. Obert hat gestern die beiden Vorlagen als „unzulässig" und „unbegründet bezeichnet. Er räumte ein, daß bei in Ertragswertverfahren bewerteten Häusern zum Teil erhebliche Differenzen zum Verkehrswert bestünden. Das lasse jedoch keinen Schluß auf die Verfassungsmäßigkeit der Einheitsbewertung zu.

Der Einheitswert vor allem von Grundvermögen wird vom Finanzamt von Zeit zu Zeit ermittelt und bei der Erhebung von Erbschaft-, Vermögen- oder Grundsteuer zugrundegelegt. Bei den meisten Ein- und Zweifamilienhäusern wird der Einheitswert nach dem Ertragswertverfahren bewertet und dann besteuert. Für eine kleine Gruppe von Häusern schreibt das Gesetz allerdings das Sachwertverfahren vor, da sich von einem gewissen Standard an keine übliche Miete und damit auch kein echter Ertragswert nach dem Regelverfahren ermitteln lassen.

Dem Normenkontrollverfahren liegt ein Fall zugrunde, in dem das als Haus mit zwei Wohnungen angelegte Anwesen des Klägers mit Schwimmhalle und Einliegerwohnung bei Anwendung des Ertragswertverfahrens im Vergleich zum Sachwertverfahren mit weniger als dem halben Betrag veranschlagt würde. Das Finanzamt hatte das Haus aufgrund der besonderen baulichen Gestaltung als Einfamilienhaus eingestuft und im Sachwertverfahren bewertet. Mit bestimmten baulichen Änderungen könnte das Haus als Zweifamilienhaus angesehen werden, obwohl es weiter von der Familie allein bewohnt würde. Das Finanzgericht sah darin einen Verstoß gegen den Gleichheitssatz und wandte sich an das Verfassungsgericht. Im Vorlagebeschluß heißt es unter anderem, daß baulich so unbedeutende Maßnahmen den Hauswert als Anknüpfungspunkt für die steuerliche Belastung auf etwa die Hälfte reduzieren würde.

Wenn der erste Senat in seinem für Anfang 1987 erwarteten Urteil zur gleichen Bewertung – Verstoß gegen Gleichheitssatz – kommt, stellt sich die Frage, ob die Grundeigentumsbesteuerung in ihrer heutigen Form aufrechterhalten werden kann. Seit 1964 hat es keine echte neue Hauptfeststellung für neue Einheitswerte mehr gegeben.

Gerangel bei VW

dos. – Die ersten Gerüchte wurden bereits im Frühjahr dieses Jahres laut. Von Mißstimmung innerhalb des Vorstands der Volkswagen AG war die Rede, von Protesten altgedienter VW-Vorständler gegen die Handlungsweise ihres Chefs, Carl H. Hahn, der einen der Ihren in seinen Kompetenzen erheblich beschneiden wollte: Finanzvorstand Rolf Selowsky. Nicht so sehr die Tatsache, daß Hahn seinem Finanzexperten einen Controller an die Seite stellen wollte, erregte die Gemüter, sondern mehr die Art seines Vorgehens. Die Kollegen erfuhren von Hahns Absicht erst verspätet: der VW-Chef hatte den direkten Weg über seine Aufsichtsräte bevorzugt.

In der Folgezeit vermochte sich Hahn offensichtlich aber auch im Vorstand durchzusetzen. Rolf Selowsky, der Mitte 1982 von Klöckner-Humboldt-Deutz nach Wolfsburg überwechselte, wird im Laufe des kommenden Jahres sein Ressort abgeben und bei VW ausscheiden. Der 56jährige Rheinländer wird das Finanzressort bei VW noch so lange weiterleiten, bis ein Nachfolger gefunden wurde. Der Abschied wird ihm durch einen mehrjährigen Beratervertrag versüßt.

Wie weit Hahns Vorstellungen zur Schaffung der Controller-Position gediehen sind, ist derzeit noch offen. Dies gilt auch für die Frage, ob der künftige Controller parallel zum Finanzmann dem Vorstand angehören wird. Nach allen Erfahrungen der letzten Jahre dürfte sich aber Hahn auch in diesem Punkt durchsetzen. Er kann dabei gute Gründe geltend machen. Die neuen Auslandsbeteiligungen von VW wie Seat, die Geschäfte in China und neue Kooperationen in Südamerika und anderswo sind Aufgaben, die eine solche Position durchaus rechtfertigen würden.

Bremer Selbstbewußtsein

Von WINFRIED WESSENDORF

Bremen ist zwar auf der Fernsehwetterkarte nicht verzeichnet, aber das Bundesverfassungsgericht hat dem kleinsten Bundesland ausdrücklich die Bestandsberechtigung bescheinigt: „Die Stadtstaaten gehören zum historischen Bestand der deutschen Staatsentwicklung", heißt es im Urteil vom 24. Juni zur Neuregelung des Länderfinanzausgleichs. Daher sei die Andersartigkeit gegenüber den F[illegible]chenstaaten gleich zu berücksichtigen, das sei eine wichtige Garantie für die Existenz der Staatstaaten.

Das stärkt natürlich das Selbstbewußtsein des Bundeslandes mit seinen beiden Städten Bremen und Bremerhaven. Prompt schwimmt der Präsident des Senats, Bürgermeister Klaus Wedemeier (SPD), erst ein gutes Jahr im Amt, auf dieser Welle mit. „Die Stimmung in Bremen ist besser geworden. Der Optimismus überwiegt wieder", meint der SPD-Politiker. Dennoch gibt der 42jährige Regierungschef zu, daß noch viele Probleme für die Freie Hansestadt Bremen zu lösen sind.

Paradebeispiele für das neue Image des Zweistädtestaates sind die Ansiedlung des Mercedes-Werkes und die Expansion von Krupp Atlas Elektronik.

Aufbruchstimmung ist allerdings tatsächlich zu spüren. Jahrelang hingen nur schwarze Wolken über den Schwesterstädten an der Weser. Das hat sich geändert, vor allem das Klima der Wirtschaft. Die Arbeitgeberverbände stellten fest: „Wir verzeichnen erstmals seit sechs Jahren wieder ein Wirtschaftswachstum. Die Daten geben Anlaß zu Optimismus."

Da hat es die größte Oppositionspartei CDU schwer, den richtigen taktischen Weg einzuschlagen. Ungereimtheiten passieren dabei, sich mit dem neuen Klima auseinanderzusetzen. So mäkelte CDU-Fraktions-Vize Günter Klein am Einstellungsstopp der SPD-Landesregierung: Diese Maßnahme gefährde die Funktionsfähigkeit der Verwaltung. Jahrelang schimpften die Christdemokraten dagegen über den Wasserkopf, der den Bremer Steuerzahler mehr als 40 Prozent seiner Steuer kostet. Die Perspektive bleibt nach Ansicht der CDU schlimm und düster.

Es kann aber keinen Zweifel geben, daß bei den Haushalts- und Strukturproblemen im Lande Bremen die wirtschaftlichen Notwendigkeiten im Mittelpunkt politischen Handelns stehen müssen. Allein mit den sich abzeichnenden Hilfen des Bundes und der Länder ist es nicht zu schaffen. Damit hofft der Senator für Finanzen, Claus Grobecker, aber doch, schon bald die Investitionsquote von zehn auf 14 Prozent anheben zu können und die Kreditaufnahme des Staates auf 500 Millionen DM zu begrenzen.

Die Länderegierung unter Wedemeier hat allerdings mehr Glaubwürdigkeit erreicht, als es den Erwartungen entsprach. Der Regierungschef setzt, wo er kann, auf das Image des Zweistädtestaates und sucht die Wege zur Wirtschaft. Der Bürgermeister nutzt dabei geschickt aus, was sein Vorgänger Hans Koschnick bewirkte.

Das Paradebeispiel ist die Ansiedlung des Mercedes-Werkes. Inzwischen liegt die Arbeitnehmerzahl bei 130 000. Daimler-Benz gilt als Wegbereiter einer modernen Industrie in Bremen, die zum Aufbruch beiträgt. Der Präsident der Vereinigung der Arbeitgeberverbände im Lande Bremen, Peter-Otto Engisch, der bei der vergangenen Bürgerschaftswahl im Schattenkabinett der CDU stand, meint: „Hier wird immer mehr ein moderner Industriekern sichtbar, der zeigt, daß das Land Bremen ein Standort ist, der nicht nur für traditionelle küstenbezogene Industrien in Frage kommt."

Als eine weitere Perle erweist sich Krupp Atlas Elektronik. Diese Firma hat angekündigt, ihren Personalbestand in den nächsten Jahren von 3000 auf 6000 Mitarbeiter zu erhöhen. Auch diese Entscheidung könnte Sogwirkung für weitere Firmen haben, sich in Bremen anzusiedeln. Hier böte sich eine Chance beispielsweise für die maritime Wirtschaft. Denn es geht darum, eines Tages von der hohen Arbeitslosigkeit in Bremen (15,7 Prozent) herunterzukommen, die durch die Zusammenbrüche in der Werftindustrie geprägt ist.

Wedermeier zeigt sich im Zusammenhang mit diesen Fragen fast immer pragmatisch. So bekannte er sich trotz des heftigen Streits um SDI zur Luft- und Raumfahrt. Hinter den Kulissen zieht er auch mit Institutionen der Wirtschaft die Fäden, um das „Wirtschaftsklima und das Standortimage zu verbessern".

Allerdings erhielten diese Bemühungen kürzlich einen empfindlichen Rückschlag. Der SPD-Bürgermeister setzte sich plötzlich an die Spitze derer, die sich strikt gegen Kernenergie wehren. SPD, Senat und Stadtwerke-Aufsichtsrat beschlossen, ein Kohlekraftwerk in Bremen zu bauen. Handelskammer, Wirtschaftsverbände und CDU kritisierten den Sinneswandel nach Tschernobyl scharf, weil diese Entscheidung „betriebswirtschaftlich unrentabel, versorgungspolitisch unsinnig und umweltpolitisch schädlich" sei.

Betriebswirtschaft mit Mängeln

Bierich fordert neues Konzept universitärer Ausbildung

JOACHIM WEBER, Berlin

Auf etliche weiße Flecken in den Arbeitsplänen der universitären Betriebswirtschaftslehre wies Bosch-Chef Marcus Bierich die knapp 1300 Teilnehmer des 40. Deutschen Betriebswirtschaftertages in Berlin hin. Vor allem in der Erforschung und theoretischen Untermauerung der managementorientierten, strategischen Ansätze weise Deutschland noch Defizite gegenüber den USA, aber auch Japan aus.

Aus dem Bedarf der Unternehmen an immer schnellere Anpassung, dem raschen Vordringen der Informations- und Kommunikationstechnik, der Zunahme der technischen Dynamik, dem Wandel in Arbeits- und Konsumverhalten und nicht zuletzt aus der zunehmenden internationalen Verflechtung ergeben sich nach Bierichs Ansicht auch für die Betriebswirtschaft ganz neue Anforderungen und Arbeitsfelder.

Als Beispiele unbeackerter Themenfelder, die sich aus einer eigenen Umfrage unter Managerkollegen ergeben hatten, nannte Bierich das Forschungs- und Entwicklungsmanagement, das Risikomanagement, den Bereich der Finanzdienstleistungen und eine betriebswirtschaftliche – statt der bislang geltenden volkswirtschaftlich geprägten – Standortlehre.

Generell habe die zunehmende Auflösung der Betriebswirtschaftslehre in Spezialdisziplinen dazu geführt, daß die großen Zusammenhänge unbearbeitet blieben. Gerade an interdisziplinärem Wissen aber bestehe ein großer Bedarf.

Darauf deutet auch ein anderes Ergebnis aus Bierichs Erhebung hin. Befragt nach ihrer künftigen Bewertung der unterschiedlichen Fachgebiete, gaben die Praktiker eindeutig dem übergreifenden Bereich den Vorzug, wie etwa der strategischen Planung der Unternehmenspolitik, dem Controlling, der Wirtschaftsinformatik, der Personalwirtschaft oder der Logistik. Der Finanzwirtschaft, betrieblichen Steuerlehre oder dem Rechnungswesen wurde eine abnehmende Bedeutung zugemessen.

Statt dessen tauchen neue Betätigungsfelder am Horizont auf. Dabei steht künftig der heute noch defizitäre strategische Gedanke im Vordergrund, etwa bei der Erarbeitung von strategischen Informationssystemen, Beurteilungsmethoden für Strategien und Instrumenten zur Quantifizierung strategischer Planungen oder von Frühwarnsystemen. Gefragt werde nach Bierichs Einschätzung – und ganz im Trend zur stärker übergreifenden Konzeption – auch Ansätze zur Integration von strategischer Planung einerseits und Controlling oder operativer Planung andererseits sein.

Die Schmalenbach-Gesellschaft – Deutsche Gesellschaft für Betriebswirtschaft – hat ihre eigenen Schwerpunkte für die nächsten Jahre ebenfalls auf die Erfordernisse des Wandels abgestimmt. Auf dem Programm stehen die Konsequenzen der zunehmenden Internationalisierung (etwa betriebliche Probleme der internationalen Arbeitsteilung oder der Verschuldung der Kundenländer) und die Folgen des gesamtwirtschaftlichen Strukturwandels.

Auch Schmalenbach-Präsident, Joachim Funk, unterstrich die Notwendigkeit beschleunigter Anwendungen neuer Kommunikationstechniken.

British Airways geht in Privathand über

He. London

British Airways war einer der ersten Kandidaten für das ehrgeizige Privatisierungsprogramm der Regierung Thatcher. Doch der Rechtsstreit im Gefolge der Bauchlandung von Sir Freddie Lakers Fluggesellschaft wurde zum Sand im politischen Getriebe. Im Frühjahr ist es nun so weit. Finanzexperten der Londoner City beziffern den Marktwert des Unternehmens auf rund eine Millarde Pfund. Was lange währte, soll mit einem Superstart gut werden: Managing Director Colin Marshall machte mit Luftfahrtminister Michael Spicer vor der Bekanntgabe von Einzelheiten gestern einen symbolischen Überschallflug mit der „Concorde".

Lord King, der auch nach der Privatisierung das Steuer in der Hand behalten wird, sieht endlich grünes Licht für Expansion. Er sagte in Hongkong: „In einer Branche wie der unseren kann man nicht zwei Herren dienen, dem Markt und der Regierung. Die Bedürfnisse beider sind zu unterschiedlich". Ein deutlicher Hinweis, daß British Airways als ein höchst aggressiver Konkurrent sich keine Gelegenheit entgehen lassen will, sein Routennetz weiter auszubauen.

Bereits 8000 Betriebsangehörige haben ihre Gehälter für einen Fond zum Kauf von Anteilen angezapft. Lord King: „Unsere Leute haben schon potentiell sechs Millionen Pfund in die Airline investiert". Bis zu 25 Prozent der Aktien sollen in den Besitz von Ausländern übergehen können. British Airways hat mit 159 Flugzeugen im letzten Jahr 20 Millionen Passagiere befördert und ist damit die größte Fluggesellschaft Westeuropas. Im 1. Quartal dieses Jahres machte BA einen Verlust von 50 Mill. Pfund. Die Prognosen sprechen jedoch von einem Profit von 125 Mill. Pfund über das gesamte Jahr.

Stahl-Kürzungen kaum zu erwarten

Ha. Luxemburg

Erst Mitte November wird sich entscheiden, ob das Zwangskartell der europäischen Stahlindustrie aufgelockert wird. Die erste Verhandlungsrunde im EG-Ministerrat hat freilich gezeigt, daß für die meisten Mitgliedsregierungen die Voraussetzungen für eine weitere Liberalisierung noch nicht gegeben sind.

Zwar stimmten die Minister in der Auffassung überein, daß es notwendig sei „den Prozeß der Liberalisierung nach Maßgabe der Marktsituation und anderer Faktoren fortzusetzen". Eine Mehrheit für eine Ablösung des Quotensystems zum 1. Januar gab es jedoch nur für eine der von der Kommission vorgeschlagenen vier Produktgruppen (verzinkte Bleche).

Vor einer endgültigen Entscheidung will der Rat die Bemühungen der im Dachverband Eurofer zusammengeschlossenen großen Stahlunternehmen abwarten, zu einer freiwilligen weiteren Reduzierung der Produktionskapazitäten zu gelangen. Die EG-Kommission bezweifelt allerdings, daß Stillegungsbeschlüsse im erforderlichen Ausmaß möglich sind.

Unter dem Schutz des Quotensystems und mit Hilfe beträchtlicher öffentlicher Subventionen ist es der europäischen Industrie in den letzten Jahren gelungen, mehr als 31 Mill. Tonnen Walzstahlproduktionen abzubauen. Wegen struktureller Nachfrageveränderungen müßten noch weitere zehn Mill. Tonnen stillgelegt werden. Gegewärtig unterliegen noch 65 Prozent der Erzeugung Produktionsbeschränkungen. Da nach einem Grundsatzbeschluß des Rates die Stahlindustrie 1988 wieder voll dem innergemeinschaftlichen Wettbewerb ausgesetzt werden soll, hatte die Kommission für Anfang 1987 eine Verringerung des mit Quoten gesteuerten Anteils auf 45 Prozent vorgeschlagen.

Schweiz: Klassenziel erreicht

Eine Milliarde Mark Überschuß im Haushalt erwartet

ALFRED ZÄNKER, Genf

Vor der Bundesrepublik und anderen europäischen Ländern hat die Schweiz das „Klassenziel" erreicht. Ihr Staatshaushalt ist wieder im Ausgleich. Erstmals seit 15 Jahren wird die Bundeskasse 1986 wahrscheinlich sogar einen ansehnlichen Überschuß von umgerechnet nahezu eine Mrd. DM ausweisen. Da die Ausgaben jetzt weniger rasch wachsen als die Einnahmen, erwartet Finanzminister Otto Stich für 1987 und 1988 weitere Überschüsse. Gegen Ende des Jahrzehnts könnte die Eidgenossenschaft bei steigenden Sozialausgaben – mehr Rentner – allerdings wieder in die roten Zahlen geraten. „Maßhalten auf beiden Seiten des Haushalts, bei den Ausgaben wie bei den Steuererleichterungen, bleibt deshalb mein Motto", erklärt Stich.

Diese günstige Entwicklung ist vor allem zwei Faktoren zu verdanken. In den letzten zehn Jahren hat Bern – seit 1980 unter sozialdemokratischen Finanzministern – eine konsequente Sparpolitik auf allen Gebieten verfolgt, verbunden mit einem strikten Einstellungsstopp. Das Bundespersonal ist seitdem mit rund 34 000 Angestellten unverändert geblieben. Die Politiker haben zudem unter dem Druck einer sparfreundlichen öffentlichen Meinung gestanden. Vorschläge für eine Mehrwertsteuer, die größere Einkünfte bringen sollte, wurden zweimal durch Volksabstimmungen verworfen, weil man Regierung und Parlament zu größeren Sparanstrengungen zwingen wollte.

Bei den Einnahmen wirkt sich die gute Konjunktur mit Wachstumsraten von vier Prozent im vorigen und wieder drei Prozent in diesem Jahr vorteilhaft aus. Das ist wohl den Einkünften aus Einkommen- und Verbrauchsteuern zugute gekommen. Auch die Erträge aus einer Quellensteuer auf rekordartig steigende Börsenumsätze und aus Stempelabgaben auf Neuemissionen von Wertpapieren sind reichlich geflossen. Dazu kommt, daß die Schuld des Bundes sich inzwischen bei 13 Prozent des Nationalprodukts stabilisiert hat und der Zinsendienst weniger beansprucht. Die Nettozinslast wird 1987 erstmals seit 1976 wieder unter drei Prozent der Staatseinnahmen sinken.

Bei guter Konjunktur haben sich schließlich die Finanzen der Kantone verbessert, so daß auch das Gesamtbudget der öffentlichen Hand heute wieder ausgeglichen sein dürfte, betont Osswald Sigg, Sprecher des Finanzdepartements. Die Schweiz befindet sich nun auf gutem Weg, ihre bereits relativ niedrige Quote zu senken und damit ihre internationale Wettbewerbsposition zu stärken. Ihre Steuerquote betrug 1985 rund 32 Prozent des Nationalprodukts verglichen mit 38 Prozent in der Bundesrepublik. Nur in Japan und in USA ist der Steuerdruck noch etwas geringer.

Zürich-Gruppe baut Position aus

Größter ausländischer Versicherer: Fast 1,1 Mrd. DM Prämie

HARALD POSNY, **Düsseldorf**

Die insgesamt in der Bundesrepublik mit fünf Gesellschaften operierende Schweizer Zürich-Versicherungsgruppe hat 1985 ihre Position weiter ausgebaut. Dies gilt insbesondere für die beiden größten ausländischen Anbieter auf dem deutschen Markt, die Deutschland-Direktion der Zürich-Gruppe als Kompositversicherer und für die Vita Lebensversicherungs-AG – Direktion für Deutschland, beide Frankfurt.

Der Schadenversicherer bezeichnet sein Prämienwachstum um 8,3 Prozent auf 479 Mill. DM (brutto) und auf 411 Mill. DM für das selbstabgeschlossene Geschäft, als „erfreulich gut". Die Zürich, die ganz überwiegend das breite Privatgeschäft betreibt, hat daneben auch durch eine deutlich verbesserte Schadenentwicklung das versicherungstechnische Ergebnis auf reichlich 11 Mill. DM Gewinn nach rund 8,8 Mill. DM Verlust im Vorjahr umgekehrt. Neben Erfolgen im Schadenmanagement wurde das Schadenergebnis nach Darstellung der Zürich allerdings zusätzlich durch die steuerlich bedingte Auflösung von Schadenrückstellungen in verschiedenen HUK-Bereichen beeinflußt. Der HUK-Bereich stellt den größten Anteil des Gesamt-Prämienaufkommens dar. Darunter bestreitet die Kraftfahrt-Sparte 40 Prozent.

Die Vita Lebensversicherungs-AG (siehe Tabelle) hat 1985 ihr Angebot an Tarifen und Produkten „markt- und zielgruppengerecht erweitert". Dabei standen im Vordergrund die Versicherung des Invaliditätsrisikos und der Einsatz der Lebensversicherung im Rahmen von Finanzierungen. Die positive Entwicklung des Neugeschäfts bei den Todesfall-Risikoversicherungen wurde zusätzlich durch die Beteiligung an zwei Konsortialverträgen begünstigt, in deren Rahmen Versicherungsschutz zu Banken-Sparplänen geboten wird.

Die als Direktvertreiberin von Kfz-Versicherungen tätige Deutsche Allgemeine Versicherungs-AG hat 1985 ihr Beitragsvolumen um 8,2 Prozent auf 93 Mill. DM erhöht. Davon blieben 55 (56) Prozent im Selbstbehalt.

Die Zürich Kautions- und Kreditversicherungs-AG hatte 1985 einen besonders starken Prämienzugang von 37 Prozent auf 22 Mill. DM durch Bestandsübertragung der Computer-Mißbrauchsversicherung der Zürich-Kompositversicherung. Das erste Geschäftsjahr der Zürich-Rechtsschutz endete mit einem Prämienvolumen von knapp 10 Mill. DM.

In den ersten sechs Monaten dieses Jahres stieg die Prämieneinnahme der Zürich-Versicherungen um 3,9 Prozent auf 561 Mill. DM. Davon entfielen auf die Nichtlebensversicherungen 319 und auf das Lebensgeschäft 242 Mill. DM. Der Schadenverlauf wird insgesamt als „unauffällig" bezeichnet, in den HUK-Sparten wird sie jedoch positiv beurteilt.

Vita Leben	1985	± %
Versicherungsbestand (Mill. DM)	18 055	+ 8,3
Eingel. Neugeschäft	5 908	+ 12,0
Beitragseinnahmen	467	+ 10,6
Aufw.f.Vers.Fälle	180	+ 10,1
Kapitalanlagen [1])	2 689	+ 9,9
Kapitalerträge [2])	198	+ 8,2
Aufw.f.Beitr.Rückerst.	115	+ 4,9
Rückst.f.Beitr.Rückerst.	503	+ 11,3

	1985	1984	1983
Stornoquote[3])	3,3	3,4	9,2
Verw.Kostenqu.[4])	7,1	7,3	7,2
Abschl.Kostenqu.[5])	18,2	17,8	18,1
Überschußquote[6])	33,0	34,5	34,0

[1]) ohne Depotford.; [2])netto; Durchschnittsrendite: 7,7 (7,8) Prozent; [3]) Rückk., Umwandlg. in beitr.freie Versich. u. sonst. Vorz. Abgang in % d. Anfangsbestands; [4]) sonst. Aufw. d. Vers.Betr. in % d. Beiträge; [5]) in Promille d. eingel. Neugesch.; [6]) Brutto Überschuß in % d. Beiträge.

Roboter erobern Japans Wirtschaft

Auch kleinere Unternehmen gleichen Facharbeitermangel durch Automatisierung aus

FRED de LA TROBE, **Tokio**

Japan hat seine führende Stellung in der Fertigung und im Einsatz von Industrierobotern in den letzten Jahren weiter ausgebaut. Die Wirtschaft des Inselreichs bemüht sich in einer Zeit des steigenden Yen-Wertes ihre Wettbewerbsstärke durch einen steigenden Automatisierungsgrad zu bewahren. 1985 erzielten die 200 führenden Unternehmen der Branche einen Umsatz von 3,8 Mrd. DM, 42 Prozent mehr als im Vorjahr. Für 1986 rechnen diese Firmen mit einem Umsatz von 5,6 Mrd. DM.

Unter den insgesamt 1195 Herstellern sind über vier Fünftel mittlere und kleine Unternehmen. Die meisten Firmen sind keine exklusiven Roboterproduzenten, sondern vorrangig in anderen Fertigungszweigen wie dem Elektromaschinenbau, der Elektronik oder der Uhrenindustrie tätig. Führend unter den großen Roboterherstellern ist die Matsushita Electric Industrial mit einem Jahresumsatz von 600 Mill. DM 1985. An zweiter Stelle folgt in größerem Abstand die Firma Fanuc Ltd. mit einem Umsatz von 267 Mill. DM. Während die großen Unternehmen ihren Umsatz im vergangenen Jahr noch beträchtlich erhöhen konnten, stagnierten bei den kleinen und mittleren Gesellschaften die Verkaufsergebnisse.



Industrieroboter sind für Japans Wirtschaft unentbehrlich geworden FOTO: AP

Roboter bewältigen immer schwierigere Aufgaben

Die Roboter sind keineswegs nur in größeren Unternehmen eingesetzt. Da die kleinen und mittleren Firmen unter einem akuten Mangel an Facharbeitern – besonders Maschinisten, Lackierern und Schweißern – leiden, ist der Erwerb von Robotern für sie ein gewinnbringendes Geschäft. Mit dem langsameren wirtschaftlichen Wachstum, der wachsenden Konkurrenz und dem Wandel der Nachfrage müssen vielfach auch kleinere Produktionsmengen erreicht werden. Das läßt sich mit der Hilfe rasch neu zu programmierender Roboter besser bewältigen als mit einem herkömmlichen Maschinenpark.

Während der Einsatz der „Eisenkragen"-Arbeiter anfangs auf Montage- und Transportaufgaben beschränkt war, hat der gestiegene technische Standard in den Bereichen Elektronik, Maschinenbau, neue Materialien und Optik die Entwicklung hochwertiger Geräte ermöglicht. Zu den normalen Leistungen der Roboter gehören Montage, Punkt- und Lichtbogenschweißung, Pressen, Formen, Schneiden, Schleifen, Fräsen, Lackieren, Drehen, Wenden, Stapeln und Inspektion. Der japanische Industrieroboter-Verband (Jira) bezeichnet handgelenkte und auf einen gleichmäßigen Arbeitsablauf fixierte Geräte als einfache Roboter.

Hochentwickelte Roboter sind dem Verband zufolge zu einem variablen Arbeitsverlauf fähige, numerisch kontrollierte, ferngelenkte und intelligente Roboter. In der japanischen Industrie sind noch in der Mehrzahl einfache Roboter im Einsatz. Dabei ist auch zu berücksichtigen, daß die Japaner schon Geräte mit zwei Bewegungsachsen als Roboter zählen (in der Bundesrepublik erst ab fünf).

„Eisenmenschen" auch in Kraftwerken verwendbar

Durch die Einführung voll automatisierter Betriebe und das flexible Herstellungssystem ist aber in den letzten Jahren die Entwicklung hochentwickelter Roboter rasch vorangeschritten. Von den weltweit eingesetzten hochentwickelten Robotern befinden sich nach Angaben der Jira nahezu vier Fünftel in Japan. Knapp 4000 der ungefähr 150 000 im Inselreich installierten Industrieroboter sind schon mit optischen Sensoren ausgerüstet, bis 1995 werden es nach Schätzungen des Verbandes etwa 20 000 sein. Spezialroboter, die in Kernkraftwerken, auf dem Meeresboden oder im Hochhausbau eingesetzt werden können, sind teilweise schon entwickelt. Andere Geräte, wie entscheidungsfähige und sehende Roboter, sind noch im Experimentierstadium.

Die japanischen Exporte von Industrierobotern beliefen sich 1985 auf 934 Mill. DM, 40 Prozent mehr als im Vorjahr. Die Hauptabnehmer kamen aus den USA und Westeuropa. In die USA gingen über 60 Prozent der Ausfuhren. Anstrengungen im Auslandsgeschäft bei einem gleichzeitig engeren Inlandsmarkt lassen darauf schließen, daß der Exportanteil in den nächsten Jahren steigen wird. Industriekreise rechnen damit, daß das fortdauernde Interesse an der Einführung von Fabrikautomationen und dem flexiblen Produktionssystem im In- und Ausland den Roboterherstellern ein kräftiges Wachstum bringen werden. (SAD)

Glänzendes Jahr für Hannover

Messe- und Ausstellungs-AG auch 1986 zuversichtlich

dos, **Hannover**

Für die Deutsche Messe- und Ausstellungs-AG, Hannover, war 1985 das bislang beste Jahr ihrer Geschichte. Wie aus dem jetzt vorgelegten Geschäftsbericht hervorgeht, stieg der Konzernumsatz um 58 Prozent auf 208 (1984: 132) Mill. DM. Gleichzeitig wird ein Jahresüberschuß von 3,97 Mill. DM ausgewiesen, nachdem im Jahr davor noch ein Fehlbetrag von 4,68 Mill. DM entstanden war. Dadurch konnte der Verlustvortrag im Konzern auf 1,4 Mill. DM verringert werden.

Der Vorstand der Messe-AG geht davon aus, diesen Bilanzverlust im laufenden Jahr „weitgehend" ausgleichen zu können. Erwartet wird ein Umsatz von wiederum über 200 Mill. DM, wobei die erstmals wirksam werdende Teilung der Hannover-Messe in Cebit- und Industriemesse sich positiv niederschlagen dürfte. Das hohe Investitionstempo wird auch 1986 fortgesetzt. Insgesamt bewilligte der Aufsichtsrat Mittel in Höhe von 96 Mill. DM, nach 80 Mill. DM im Jahre 1985. Investitionsschwerpunkte sind der Neubau der Halle 11, die durch einen Brand vernichtet worden war, und ein neuer Verbindungsbau zwischen den Hallen 13 und 16.

Im Jahre 1985 umfaßte das Veranstaltungsprogramm der Messe-AG insgesamt 44 Veranstaltungen im In- und Ausland. An ihnen beteiligten sich fast 13 700 (10 500) ausstellende Unternehmen. Die Zahl der Besucher erhöhte sich auf 2,2 (1,8) Millionen. Beendet sind die Spekulationen um die Wahl des Aufsichtsratsvorsitzenden. Die niedersächsische Finanzministerin Birgit Breuel wurde in diesem Amt bestätigt. Hannovers Oberbürgermeister, Herbert Schmalstieg, der im Vorfeld der Hauptversammlung ebenfalls als Kandidat gehandelt wurde, bleibt stellvertretender Aufsichtsratsvorsitzender. Das Land Niedersachsen und die Stadt Hannover sind Gesellschafter der Messe-AG. Für die Industrie wurden Hans-Gerd Neglein (Siemens) und Wilhelm Scheider (Fried. Krupp) neu in den Aufsichtsrat gewählt.

WIRTSCHAFTS-NACHRICHTEN

Schlecht zum Binnenmarkt

Stuttgart (DW.) – Kritisch setzte sich der Staatssekretär im Bundeswirtschaftsministerium, Otto Schlecht, mit dem europäischen Binnenmarkt auseinander. Vor dem Wirtschaftsrat der CDU wies er auf die mit einer Vollendung bis 1992 verbundenen Probleme hin. Zu häufig rangierten nationale Interessen vor dem Wunsch nach Harmonisierung. Dies gelte auch für die Bundesrepublik – zum Beispiel im Bereich Lebensmittelvorschriften. Schwierigkeiten erkannte Schlecht auch bei der angestrebten Steuerharmonisierung. Für das Versicherungswesen empfahl der Staatssekretär Mindeststandards.

Gespräche abgebrochen

Mailand (ds.) – Der italienische Chemiekonzern Montedison hat die Verhandlungen zur Übernahme der Kontrollmehrheit von Fermenta mit der Begründung aufgekündigt, daß durch verschiedene Verkäufe die Struktur des schwedischen Pharma-Unternehmens zu sehr in Mitleidenschaft gezogen worden sei. Verhandlungen über den Erwerb anderer internationaler Pharma-Beteiligungen sind im Gange, bestätigte Montedison.

Benedetti in Kauflust

Mailand (VWD) – Zur Übernahme der italienischen Tochter von Bank-America ist Carlo de Benedetti nach eigenen Angaben bereit. Es hätten bisher aber noch keine Verhandlungen stattgefunden. Gemeinsam mit einigen internationalen Partnern sei bereits ein Angebot zur Übernahme von Banca d'America e d'Italia (BAI) abgegeben worden. Außerdem habe man die italienische Notenbank informiert, daß die Gruppe an einer Übernahme interessiert sei.

Kampf gegen hohe Preise

Madrid (dpa/VWD) – Spaniens Regierung plant nach einem Bericht der Zeitung „El Pais" eine Serie von Maßnahmen gegen die Preisexplosion der letzten Monate. So sollen die staatlich festgesetzten Benzinpreise gesenkt, die Schiffsfrachtraten freigegeben und die Lebensmitteleinfuhren massiv erhöht werden. Die Lebenshaltungskosten sind bis September im Jahresvergleich um 9,5 Prozent gestiegen.

Weniger Auslandsaufträge

Tokio (dpa/VWD) – Die japanischen Werften haben von April bis September 33,8 Prozent weniger Aufträge aus dem Ausland als im vergleichbaren Vorjahreszeitraum verbucht. Die Tonnage sank auf 1,02 Millionen Bruttoregistertonnen. Offizielle Kreise führten den Rückgang auf den steigenden Kurs des Yen zurück.

Tankerflotte schrumpft

London (dpa/VWD) – Die Welttankerflotte schrumpft weiter: im September auf 18,86 von 20,41 Millionen Tonnen DWT (Dead Weigth Tons) im August. Insgesamt befanden sich nach der neuesten Lloyds-Statistik 187 Tanker außer Betrieb, darunter 46 Supertanker mit 14,3 Millionen DWT.

Höhere Exporterlöse

Mexiko (VWD) – Mexiko erwartet für 1986 Exporteinnahmen aus dem Nicht-Ölbereich von 9 Mrd. Dollar gegenüber 7 Mrd. im Vorjahr. Damit können die Einbußen beim Rohölexport allerdings nur zu einem geringen Teil ausgeglichen werden.

Abkommen mit Syrien

Damaskus (AFP) – Die Bundesrepublik und Syrien haben gestern in Damaskus ein Finanzabkommen über die Gewährung eines Kredites in Höhe von 55,9 Mill. DM unterzeichnet. Im Gegenzug für den Kredit verpflichtet sich Syrien, bei deutschen Unternehmen Produktionsmaterial für die Bereiche Erdölexploration, Elektrizität, Wohnbau und Industrie einzukaufen.

Börsenzulassung wird vereinfacht

VWD, **Bonn**

Abweichend vom Regierungsentwurf eines Börsenzulassungs-Gesetzes hat der Finanzausschuß des Bundestages mit Mehrheit eine Reihe von Änderungen empfohlen. So soll auf das alleinige Antragsrecht des Emittenten bei der Zulassung von Wertpapieren zum geregelten Markt verzichtet und ein obligatorisches Mitantragsrecht für Kreditinstitute auch bei diesem Marktsegment geschaffen werden. Zugleich wird jedoch eine gesetzliche Ermächtigung eingeführt, die den Börsenvorständen die Möglichkeit eröffnen, bestimmten anderen Nicht-Kreditinstituten zu gestatten, zusammen mit dem Emittenten die Zulassung der Wertpapiere zum geregelten Markt zu beantragen.

Ferner wird eine obligatorische Prospektenveröffentlichung im Wege der sogenannten Zeitungspublizität beim Markt mit amtlicher Notierung, das heißt der Verzicht auf das nach dem EG-Recht mögliche Wahlrecht zwischen Zeitungspublizität und Schalterpublizität für den amtlichen Markt vorgesehen. Schließlich soll in den Gesetzentwwurf eine Verpflichtung aufgenommen werden, den Anlegern auch beim geregelten Markt bereits beim Bezugsangebot die erforderlichen Aufklärungen durch Veröffentlichung eines Utnernehmensberichtes zu geben. Daneben ist eine volle Angleichung der für den geregelten Markt vorgesehenen Haftung für unrichtige und unvollständige Angaben im Unternehmensbericht an die bei der amtlichen Notierung geltende Prospekthaftung vorgesehen.

KONKURSE

Konkurs eröffnet: Arnsberg: Schröder und Lobe oHG, Bauunternehmung, Fredeburg; **Baden-Baden:** Nachl. d. Helene Kleinheitz geb. Braun, Bühl; **Betzdorf:** AVL Alpha Vermietungs- und Leasing GmbH, Breitscheidt; **Detmold:** H. & W. Sudbrack Fahrradfabrik GmbH, Bad Salzuflen 1; **Düsseldorf:** Van Vlodrop Recycling GmbH; **Essen:** Hanns G. Oelrichs GmbH; **Göttingen:** Omniamed Planen und Einrichten GmbH; **Hameln:** HR-Hochdruck- u. Reinigungstechnik-Vertrieb GmbH; **Hildesheim:** Wohnbau Gesellschaft für Baubetreuung und Bauträgerschaft mbH; **Kaiserslautern:** Oswald Wilding, Winnweiler; **Oldenburg:** Nachl. d. Rainer Michael Schön; **Osterholz-Scharmbeck:** Nachl. d. Winfried Karl Hagedorn; **Remscheid:** AVP Vermittlungsgesellschaft für Kapitalanlagen, Bauspar- und Versicherungsverträge mbH i. L., Solingen; **Rottweil:** Nachl. d. Ursula Maslowski, Schiltach; **Stuttgart:** Hausberg Schreinerei GmbH, Leonberg; **Wuppertal:** Modehaus Thordsen GmbH.

Bei Linde herrscht Hochkonjunktur

Schwergewicht liegt inzwischen auf den Bereichen Flurförderzeuge und Hydraulik

INGE ADHAM, **Frankfurt**

Der Linde-Konzern, Wiesbaden, knüpft auch 1986 mit einem Umsatzplus von zehn Prozent und verbessertem Ergebnis an die Aufwärtsentwicklung des Vorjahres an. In den ersten neun Monaten dieses Jahres steigerte der in den Bereichen Anlagenbau, Verfahrenstechnik, technische Gase und Flurförderzeuge tätige Konzern den Umsatz um 6,4 Prozent auf knapp über zwei Milliarden DM.

Die Basis für den erreichten Erfolg wurde schon 1977 gelegt. Damals kaufte die Linde AG, Wiesbaden, mit ihrer Werksgruppe Güldner, Aschaffenburg, traditionell im Staplermarkt tätig, die Still GmbH, Hamburg. Künftig wurden unter dem Linde-Dach Produkte unterschiedlicher technischer Konzeption im Wettbewerb zueinander vertrieben. Gleichzeitig aber wurden gezielt die Vorteile der gemeinsam erreichten großen Stückzahlen bei Entwicklung, Produktion und Einkauf genutzt. „Diese, für ein Investitionsgut ungewöhnliche Konzeption hat sich gut bewährt", betonte Linde-Vorstandsmitglied Reinhard Lohse bei der Vorstellung der französischen Fenwick-Linde SA, die 1984 erworben wurde.

„Flurförderzeuge und Hydraulik" – das ist heute der größte Unternehmensbereich. Mit vier Produktionsunternehmen (Werksgruppe Güldner, Still, Fenwick-Linde und Baker Material Handling Corp. in den USA) sowie zahlreichen eigenen Vertriebs- und Servicegesellschaften brachte es der Unternehmensbereich schon im vergangenen Jahr auf 1355 Mill. DM Umsatz und 1454 Mill. DM Auftragseingänge.

Die Zahlen steigen weiter. Mit Steigerungsraten von 21,4 Prozent auf 800 Mill. DM beim Umsatz und 10,6 Prozent auf 862 Mill. DM bei den neuen Aufträgen liegt das Arbeitsgebiet weiter vorn. Die Auftragseingänge insgesamt wuchsen um mehr als zehn Prozent auf 2,25 Mrd. DM. Auch die Ertragslage habe sich gegenüber dem Vorjahr nochmals gebessert, heißt es im Neun-Monats-Bericht.

Seit Anfang dieses Jahres ist Linde mit einer Minderheit bei der Wagner Fördertechnik GmbH beteiligt; 1989 soll die Mehrheit übernommen werden. Ein wichtiger Schritt deshalb, weil vor allem die führerlosen Hubwagen, Stapler und Schlepper im Kommen sind, unterstreicht Lohse. Und bei diesem Transportsystem zählt Wagner zu den führenden Anbietern in Europa.

Weltweit wurden nach Schätzungen von Lohse im vergangenen Jahr 420 000 Flurförderzeuge im Wert von rund 13 Mrd. DM verkauft, davon etwa 26 Prozent in Westeuropa und 23 Prozent in Nordamerika, auf Japan entfallen 20 Prozent, die Comecon-Länder stellen etwa 19 Prozent des Weltmarktes dar. Ein Markt mit heftigen Zyklen und hartem Wettbewerb, wie Lohse betont. In Europa ist freilich die Linde-Gruppe mit ihren verschiedenen Angeboten mit einem Anteil von 23 Prozent Marktführer vor Toyota, Fiat und Hyster. Der „Konzentrations- und Ausscheidungsprozeß auf der Anbieterseite" wird sich nach Einschätzung von Lohse auch in den kommenden Jahren fortsetzen: Die europäische Staplerindustrie spürt die fernöstliche Konkurrenz; besonders in kleineren europäischen Märkten haben sich die Japaner mit Billigangeboten festgesetzt.

STELLENANGEBOTE



Die Gebr. HAPPICH GmbH konstruiert, gestaltet und fertigt – als Entwicklungslieferant der europäischen Automobilindustrie – Ausrüstungsstelle für Fahrzeuge. Verarbeitet werden Metall, Gummi und Kunststoffe in den Werken Wuppertal, Schwelm und Hilden. Das Unternehmen beschäftigt einschließlich der Tochterunternehmen in Frankreich und Belgien 4000 Mitarbeiter.

Für den Zentralbereich „Planung und Controlling" suchen wir zur betriebswirtschaftlichen Betreuung eines Werkes in Wuppertal einen

CONTROLLER

Die Aufgaben umfassen alle betriebswirtschaftlichen Fragen von der Planung über die Ergebnisanalyse bis zu Wirtschaftlichkeitsberechnungen und Sonderaufgaben für die Geschäftsführung. Mit Hilfe moderner Steuerungsinstrumente – u. a. Grenzplankosten- und Deckungsbeitragsrechnung – sind ergebnisverbessernde Maßnahmen zu erarbeiten sowie ihre Durchführung zu verfolgen.

Wir erwarten ein abgeschlossenes betriebswirtschaftliches Studium sowie mehrjährige Industrieerfahrung in ähnlicher Funktion. Eine zusätzliche technische Ausbildung würde die Einarbeitung in diese interessante und vielseitige *Aufgabenstellung erleichtern.*

Bitte richten Sie Ihre ausführliche Bewerbung mit Angaben über *Einkommenserwartung und Eintrittstermin an den Personaldienst der*

Gebr. HAPPICH GmbH
Clausenbrücke, Postfach 10 02 49, D-5600 Wuppertal 1, Telefon (02 02) 34 - 1





Die Gebr. HAPPICH GmbH konstruiert, gestaltet und fertigt – als Entwicklungslieferant der europäischen Automobilindustrie – Ausrüstungsstelle für Fahrzeuge. Verarbeitet werden Metall, Gummi und Kunststoffe in den Werken Wuppertal, Schwelm und Hilden. Das Unternehmen beschäftigt einschließlich der Tochterunternehmen in Frankreich und Belgien 4000 Mitarbeiter.

Zum nächstmöglichen Eintrittstermin suchen wir einen erfahrenen

Kalkulator/ Wertanalytiker

für unser Produkt-Controlling.

Die Aufgabe beinhaltet das Erstellen schwieriger und vielseitiger Kalkulationen für Angebots- und Betriebszwecke im Rahmen des Grenzplankostensystems sowie die Mitarbeit bei Kostenvergleichen und -analysen.

Der ideale Bewerber verfügt über eine qualifizierte technische Ausbildung, gute betriebswirtschaftliche Kenntnisse und einschlägige Berufserfahrung in *vergleichbarer Position; die gängigen industriellen Fertigungsverfahren in der* Metall-/Kunststoffverarbeitung sind ihm geläufig.

EDV- und REFA-Kenntnisse setzen wir ebenso voraus wie logisches Denken, sicheres Auftreten und gute Ausdrucksfähigkeit in Wort und Schrift.

Bitte senden Sie Ihre ausführlichen Bewerbungsunterlagen mit Angabe über Eintrittstermin und Gehaltsvorstellung an unsere Personalabteilung Angestellte.

Gebr. HAPPICH GmbH
Clausenbrücke, Postfach 10 02 49, D-5600 Wuppertal 1, Telefon (02 02) 34-1

Sind Sie...

- ein betriebswirtschaftlich denkender Verkaufsprofi
- ein Systematiker mit Durchsetzungsvermögen
- mit der Planung, Durchführung und Kontrolle der Verkaufsarbeit im Innen- und Außendienst vertraut
- so um die 35 Jahre alt

?

Dann sind Sie vielleicht unser neuer

Vertriebsleiter

Direkt vor den Toren Bad Pyrmonts produzieren und vertreiben wir Kupferlackdraht. Unsere Kunden sind Hersteller im In- und Ausland sowie Reparaturbetriebe. Unser expandierendes Unternehmen verlangt eine systematische und straffe Steuerung aller Verkaufsaktivitäten – intern sowie in unseren Niederlassungen. Die Vorbereitung, Durchsetzung und Realisationskontrolle der Umsatz- und Renditeplanung gehören genauso dazu wie die Definition von Zielgruppen und Absatzgebieten.

Sie erwartet eine anspruchsvolle Aufgabe, die neben profunden betriebswirtschaftlichen Kenntnissen auch ein Gespür für das Machbare verlangt – sowohl den Mitarbeitern wie auch den Kunden gegenüber. Englische und französische Sprachkenntnisse sind erforderlich.

Sie sind der Geschäftsleitung direkt unterstellt. Ihr Einkommen entspricht der Bedeutung, die wir dieser Position beimessen. Eine Erfolgsbeteiligung ist vorgesehen.

Bitte richten Sie Ihre Bewerbung mit den üblichen Unterlagen direkt an Herrn H. Hasse-Pratje. Er sichert Ihnen auch absolute Vertraulichkeit zu.

Schwering & Hasse
Elektrodraht GmbH & Co. KG
Postfach 28
4927 Lügde/Bad Pyrmont

Wir sind einer der führenden Hersteller von Rädern, Rollen und Transportgeräten für Industrie, Handwerk und Handel und suchen zum nächstmöglichen Termin einen

stellvertretenden

Betriebsleiter

für unseren modernen Produktionsbetrieb in Hamburg-Wilhelmsburg.

Ein ca. 35–40jähriger Ing. grad./Dipl.-Ing. der Fachrichtung Maschinenbau/Kunststofftechnik mit Praxis in allgem. Maschinenbau/Produktionstechnik, der eine mehrjährige erfolgreiche Berufserfahrung als zweiter Mann in der Betriebsleitung eines mittelständischen Unternehmens oder als Abteilungsleiter mit Personalverantwortung eines größeren Unternehmens einer möglichst artverwandten Branche nachweisen kann, entspricht unseren Erwartungen.

Refa-Ausbildung sowie gute Kenntnisse in Fertigungsplanung, -steuerung, Organisation, Kalkulation und EDV-Einsatz werden erwartet. Unternehmerisches Handeln, Kostenbewußtsein, Qualitätsdenken und die Bereitschaft zur notwendigen Detailarbeit sind genauso Voraussetzungen wie eine Persönlichkeit mit Integrationskraft, die in Teamarbeit mit dem Betriebsleiter eine Mannschaft von ca. 100 meist langjährigen Mitarbeitern führen und motivieren kann.

Bitte richten Sie Ihre Bewerbung, deren vertrauliche Behandlung zugesichert wird, mit tabellarischem Lebenslauf, Lichtbild, Handschriftprobe, Zeugniskopien, Referenzen, Angaben über Einkommensvorstellung und frühestmöglichem Eintrittstermin an

RÄDER-VOGEL
Räder- und Rollenfabrik
(GmbH + Co)
z. Hd. Geschäftsleitung D. Henning
Amsinckstraße 45 · 2000 Hamburg 1

Die
BERUFS WELT
der große Stellenmarkt für Fach- und Führungskräfte, erscheint jeden Samstag in der WELT.

Anzeigenschluß:
Jeweils donnerstags 16.00 Uhr in Essen-Kettwig. Alle Stellenanzeigen, die bis zu diesem Zeitpunkt vorliegen, werden garantiert noch am Samstag in der WELT veröffentlicht.

Versandanschrift:
Die BERUFS-WELT
Anzeigenexpedition
Postfach
Im Teelbruch 100
4300 Essen 18-Kettwig
Telefon: (0 20 54) 101-516, 517, -1
Telex: 8 579 104
Telefax: (0 20 54) 8 27 28/29

STELLENGESUCHE

Dipl.-Pädagogin
29 Jahre, Examensnote Uni Berlin „1", mit anschließender Ausbildung und Prüfung als Heilpraktiker, sucht Wirkungskreis.
Zuschr. erb. unt. G 6111 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

Kapitän
AM-Patent, 36 J., Erfahrung in Container-, Stückgut- und Tankerfahrt, sucht neuen Wirkungskreis. Zuschriften erb. u. H 6222 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Dipl.-Übersetzerin
Universität Paris (Deutsch Mutterspr., Fran. u. Engl.). 44 J., derzeit freiberufl. i. Paris, sucht neue herausford. Tätigkeit in Deutschland. Langj. berufl. Erfahrung i. d. pharmaz. Industrie, Fachkenntn. Medizin, Biochemie u. Parfümerie. Pädag. Fähigkeit, kontaktfreudig, reisebereit.
Ang. u. T 6252 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

Konstrukteur
SPS, Anwender Soft- u. Hartware S 5-IPC-Tele., sucht neues Betätigungsfeld i. Raum Bonn, Köln, Koblenz.
Zuschriften unter Y 6125 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Landwirtschaftsmeister
Jagdschein und Führerschein II, sucht neuen Job.
Telefon 0 48 27 / 4 65

Außend., Ind.-Kfm., 46 J., Allg.-Bild., Engl., Dipl., z. Reisetätigkeit, NRW/NS/Nordhes. Zuschriften erb. u. N 6226 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Bauleiter im SFB
Bautechniker als Bauleiter im SFB in ungek. Stellung.
42 J., mit entspr. selbständiger Arbeitsweise u. Kostenbewußtsein sucht neues Aufgabengebiet in Projekt- bzw. Bauleitung. Erfahrung in Ausschreibung, Vergabe, Bauüberwachung, Übergabe u. Abrechnung. Franz. Sprachkenntn. + engl. Grundkenntn. vorhanden.
Angeb. unt. V 6254 an WELT-Verl., Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

Führungskraft Vertrieb
48, erfolgreich als BD bei namhaftem Kompositversicherer, sucht Führungsaufgabe im Raum Schleswig-Holstein/HH, auch in anderen Wirtschaftszweigen.
Zuschriften unter B 6128 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Junger Bankkaumann
in ungekündigter Stellung sucht Möglichkeit, sich zu verändern.
Zuschr. u. E 6109 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

Diplom-Ingenieur (FH) UMWELTTECHNIK
26 Jahre, Absolvent, Abschluß 2, Studienschwerpunkte: Verfahrenstechnik, Abluft-/Abwassertechnik, Hydrobiologie, sucht herausfordernde Aufgabe. Zuschriften u. K 62 23 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Englischer Verkaufsleiter
35 J., m. Bildung u. guten Deutschkenntnissen, sucht permanente Stelle in Deutschland. Vielseitige Erfahrung in Verkauf, Personalleitung und Motivierung.
Zuschr. an: Mr. A. Dean, 1 Canterbury Road, Hawinge nr. FOLKESTONE, Kent CT18 7BW

Alleinbuchhalterin
gelernte Steuerfachgeh., 25 J., z. Zt. b. Einzelhandel m. 10 Fil/160 Mitarb., in ungek. Stellung, sucht zum 1. 1. 87 o. später neue verantwortungsv. Tätigkeit in Hamburg. Jetziges Aufgabengeb.: Finanzbuchh./Kostenrg., EDV, Lohn- u. Gehaltsbuchh. *Zuschriften erbeten unter* A 6105 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Kaufmann, 41 J., Pkw-Außendiensterf., flex., sucht neue verantwortungsv. Tätigkeit. Angeb. u. R 6228 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

Ein- u. Verkaufsmanager
Geschäftsleitungsebene
20jährige Berufserfahrung Non-food-Bereich, kennt alle Handelsstufen, sucht neuen Wirkungskreis, auch branchenfremd. Beginn 1. 7. 87, evtl. früher. Zuschr. erb. u. U 6231 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

Manager und Kooperator
Kaufmann, *50 Jahre jung, 20jährige Erfahrung als verantwortlicher* Leiter von Verbraucher-Messen in der gesamten BRD. Als ehemaliger Unternehmer sind unternehmerisches Denken und Handeln für mich selbstverständlich.
Schwerpunkte: Kostendämpfung, Marketing sowie die Übernahme von Problemlösungen aller Art. Verhandlungsstark in allen Bereichen. Diskretion Ehrensache. Anstellung auf Zeit möglich.
Kontaktaufnahme unter M 6225 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

VR China, Nordkorea Burma, Bangladesh, Hongkong
sind einige meiner asiatischen Märkte.
Consulting, Engineering, Industrieanlagenverkauf
mein Metier.
Bin jetzt Geschäftsführer mit vielen Kontakten draußen und zur Industrie sowie einer Reihe von unerledigten Projekten. Suche wegen Konkurses der Muttergesellschaft neuen Wirkungskreis, auch als Berater, freier Mitarbeiter, Asien-Delegierter.
Zuschr. erb. u. Z 6104 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Schwerpunktmäßig für
SPANIEN und PORTUGAL
und/oder Lateinamerika
sucht stark belastbarer, vielseitig erfahrener Export-Kaufmann mit langjähriger erfolgreicher Geschäftsführertätigkeit in Madrid und als Export-Verkaufsleiter, ungekündigt, eine neue Herausforderung.
Zuschr. unter T 5900 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Malermeister, 44 J.
sucht neuen Wirkungskreis, z. Zt. Leiter einer Ausbildungswerkstatt mit ca. 75 Auszubildenden u. Mitarbeitern sowie verantwortlich f. d. Bauunterhaltung mehrerer Arbeitnehmerwohnheime. Erfahrung im allgem. Einkauf u. m. Behörden.
Ang. unt. D 6108 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen oder unt. Tel. 0 30 / 6 03 12 63

Auslandsanzeigenleiter
Volkswirt, verkaufsstark, mit sehr guten Industriekontakten in fast allen westeuropäischen und zahlreichen überseeischen Ländern, mit nachweisbaren Verkaufserfolgen, fließend Englisch sprechend und mit guten Französischkenntnissen ausgestattet. Ortsungebunden, sucht zum 1. 4. 1987 oder auch schon früher neuen Wirkungskreis. Übernimmt ebenso auch Anzeigenvertretung.
Angebote erbeten unter L 6114 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

STELLENAUSSCHREIBUNG

SOLL	IST
O JA	– PRAXIS – LEITENDE KFM. POSITION
O JA	– BILANZBUCHHALTER
O JA	– MITTE 30, VERH.
O JA	– LOYAL, UNTERNEHMERISCH DENKEND

Wenn Sie mindestens 3 Bejahungen haben, dann sollten Sie unter H 6112 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen, *schreiben.*

Industriekaufmann
Eineinhalb Jahrzehnte Erfahrung als Leiter des Finanz- und Rechnungswesens, des Personalwesens sowie der Materialwirtschaft *eines mittelständischen Industrieunternehmens.*
50 Jahre, Bankausbildung, BiBu IHK, dynamisch, kreativ, unternehmerisch denkend und handelnd, ausgeprägte Führungs- und Motiva*tionsfähigkeit, auch zur Detailarbeit, sucht entsprechende Position.*
Kontaktaufnahme erbeten unter L 6224 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Bankkaufmann
30 Jahre, sucht in der Wertpapierverwaltung/Verwahrung einen neuen Wirkungskreis als GL. Durch meine mehrjährige Berufserfahrung habe ich umfangreiche Kenntnisse und Fähigkeiten auf diesem Gebiet erworben. Schwerpunkt: Abwicklung von Auslandsgeschäften. Raum Norddt. bevorzugt.
Angebote erbeten unter K 6113 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Exportkaufmann
31 Jahre, 8 Jahre Erfahrung im Anlagenbau u. Projektabwicklung Middle East Ausbildung u. Far East, sucht kurzfristig Entsendungsvertrag i. o. Region.
Angebote unter Y 6257 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Suche verantwortungsvolle Aufgabe ab Januar 87. *Zur Person:* 39 J., Meisterbrief Metallverarbeitung, Betriebswirt, z. Zt. im Verkauf techn. Organisationssysteme (im Innen- u. Außendienst) in *Hamburg tätig. Ang. unter S 6229* an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

Verkaufsleiter
Fachbereich Heizungstechnik
50 J., verh., langj. Branchenkenntnisse, erfolgsgewohnte führungsstarke Persönlichkeit, sucht neue leitende Aufgabenstellung im Postleitgebiet 2. Angebote erb. u. M 6115 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Konstrukteur
sofort frei, Fördertechnik, Sonderkonstruktionen, Stahl- und Maschinenbau.
Telefon 0 61 46 / 38 76

Produktionsleiter
43 J., Dipl.-Bw./REFA-Ing. Feinmech., belastbar, kreativ, m. Gefühl für das Machbare. Fundierte Erf. im Bereich
- **Fert./Mont., PPS, AV**
- **Mat.-Wirtschaft**
- **CAD/CAM**
- **Organisation, Personalführg.**

sucht adäquate Führungsaufgabe im *Masch.-Bau-Untern.*
Zuschriften erb. u. C 6107 an WELT-Verl., Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

CONTROLLER
Dipl. rer. pol., langj. Erf. in ersten amerik. Dienstleistungsorg. u. Industrieuntern.; insb. Finanz- u. Rechnungswesen, Budget, Wirtschaftlichkeitsr., Controlling, EDV, Materialwirtschaft, Organisation, Vertragswesen, Berichtswesen; Jg. 41, ungek. Stellung, sucht neue Herausf., mögl. Norddeutschland.
Ang. u. F 6110 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 6., 4300 Essen.

Top-Direktverkäufer/ Verkaufsleiter
Dipl.-Ing., 44 J., langj. Erfahrung im Vertrieb m. Privatkunden u. Industrie, sucht verantwortliche Tätigkeit auf Führungsebene. Kurzfr. einsatzbereit. Angeb. u. T 6142 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Betriebswirtschaftstechniker, Industriemeister, AEVO Schweißfachmann
(41 J.), ungekündigt, sucht tätige Teilhaberschaft oder Führungs*position.*
Zuschriften erb. u. B 6106 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Ein bewährter Weg zum beruflichen Aufstieg

Stellengesuche in der WELT

Stellengesuche erscheinen in der WELT als Doppel-Insertion jeweils am Mittwoch und am darauf folgenden Samstag.
Stellengesuchanzeigen werden bei der WELT zu Preisen berechnet, die gegenüber den Anzeigengrundpreisen stark ermäßigt sind.
1 Anzeigenmillimeter (das ist eine Fläche von 1 mm Höhe und 1 Spalte = 45 mm Breite) kostet für beide Erscheinungstage DM 5,70.

Preis- und Größenbeispiele

30 mm / 2spaltig
DM 342,– zuzügl.
DM 10,26 Chiffre-Gebühr

35 mm / 1spaltig
DM 199,50 zuzügl.
DM 10,26 Chiffre-Gebühr

20 mm / 1spaltig
DM 114,– zuzügl.
DM 10,26 Chiffre-Gebühr

An: DIE WELT, Anzeigenabteilung,
Postfach 10 08 64, 4300 Essen 1 01-367

Bestellschein

Bitte veröffentlichen Sie in der Rubrik Stellengesuche zum nächsterreichbaren Termin eine Anzeige

_______ mm hoch; _____spaltig zum Preis von DM _______
zuzüglich DM 10,26 Chiffre-Gebühr.
Alle Preise einschließlich 14% Mehrwertsteuer.

Name: ____________
Straße/Nr.: ____________
PLZ/Ort: ____________
Vorwahl/Telefon: ____________
Unterschrift: ____________
Der Anzeigentext:

هكذا من الأصل

Deutsche Lebensmittel begehrt

Agrarwirtschaft peilt die britische Catering-Industrie an

HEINZ HILDEBRANDT, London

Im gegenseitigen Handelsverkehr zwischen Großbritannien und der Bundesrepublik spielen industrielle Halb- und Fertigprodukte zwar die wesentliche Rolle, Agrarerzeugnisse stellen jedoch einen wachsenden Anteil. So wurden 1985 Produkte der deutschen Ernährungsindustrie im Gesamtwert von 1,78 Mrd. DM auf dem britischen Markt abgesetzt, ein Plus von fast 16 Prozent gegenüber dem Vorjahr. Sie profitierten vor allem vom hohen Qualitätsimage, das sie in den Augen der britischen Verbraucher genießen, was besonders für verarbeitete Lebensmittel gilt. Eine gekonnte Werbung und gezielte Verkaufsförderungsmaßnahmen durch die CMA, die Centrale Marketinggesellschaft der Deutschen Agrarwirtschaft, haben besonders zu diesem Ruf beigetragen. Sie vermittelten erfolgreich die Meinung, daß das in Deutschland praktizierte Reinheitsgebot eben nicht nur für Bier gilt, sondern für Lebens- und Genußmittel ganz allgemein.

Vor diesem Hintergrund konnte die deutsche Ernährungswirtschaft ihre Position auf dem britischen Markt entsprechend ausbauen. Nach den Niederlanden, Irland, Frankreich und Dänemark liegt die Bundesrepublik als Exporteur mit einem Anteil von zwölf Prozent an den britischen Agrareinfuhren bereits auf dem fünften Platz. Der gleiche Prozentsatz wird bei Obst- und Gemüseprodukten sowie bei Wurst- und Fleischwaren erreicht, bei Molkereiprodukten beträgt er 14 Prozent, bei Wein und Bier sogar schon 22 Prozent.

Sättigungsgrad erreicht

Die Entwicklung in jüngster Zeit erweckt jedoch den Eindruck, daß mit diesen Ergebnissen ein gewisser Sättigungsgrad erreicht ist. In den ersten drei Monaten 1986 nahmen die deutschen Agrarexporte nach Großbritannien „nur" noch um sechs Prozent zu, die Zuwachsrate flacht seitdem weiter ab. Dafür gibt es ganz konkrete Gründe. Einer davon ist der wachsende Konkurrenzdruck, nicht nur der anderen ausländischen Anbieter. Die äußerst effiziente britische Landwirtschaft trägt mehr und mehr dazu bei, den Importanteil im Rahmen zu halten. Der britische Selbstversorgungsanteil, der 1979 erst bei 49 Prozent lag, stieg bis 1985 auf 62 Prozent, bei einzelnen Produktgruppen gibt es bereits eine Überproduktion.

Positionsausbau

Ein sehr starkes Handelshemmnis für die deutschen Anbieter stellt auch die derzeitige Abwärtsentwicklung des Pfund-Kurses dar, die sich bei so ausgesprochenen Niedrig-Preis-Artikeln wie Lebensmittel mit ihrer relativ kleinen Spanne sofort kritisch auswirkt. Die hier zwangsläufig erforderlichen Preiserhöhungen lassen sich beim Handel und auch auf der Verbraucherseite eben nicht unbegrenzt mit Qualitätsbegriffen kompensieren. Trotzdem bemühen sich die derzeit 182 Importeure und Distributeure deutscher Lebensmittel, darunter 32 Tochtergesellschaften deutscher Produzenten, ihre Position nicht nur zu halten, sondern sogar noch weiter auszubauen.

Das war auch eines der Ziele einer jetzt in London von der CMA veranstalteten Exportshow, auf der sich etwa 40 deutsche Anbieter entweder erstmalig auf dem britischen Markt vorstellten oder mit neuen Produkten auf neue Marktnischen zielten. Mit Fertiggerichten und Fischkonserven, mit Honigkuchen und Kräutertees, mit bayerischen Bierspezialitäten und ostwestfälischen Wurstwaren wurde besonders der britische Catering-Bereich angepeilt, der in Hotels, Restaurants, Kantinen und Krankenhäusern jährlich Lebensmittel im Wert von rund 4 Mrd. Pfund absetzt. Die erste Resonanz auf diese erfolgreiche Ausstellung läßt den Schluß zu, daß nach den britischen Supermärkten nun auch die Catering-Industrie deutschen Produkten neue Chancen bietet.

Bekleidungsindustrie im Dschungel Europas

Bangemann: Handelsbeschränkungen abbauen – Somberg fordert verstärkten Einsatz neuer Technologien

HARALD POSNY, Düsseldorf

Die Schwellen- und Entwicklungsländer haben nach Ansicht von Bundeswirtschaftsminister Martin Bangemann ihre Haltung zum internationalen Handel grundlegend geändert. „Sie haben erkannt, daß ihre Chance, Exporteinnahmen zu erzielen, die besser vor protektionistischen Attakken geschützt sind, in einer neuen Gatt-Runde liegt", sagte Bangemann auf dem Kongreß der Bekleidungsindustrie in Düsseldorf. Über das Thema Handelsbeschränkungen der Industrie- und der Entwicklungsländer im Textil- und Bekleidungsbereich werde in der neuen Gatt-Runde auch im Detail gesprochen werden.

Daß die Entwicklungsländer verbesserte und möglichst ausreichende Exporterlöse erwirtschaften können, hänge auch von der Entwicklung der Industrieländer ab. Deshalb müßten die Handelsgrenzen weiter geöffnet werden und eine Binnenwirtschaftspolitik betrieben werden, die ein dauerhaftes Wachstum ohne Inflation möglich mache.

Der Präsident des Bundesverbandes der Bekleidungsindustrie, Gerd Somberg, betonte die positive Einstellung der Branche zum freien Welthandel und zur Hilfe und Unterstützung echter Entwicklungsländer. Sie weise jedoch mit allem Nachdruck den Vorwurf zurück, selbst Protektionismus zu betreiben. Der EG-Markt ist nach den Worten Sombergs von Homogenität und Harmonie noch weit entfernt.

Noch immer schotteten sich einige EG-Mitglieder durch komplizierte Zoll- und Grenzformalitäten von der übrigen Gemeinschaft ab. Somberg: „Innerhalb der Europäischen Gemeinschaft müssen Spediteure bis zu 70 Formulare für einen einzigen Grenzübergang ausfüllen. Unglaublich aber wahr und unerträglich für uns alle." Fairen Wettbewerb in der Gemeinschaft gebe es erst dann, wenn die Mitgliedsländer auf staatliche Beihilfen und Subventionen verzichteten.

Anerkennenden Worten über die Anpassungsfähigkeit der Branche, die es nicht nur im modischen und technischen Bereich zu einer Spitzenstellung in der Welt gebracht hat, sondern auch führend im Export sei, stellte Somberg die Tatsache entgegen, daß diese Position gegenüber dem Wettbewerb mit Niedriglohnländern unter schweren Opfern, Betriebsschließungen und dem Verlust von vielen Arbeitsplätzen erkauft worden sei. Von einem „echten Durchbruch" könne noch überhaupt keine Rede sein.

Somberg plädierte für mehr Forschung im Sinn permanenter Anpassung an den Markt und die Entwicklung der Produkte. Der internationale Wettbewerb zwinge die Bekleidungsindustrie dazu, neue Wege zu gehen, zu denen auch computergesteuerte Maschinen im Nähsaal gehörten. Die langfristige Entwicklung von einer lohnintensiven zur kapitalintensiven Industrie habe schon begonnen. Der Arbeitsplatz in der Bekleidungsbranche müsse rentabler gestaltet werden. Moderne Technologien sollten keine Beeinträchtigung, sondern eine Aufwertung des Arbeitsplatzes bedeuten. Dann wäre es auch keine Utopie, daß in drei bis fünf Jahren die Produktion von bestimmten Teilen aus dem Ausland wieder zurück in deutsche Fabriken komme.

Paris: Raumfahrt hat neue Impulse erhalten

J. Sch. Paris

Die europäische Zusammenarbeit im aeronautischen Bereich hat durch das von Paris und Bonn gleichzeitig unterzeichnete Vorbereitungsprogramm für die Raumfähre „Hermes" neue Impulse erhalten. Die französische Regierung sieht darin den Durchbruch zu einer von den USA unabhängigen Raumfahrtpolitik. In Zukunft soll der Wunsch der Bundesrepublik nach einer stärkeren Beteiligung der deutschen Industrie an den Raum- wie Luftfahrtprojekten berücksichtigt werden. Dies zeigen die jüngsten Erklärungen von Frederic D'Allest und Jean Pierson, den französischen Präsidenten der europäischen Konsortien für Raumfahrt (Arianespace) und für Verkehrsflugzeuge (Airbus Industries).

Daß die Deutschen sich bei „Hermes" weniger zurückhaltend gezeigt haben, hat den Weg zu höheren Beteiligungsquoten geebnet. Was „Hermes" betrifft, so erscheint eine Quote von mehr als 30 Prozent der deutschen Finanzbeteiligung des Vorbereitungsprogramms denkbar. Der französische Anteil beträgt in dieser Phase 45 Prozent. Allerdings: Grundüberlegung bleibt, daß Frankreich, welches sowohl bei der Ariane als auch beim Airbus die größten Vorarbeiten geleistet hat und das größte Risiko eingegangen ist, auch bei der Durchführung der Programme entsprechend bedacht werden muß.

Internationale Finanzen

Optionsanleihe: Auf 60 Mill. DM beläuft sich die Optionsanleihe der Bando Chemical Industries, die am 13. November aufgelegt wird. Ihre Laufzeit beträgt fünf Jahre, die weiteren Konditionen sind noch nicht bekannt.

Japan Highway: Eine Anleihe über 200 Mill. sfr wird die Japan Highway Public Corp. auflegen. Die Titel werden zu pari ausgegeben und mit einem Nominalzins von 4,75 Prozent ausgestattet. Die Laufzeit beträgt zehn Jahre.

Floating Rate Notes: Societé Generale legt unbefristete Floating Rate Notes in Höhe von 300 Mill. Dollar auf. Der Ausgabekurs wurde mit 100,05 Prozent beziffert, der Zinssatz liegt 0,075 Prozent über dem sechsmonatigen Liborsatz. Die Gesamtkommissionen betragen 0,20 Prozent.

UNTERNEHMEN UND BRANCHEN

Migros: Solides Wachstum

Düsseldorf (Py.) – Die Migros Bank AG, Düsseldorf, Tochtergesellschaft der Schweizer Migros Bank in Zürich, rechnet für das Geschäftsjahr 1985/86 (31. 10.) wieder mit einer zufriedenstellenden Ertragslage, die die Vorjahresdividende von zehn Prozent sicherstellt.

Gute und große Apfelernte

Jork (dpa/VWD) – Der Bundesausschuß Obst und Gemüse rechnet 1986 für die Bundesrepublik mit einer qualitativ guten Apfelernte von rund 1,9 Mill. Tonnen, ein Drittel mehr als 1985. Innerhalb der EG (ohne Spanien und Portugal) werde die Ernte 7,1 (6,3) Mill. Tonnen betragen.

Pirelli-Gruppe expandiert

Mailand (ds) – Der italienisch-schweizerische Pirelli-Konzern in Mailand und Basel hat im ersten Halbjahr 1986 seinen konsolidierten Gruppenumsatz gegenüber der gleichen Vorjahreszeit um 37 Prozent auf 234 Mill. Dollar erhöht, während der Reingewinn um 55 Prozent auf 39,4 Mill. Dollar zunahm.

Brinkmann mit Wappen

Herford (hdt.) – Die Bekleidungsgruppe Brinkmann, Herford, hat aus der Konkursmasse der zusammengebrochenen Wappen-Kleidung GmbH, Rheda-Wiedenbrück, deren Lagerbestände, den Maschinenpark und nahezu die gesamte Belegschaft übernommen. Unter dem Dach einer neuen Tochtergesellschaft sollen die Blusen und Hemden mit dem Markenzeichen „Wappen" weiter produziert werden.

Starch in Neustadt

Hamburg (dpa/VWD) – Die Unilever-Tochtergesellschaft National Starch + Chemical GmbH, Speyer, wird in Neustadt/Weinstraße für rund 10 Mill. DM eine Produktion für Industrieklebstoffe sowie eine deutsche Hauptverwaltung aufbauen. Die Baumaßnahmen sollen im April 1987 abgeschlossen sein. Wie die Deutsche Unilever GmbH, Hamburg, mitteilte, entstehen in Neustadt rund 50 Arbeitsplätze.

Plus bei Commodore

Frankfurt (adh) – Fast zwei Millionen deutsche Anwender zählt die Commodore Büromaschinen GmbH, Frankfurt, Ende September. Wie das Unternehmen mitteilt, stieg in den ersten neun Monaten dieses Jahres der Umsatz auf dem deutschen Markt um annähernd 50 Prozent auf 306 (208) Mill. DM; der Exportumsatz des Werkes Braunschweig stieg um 39 Prozent auf 379 (273) Mill. DM. Auch international habe das US-Unternehmen wieder Tritt gefaßt, heißt es.



UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Herausgeber: Axel Springer †, Dr. Herbert Kremp

Chefredakteure: Peter Gillies und Manfred Schell

Stellvertretender Chefredakteur: Dr. Günter Zehm

Meinungen: Enno von Loewenstern

Chefs vom Dienst: Klaus Jürgen Fritzsche, Friedr. W. Heering, Jens-Martin Lüddeke, Rüdiger v. Wolkowsky, Bonn; Horst Hillesheim, Hamburg

Verantwortlich für Seite 1, politische Nachrichten: Gernot Facius; Deutschland: Ralph Lorenz, Armin Reck (stellv.); Diethart Goos (Deutschlandpolitik); Ausland: Jürgen Liminski, Maria Weidenhiller (stellv.); Seite 3: Burkhard Müller, Dr. Manfred Rowold (stellv.); Bundeswehr: Rüdiger Moniac; Osteuropa: Dr. Carl Gustaf Ströhm; Zeitgeschichte: Walter Görlitz; Wirtschaft: Hans Baumann, Wilhelm Furler (stellv.); Geld und Kredit: Claus Dertinger; Chefkorrespondent Wirtschaft: Hans-Jürgen Mahnke; Feuilleton: Dr. Peter Dittmar, Reinhard Beuth (stellv.); Bildungs- und Kulturpolitik, Geisteswissenschaften: Dr. Paul F. Reitze; Geistige Welt/WELT des Buches: Alfred Starkmann, Peter Böbbis (stellv.); Fernsehen: Detlev Ahlers; Wissenschaft und Technik: Dr. Dieter Thierbach; Sport: Frank Quednau; Aus aller Welt: Norbert Koch, Dr. Rudolf Zewell (stellv.); Reise-WELT und Auto-WELT: Heinz Horrmann, Birgit Cremers-Schiemann (stellv. für Reise-WELT); WELT-Report: Heinz Kluge-Lübke; WELT-Report Ausland: Hans-Herbert Holzamer; Leserbriefe: Henk Ohnesorge; Personalien: Ingo Urban; Foto: Hans-Wilhelm Höft; Dokumentation: Reinhard Berger; Grafik: Dieter Herzig.

Weitere leitende Redakteure: Dr. Hanna Gieskes, Werner Kahl, Dr. Rainer Nolden, Lothar Schmidt-Mühlisch

Hamburg-Ausgabe: Knut Teske, Klaus Bruns (stellv.)

Bonner Korrespondenten-Redaktion: Günther Bading (Leiter), Heinz Heck (stellv.), Arnulf Gosch, Dr. Eberhard Nitschke, Peter Philipps

Diplomatischer Korrespondent: Bernt Conrad

Deutschland-Korrespondenten Berlin: Hans-Rüdiger Karutz, Dieter Dose, Klaus Geitel; Düsseldorf: Helmut Breuer, Joachim Gehlhoff, Harald Posny; Frankfurt: Dr. Dankwart Guratzsch (zugleich Korrespondent für Städtebau/Architektur), Inge Adham, Joachim Weber; Hamburg: Herbert Schütte, Jan Brech, Kläre Warnecke MA; Hannover: Michael Jach, Dominik Schmidt; Kiel: Georg Bauer; München: Peter Schmalz, Dankward Seitz; Stuttgart: Harald Günter, Werner Neitzel

Chefkorrespondent (Inland): Joachim Neander

Chefreporter: Horst Stein, Walter H. Rueb

Auslandsbüros, Brüssel: Wilhelm Hadler; London: Reiner Gatermann, Horst-Alexander Siebert; Johannesburg: Monika Germani; Miami: Werner Thomas; Moskau: Rose-Marie Borngässer; Paris: Peter Ruge, Joachim Schaufuß; Rom: Friedrich Meichsner; Washington: Fritz Wirth, Gerd Brüggemann.

Auslands-Korrespondenten WELT/SAD: Athen: E. A. Antonaros; Beirut: Peter M. Ranke; Brüssel: Cay Graf v. Brockdorff-Ahlefeldt; Jerusalem: Ephraim Lahav; London: Claus Geissmar, Siegfried Helm, Peter Michalski, Joachim Zwikirsch; Los Angeles: Helmut Voss, Karl-Heinz Kukowski; Madrid: Rolf Görtz; Mailand: Dr. Günther Depas, Dr. Monika von Zitzewitz-Lonmon; Miami: Prof. Dr. Günter Friedländer; New York: Alfred von Krusenstiern, Ernst Haubrock, Hans-Jürgen Stück, Wolfgang Will; Paris: Heinz Weissenberger, Constance Knitter, Joachim Leibel; Tokio: Dr. Fred de La Trobe, Edwin Karmiol; Washington: Dietrich Schulz

Zentralredaktion: 5300 Bonn 2, Godesberger Allee 99, Tel. (02 28) 30 41, Telex 8 85 714, Fernkopierer (02 28) 37 34 65

1000 Berlin 61, Kochstraße 50, Redaktion: Tel. (0 30) 2 59 10, Telex 1 84 565, Anzeigen: Tel. (0 30) 25 91 29 31/32, Telex 1 84 565

2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1, Tel. (0 40) 34 71, Telex Redaktion und Vertrieb 2 170 010, Anzeigen: Tel. (0 40) 3 47 43 80, Telex 2 17 001 777

4300 Essen 18, Im Teelbruch 100, Tel. (0 20 54) 10 11, Anzeigen: Tel. (0 20 54) 10 15 24, Telex 8 579 104
Fernkopierer (0 20 54) 8 27 28 und 8 27 29

3000 Hannover 1, Lange Laube 2, Tel. (05 11) 1 79 11, Telex 9 22 919
Anzeigen: Tel. (05 11) 6 49 00 09
Telex 92 30 106

4000 Düsseldorf 1, Graf-Adolf-Platz 11, Tel. (02 11) 37 30 43/44, Anzeigen: Tel. (02 11) 37 50 61, Telex 8 587 756

6000 Frankfurt (Main) 1, Westendstraße 8, Tel. (0 69) 71 73 11; Telex 4 12 449
Fernkopierer (0 69) 72 79 17
Anzeigen: Tel. (0 69) 77 90 11 - 13
Telex 4 185 525

7000 Stuttgart 1, Rotebühlplatz 20a, Tel. (07 11) 22 13 28, Telex 7 23 966
Anzeigen: Tel. (07 11) 7 54 50 71

8000 München 40, Schellingstraße 39-43, Tel. (0 89) 2 38 13 01, Telex 5 23 813
Anzeigen: Tel. (0 89) 8 50 60 38 / 39
Telex 5 23 836

Monatsabonnement DM 27,10 einschließlich Zustellkosten und 7% Mehrwertsteuer. Auslandsabonnement DM 37,10 einschließlich Porto. In Österreich ÖS 330 über Morawa & Co., Wien. In Großbritannien DM 49,10 (als Luftpost-Abo am Erscheinungstag). Luftpost-Abonnement weltweit: Preis auf Anfrage. Die Abonnementsgebühren sind im voraus zahlbar.

Bei Nichtbelieferung ohne Verschulden des Verlages oder infolge von Störungen des Arbeitsfriedens bestehen keine Ansprüche gegen den Verlag. Abonnementsabbestellungen können nur zum Monatsende ausgesprochen werden und müssen bis zum 10. des laufenden Monats im Verlag schriftlich vorliegen.

Gültige Anzeigenpreisliste für die Deutschlandausgabe: Nr. 65 und Kombinationstarif DIE WELT / WELT am SONNTAG Nr. 15 gültig ab 1. 10. 1986, für die Hamburg-Ausgabe: Nr. 51.

Amtliches Publikationsorgan der Berliner Börse, der Bremer Wertpapierbörse, der Rheinisch-Westfälischen Börse zu Düsseldorf, der Frankfurter Wertpapierbörse, der Hanseatischen Wertpapierbörse, Hamburg, der Niedersächsischen Börse zu Hannover, der Bayerischen Börse, München, und der Baden-Württembergischen Wertpapierbörse zu Stuttgart. Der Verlag übernimmt keine Gewähr für sämtliche Kursnotierungen.

Für unverlangt eingesandtes Material keine Gewähr.

Die WELT erscheint mindestens viermal jährlich mit der Verlagsbeilage WELT-REPORT. Anzeigenpreisliste Nr. 5, gültig ab 1. Oktober 1985

Verlag: Axel Springer Verlag AG, 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1

Nachrichtentechnik: Harry Zander

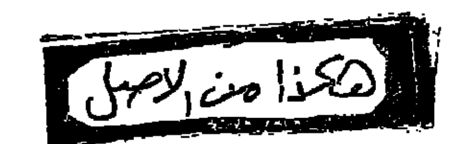
Herstellung: Werner Koziak

Anzeigen: Hans Biehl

Vertrieb: Gerd Dieter Leilich

Verlagsleiter: Dr. Ernst-Dietrich Adler

Druck in 4300 Essen 18, Im Teelbruch 100; 2070 Ahrensburg, Kornkamp.



Aktien erholt

Stabilerer Dollar sorgte für Zuversicht

DW. – Nach Tagen des Abschwunges erholte sich der deutsche Aktienmarkt am Dienstag. Den Anstoß dazu gaben Äußerungen von Bundesbankpräsident Poehl, wonach der Dollar nun genug gefallen sei. Käufe waren vorrangig im Bereich der Elektro- und Autoaktien zu beobachten.

Der stabilere Dollarkurs wurde zwar in den Börsensälen mit Befriedigung zur Kenntnis genommen. Da aber gleichzeitig aus den USA Stimmen laut wurden, die einen weiteren Verfall der amerikanischen Währung voraussagten, hielt sich die Kurserholung in vergleichsweise bescheidenen Grenzen. So konnten sich Großchemiewerte nur um ein bis zwei DM verbessern. Höher waren die Tagesgewinne in den Autoaktien, deren Kurse zusätzlich von dem flotten Binnenabsatz begünstigt wurden. Kräftig erholen konnten sich vor allem VW-Stämme und -Vorzüge. Gesucht waren daneben Elektrowerte, für die Kaufaufträge aus dem Ausland vorlagen. AEG-Aktien verbesserten sich um rund acht DM, Siemens zogen unter lebhaften Umsätzen ebenfalls an. Spezialitäten wie PKI und Nixdorf befanden sich weiterhin auf den Anlagelisten. Wenn ein Teil der Bankaktien an der freundlicheren Tendenz Anteil hatte, lag dies sicherlich auch an der Beruhigung auf dem Rentenmarkt. Das Interesse für konsumnahe Werte erlahmte. Bei den Kaufhauswerten gab es kaum noch Kursanhebungen.

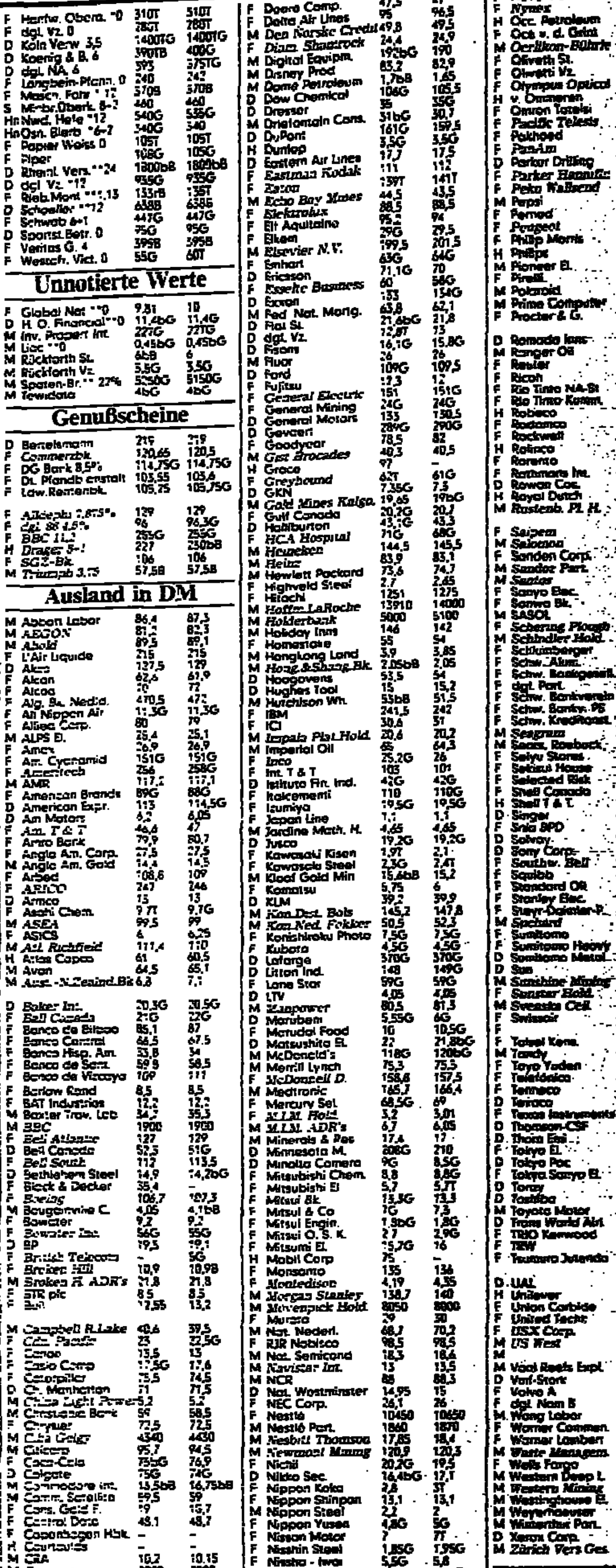
Nachbörse: freundlich

DW-Ak.ind.: 266,15 (264,22)
DW-Ums.ind.: 2114 (2045)
Adv.-decline-Zahl: 127 (68)
58-Tg-Linie: 279,69 (276,65)
200-Tg-Linie: 276,14 (279,79)

Fortlaufende Notierungen und Umsätze

Düsseldorf – Frankfurt – Hamburg – München – Aktien-Umsätze

DM-Total: in 1000 DM

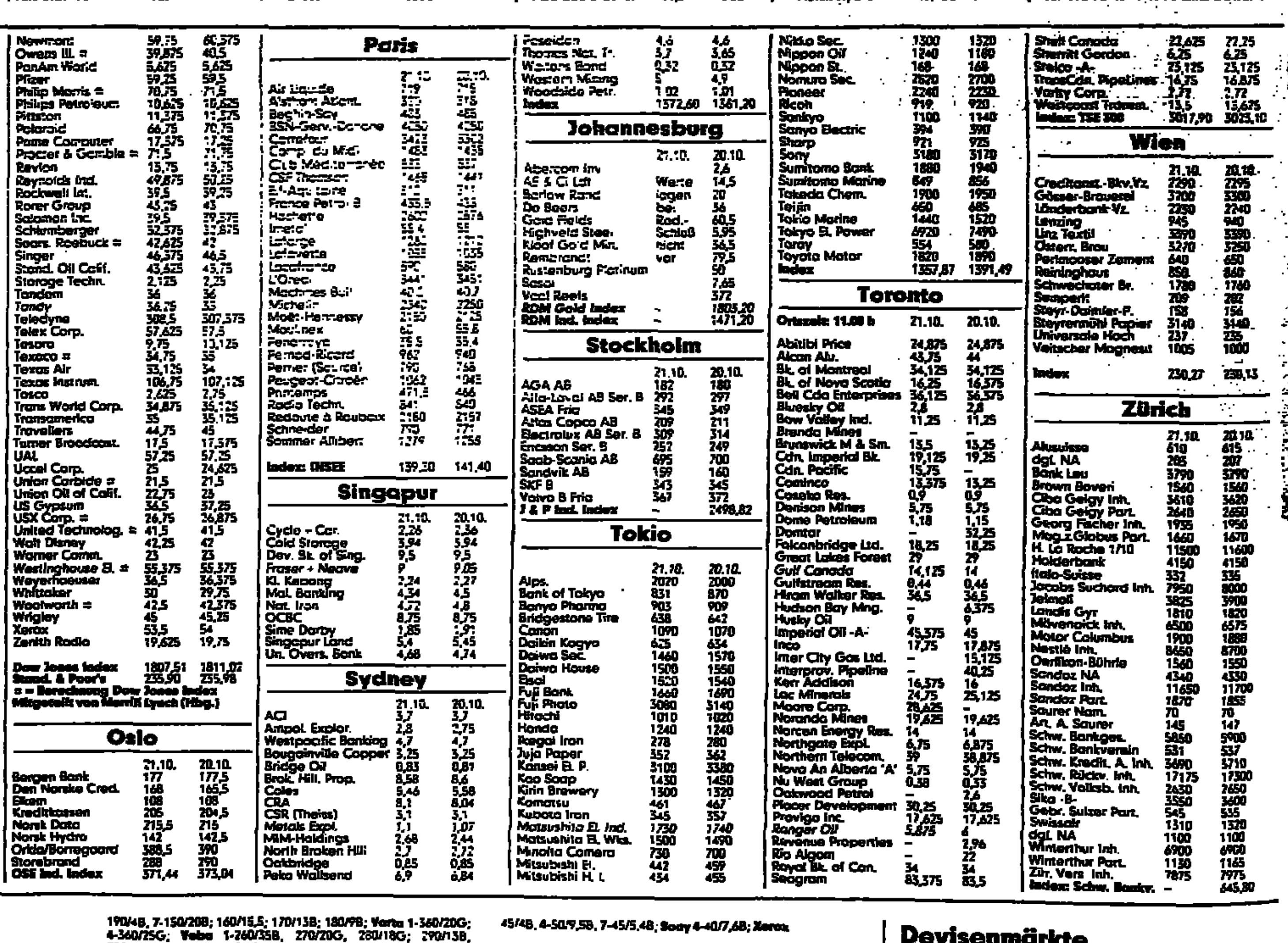


Inland

	21.10.	20.10.
H Aach M Bett 12,5	2456	2460
H Aach. M. Vers. 7	2090	2130
D Aach Rück. 9	2500	2510
D Asoag *4	390	390T
M Ack-Gogg. 8	159	160
H Adca 3	175	169
D Adler 12+16	295T	295G
F AEG 0	305	304
D AEG KABEL 9	399	390G
S Aesculap 9	335bG	390
F AGAB 5	156	156bG
D dgl Vz.	609	615
D Commerzb. 8	305,5	302
D Cobk.Reste *0 RM	14,4G	14,4G
D Conc. Chem 4,5	759	768G
B Conc. Spinne *0	590T	590T
D Comigas 8	350	335G
D Conti Gummi 5	311,7	307,5
D Dahlb. St. 7,75	260	261
D dgl. Vz. 14,75	360	380
S Daimler 17+2,5	1210	1192
M Deckel AG 6	225,5bG	229
D Dt. Atl. Tel 10	780T	790T
D Dt Babcock St. 3	194	191
D dgl. Vz. 3,5	184	179,5

Ausland

Amsterdam – Brüssel – Hongkong – Kopenhagen – London – Luxemburg – Madrid – Mailand – New York – Paris – Johannesburg – Singapur – Sydney – Oslo – Tokio – Toronto – Stockholm – Wien – Zürich



Inlandszertifikate

Optionshandel

Auslandszertifikate

Rentenoptionen

Devisenmärkte

Der freundliche Grundton für den Dollar blieb am 21. Oktober erhalten und strahlte auch auf die anderen Währungen aus. Die Leitwährung erreichte fast die Marke von 2,00, fiel aber später bis 1,9920 zurück. Die Bundesbank wurde weder im Freiverkehr noch zur Notiz von 1,9935 gesehen. Für die Befestigung wurde teilweise die günstige Prognose für das US-Bruttosozialprodukt im dritten Quartal angeführt. Auch die gestrigen Pöhl-Äußerungen zur Situation wurden noch genannt. Das Britische Pfund profitierte auch von etwas anziehenden Rohölpreisen und kam mit 2,859 zur Notiz. Unter den Freiverkehrswährungen wurden der Australische Dollar, der Hongkong-Dollar und der Rand favorisiert. US-Dollar in: Amsterdam 2,2530; Brüssel 41,405; Paris 6,5315; Mailand 1379,75; Wien 14,017; Zürich 1,6334; Ir. Pfund/DM 2,727; Pfund/Dollar 1,4342; Pfund/DM 2,859.

Devisen und Sorten

Junge Aktien

Die neuen 7er

Haben Sie je von akustischer Entkoppelung gehört? Eben.

Auf der Landstraße. Alles, was Sie hören, ist der kultivierte Klang des 6-Zylinder-Triebwerks Ihres neuen 7er BMW. Sie beschleunigen. Lautlos. Schalten wieder herunter. Lautlos. Durch eine neuartige Aufhängung am Getriebe und am Fahrzeugboden hält der Schalthebel Vibrationen und Geräusche vom Innenraum fern. Die akustische Entkoppelung des Schalthebels ist aber nur ein Ergebnis der intensiven Feinarbeit für das besonders niedrige Innengeräuschniveau.

Die Straße vor Ihnen wird plötzlich uneben, fast holprig. Sie spüren es kaum. Denn auch die Hinterachse ist durch die elastische Aufhängung so gelagert, daß keine Schwingungen in den Fahrgastraum übertragen werden. Die Reifenabrollgeräusche an der Hinterachse nehmen Sie ebenfalls nicht wahr. Dafür sorgt die schallisolierte Trennwand zwischen Innen- und Kofferraum.

Sie lassen Ihren Blick durch den Innenraum schweifen.

Die luxuriöse Ausstattung mit Stoff fällt angenehm auf. Selbst die Unterverkleidung der Schalttafel ist mit Stoff ausgekleidet. Genauso wie die Seitenteile der komfortablen Sitze. Überall sorgen die großzügig verwendeten Stoffe für gedämpfte Innengeräusche. Entspannt lehnen Sie sich in Ihren Sitz zurück und genießen das exklusive Gefühl, das leiseste aller vergleichbaren Automobile der Welt zu bewegen.

Die neuen 7er. Kauf, Finanzierung oder Leasing – Ihr BMW Händler ist der richtige Partner.

Wenn Sie mehr über den neuen 7er BMW wissen wollen, senden Sie bitte diesen Coupon an die untenstehende Adresse. Sie erhalten dann:

- ☐ Videofilm VHS Beta 2000 V8 gegen Schutzgebühr von DM 13,– zzgl. DM 3,50 Nachnahmegebühr
- ☐ ausführliches Informationsmaterial
- ☐ einen Probefahrttermin.

(Zutreffendes bitte ankreuzen.)

Name: ____________

Vorname: ____________

Straße: ____________

PLZ: ______ Ort: ____________

BMW AG, Kundeninformation CHC, Leuchtenbergring 20, 8 München 80



Freude am Fahren

Kursabstieg verlangsamt

Nach den massiven Auslandsabgaben am Wochenbeginn kam es im Bereich der öffentlichen Anleihen zu einer Verlangsamung des Kursabstieges. Es gab zwar noch Abschläge bis zu knapp einem halben Punkt, andererseits wurden auch im längeren Laufzeitbereich Kursanhebungen bis zu 0,20 Prozentpunkte registriert. Die letzte 6½prozentige Hamburg-Anleihe, die zu 100 Prozent gegeben wurde, ist wenig gefragt. Im Handel unter Banken waren Abschläge bis zu eineinhalb Punkten zu hören.

Bundesanleihen

			21.10.	20.10.
F	7 Bund 76 I	12/86	100,25G	100,25
F	7½ dgl. 76 II	1/87	100,45G	100,45G
F	6½ dgl. 79	1/87	100,3	100,3
F	6¾ dgl. 77	4/87	100,9	100,9bG
F	6½ dgl. 77	7/87	101,3G	101,3G
F	6 dgl. 77	10/87	101,35	101,35
F	6 dgl. 78 I	1/88	101,7	101,6
F	6½ dgl. 78 I	9/88	103,5	103,45
F	6½ dgl. 78 II	12/88	103,8G	103,8
F	6¾ dgl. 79	1/89	104,4	104,4
F	7½ dgl. 79 I	4/89	105,55	105,55
F	10 dgl. 81 I	4/89	111,25	111,3
F	7½ dgl. 79 I	6/89	106,3	106,3
F	8 dgl. 79 I	7/89	107,65	107,65
F	8 dgl. 79 II	8/89	107,65bG	107,6
F	7½ dgl. 79 II	9/89	106,5	106,5
F	7¾ dgl. 79 II	11/89	107,45	107,4
F	7¾ dgl. 80	1/90	107,4G	107,4
F	10 dgl. 80	4/90	114,8	114,8
F	5¾ dgl. 78	5/90	101,9	102
F	8¾ dgl. 80 I	7/90	109,8G	109,8G
F	8¾ dgl. 80 II	11/90	110,05	110,05
F				
F	7¾ dgl. 82 I	11/90	108,2	108,15
F	9 dgl. 81	2/91	113,1	113,1
F	7½ dgl. 85 III	6/91	108,05	108
F	10½ dgl. 81	7/91	118,9	118,9
F	10¾ dgl. 81	9/91	121,5G	121,6
F	10 dgl. 81 II	12/91	119,1	119,3
F	9¾ dgl. 82 I	1/92	117,35	117,7
F	9¾ dgl. 82 II	3/92	117,65	117,9
F	9½ dgl. 82	4/92	116,6	116,65
F	9 dgl. 82 I	5/92	114,6bG	114,65bG
F	8½ dgl. 82	6/92	112,3	112,3
F	9 dgl. 82 II	8/92	114,5G	114,5G

F	PWA 86/94	105,5	107
F	Renow Look 86/91	600T	600
F	5¾ Rhythm W. 85/88	1300	1350G
F	dgl. W. 84/89	550	595
F	3½ RWE 86/96	89	88,5
F	Ryobi 83	800bG	850
F	Salamander 86/96	159	156,2
F	6½ Schering 85/90	295	294
F	3 Schw. Bankgesell.	2940	3000
F	3¼ Sch. Bankver.I	265bG	264
F	7½ dgl. II	157	165
F	Schw. Kreditanst.	1575	1600

F	3½ dgl. o. O. 84	80	80,25
F	2¾ dgl. m. O. 86	104G	105
F	2¾ dgl. o. O. 86	77,75	78,25G
F	4 SKA Fin. m. O. 85	127G	127G
F	4 dgl. 85 o. O.	97,25	96,75
F	3 Teijin S. m. O. 85	200G	200G
F	3 dgl. o. O. 85	91,5T	91,5T
F	3¾ Trio Kenw 85 m. O.	118G	118G
F	3¾ dgl. o. O. 85	95T	94,5G
F	3¾ Tsumura Jun.84 m.O	108T	109T
F	3¾ dgl. 84 o. O.	95,3	95,35
F	4 Veba 85 m. O.	194,5G	194,5G
F	4 dgl. 85 o. O.	88,5T	88,9

9¾ dgl. 81/91	111,5G	111,5
9¾ dgl. 82/91	110,5G	110,5
7¾ dgl. 82/92	106,5G	107,25bB
6¾ dgl. 85/95	105,75G	105,75bG
7¼ dgl. 84/96	101,8	102
6¾ dgl. 86/96	97,1	97,25bG
6¾ Austral IDC 72/87	100G	100G
6¾ Autop. C.E. 72/87	101	102T
7½ Avon 85/95	103,25T	104G
10¼ Banval 82/90	109T	108,5
8½ BNDE 77/87	102G	102G



ALLES OLIVETTI.

Wo Büroorganisation und Informationsverarbeitung extrem schnell und präzise funktionieren müssen, vertraut man dem größten europäischen Hersteller der Bürotechnik und Informatik.

Deshalb arbeiten die meisten deutschen Steuerberater mit einem Personal Computer von Olivetti. Die Wahl fällt dabei in zunehmendem Maße auf das Spitzenmodell – den M28.

Dieses Hochleistungssystem arbeitet einerseits mit dem Standard-Betriebssystem MS/DOS und ist – bei all seinen überlegenen Leistungsmerkmalen – **kompatibel zum AT- Industriestandard.**

Andererseits unterstützt der M28 das hochentwickelte Betriebssystem XENIX und ist damit eigentlich schon mehr als ein Personal Computer: Er eignet sich zum Beispiel als Mastersystem, an das Sie bis zu 4 Arbeitsplätze anschließen können.

olivetti

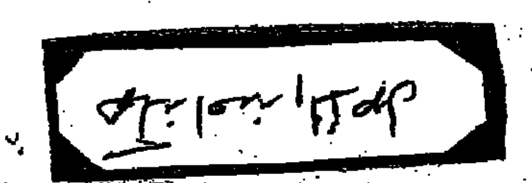


Rufen Sie an: Telefon 0130/7273
Zum Ortstarif können Sie:

– mehr über den M28 erfahren

– Informationsmaterial anfordern

– den nächstgelegenen Olivetti-Händler erfragen



Warenpreise – Termine

Deutlich fester schlossen am Montag die Gold- und Silbernotierungen an der New Yorker Comex. Zu Aufschlägen kam es auch bei Kupfer. Durchweg um das Limit niedriger notierte Kaffee. Schwächer ging Kakao aus dem Markt.

Getreide/Getreideprodukte

WEIZEN Chicago (c/bush)	20.10.	17.10.
Dez.	283,25-283,00	276,50-277,00
März	271,00-272,00	266,50-267,00
Mai	256,00-256,50	251,50-252,00

WEIZEN Winnipeg (can.$/t) Wheat Board cif		
1 CW	unerh.	194,68
Am Durum	unerh.	192,46

ROGGEN Winnipeg (can.$/t)		
Okt.	102,70	102,70
Dez.	100,90	100,50
März	103,90	103,20

HAFER Winnipeg (can. $/t)		
Okt.	82,30	82,30
Dez.	79,50	80,10
März	79,50	79,50

HAFER Chicago (c/bush)		
Okt.	127,50	128,00
März	130,25	131,00-131,25
Mai	129,25	130,00

MAIS Chicago (c/bush)		
Okt.	168,00-167,75	165,75-164,00
März	178,25-178,00	175,50-175,00
Mai	184,50-184,25	182,00

GERSTE Winnipeg (can.$/t)		
Okt.	85,00	85,50
Dez.	81,70	81,40
März	83,00	82,60

Genußmittel

KAFFEE New York (c/lb)	20.10.	17.10.
Dez.	168,00-168,50	176,30-176,50
März	167,50-167,90	174,50-175,00
Mai	172,25	176,25

KAKAO New York ($/t)	20.10.	17.10.
Dez.	1958-1965	1990-1993
März	1995-1998	2019-2023
Mai	2030-2035	2049
Umsatz	1494	1655

ZUCKER New York (c/lb)		
Nr. 11 Jan.	6,22-6,25	6,45-6,50
März	6,73-6,75	7,01-7,02
Mai	6,91-6,95	7,17-7,19
Juni	7,08	7,35
Sept.	7,18	7,45
Umsatz	13582	17764

Isa-Preis fob karibische Häfen (US-c/lb)	5,58	5,51

KAFFEE London (£/t) Robusta	20.10.	17.10.
Nov.	2195-2200	2260-2265
Jan.	2170-2175	2250-2255
März	2115–	2185-2190
Umsatz	3430	3997

KAKAO London (£/t)		
Dez.	1516-1518	1512-1513
März	1552-1554	1550-1552
Mai	1572-1575	1570-1571
Umsatz	966	1645

ZUCKER London ($/t) Nr.6 (fob)	20.10.	17.10.
Dez.	137,00-137,60	–143,00
März	150,40–	156,40-156,80
Mai	155,00-156,20	161,20-161,50
Umsatz	–	4495

PFEFFER Singapur (Straits-Sing. $/100 kg)	21.10.	20.10.
schw.		
Saraw.spez.	972,50	972,50
weiß.Saraw.	1390,00	1390,00
weiß.Munt.	1405,00	1405,00

ORANGENSAFT New York (c/lb)	20.10.	17.10.
Nov.	115,85	114,50
Jan.	117,45	115,50-116,00
März	118,00-118,20	115,55-116,00
Mai	118,75	116,15-116,35
Juli	118,90-119,10	116,45-116,65
Umsatz	1000	1300

Öle, Fette, Tierprodukte

ERDNUSSÖL New York (c/lb) Südstaaten fob Werk	20.10.	17.10.
	28,50	27,00

MAISÖL New York (c/lb) US-Mittelweststaaten fob Werk		
	20,25	20,00

SOJAÖL Chicago (c/lb)		
Okt.	14,80	14,48-14,50
Dez.	15,32-15,35	14,95-14,98
Jan.	15,47-15,52	15,12-15,15
März	15,75-15,76	15,38-15,40
Mai	15,90	15,55
Juli	16,00	15,65
Aug.	15,95-16,00	15,65-15,70

BAUMWOLLSAATÖL New York (c/lb) Mississippi-Tal fob Werk		
	15,50	15,00

SCHMALZ Chicago (c/lb)		
loco lose	17,50	–
Choise white hog 4 % fr. F.	10,75-11,00	10,75-11,00

TALG New York (c/lb)		
top white	12,00	12,00
fancy	11,50	11,50
bleichf.	11,25	11,25
yellow max. 10% fr.F	8,75	8,75

SCHWEINE Chicago (c/lb)		
Okt.	55,00-55,20	55,15-55,25
Dez.	53,00-52,95	52,90-53,10
Febr.	50,15-50,25	50,35-50,50

SCHWEINEBÄUCHE Chicago (c/lb)		
Febr.	69,85-69,70	69,65-69,50
März	68,60-68,40	68,45-68,10
Mai	68,50-68,25	67,76-68,20

HÄUTE Chicago (c/lb)	20.10.	17.10.
Ochsen einh. schwere River Northern	66,00	66,00
Kühe einh. schwere River Northern	–	–

SOJABOHNEN Chicago (c/bush)		
Nov.	480,75-480,0	474,25-473,7
Jan.	488,75-488,5	482,5-482,0
März	497,0	490,75-491,0
Mai	503,0-502,75	497,0
Juli	507,25	501,5
Aug.	505,5-506,0	499,5
Sept.	498,5	494,0

SOJASCHROT Chicago ($/sht)		
Okt.	146,5	145,7-145,8
Dez.	147,2-147,0	145,8-146,0
Jan.	148,1-148,2	147,2-147,1
März	149,0-149,2	148,4-148,5
Mai	149,8-150,0	149,5-149,3
Juli	150,0	150,5
Aug.	151,0	151,0

LEINSAAT Winnipeg (can. $/t)	20.10.	17.10.
Okt.	226,00	227,10
Dez.	228,8-229,0	230,10
März	237,2	238,40

KOKOSÖL New York (c/lb) – Westk. fob Werk	20.10.	17.10.
	16,00	15,50

ERDNUSSÖL Rotterdam ($/t)	21.10.	20.10.
jegl. Herk. cif	585,00	585,00

LEINÖL Rotterdam ($/t) jegl. Herk. ex Tank		
	375,00	375,00

PALMÖL Rotterdam ($/lgt) – Sumatra		
cif	302,50	300,00

SOJAÖL Rotterdam (hfl/100 kg) roh Niederl. fob Werk		
	74,00	74,50

KOKOSÖL Rotterdam ($/lgt) – Philippinen		
cif	405,00	410,00

LEINSAAT Rotterdam ($/t) – Kanada Nr. 1		
cif	–	–

Wolle, Fasern, Kautschuk

BAUMWOLLE New York (c/lb) Kontr.Nr2	20.10.	17.10.
Dez.	48,20-48,35	47,65-47,75
März	48,90-48,92	48,30-48,45
Mai	49,40-49,75	48,85-49,10
Juli	50,00	49,50
Okt.	50,80-51,00	50,80
Dez.	51,50-51,60	51,20

KAUTSCHUK New York (c/lb) Händlerpreis loco RSS-1		
	46,87	46,875

WOLLE London (Neuseel. c/kg) – Kreuzz.	21.10.	20.10.
Okt.	570-580	575-585
Jan.	549-553	549-553
März	551-554	552-554
Umsatz	2413	2406

WOLLE Roubaix (F/kg) Kammz.	21.10.	20.10.
Okt.	ausg.	ausg.
Dez.	ausg.	ausg.
Umsatz	–	–

Tendenz: ruhig

WOLLE Sydney (austr. c/kg) Merino-Schweißw. Standard	21.10.	20.10.
Okt.	646,00-660,00	646,00-660,00
März	–	–
Mai	–	–
Umsatz	0	0

SISAL London ($/t) cif eur. Haupthäfen	21.10.	20.10.
EA	680,00	680,00
UG	570,00	570,00

SEIDE Yokohama (Y/kg) AAA ab Lager	21.10.	20.10.
Okt.	12001	12008
Nov.	11975	11968

KAUTSCHUK London (p/kg)	20.10.	17.10.
spot	67,25-70,25	67,25-70,25
RSS 1 Nov.	66,00-67,00	66,00-67,00
RSS 2 Nov.	65,00-66,00	65,00-66,00
RSS 3 Nov.	64,00-65,00	64,00-66,00

Tendenz: ruhig

KAUTSCHUK Malaysia (mal. c/kg)	21.10.	20.10.
Nov.	233,00-235,00	232,00-234,00
Dez.	233,50-235,50	232,50-234,50
Nr. 2 Nov.	231,50-232,50	230,50-231,50
Nr. 3 Nov.	227,50-228,50	226,50-227,50
Nr. 4 Nov.	223,50-224,50	222,50-223,50

Tendenz: ruhig

JUTE London (£/lgt)	21.10.	20.10.
BWC	267	267
BWD	267	267
BTC	310	310
BTD	310	310

Erläuterung – Rohstoffpreise

Mengenangaben: 1 troyounce (Feinunze) = 31,1035 g; 1 lb = 0,4536 kg; 1 R. – 76 WD – (–); BTC – (–); BTD – (–)

Westd. Metallnotierungen

(DM je 100 kg)	21.10.	20.10.
ALUMINIUM: Basis London		
lfd. Mon.	234,15-234,44	231,22-231,36
dritt. M.	237,30-237,45	234,48-234,62
BLEI: Basis London		
lfd. Mon.	87,70-87,84	87,38-87,66
dritt. M.	87,27-87,41	87,10-87,38
NICKEL: Basis London		
lfd. Mon.	725,10-727,96	720,60-723,44
dritt. M.	742,29-742,58	736,20-736,49
ZINK: Basis London		
lfd. Mon.	167,66-170,53	168,23-171,07
Prod.-Pr.	183,77	182,42
REINZINN 99,9 %	ausg.	ausg.

Zinn-Preis Penang

Straits-Zinn ab Werk prompt (Ring/kg)	21.10.	20.10.
	14,80	14,28

NE-Metalle

(DM je 100 kg)	21.10.	20.10.
ELEKTROLYTKUPFER für Leitzwecke DEL-Not.*	270,12-272,15	267,25-269,23
BLEI in Kabeln	95,50-96,50	95,25-96,25
ALUMINIUM für Leitzwecke (VAW) Rundb.	455,00-458,50	455,00-458,50
Vorz.dr.	464,00-464,50	464,00-464,50

* Auf Grundlage der Meldungen ihrer höchsten und niedrigsten Kaufpreise durch 19 Kupferverarbeiter und Kupferbeisteller

Messingnotierungen

	21.10.	20.10.
MS 58, 1.VS	263-264	261-263
MS 58, 2.VS	315	313-315
MS 63	290-295	288-293

Deutsche Alu-Gußlegierungen

(DM/100 kg)	21.10.	20.10.
Leg. 225	255-258	255-260
Leg. 226	257-260	257-262
Leg. 231	290-292	292
Leg. 233	302-305	302-307

Preise für Abnahme von 1 bis 5 t frei Werk

Edelmetalle

	21.10.	20.10.
PLATIN (DM/g)	39,758	38,258
GOLD (DM/kg Feingold incl. MWSt.)		
Bank-Vktpr.	31578	31008
Rückn.-Pr.	26900	26400
GOLD (DM/kg Feingold) (Basis Londoner Fixing)		
Deg.-Vkfpr.	27960	27330
Rückn.-Pr.	27200	26590
verarbeitet	29530B	28670B
GOLD (Frankfurter Börsenkurs) (DM/kg)	27540	26775
SILBER (DM je kg Feinsilber) (Basis Londoner Fixing)		
Deg.-Vktpr.	381,00	362,60
Rückn.-Pr.	369,30	351,50
verarbeitet	397,70B	378,60B

Internationale Edelmetalle

GOLD (US-$/Feinunze) London	21.10.	20.10.
10.30	426,80	420,00
15.00	425,10	425,00
Zürich mm.	426,70-427,20	422,20-422,70
Paris (F/1-kg-Barren) mittags	89750	87900
SILBER (p/Feinunze) London		
Kasse	403,40	388,05
3 Mon.	414,35	398,85
6 Mon.	425,55	409,95
12 Mon.	445,40	429,90
PLATIN (£/Feinunze) London	21.10.	20.10.
fr. Markt	418,25	403,50
PALLADIUM (£/Feinunze) London	21.10.	20.10.
f. Händl.-Pr.	95,70	94,60

New Yorker Metallbörse

	20.10.	17.10.
GOLD H & H Ankauf	425,25	419,25
SILBER H & H Ankauf	572,00	554,25
PLATIN		
f.Händl.-Pr.	560,00-564,00	560,00-564,00
Prod.-Pr.	475,00	475,00
PALLADIUM		
f. Händl.-Pr.	133,50-136,00	133,75-136,00
Prod.-Pr.	150,00	150,00
COMEX GOLD		
Okt.	426,10	419,30
Nov.	427,10	420,40
Dez.	428,50-429,30	421,10-423,50
Febr.	432,00-433,00	424,50-426,40
Apr.	435,90	427,50-430,00
Umsatz	28000	33000
SILBER (c/Feinunze)		
Okt.	580,30	558,80
Dez.	582,50-586,00	561,50-566,30
Jan.	586,90	565,30
März	591,00-595,00	570,50-571,50
Mai	600,00	576,30
Juli	604,90	583,00
Sept.	611,40	588,50
Umsatz	22000	14500

KUPFER (c/lb)	20.10.	17.10.
Okt.	59,80	59,30
Dez.	60,25-60,35	59,75-59,90
Jan.	60,45	59,95
März	60,75-60,80	60,20-60,30
Mai	61,20	60,70
Juli	61,70	60,95
Sept.	61,95	61,20
Umsatz	2300	2700

Londoner Metallbörse

ALUMINIUM (£/t)	21.10.	20.10.
mitt. Kasse	817,00-818,00	822,50-823,00
3 Mon.	828,00-828,50	831,50-832,00
BLEI (£/t)		
mitt. Kasse	306,00-306,50	307,50-308,00
3 Mon.	304,50-305,00	306,50-307,00
KUPFER grade A (£/t)		
mitt. Kasse	924,00-924,50	923,50-924,00
3 Monate	948,00-948,50	948,00-948,50
ab. Kasse	–	930,00-931,00
3 Monate	–	954,50-955,00
KUPFER-Standard		
mitt. Kasse	903,00-903,50	906,00-910,00
3 Monate	926,00-927,00	933,00-935,00
ZINK Highergrade (£/t)		
mitt. Kasse	613,00-614,00	619,00-620,00
3 Monate	609,50-610,00	618,00-618,50
ZINN (£/t)		
mitt. Kasse	ausg.	ausg.
3 Monate		
QUECKSILBER ($/Fl.)	–	145-175
WOLFRAM-ERZ ($/t-Einh.)	–	40-43

Energie-Terminkontrakte

HEIZÖL Nr. 2 – New York (c/Gallone)	20.10.	17.10.
Nov.	42,35-42,70	41,25-41,50
Dez.	43,80-44,10	42,65-42,80
Jan.	44,95-45,25	43,85-44,00
Febr.	45,60-46,00	44,30-44,40

GASÖL – London ($/t)	20.10.	17.10.
Nov.	125,25	121,75-122,00
Dez.	128,50-129,00	125,00-124,25
Jan.	131,50-131,75	128,25-128,50
Febr.	133,75-134,00	129,75-130,00
März	129,00	125,00-126,00
April	124,00-126,00	123,00-124,00
Mai	124,00-125,75	120,25-123,00
Juni	115,00-130,00	120,00-130,00

BENZIN (bleifrei) – New York (c/Gallone)	20.10.	17.10.
Nov.	42,65-42,80	41,94
Dez.	43,30-43,50	42,50-42,55
Jan.	43,65-43,75	42,75-42,85
Febr.	43,90-44,00	43,00
März	44,25	43,15

ROHÖL – New York ($/Barrel)	20.10.	17.10.
Nov.	15,10-15,16	14,77-14,85
Dez.	15,50-15,53	15,10-15,14
Jan.	15,70-15,73	15,20-15,23
Febr.	15,72-15,73	15,22-15,25
März	15,72-15,75	15,20

ROHÖL-SPOTMARKT ($/Barrel) mittlere Preise in NW-Europa – alle fob	20.10.	17.10.
Arabian Lg.	11,80	11,49
Arabian Hv.	11,42	11,18
Iran Lg.	13,95N	13,40N
Forties	13,85	13,35
North Brent	13,90N	13,40N
Bonny Light	–	13,35

Kartoffeln

London (£/t)	20.10.	17.10.
Nov.	111,60	108,00
Febr.	121,50	119,00
April	172,50	164,60
Mai	189,00	181,00

New York (c/lb)	20.10.	17.10.
Nov.	4,50	4,58
März	4,72	4,87
Mai	5,66-5,69	5,80
–		–

Bauholz

Chicago ($/1000 Board Feet)	20.10.	17.10.
Nov.	176,20-176,00	174,30-174,10
Jan.	172,50-173,10	171,20-171,30
März	170,30-170,20	170,60-171,00
Mai	171,50	171,60

Devisenterminmarkt

Die zunächst nochmals erweiterten US-Dollar-Deports bildeten sich am 21.10. im Tagesverlauf wieder etwas zurück.

	1 Monat	3 Monate	6 Monate
Dollar/DM	0,32-0,22	0,79-0,69	1,47-1,27
Pfund/Dollar	0,64-0,62	1,83-1,80	3,53-3,47
Pfund/DM	2,30-0,90	5,30-3,90	9,63-8,20
FF/DM	17-1	37-21	64-48

Geldmarktsätze

Geldmarktsätze im Handel unter Banken am 21.10.: Tagesgeld 4,30-4,40 Prozent; Monatsgeld 4,45-4,60 Prozent; Dreimonatsgeld 4,45-4,60 Prozent. FIBOR 3 Mon. 4,65 Prozent, 6 Mon. 4,65 Prozent.
Privatdiskontsätze am 21.10.: 10 bis 29 Tage 3,05 G–2,90B Prozent; und 30 bis 90 Tage 3,05 G–2,90B Prozent. Diskontsatz der Bundesbank am 21.10.: 3,5 Prozent, Lombardsatz 5,5 Prozent.

Euro-Geldmarktsätze

Niedrigst- und Höchstkurse im Handel unter Banken am 21.10.; Redaktionsschluß 14.30 Uhr

	US-$	DM	sfr
1 Monat	5⅞-6⅛	4⅜-4⅝	3¼-3½
3 Monate	5⅞-6⅛	4⅜-4⅝	3⅞-4⅛
6 Monate	5⅞-6⅛	4½-4¾	3⅞-4⅛
12 Monate	6⅛-6⅜	4⅝-4⅞	4-4¼

Mitgeteilt von Deutsche Bank Compagnie Financière Luxembourg, Luxemburg

Ostmarkkurs am 21.10. (je 100 Mark Ost) – Berlin: Ankauf 16,50, Verkauf 18,00 DM West, Frankfurt: Ankauf 15,25, Verkauf 18,25 DM West

Edelmetallmünzen

In Essen wurden am 21.10. folgende Edelmetallmünzpreise genannt (in DM):

	Feingew. in Gramm	Ankauf	Verkauf inkl.MwSt	Preis je Gramm
20 Goldmark	7,1690	200,00	256,50	35,78
20 ffr Napoleon	5,8070	150,00	199,50	34,36
20 sfr Vreneli	5,8070	167,00	218,88	37,69
½ Sovereign (E II)	3,6610	104,00	141,36	38,61
1 Sovereign Neu	7,3220	186,00	240,54	32,85
1 Sovereign Alt	7,3220	189,00	243,96	33,32
100 Kronen Öster.	30,4880	785,00	963,30	31,60
20 Kronen Öster.	6,0980	156,00	200,64	32,90
10 Kronen Öster.	3,0480	80,00	107,16	35,16
4 Dukaten Öster.	13,7700	368,00	453,72	32,95
1 Dukaten Öster.	3,4470	82,00	114,00	33,12
10 Rubel Tscherw.	7,7433	199,00	255,36	32,98
Krugerrand 1 Uz	31,1035	829,00	984,96	31,67
Krugerrand ½ Uz	15,5517	436,00	519,84	33,43
2 Rand Südafrika	7,3220	185,00	237,12	32,38
1 Rand Südafrika	3,6610	84,00	118,56	32,38
50 C.$ Mapl.L 1 Uz	31,1035	855,00	1014,60	32,62
5 C.$ Mapl. 1/10 Uz	3,1103	89,00	112,86	36,29
20 US-$ Dbl. Eagle	30,0930	1005,00	1293,90	43,00
Nob Platin 1 Uz	31,1035	1195,00	1407,90	45,27
Nob Platin 1/10 Uz	3,1103	122,00	155,04	49,85

Mitgeteilt von der Dresdner Bank, Essen

Bundesschatzbriefe (Zinslauf vom 1. August 1986 an, Zinsstaffel in Prozent jährlich, in Klammern Zwischenrenditen in Prozent für die jeweilige Besitzdauer): Ausgabe 1986/7 (Typ A) 3,50 (3,50) – 4,50 (3,99) – 5,00 (4,31) – 6,00 (4,70) – 7,00 (5,12) – 8,00 (5,53). Ausgabe 1986/8 (Typ B) 3,50 (3,50) – 4,50 (4,00) – 5,00 (4,33) – 6,00 (4,75) – 7,00 (5,19) – 8,00 (5,66) – 8,00 (5,99). **Finanzierungsschätze des Bundes** (Renditen in Prozent): 1 Jahr 3,80, 2 Jahre 4,50. **Bundesobligationen** (Ausgabebedingungen in Prozent): Zins 5,25, Kurs 98,50, Rendite 5,60.

Nullkupon-Anleihen (DM)

Deutsche Emittenten	Rückzahlung Preis	Datum	Kurs 21.10.	Rendite in %
BW-Bank E.69	100,00	1.7.95	57,873	6,50
Commerzbank	100,00	22.5.95	57,10	6,74
Commerzbank	100,00	4.8.00	39,30	7,01
Deutsche Bk. S	287,00	23.1.95	139,00	9,20
DSL-Bank R.264	137,01	2.7.90	112,39	5,50
DSL-Bank R.265	100,00	2.7.90	82,03	5,50
DSL-Bank R.266	100,00	1.8.95	56,58	6,70
Hbg. Ldbk. A.1	100,00	1.7.96	50,95	7,20
Hess. Ldbk. 245	100,00	1.6.95	58,12	6,50
Hess. Ldbk. 246	100,00	1.6.00	39,60	7,00
Hess. Ldbk. 247	100,00	1.6.95	57,65	6,60
Hess. Ldbk. 248	100,00	1.7.05	27,73	7,10
Hess. Ldbk. 251	100,00	2.11.05	27,59	7,00
Hess. Ldbk. 255	100,00	4.4.06	26,23	7,12
Hess. Ldbk. 256	100,00	5.4.16	14,01	6,90
SGZ-Bank 60	100,00	12.6.95	57,29	6,66
WestLB 600	100,00	2.5.95	57,55	6,70
WestLB 603	100,00	1.6.01	36,95	7,36
WestLB 606	100,00	1.8.06	25,60	7,14
WestLB 500	126,86	16.2.89	114,35	4,63
WestLB 501	137,01	16.2.90	115,85	5,20
WestLB 504	141,85	1.10.91	108,60	5,56
WestLB 505	143,24	1.9.92	103,40	5,72

Emittenten (DM) Ausland				
Österreich	200,00	24.5.95	113,75	6,77
Österreich	294,12	24.5.00	116,00	7,04
Atl. Richfield	$ 100	4.2.92	127,50	8,54
Campbell Soup	$ 100	21.4.92	127,75	9,17
Prud Realty	$ 100	15.1.99	67,00	8,15

Emittenten (Dollar)				
DuPont Overs	100,00	11.2.90	78,00	7,72
Pepsi-Co. (AA)	100,00	4.2.92	65,25	8,40
Beatrice Foods	100,00	9.2.92	59,50	10,78
Xerox (AA)	100,00	11.2.92	64,625	8,56
Gulf Oil (AAA)	100,00	2.3.92	64,50	8,50
Gen. Elec.(AAA)	100,00	17.2.93	60,125	8,37
Caterp.Fin (AA)	100,00	11.2.94	51,875	9,39
Penney (A–)	100,00	17.2.94	52,75	9,12
Sears (AA)	100,00	27.5.94	52,00	8,98
Philip Morris/A	100,00	8.6.94	51,875	8,97
Gen. Elec (AAA)	100,00	4.3.95	49,875	8,56

Renditen und Preise von Pfandbriefen und KO

Laufzeit Jahre	Rendite* ca.%(Vortag)	Orientierungspreise** bei Nominalzinsen von 5%	6%	7%	8%	9%	10%
1	4,70 (4,70)	100,3	101,2	102,1	103,1	104,0	105,0
2	5,10 (5,00)	99,80	101,5	103,4	105,2	107,1	108,9
3	5,40 (5,36)	98,65	101,4	104,1	106,8	109,5	112,2
4	5,75 (5,67)	97,05	100,9	104,0	107,5	111,0	114,5
5	6,00 (5,98)	95,40	100,0	103,8	108,0	112,2	116,4
6	6,20 (6,15)	93,64	99,00	103,4	108,3	113,2	118,0
7	6,50 (6,45)	91,25	96,70	102,2	107,7	113,1	118,6
8	6,80 (6,75)	88,60	94,60	101,2	106,5	112,5	118,6
9	6,98 (6,95)	86,50	93,00	100,2	106,0	112,5	119,0
10	7,01 (6,98)	85,25	92,75	99,95	106,2	113,2	120,2
15	7,25 (7,20)	79,05	87,95	96,90	105,8	114,7	125,6

*Die Rendite wird auf der Basis aktueller Kupons berechnet (ca. %)
**Aufgrund der Marktrendite errechnete Preise, die von den amtlich notierten Kursen vergleichbarer Papiere abweichen können

Commerzbank Rentenindex: 112,015 (112,180)
Performance-Rentenindex: 247,661 (247,850)
Mitgeteilt von der COMMERZBANK

New Yorker Finanzmärkte

Fed Funds	20. Okt.	5,819-5,875
Commercial Paper (Direktplazierung)	30–59 Tage	5,775
	60–270 Tage	5,65
Commercial Paper (Händlerplazierung)	30 Tage	5,80
	60 Tage	5,775
	90 Tage	5,75
Certificates of Deposit	1 Monat	5,80
	2 Monate	5,60
	3 Monate	5,80
	6 Monate	5,80
	12 Monate	6,05
US-Schatzwechsel	13 Wochen	5,30
	26 Wochen	5,39
US-Staatsanleihe	10 Jahre	7,64
	30 Jahre	7,91
US-Diskontsatz		5,50
US-Primerate		7,50
Geldmenge M1	6. Okt.	701,5 Mrd. $ (-7,7 Mrd. $)

NYSE-Aktienindex (New York)		
Dez.	135,95	136,10
März	136,50	136,50

Mitgeteilt von Hornblower Fischer & Co., Frankfurt

Dollar-Anleihen

	20.10.	17.10.
9¾ EEC 90	105,75	105,75
11⅛ dgl. 90	111,375	111,375
10⅞ EIB 93	110	110,25
11 dgl. 91	112,875	113,125
11⅛ dgl. 90	114,25	114,625
11⅞ dgl. 93	120,375	120,875
12 dgl. 95	122,375	123,125
12⅛ dgl. 90	116,125	116,5
12⅞ dgl. 93	127,875	128,375
13 dgl. 96	120,125	120,625
10⅝ Wld Bk. 95	112,125	112,625
10⅛ dgl. 88	105,375	105,5
10⅞ dgl. 90	110,375	110,75
10⅞ dgl. 95	114,875	115,25
11 dgl. 92	114,375	114,625
11¼ dgl. 88	108,375	108,625
11¼ dgl. 90	113,5	113,875
11⅜ dgl. 89	109,375	109,575
11½ dgl. 90	114,25	114,25
12 dgl. 93	122,5	122,5
12¼ dgl. 94	125,875	125,875
12⅞ dgl. 94	129,125	129,125

Euro-Yen

	20.10.	17.10.
6¾ Al.Corp 91	101,75	101,875
6⅜ All.Sign93	101	101,25
7⅛ ADB 94	106,875	107,25
7 Austria 95	104	104,25
7 BP 92	104,875	104,875
6⅜ Denmark 92	102,5	102,75
7 Denm.Bk. 92	103,375	103,75
7 Dow Chem.94	101,125	101,25
6⅞ EDF 95	103,125	103,75
6½ Eurofima95	100,5	100,75
6⅜ dgl. 92	102,25	102
6⅜ dgl. 93	101,75	101,75
7⅜ dgl. 94	104,625	104,5
6⅞ Foenale 92	103,125	103,25
6⅜ FinLRep90	104,125	104,125
6⅜ GMAC 90	101,125	101,375
7⅛ Goodyear95	102	102,25
6⅞ dgl. 94	100,375	100,625
6¾ ITT 92	101,75	101,875
6¾ McDonal.92	101,75	101,75
6⅜ Montreal95	101,625	102
6½ NordLB 93	101,375	101,25
6 NIB 91	100,5	100,375
7 dgl. 92	104,875	104,875
7 Pac.Gas 94	–	–
6¾ Penney 92	102,25	102,5
6¾ Procter 92	102,125	102
6⅜ Sallie 92	102,125	102,25

6⅞ Sears 91	103	103,625
6⅜ Swed.Ex.91	101,25	101,25
7 TRW 94	101,75	101,375
6⅜ Un Tech.97	101,875	102
6⅜ W.Dsn.96	100	100,125
6½ World Bk96	100,75	101
6⅜ dgl. 90	105	105,125
6⅜ dgl. 94	102,25	102,5
7 dgl. 94	104,25	104,5

Lux. Franc Bonds

	20.10.	17.10.
9¼ Alcoa 87	99,75	99,75
9¾ Asea 89	102	102
6⅜ Asian Dv87	99,5	99,5
10⅛ BFG Lux90	105,5	105,5
11 BNP 90	104	104
9 dgl. 93	107	107
10⅜ Ceca 94	106,5	106,5
11 dgl. 92	105,5	103,5
13 dgl. 91	101	101
8⅞ Conseil 95	105	105
12½ dgl. 92	106	105
8 Coprel 88	100,25	100,25
8⅛ dgl. 89	100,5	100,5
11 Cr.Lyon.88	102	102
13 dgl. 89	105,25	105,25
7⅜ Den.Mtg 88	99,75	99,75
8⅞ EEC 95	105	105
8⅜ Euratom 89	103	103
10⅛ dgl. 96	110	110
10 dgl. 93	101,25	101,25
8⅜ Eurol 89	102,5	102,5
9 dgl. 95	105,5	105,5
10 dgl. 91	105,75	105,75
10 dgl. 94	105	105
8 EIB 91	100	100
8⅜ dgl. 93	105	105
9⅞ dgl. 95	107,5	107,5
9⅛ dgl. 88	101,5	101,5
9⅞ dgl. 93	106	106
10⅜ dgl. 94	112,5	112,5
11⅛ dgl. 88	101	101
12⅜ dgl. 90	106	106
8⅜ Goodyear95	103,25	103,25
9⅛ Ind.B.F.95	104,25	104,25
9⅛ Hypo Bk.88	101,5	101,5
11 Krediet.93	104	104
7⅜ dgl. 87	99,75	99,75
12½ dgl. 88	102,5	102,5
10 dgl. 90	104	104
11⅜ dgl. 89	102,5	102,5
8 Luxair 87	99,75	99,75
8½ dgl. 87	99,75	99,75
8⅜ Met.Chim92	103,5	103,5
9 dgl. 95	105,5	105,5

8 Norges 86	99,75	99,75
8 Oslo 89	100	100
8½ dgl. 87	100	100
9 Paribas 92	106	106
10¼ Paribas89	103,75	103,75
8 Philips 89	100	100
7⅜ Renault 88	99,75	99,75
7½ Sogenal 91	100	100
9½ dgl. 92	106	106
10⅜ Solvay 87	100,75	100,75
8 Sverigas 88	100,25	100,25
9¼ Volvo 87	100	100
8 WorldBk. 96	103,5	103,5
9⅜ dgl. 90	103,5	103,5
10⅛ dgl. 89	103	103

Rechnungs-Einheiten
RE 9 DM 2,52832

	20.10.	17.10.
8⅜ Cop City91	99	99,75
12⅜ dgl. 92	101	103
8¼ CCA 91	99,5	99,75
11⅛ Ned. G.88	100,5	100,5
9¼ Queb. 9.94	99,5	99,75
8½ SDR 96	99,5	99,75

ECU

	20.10.	17.10.
7¼ Aegon 95	92,75	93,375
9⅜ ABN 91	103,25	103,5
All Nippon 95	101	101,875
9⅜ ANZ 92	102,75	102,875
10⅜ Austria93	109,125	109,5
10 BNDA 92	103	102,875
8⅜ B.d.Roma93	96,875	97,25
9 M.-Hope 92	102,125	102,375
9 Bk.Hels.96	100,625	101,125
7⅜ BNP 93	94,25	95,375
9⅛ dgl. 95	101,125	101,875
8⅜ Bay Vbk.88	100,5	100,25
8⅜ BFCE 93	100,25	100,625
9⅛ dgl. 92	104,125	104,75
9⅛ dgl. 95	104,25	104,875
9⅛ BoB 92	100,375	100,875
9⅜ CNT 92	104,125	104,625
9⅜ dgl. 95	104,5	104,75
8⅞ Cargill 95	99,25	100,25
10¼ Ceca 89	105,375	105,875
9 Chrysl. 92	99,5	100,5
9⅜ dgl. 94	100,875	100,75
9 ClubMed 88	100,875	101,125
9 Colgate 91	99,5	99,75
9 Cop City 95	99,375	100,5
9¼ CCF 95	102	102,75
9⅜ CrdNord 91	103,375	103,25

11½ CraFonc90	–	–
11⅛ dgl. 90	–	–
6⅜ CrdLyon 92	90,875	91,375
8⅞ CraNat 95	100,875	–
10⅞ dgl. 94	108,675	109,875
8⅞ Creanst 94	102	103
9⅞ Credito 92	105,25	105,625
7⅜ Denmark 96	94,75	94,375
9 EDF 97	102,125	102,75
8⅞ EEC 93	100,75	101,375
8⅜ ELFAqu. 88	100	100,375
9 Enso Gut. 91	100,5	101
9⅛ dgl. 93	100,75	101,125
10 Euratom 97	104,625	105,375
7⅜ dgl. 95	92,25	93,25
9⅜ Eurofima93	101,375	102
8⅜ EIB 90	101,75	101,25
8⅜ dgl. 93	101	102,5
8⅜ dgl. 92	101,125	101
9⅞ dgl. 95	107,125	108,125
10⅜ dgl. 94	109,125	109,75
10⅜ dgl. 94	107,625	108,5
10⅜ dgl. 90	108,125	108,25
11⅛ dgl. 92	109	109,75
9 Eutelsat 93	99,75	100,25
6⅞ EDC 96	88	89,125
8⅜ Fiat 90	99,25	100
9 IBKFinnl 95	100	100,375
8⅞ Ford C 93	99,625	100,375
7½ Gil 93	96,75	97,125
7 Giroz. 93	92	93
10½ dgl. 93	108,875	109,125
10 IADB 93	108,25	107,625
8¼ IBM 90	100,25	100,375
6⅞ Iceland 96	89	90
9 Imatran 96	100,75	100,875
9⅜ Italia 89	101,125	101,25
10½ dgl. 92	109,625	109,75
9⅜ Kansall 92	102,375	103
9⅜ Kbitma 92	101,375	101,5
6⅜ KB/lbi 95	89,25	89,875
10¼ Megal 95	103,75	104
8½ Mits Tr 93	100	100,375
9 MoetHen.91	101,25	101,625
9⅜ Mol 90	101,5	101,75
8½ Morgan 90	100,75	100,5
8⅜ Motorola92	99,75	100,375
9 Norsa 95	99,625	100,125
8½ N.S.Wal 93	99,5	100,75
9¼ N.Zeal. 90	102	102,75
9½ N.Zeal 92	102	102,875
7⅜ Nissan 96	92,125	93,75
9 OstLbk. 89	100,75	101,125
8⅜ Olivetti93	101,125	102,25
8⅜ Parbel 89	99,875	100,125
10 Pechin 90	102,625	103,25

9 Petroc.93	98,25	98,75
9¼ Peugeot 90	100,625	101,125
8½ Pirelli 95	98,375	99,25
9 Philips 93	101	101,625
9¼ Rabo 92	102,5	103,5
10 Prvbk. 97	103,875	104,375
7½ Rabobk. 96	93,875	95,125
8⅜ Reynolds91	100	100,5
9 SAS 95	101,75	102,5
9 Sanwa 95	102	102,375
8¼ Secpac 90	99,625	99,875
9 SNCF 95	102,75	103,125
9¼ Sumitomo92	101,25	102
9¼ dgl. 95	103,25	103,625
9 dgl. 93	101,875	102,25
6½ Schweden96	89,125	90,125
9 Unbk.Nor 95	99,625	100,625
8⅜ Vict. 90	100	100,5
8½ WallD. 94	99,625	100
9⅛ dgl. 95	101,25	102
8½ Washgl 96	101,125	101,875
9¼ Westpac92	102,875	103
8 Worldbk.95	100,5	101,375
8⅞ dgl. 93	101,875	102,5
9½ dgl. 97	105,625	106,125
10¼ dgl. 89	104,75	105
10⅜ dgl. 94	109,375	109,625
11 dgl. 93	107,5	108
8 Xerox 90	100	100,125

ECU-Tageswerte

	20.10.	17.10.
Dollar	1,04647	1,054414
Bfr	43,2353	43,1962
DM	2,08184	2,07930
Hfl	2,35297	2,35022
£	0,731759	0,737422
Dkr	7,83922	7,83757
FF	6,81949	6,80978
Lira	1440,39	1438,70
I£	0,765485	0,765259
Sfr	1,70827	1,70455
öS	14,6541	14,6273
Peseta	138,545	138,357
Skr	7,16794	7,18242
Nkr	7,65054	7,67048
Kan $	1,45640	1,464373
Esc	153,300	153,431
Fmk	5,08244	5,09679
Yen	162,090	162,549
Drachme	140,342	141,007

SZR-Wert

	20.10.	17.10.
Dollar	1,21951	1,22108
DM	2,41317	2,40968

Ein Stummfilm-Hauptwerk des Gründers von „United Artists“, David W. Griffith, über tragische Liebe

Des Preistreibers Untergang in Hollywood

Mit dem Namen David Wark Griffith verbindet sich eine Epoche filmischen Umbruchs, wie er in dieser Wucht nur noch beim Aufkommen des Tonfilms zu verzeichnen war. Griffith, geboren 1875, war ein Mann des Theaters, der eher durch Zufall 1905 nach Hollywood kam. Nach einigen Engagements als Filmschauspieler drehte Griffith 1908 für die „Biograph“-Produktionsgesellschaft seinen ersten Film, den melodramatischen Einakter „Dollys Abenteuer“.

Obwohl dieses Filmchen sich in nichts von den damals üblichen Kinodramen unterschied, überzeugte Griffith die Produzenten von seinem Talent, und wenig später vertraute man ihm größere Projekte an. Kurz vor dem Ersten Weltkrieg begann der kometenhafte Aufstieg des Wüstenortes Hollywood zur Filmmetropole. Und Griffith gilt heute als der Mann, der entscheidend daran mitwirkte. 1915 begann der Regisseur mit den Dreharbeiten zu seinem mehrstündigen Epos „Die Geburt einer Nation“, die Geschichte des nordamerikanischen Bürgerkrieges. Mochte dieser Film auch wegen seiner rassistischen Ideologie, die in der Aufhebung der Sklaverei die Wurzeln alles Unglücks sah, das Amerika künftig traf, fragwürdig erscheinen, so beeindruckten doch die Schlachtenszenen.

Griffith hatte dabei die Kamera auf eine Art eingesetzt, wie es noch nie jemand zuvor gewagt hatte: Die Kameramänner lagen in Gräben und filmten die heranstürmenden Pferde und Menschen, so daß im Kino der Eindruck erweckt wurde, daß sich

Broken Blossoms – Nord III, 22.10 Uhr

diese Mengen von Tieren und Menschen direkt auf den Zuschauer zuwälzten und ihn überrollten.

Bis heute gilt „Geburt einer Nation“ als die klassische Filmerzählung des Kinos, ein Werk, das die für seine Zeit ungeheuerliche Summe von 100 000 Dollar verschlang. Doch bereits ein Jahr später benötigte Griffith für seine nächste Produktion, „Intoleranz“, knapp zwei Millionen Dollar und setzte damit die Zeichen für eine neue Ära des Kinos. Die einstige „Werkstatt“ Hollywood war durch Regisseure wie Griffith und Thomas Ince zu einer Großindustrie geworden.

Verdienten die Darsteller um 1910 noch einige hundert Dollar pro Film, zahlte Griffith zehn Jahre später seinen Schauspielern, Mary Pickford und Lilian Gish, Hunderttausende von Dollars. Aus anonymen Regisseuren, Kameraleuten und Schauspielern wurden „Stars“ und „Meister ihres Fachs“. Die steigenden Filmkosten wirkten sich auf die Eintrittspreise für das Kino aus. Fünf Cents hatte ein Besucher des Nickelodeons gezahlt, um sich eine halbe Stunde Zappelkino anzusehen. Als „Die Geburt einer Nation“ in die Kinos kam und in New York 42 Wochen auf dem Spielplan stand, mußten die Zuschauer bereits zwei Dollar bezahlen.

Im Jahre 1919 war Griffith Hollywoods erfolgreichster Regisseur, obwohl sein teures Epos „Intoleranz“ finanziell eine Katastrophe war und dem Regisseur einen lange Zeit nicht gutzumachenden Prestigeverlust eingebracht hatte. Zusammen mit Charles Chaplin, Mary Pickford und Douglas Fairbanks sen. gründete er die legendäre „United Artists“, die nicht nur Filme produzierte, sondern auch in den Verleih nahm.

Für seine neue Firma schuf Griffith 1919 „Broken Blossoms“ (gebrochene Blüten), die tragische Liebesgeschichte zwischen einem Chinesen und einer schönen jungen Frau, deren Vater ein brutaler Säufer ist. Lilian Gish spielte das Mädchen, Donald Crist den Liebhaber. Dieses elegisch gefilmte Melodram wurde finanziell recht erfolgreich und bescherte Griffith in den kommenden Jahren noch einige große Aufträge, von denen 1930 sein erster Tonfilm „Abraham Lincoln“ mit Walter Huston heute der bekannteste ist.

Doch 1931 erlebte Griffith mit „Der Kampf“ einen Fehlschlag, von dem er sie nie wieder erholte. 1958 starb der Regisseur, der das Opfer jenes Monsters geworden war, das er selbst mitgeschaffen hatte. Er selbst hatte einmal gesagt: „Kino ist ein einziges Risiko, die Filmindustrie ist grausamer als der Krieg, denn es gibt auf Dauer hier keine Gewinner, nur Verlierer.“

MARGARETE von SCHWARZKOPF

KRITIK

Trieb – nicht Sex

Finnische Filme haben im deutschen Kino keine Chance – zu fremd ist ihre Welt. **Die Erde ist unser sündiges Lied** von Rauni Mollberg zeigt dies – und es ist ein Verdienst, daß das ZDF diesen Film vorstellte. Menschen stellt Mollberg vor, die an eine 35-Stunden-Woche nicht denken, sie sich gar nicht vorstellen können. Sie leben in der Agrarkultur, von der unsere Grünen träumen: Diese wissen ja nicht, daß die „rohe“ Natur rund um die Uhr bearbeitet werden muß, auch von Hochschwangeren, wenn sie das Lebensnotwendigste bescheren soll.

„Genuß“ hält sie nicht bereit, und wenn die Dorfbewohner sich vergnügen wollen, so gibt es allenfalls eine Tanzdiele am See. Man tröstet sich mit Schnaps, und das Leben ringsum, Felder und Vieh, verweisen die Menschen früh auf ihre nackte animalische Körperlichkeit. So ist es denn nicht Sex, was sie treibt und was sie treiben – es ist dumpfer Trieb: man nimmt einander ohne viel Federlesen – und wird sich dessen nur bewußt, wenn ein feister Prediger vorbeikommt, ins Gewissen redet – und eines der Schäfchen ins Gatter treibt.

Der Film macht das, oft in zu ehrgeizigen und dann verwirrenden Schnitten, vor allem an Landschaften fest – oder an verwitterten Gesichtern, die gleichfalls Landschaften sind. Das ergibt zwar keine „Spannung“, doch es fasziniert bis zur letzten Einstellung.

K.B.

Drei Hämmer

Sagt eine häßliche Frau zu ihrem Mann: „Als ich aus dem Fenster sah, graute der Morgen!“ Korrigiert der Mann ihre Grammatik: „Dem Morgen!“ Von dieser brachialen Art war der Humor von **Sketchup**, der ersten Folge der wiederaufgelebten Reihe (ARD), in der Iris Berben und Diether Krebs ihr Unwesen trieben.

Wie schon früher: Die Stärke dieser satirischen Reihe liegt eigentlich nicht im „Sketch“, sondern in den ganz kurzen, manchmal nur aus einem Satz bestehenden Spots. Allerdings muß man mitunter seelisch schon gut gepolstert sein, will man da noch lachen. Zum Beispiel empfiehlt ein zum Tode Verurteilter (früher Steuerberater) dem Henker, er solle seine Axt als Werbungskosten geltend machen. Darauf der Henker: „Aber jetzt müssen wir erst mal arbeiten.“ Immerhin gab es einige ganz hübsche Pointen. Ein Ehepaar liegt im Bett. Plötzlich fragt der Mann: „Möchtest du manchmal ein Mann sein?“ Sie antwortet mit verzögertem Knalleffekt: „Nein, eigentlich nicht. – Du vielleicht?“

Aber sowie es um größere Szenen geht, wird der Humor deutlich fernsehgerechter. Da traktiert eine Krankenschwester den Patienten mit Riesen-Spritze, Sprüngen ins Genick und Reflex-Prüfung mit dem Holzhammer (!). Nach getaner Arbeit fragt sie den halbtoten Mann, ob er denn nun einen Protestaufruf gegen Tierversuche unterschreiben wolle. An solchen Stellen fühlt man sich versucht, dem Humor der ARD eine Auszeichnung à la Michelin zuzuerkennen: Drei Holzhämmer.

LSM

Konkurrenz der Wirklichkeit

Das Thema Gewalt – in der Welt und im Fernsehen – beschäftigt die vom ZDF ausgerichteten **Mainzer Tage der Fernsehkritik**. Schon die beiden Auftakt-Referate zeigten, wie kompliziert das Problem ist.

Der Wiener Psychologe Professor Friedrich Hacker wies darauf hin, daß das Fernsehen – zunächst Nachahmer der Realität – längst zu ihrem Konkurrenten geworden sei, der selber Gewalt als „vorgespielte Wirklichkeit“ produziere. Das Gefährliche daran sei, daß Gewalt nicht nur gezeigt, sondern meist auch gerechtfertigt werde. Der Stärkere, der Sieger, sei in der Regel der Gute und Gerechte. So werde Gewalt trivialisiert.

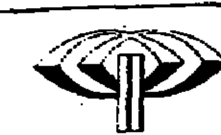
In seinem Korreferat beschäftigte sich der Wiener Regisseur Axel Corti mit dem „Zynismus der Macher“ (der Regisseure und Programm-Verantwortlichen). Sie seien sich oft der Gefährlichkeit ihres Tuns bewußt. Aber eine Art Selbstkorruption verführe sie dazu, im Zweifel nicht ihr Gefühl oder ihr Verantwortungsgefühl, sondern nüchternes Kalkül entscheiden zu lassen.

Nea.

ARD

9.45 Ratgeber: Spielzeug
10.00 heute
10.05 Ein Mann für Millie
Amerikanischer Spielfilm (1947)

15.55 Tagesschau
15.45 Bhutan – Lotusgarten der Götter
Bericht von Heinrich Harrer
16.45 Da schau her!
Todessprung der Ente Quack. Mit Tauchkapsel zum Meeresgrund
17.15 Computerzeit
Künstliche Intelligenz
17.45 Tagesschau
17.55 Regionalprogramme
20.00 Tagesschau
20.15 Segeln macht frei
Zweiteiliger Fernsehfilm
1. Wie man segeln lernt
21.35 Brennpunkt
Thema: Afghanistan – Kein Ausweg für Moskau?
Bericht von Peter Krebs
22.00 Tagesthemen
22.30 Fußball-Europapokal
2. Runde – Hinspiele:
Landesmeister: Bayern München – Austria Wien. Pokalsieger: Torpedo Moskau – VFB Stuttgart. UEFA-Pokal: Dukla Prag – Leverkusen, Widzew Lodz – Uerdingen, Borussia Mönchengladbach – Feyenoord Rotterdam
0.00 Einsatz in Manhattan
Der Gejagte
0.45 Tagesschau
0.50 Nachtgedanken
Aristoteles: Was ist Seelengröße?



11.30 Kulturweltspiegel
12.10 Monitor
12.55 Presseschau
13.00 heute

16.00 heute
16.04 Anderland
Wie finde ich dich wieder?
16.35 Der Waschbär Rascal
Eine überraschende Heirat
17.00 heute / Aus den Ländern
17.15 Tele-Illustrierte
17.45 Die Wicherts von nebenan
Hannelores Führerschein
18.55 Lotto am Mittwoch
19.00 heute
19.30 P. I. T. – Peter Illmann Treff
Disco-Musik
20.15 Kennzeichen D
Themen: SDI. Arbeiter im Stahlzentrum Riesa (DDR). Städtepartnerschaften: Jena-Erlangen und Danzig-Bremen
21.00 Der Denver-Clan
Die Colbys
21.45 heute-journal
22.05 Apropos Film
„Down by law“ von Jim Jarmusch. „Macaroni“ von Ettore Scola. „Das kalte Paradies“ von B. Safarik
22.50 Der Gast
Film von Wolfgang Mühlbauer
Mia und Michael Seefelder ahnen nicht, worauf sie sich einlassen, als sie einen in der Tiefgarage übernachtenden Mann vor dem Zugriff ihres Hausmeisters bewahren.
0.35 heute

SAT 1

15.35 Indian River
Neue kanadische Serie
16.00 Drei Mädchen und drei Jungen
Am liebsten würd' ich Architekt
16.25 Die Waltons
Von Fremden zu Freunden
17.10 Kung Fu
Anschließend: Affenspiele
18.00 Es darf gelacht werden
Festival mit Harry Langdon
Anschließend: Goldies
18.30 Blick
18.45 Sport
19.45 Völlig falsch verbunden
Amerikanische Filmkomödie (1965)
21.30 Blick
22.15 Wunder, Mystik, Phänomene
Thema: PSI, was ist das eigentlich?
22.45 Nummer Sechs
Der General
23.35 Blick



19.00 Kulturlandschaft Schwarzwald
19.45 Follow me
20.00 Tagesschau
20.15 Der Forellenhof (1)
Hochsaison
21.15 Hengste, Kutschen, Kavalkaden
Pflicht und Kür der Dillenburger Hengste
21.45 Nachtschatten
Deutscher Spielfilm (1971)
23.20 Nachrichten



18.00 Mini-ZIB
18.10 Bilder aus Deutschland
Lübeck – Großstadt im Schatten der Grenze
19.00 heute
19.20 Studio
19.30 Prinz Eugen, der edle Ritter
Fest auf Schloßhof
20.25 Klingendes Österreich
Wörthersee
21.15 Zeit im Bild 2
21.35 Kulturjournal
21.45 Zukunft ohne Arbeit – Arbeit ohne Zukunft
Von Samuel Plattner



18.15 Hits mit Witz / Regional 7
18.30 Auto – Auto
18.53 7 vor 7
19.22 Karlchen
19.30 Bergerac (13)
20.15 RTL-Spiel
20.20 Filmvorschau
20.30 Aufruhr in Laramie
Amerikanischer Western (1954)
Regie: Jesse Hibbs
Dazwischen: Zeichentrick
21.55 RTL-Spiel
22.00 Die 7-Minuten-Nachrichten
22.07 Popeye
22.15 Wer bin ich?
22.50 Wetter/Horoskop/Betthupferl
23.30 Wall Street Final

III.

WEST
16.00 Europapokal der Pokalsieger live
Torpedo Moskau – VFB Stuttgart
18.00 Telekolleg
18.30 Sesamstraße
19.00 Aktuelle Stunde
19.45 Fenster-Programme
20.00 Tagesschau
20.15 Mittwochs in Essen
21.45 eff-eff
22.30 Große braune Augen
Amerikanischer Spielfilm (1936)
Original mit Untertiteln

NORD
16.00 Europapokal der Pokalsieger live
Torpedo Moskau – VFB Stuttgart
17.45 Fiesta
Landshuter Hochzeit
18.00 Sesamstraße
18.30 Die Sprechstunde
19.15 Das internationale Kochbuch
19.30 Fern vom Garten Eden (5)
20.00 Tagesschau
20.15 Schleswig-Holstein aktuell
nur NDR und RB
20.15 Stadtgespräch (nur SFB)
21.00 Offerte
21.15 Panagulis lebt (4)
Der Unfall
22.10 Broken Blossoms
Amerikanischer Spielfilm (1919)

HESSEN
16.00 Europapokal der Pokalsieger live
Torpedo Moskau – VFB Stuttgart
18.00 Sesamstraße
18.35 News of the Week
18.50 Dingsda
19.20 Hessenschau
19.55 Drei aktuell
20.00 Reißt die Mauern ein
Psychiatriereform
21.30 Drei aktuell / Sport
21.50 Lindenstraße
22.20 Gran Canaria
Fernsehfilm von J.-M. Baldenius

SÜDWEST
15.55 Europapokal der Pokalsieger live
Torpedo-Moskau – VFB Stuttgart
18.00 Sesamstraße
18.30 Simon
18.35 Matt und Jenny
18.58 Schlagzeilen
19.00 Abendschau / Blick ins Land
19.26 Sandmännchen
19.30 Schlaglicht
35-Stunden-Woche
20.05 Miss Marple
21.00 Aktuell / Neues
21.15 Forum
Thema: Katalysator
22.15 Chronik armer Liebesleute

BAYERN
18.45 Rundschau
19.00 Pink
19.25 Dingsda
19.50 Der Gerichtsvollzieher
20.50 Zeitspiegel
21.30 Rundschau
21.45 Z. E. N.
21.50 Erbe der Väter (5)
22.45 Lese-Zeichen
23.15 Ein Sehnen, das zerstört

Nach langer, schwerer Krankheit verstarb am 18. Oktober 1986 unser ehemaliges Vorstandsmitglied, Herr

Karlheinz Mangelsen

im Alter von 74 Jahren.

Herr Mangelsen gehörte dem Kaufhof-Konzern seit April 1939 an. Seine erfolgreiche berufliche Karriere führte ihn im Juli 1958 in die Geschäftsleitung der Kaufhalle GmbH, und im November 1969 erfolgte seine Berufung in den Vorstand der Kaufhof AG, dem er bis zu seiner Pensionierung Mitte 1978 angehörte.

Mit unternehmerischem Weitblick hat er die Entwicklung des Kaufhof-Konzerns mitgestaltet und sich große Verdienste erworben. Ausgewogene Urteilskraft und hohes Verantwortungsgefühl prägten seine Entscheidungen. Auch über die Grenzen des Unternehmens hinaus wurde sein fachlicher Rat vielfach gesucht und hoch geschätzt.

In Trauer und Dankbarkeit nehmen wir Abschied von Herrn Mangelsen, dem wir stets ein ehrendes Gedenken bewahren werden.

Köln, den 20. Oktober 1986

KAUFHOF
Aktiengesellschaft
Aufsichtsrat und Vorstand

Die Trauerfeier findet am Freitag, dem 24. Oktober 1986, um 11.30 Uhr in der Trauerhalle des Friedhofs Köln-Melaten, Eingang Piusstraße, statt.

Die Beerdigung erfolgt im Kreis der Familie auf dem Friedhof St. Severin in Keitum/Sylt.

Am 18. Oktober 1986 verstarb nach langer, schwerer Krankheit Herr

Karlheinz Mangelsen

im Alter von 74 Jahren.

Herr Mangelsen trat im April 1939 in unser Unternehmen ein. Nach verschiedenen Tätigkeiten im Kaufhof-Konzern wurde er im Juli 1958 Geschäftsführer unseres Unternehmens. Der Geschäftsleitung gehörte er bis zu seiner Berufung in den Vorstand der Kaufhof AG im November 1969 an.

Von Oktober 1971 bis Oktober 1985 war Herr Mangelsen Mitglied des Aufsichtsrats der *Kaufhalle GmbH, davon über sechs Jahre dessen Vorsitzender.*

Herr Mangelsen hat in den langen Jahren seiner Tätigkeit bei uns mit seinem reichen Erfahrungsschatz und unternehmerischer Initiative die Entwicklung der Kaufhalle GmbH *maßgeblich mitgestaltet.*

Wir trauern in Dankbarkeit um einen Mann, der sich aufgrund seines Wesens großer Sympathie und Achtung erfreute.

Wir werden ihm stets ein ehrendes Andenken bewahren.

Köln, den 20. Oktober 1986

KAUFHALLE
Gesellschaft mit beschränkter Haftung
Aufsichtsrat und Geschäftsführung

Die Trauerfeier findet am Freitag, dem 24. Oktober 1986, um 11.30 Uhr in der Trauerhalle des Friedhofs Köln-Melaten, Eingang Piusstraße, statt.

Die Beerdigung erfolgt im Kreis der Familie auf dem Friedhof St. Severin in Keitum/Sylt.

IMMOBILIEN / KAPITALIEN



Bremische Paradoxien

L. S. M. Spieglein, Spieglein an der Wand, wo sind die genialsten Kulturpolitiker im Land? Aus dem Spiegel schaut uns sogleich das Bremer Stadtwappen an. Denn es gibt einfach kein deutsches Bundesland, wo man so erfolgreich auf Goethes Mephisto-Wort baut: „Ich bin ein Teil von jener Kraft, die stets das Böse will und stets das Gute schafft."

Als die Bremer nach dem Kriege ihr Drei-Sparten-Theater aufbauten, konzipierten sie es räumlich so, daß künstlerische Entfaltung ausgeschlossen schien. Aber dann kam Kurt Hübner und engagierte zum Beispiel Peter Stein – das Theater machte Furore. Also ekelte man Hübner weg und engagierte den provinziellen Peter Stoltzenberg. Der machte den Fehler, George Tabori nach Bremen zu holen – und wurde vergrault. Dann holte Arno Wüstenhöfer die Truppe von Frank Patrick Steckel, und schon beschloß man, das Schauspiel überhaupt zu schließen, worauf das ganze Ensemble die Stadt verließ.

Nachdem man später dennoch ein billiges Schauspiel (mit schräger Bühnenrückwand) gebaut hatte, bestellte man Günther Krämer zum neuen Schauspielchef. Man gab ihm – mündlich – alle Vollmachten, engagierte aber einen Generalintendanten, der nur was von der Oper versteht, dafür aber alle Vollmachten schriftlich hat. Auf diese Weise hoffte Bremens brillanter, weiser Kultursenator Franke: Falls Krämer Erfolg haben sollte, würde ein interner Krach zwischen Krämer und „General" Richter das Problem schon lösen.

Krämer hatte Erfolg, den Krach hat er auch. Richter, um seine Macht zu demonstrieren, entließ kurzerhand Krämers engste Mitarbeiter, seinen Haupt-Regisseur und seine Produktions-Dramaturgin. Nun drohen Krämer und sein Ensemble wieder einmal mit dem Weggang aus Bremen. Richter will nicht auf seine Rechte verzichten, Krämer kann nicht. Franke darf sich die Hände reiben – Bremer Theater ist ex. Das Märchen empfiehlt dem Schauspiel-Chef: „Etwas Besseres als den Tod wirst du überall finden!"

Londons Westend jubelt: Lloyd-Webbers neues Musical „The Phantom of the Opera" uraufgeführt

Das Monster läßt den Lüster krachen

Londons Musical-König Andrew Lloyd-Webber hat es wieder einmal geschafft. In seinem neuen Musical „The Phantom of the Opera", uraufgeführt in diesen Tagen in Her Majesty's Theatre am Haymarket, hat er sich seine kürzlich geäußerte Selbstkritik zu Herzen genommen und ein Musical ganz ohne High-Tech-Elektronik und Rock-Maschinenmusik geschaffen. Musicals à la High Tech nach Art des Weltraumspektakels „Time", so hatte Lloyd-Webber geäußert, liefen Gefahr, „den Menschen aus dem Auge zu verlieren". Die neue Parole müsse heißen: *Retour à l'amour*. Nun, das „Phantom" entspricht genau dieser Forderung.

Lloyd-Webber läßt hier die romantische Liebe wieder voll zu ihrem Recht kommen. Seine literarische Vorlage, Gaston Leroux' Roman aus dem Jahre 1911 über das in der Pariser Oper herumspukende „Phantom", ist ja im Grunde eine sentimentale Liebesgeschichte. Sie bietet beste Gelegenheit, tief in die Kiste der alten klassischen Gefühle zu greifen und eine echt dramatische Handlung rund um das unverwüstliche Dreiecksverhältnis zu entwickeln.

Die junge Sängerin Christine wird hin- und hergerissen zwischen dem jungen, attraktiven Aristokraten und Gesellshaftslöwen Raoul, Vicomte de Chagny, und dem in der Kloake tief unter der Oper hausenden verkannten und gedemütigten Genie, dem „Phantom". Und dieses ist ein sehr menschliches Gespenst, zumal ihm Lloyd-Webber sämtliche Dracula-Anwandlungen, denen es sich im Original gelegentlich überläßt, gründlich ausgetrieben hat. Übriggeblieben ist die alte Konstellation „la belle et la bête" – eine Erfolgsformel offenbar auch für das Musical.

„Humanisierung" auch bei der Musik: Lloyd-Webber benützt wieder ein Orchester, „live" im Orchestergraben. Der Synthesizer ist mit zwei Keyboards nur noch eine von vielen Stimmen. Und siehe da: Die Ausdruckspalette ist gleich wieder reicher. Und bestens geeignet zur Illustration der beiden musikalischen Welten der im Jahre 1861 spielenden Handlung: Hübsche Parodien auf Opern der Zeit einerseits, der typische Lloyd-Webber-Sound für die melodramatische Gefühlsskala andererseits.

Wie Zeffirellis „Traviata" beginnt das Musical mit einer Auktion von Bühnenrequisiten, wobei man erstmals den riesigen Lüster sieht, den das Phantom dann auf dem Höhepunkt der Haupthandlung krachend niedersausen läßt. Weiter geht's mit einer parodierenden Generalprobe der Oper „Hannibal", verpackt in einen spektakulären Bühnenzauber, der auch ausgepichten Musical-Roués die Sprache verschlägt (Bühnenbild Maria Björnson). Ein lebensgroßer Plastik-Elefant wird auf die Bühne gerollt. Es meyerbeert und puccinit höchst ergötzlich.

Und dann der Abstieg in die grandiose Palast-Unterwelt des Phantoms: Ein düsterer Styx ist in einem Nachen zu durchqueren. Hunderte flackernder Irrlichter recken sich zu übermannshohen Kandelabern, ein gewaltiges Fallgatter schließt sich – Symbol für den Außenseiter, der ein- und ausgeschlossen ist.

An Cocteau erinnert die aus dem Spiegel von Christines Garderobe tretende Gestalt des Phantoms, an E. T. A. Hoffmann das Motiv des Doppelgängers zwischen Alptraum und Realität. Michael Crawford spielt dieses deformierte Monstrum, das Christine einst mit Engelszungen singen lehrte und ihr in unglücklicher Liebe verfallen ist, mit Halbmaske und bleibt, was Gräßlichkeit betrifft, weit hinter allen Elefantenmännern des Films zurück. Freilich, um Christines Aufstieg zu fördern und die Aufführung seiner eigenen verkannten Meisteroper zu erzwingen, läßt er alle Kobold-Effekte springen und geht, wenn notwendig, auch über Leichen.

Wenn ihn die Polizei jagt, stimmt er abwechselnd aus Logen, vom Schnürboden oder aus der Bühnenversenkung sein Hohngelächter an. Die Wirkung ist groß. Aber der Librettist Richard Stilgoe erwies dem Komponisten sicher einen Bärendienst, als er das Phantom zu früh Gestalt annehmen ließ und ihm damit ein Gutteil seiner dämonischen Dimension nahm. Auch die musikalischen Leitmotive für das Phantom sind ein bißchen schwach: einerseits eine niederstürzende Akkordsequenz, zu der die Vierte Sinfonie von Ralph Vaughan Williams Pate gestanden haben mag, andererseits ein Titelsong in einer Art Gruselidiom, das das Makabre eher verharmlost.

Die Schöne und das Monster: Sarah Brightman und Michael Crawford in der Londoner Aufführung von Webbers Musical „The Phantom of the Opera" FOTO: AP

Lloyd-Webbers neues Musical hat mit Rock so viel zu schaffen wie die Operette mit der Oper. Der Meister schrieb eine Musik zum Träumen, die am stärksten bei den ausgesprochenen Lyrismen ist, mit sattem Streicherchor, romantischen Kantilenen, etwa in Christines Song „Wishing you were somehow here again" oder „All I ask of you".

Ein Hauptelement der Partitur bilden die eingelegten Opernpersiflagen. Da karikiert Lloyd-Webber köstlich das hohle Pathos von Ausstattungsopern des französischen Stils, imitiert aber auch recht gekonnt die Opera buffa des 18. Jahrhunderts samt Rezitativ mit Cembalobegleitung. Die Nebenfiguren werden durch die Bank witzig charakterisiert. Es gibt zwei köstlich-knifflige Streit-Sextette und ein irrlichterndes kleines Fugato. Lloyd-Webbers eigener Sound gerät allerdings etwas allzu nahe an den Sound von Rodgers und Hammerstein. Der Meister versichert, das habe er ausdrücklich so gewollt.

Selten ist das Musical der Operette so nahe gekommen – das Phantom der Operette, fürwahr –, wozu auch die gediegene Regie beiträgt. Harold Prince hält die Handlung von Szene zu Szene in Spannung. Und er bietet ein großartiges Arrangement: einen Maskenball auf der riesigen Treppe des Opernhauses, bei dem das Phantom in der Maske des Roten Todes auftritt.

Das „Phantom", mit sechs Millionen Mark ausgestattet, mit verkauften Karten für drei Millionen Mark am Tag vor der Premiere, ist der absolute Hit der Saison in Londons Westend. Bühnenbilder und Bühneneffekte sind so spektakulär, daß Staatsopern vor Neid erblassen müssen. Und die mit dem Komponisten verheiratete einstige „Hot Gossip"-Tänzerin Sarah Brightman, die uns schon in seinem „Requiem" mit ihrem in den hohen Lagen ätherischen Sopran auffiel, ist als Christine nach übereinstimmendem Urteil aller, die etwas von guten Stimmen verstehen, eine Sensation. Alle Ingredienzien dieser Produktion weisen also auf Erfolg, Erfolg, Erfolg...

SIEGFRIED HELM

Tonalität heute: Die Donaueschinger Musiktage

Überm Grat zu Wagner

Ein Gespür für dichte, erstklassige Texte wird man der in Basel lebenden Komponistin Patricia Jünger zweifellos attestieren müssen. Textgrundlage ihres Hörstücks „Sehr geehrter Herr – ein Requiem", das bei den diesjährigen Donaueschinger Musiktagen uraufgeführt wurde, ist das vielleicht erschütterndste Bewerbungsschreiben in der Geschichte des Briefes. Es stammt von Emilie Kempin, der ersten promovierten Juristin der Welt, die nach langen und erfolglosen Versuchen, sich in einer rein männlichen Juristen-Umgebung zu behaupten, schließlich in einer Basler Irrenanstalt landete. Von dort aus bewarb sie sich als Hausgehilfin in einem Pfarrhaus.

Die Verlockung mußte groß sein, dieses verzweifelte Dokument einer gebrochenen, aber immer noch hellwachen und klarsichtigen Persönlichkeit zu einem Hörstück zu verarbeiten. Patricia Jünger hat den Text in seine Bestandteile zerlegt, hat diese übereinandergeschichtet und überhaupt mit allen Mitteln der Hörspielkunst versucht, die Eindringlichkeit des Textes zu vergrößern. Und genau das schlug fehl. Ein Text wie dieser wirkt durch die Hinzufügung von Musik nicht erschütternder, er braucht keine künstlerische Überhöhung. Eigentlich er verträgt sie auch nicht. Die Aufführung zählte zu den nachhaltigsten Eindrücken in Donaueschingen. Aber das lag am Text, nicht an Patricia Jüngers Verarbeitung.

Nun ist die traditionelle Hörstück-Aufführung in Donaueschingen ja nicht die Hauptsache. Im Zentrum steht die neue, die allerneueste Musik. Doch unter den zehn Ur- und Erstaufführungen war wenig, was Kraft und Eigenständigkeit genug besitzt, um sich ein längerfristiges Interesse zu sichern. Dabei waren einige Werke auf einem handwerklich erstaunlich hohen Niveau. Doch den Qualitätssprung von einem lediglich gut komponierten zu einem wirklich beeindruckenden, neue Hörerfahrungen vermittelnden Werk – den schaffen nur die wenigsten. Auch der Freiburger Kompositionsprofessor Brian Ferneyhough nicht, dessen „Carceri d'Invenzione" allein schon wegen ihrer neunzigminütigen Dauer zur Hauptaufführung des Festivals wurden. Das Werk hat zweifellos viele Vorzüge: eine hübsche Instrumentation, Virtuosität, Kontrastreichtum und eine schön ausgehörte Klanglichkeit. Nur das wichtigste Merkmal fehlt ihm: eine unverwechselbare, eigenständige musikalische Physiognomie.

Über diese eigene Handschrift verfügten zum Beispiel die Adagio-Fragmente „Jardins Paradoxaux" des jungen Gelsenkirchener Johannes Kalitzke. Er ist ein Vollblutkomponist, der sich vorzugsweise in den Extrembereichen des Ausdrucks aufhält. Die Texte von Zärtlichkeit und Leidenschaft, die Kalitzke vertonte, sind mit großer Einfühlsamkeit umgesetzt – wobei Einfühlsamkeit eben auch bedeuten kann, daß er mit allen zur Verfügung stehenden vokalen, instrumentalen und elektronischen Mitteln geradezu wütend um sich schlägt.

Das am kontroversesten diskutierte Stück aber war Reinhard Febels „Sinfonie", in der es unverblümt nach Mahler und Wagner klingt, in der über weite Strecken der große sinfonische Gestus des 19. Jahrhunderts gepflegt wird. Febel will sich als Komponist keinem Zwang unterwerfen, auch nicht dem zur Nicht-Tonalität. Natürlich unternimmt er eine Gratwanderung, er wird sich vor Beifall aus der falschen, extrem kulturkonservativen Ecke hüten müssen. Und natürlich wird er sich immer wieder die Frage stellen müssen, ob das überhaupt geht: heute wieder tonal zu komponieren. Den Versuch aber ist es sicherlich wert, vor allem, wenn er so überzeugend ausfällt wie in dieser Sinfonie. „Man kann doch heute so etwas nicht mehr machen", schrieb Febel über sein Werk ironisch im Programmheft. Ja, warum eigentlich nicht?

STEPHAN HOFFMANN

Fritz Hochwälder †

Dramatiker, Idealist und Komödiant

Sein Leben lang tat er sich auf seine Lehre als Tapezierer, Tischler und Polsterer einiges zugute und scheute sich nicht, direkte Parallelen zwischen diesem seinem „ersten" Handwerk und seinem „zweiten" als Dramatiker zu ziehen. Auch ein Bühnenstück müsse, wie ein Stuhl, zu allererst „gut gebaut" sein, ohne Pfusch und Schluderei. Und gut gebaut waren die Stücke des Fritz Hochwälder allemal, hießen sie nun „Das heilige Experiment", „Hôtel de Commerce", „Die Frau am Weg", „Meier Helmbrecht" oder „Der öffentliche Ankläger".

Hochwälder war einer der letzten entschiedenen Idealisten des Theaters, der den einzelnen angesichts von Grenzsituationen in die volle Verantwortung stellte. Da gab es keine Berufung auf „das Milieu" und keine psychologische Ablenkung. Scharf und klar wurden die Konflikte herausgearbeitet, das Entweder-Oder, Gut oder Böse, Schuld oder Unschuld.

Der geborene Wiener, der 1940 vor den Nationalsozialisten in die Schweiz emigrieren mußte und nach dem Krieg in Zürich wohnen blieb, bevorzugte die Darstellung revolutionärer Situationen, weil er völlig richtig erkannt hatte, daß dort, wo sich das Leben zuspitzt, der Dramatiker am besten auf seine Kosten kommt. Er nannte sich „den einzigen Schüler" Georg Kaisers, den er im Exil kennen- und verehren gelernt hatte.

Dabei ging es in seinen Stücken beileibe nicht immer nur tragisch zu,



In der Grenzsituation: Fritz Hochwälder (1911–1986) FOTO: IP

im Gegenteil, Hochwälder war einer der im deutschen Sprachraum leider so seltenen begabten Komödienschreiber. Das Ausweichen der Feiglinge vor schuldhafter Vergangenheit z. B. während der Nazizeit war eines seiner Lieblingsthemen. Die Komödie „Der Himbeerpflücker" wurde geradezu ein Klassiker dieser Richtung.

Wie seine Stärken resultierten auch Hochwälders Schwächen aus seinem Idealismus. Er schrieb *Ideenstücke*, die Sprache blieb stets in dienender Position und durfte die Dialoge nicht einmal hinreichend individuell einfärben. Aber in seinen gelungensten Würfen, im „Heiligen Experiment" und im „Öffentlichen Ankläger", erreichen Idee und Sprache geradezu Identität und bezeugen, daß Fritz Hochwälder nicht zuletzt ein großer Poet gewesen ist. Jetzt ist er, 75jährig, in Zürich gestorben.

ANDREAS WILD

Stendal eröffnet ein Museum für Bilderrahmen

Winckelmanns Erben

Inhalt und Verpackung – der uralte Gegensatz hat auch in der Kunst seine eigene Geschichte, und die Stadt Stendal in der Altmark richtet dafür jetzt ein eigenes Museum ein: das erste und einzige Bilderrahmenmuseum nicht nur in Deutschland, sondern wahrscheinlich in der Welt. Daß es dem Winckelmann-Museum angegliedert ist, zeugt nicht nur vom historischen Verständnis der Materie – die Geschichte des Bilderrahmens wird in dem neuen Museum bis in das klassische Altertum zurückverfolgt –, sondern auch von einer gewissen Verlegenheit: Sind Rahmen überhaupt ausstellenswert? „Verdienen" sie ein „eigenes" Museum?

Nie wäre diese sonderbare Schau von Geräten, die zu nichts anderem erfunden und gefertigt worden sind, als dazu, andere, vermeintlich wertvollere Geräte und Gegenstände zu umhüllen, zustandegekommen, ohne den Forscher-, Sammler- und Handwerkerfleiß Werner Ehlichs aus Dresden. Er hat einen Gedanken Wilhelm von Bodes aufgegriffen, der offenbar als erster in der antiken (Vor-)Geschichte des Bilderrahmens ein lohnendes Thema erkannte. Aber aus Bodes geplanter ausführlicher Rahmenkunde wurde nichts. Ehlich, der ein Bilderrahmengeschäft geerbt und auf Schiffsreisen die antiken Stätten besucht hatte, griff die Idee auf und widmete ihr ein Lebenswerk. So wurde er zu einem der „Urväter" einer neuen Wissenschaft, der antiken Bilderrahmenkunde, die inzwischen schon mit zahlreichen Publikationen ihr Daseinsrecht in der Kunstwissenschaft bekräftigt hat.

Ehlichs Entdeckung, die eigene Rahmenkunst des Altertums, beruft sich zuallererst auf pompejanische, frührömische und hellenistische Wandmalereien, auf denen, als „Bild im Bilde", Gemälde in Rahmen dargestellt sind. Die Beobachtung, für die sich vor ihm noch niemand interessiert hatte, erschien dem Laienforscher so unwahrscheinlich, daß er zuerst nicht sicher war, ob es sich bei den abgebildeten Rahmen nicht um Phantasieprodukte der Wandmaler handeln könnte. Er ging deshalb daran, mit den handwerklichen Mitteln der Antike die sonderbaren gemalten Rahmen nachzubilden – und so wurde nicht nur der praktische Nachweis der Machbarkeit erbracht, sondern es entstand auch jene kunsthandwerkliche Rahmensammlung, die nun „Museumsreife" erlangt hat.

Die seltsamsten Stammbäume und Wechselbeziehungen der antiken Rahmenkunst wurden offenbar: etwa die Ableitung des frühen „Achtendenrahmens" vom ägyptischen Bettrahmen, oder die Metamorphose von Schilden, Feldzeichen, Schränken oder ganzen Tempeln zu „Rahmen" für Kunstwerke und Bilder, die wohl zunächst keineswegs nur dem Schutz und der wirkungsvollen Darbietung der Schaugegenstände, sondern auch zu deren (kultischer?) Verhüllung dienen sollten.

Von dem mit einem Tuch verhängten Feldzeichen bis zum Klapptafelbild, das mit Türen verschlossen werden konnte, vermittelt Ehlichs Sammlung einen Eindruck von dieser „Verhüllungskunst", die das eigentliche Bildwerk wie ein Allerheiligstes verschloß – am eindrucksvollsten mit der Nachbildung einer hölzernen Grabstele aus Theben (400 v.Chr.), die das Bild eines mumifizierten Ägypters an das Ende einer Enfilade prächtiger Tempeltore hinter verschließbare Türen entrückt.

Entstanden ist, wenn man so will, ein typisch „postmodernes" Museum, ein Kabinett der Fiktionen, Gemütswerte, Rekonstruktionen, des Rollentauschs von Inhalt und Form, von Kern und Schale. Die ausführenden Künstler sind Tischler, Maler, Bildhauer, Kunstschmiede, Gießer und Vergolder des 20. Jahrhunderts, die sogar wesentlich mehr Phantasie einsetzen mußten als ihre Berufskollegen vor einigen tausend Jahren, die offensichtlich fabrikmäßig nach Vorlagen arbeiteten.

Ehlich selbst, mit nun 77 Jahren ein anerkannter Forscher in Ost und West, Autor mehrerer Fachbücher und Träger der „Leibniz-Medaille", räumt ein: „Völlig getreue Rekonstruktionen konnten leider nicht in jedem Falle erreicht werden. Sie scheiterten am Fehlen richtig ausgetrockneter und südlicher Hölzer wie Sykomore, Zeder, Zypresse und Pinie. Für andere Materialien wie Pinienwachs, echtes Gold, damalige Drogen und dergleichen wurden teilweise Ersatzstoffe verwendet."

Ohne diesen „Ersatz", ohne die zum Teil hypothetischen Rekonstruktionen, ohne das neue Museum in Stendal wäre jedoch die Kunde vom antiken Bilderrahmen vermutlich auch heute noch, was sie vor Wilhelm von Bode war: eine reine Gedankenkonstruktion.

DANKWART GURATZSCH

Monolog und Boulevard: Theaterbrief aus Paris

H2 antwortet nicht . . .

Alexandre Dumas hat jetzt mit seinem zu seinen Lebzeiten nie aufgeführten Mantel- und Degenstück „La Tour de Nesle" im Carré Silvia Montfort Einzug gehalten. Ein Ort, wie er nicht besser für dieses 1932 zum ersten Mal aufgeführte Melodram geeignet sein könnte: Ein hohes Tor, ein sich durch die Dunkelheit schlängelnder Weg führen ins Theater, das ursprünglich Schlachthof, dann Zirkus war. Man gruselt sich schön, und mit geradezu kindlicher Faszination verfolgt man dann, wie ein junger Mann nach dem anderen sein Abenteuer mit der Königin und ihren Schwestern in Tour de Nesle mit dem Leben bezahlen muß. Ein turbulenter, sehr unterhaltsamer Abend.

Wesentlich mehr geistige Anstrengung verlangt der von André Marcon vorgetragene metaphysische Monolog „Le Discours aux Animaux" von Valère Novarina im Théâtre Bouffe du Nord. Zwei Stunden lang dauert die litaneiartige Klage über die *Condition humaine*. Novarina demontiert den Satzbau völlig, Wörter werden in Analogien neu erfunden, Kommunikation mit dem Zuschauer erfolgt in erster Linie mittels akustischer Agression. Samuel Beckett läßt grüßen, wird aber bei weitem nicht erreicht.

Anspruchsvolle Theaterfreude bietet hingegen Nathalie Sarraute, die große alte Dame der französischen Literatur, mit ihrem Stück „Elle est là", präsentiert im Théâtre de la Villette im Rahmen des Festival d'Automne. Ausgangspunkt: Eine Frau, kurz S. genannt, dargestellt von Marie Casarès, hat eine Ansicht, mit der „H2" (Jean-Paul Roussilon) nicht einig geht. Unterstützung findet er bei zwei Geschlechtskollegen „H3" und „H1". Hier werden Worte zu Sätzen verknüpft, die nicht banaler sein könnten, die jeder schon einmal gesprochen oder gehört hat. Doch mittels des scheinbar ganz oberflächlichen Dialoges lotet Sarraute semantische wie existentielle Tiefen faszinierend aus. Eine Komödie, im Verlaufe derer einem das Lachen vergeht.

Jean-Claude Brialy, auch bei uns bekannt aus vielen Filmrollen, hat soeben den Direktorposten in den Bouffes Parisiens übernommen, wo Jean Marais und Jeanne Moreau einige ihrer größten Erfolge einheimsten. Einst leitete Jacques Offenbach dieses in rotem Plüsch schwelgende Theater, und ganz auf seiner Linie lag denn auch das von Brialy vorgestellte Stück „Le Nègre", verfaßt vom jungen Didier van Cauwelaert, der in Frankreich vor allem vom Fernsehen her bekannt ist. Ein reines Boulevard-Stück, gepfeffert mit Bonmots, das sich jedoch für einmal nicht im trivialen Dreiecksverhältnis mit knallenden Türen aufhält.

„Le Nègre" ist im Französischen einmal der Neger, dann aber auch, wie im Deutschen, das, was man „Ghostwriter" nennt. Und um einen solchen handelt es sich, dargestellt übrigens mit Brillanz von Brialy selbst, der in dieser Rolle alle seine Register zu ziehen vermag. Anfänglich im Hause des hohen Justizbeamten als reiner Beobachter installiert,



Tritt in die Fußstapfen Jacques Offenbachs: Jean-Claude Brialy FOTO: DPA

um dessen Biographie zu schreiben, tritt er allmählich an seine Stelle und nimmt seine Funktionen als Vater, Ehemann und Freund wahr, die jener in menschlicher Erstarrung nicht mehr auszuüben vermag.

Das ist alles sehr amüsant und zu Beginn recht witzig dargestellt, so wenn Brialy den Sohn in einen Kibbuz, die Hausangestellte in eine Music Hall und die Tochter in ein Filmstudio schickt. Leider geht der anfängliche Schwung später verloren, besonders wenn Brialy dann noch moralisierende Erläuterungen von sich gibt, die in ihrer Schwere hier nicht recht passen wollen. Aus einem frisch eingeschenkten Glas Champagner wird ein Glas abgestandener Schaumwein. Schade.

BEATRICE SCHAFFHAUSER

JOURNAL

Deutsch-italienischer Kulturaustausch

P. F. R., Bonn

Italiens Staatspräsident Cossiga, tags zuvor Ehrensenator der Universität Bonn geworden, stand gestern Pate, als im Bonner Wissenschaftszentrum ein Trägerverein „Villa Vigoni" ins Leben gerufen wurde. 1983 hatte Don Ignazio Vigoni der Bundesrepublik Deutschland ein großräumiges Villenanwesen am Comer See vermacht, mit der Auflage, daraus eine kulturelle Begegnungsstätte zu entwickeln. Um das Projekt auf eine „breite gesellschaftliche Basis" (Bundesbildungsministerin Dorothee Wilms) zu stellen, wird nicht der Staat, sondern der Trägerverein die Verantwortung für Programm und Geschäftsführung übernehmen. Wohl noch in diesem Jahr wird ihm ein gleichberechtigtes italienisches Pendant an die Seite treten. Es wird aus jedem der beiden Länder einen Präsidenten geben. Auf der deutschen Gründungsversammlung wurde der Botschafter der Bundesrepublik in Rom, Lahn, der in wenigen Tagen pensioniert wird, als erster Präsident berufen.

Wand wird Gastdirigent beim RSO Berlin

gtl. Berlin

Günter Wand wird mit Beginn der Spielzeit 88/89 ständiger Gastdirigent des Radio-Symphonie-Orchesters Berlin. Er wird jede Saison vier Programme dirigieren, dem Orchester aber auch für Tourneen zur Verfügung stehen. Den Beginn macht ein Auftritt bei den Wiener Festwochen 1988.

Glasgow ist Europäische Kulturhauptstadt 1990

He. London

Glasgow ist vom britischen Minister für die Künste, Richard Luce, zur Europäischen Kulturhauptstadt für 1990 nominiert worden. Die Ratifizierung durch die EG-Kultusminister in Brüssel am 13. November gilt als sicher, zumal Großbritannien an der Reihe ist. Athen eröffnete 1985 den Reigen, gefolgt von Florenz. Amsterdam, Berlin und Paris sind für 1987-89 nominiert. Glasgow will sein ganzjähriges Kulturfestival für 12 Millionen Mark ausrichten und rechtzeitig einen Konzertsaalkomplex fertigstellen.

Wesel erinnert an 550 Jahre St. Martin

DW. Wesel

An die Geschichte und das Wirken der Fraterherren in Wesel erinnert die Ausstellung „550 Jahre St. Martin". Sie wird bis 16. November im Städtischen Museum gezeigt. Zu sehen sind Schnitzwerke, Gemälde sowie alte Codices aus dem Besitz der Gemeinde. Im Katalog (25 Mark) wird zusätzlich die Bedeutung des Ordens für die Stadt und ihre Bewohner erläutert.

Dortmund zeigt Gemälde von Elisabeth Minke

DW. Dortmund

Ein Dutzend farbkräftiger expressiver Gemälde von Elisabeth Minke zeigt das Dortmunder Museum am Ostwall bis zum 2. November. Die 1954 in Wuppertal geborene Schülerin von Rudolf Schoofs hat u. a. Stipendien des DAAD für Paris und der Kunststiftung Baden-Württemberg erhalten. Der Katalog der Ausstellung mit ganzseitigen Farbabbildungen kostet 10 Mark.

Schriftstellerei – die brotlose Kunst

dpa, Köln

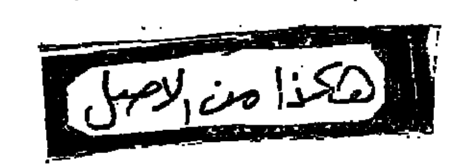
Schriftstellerei ist, zumindest für Kölner Autoren, eine brotlose Kunst. Dies hat eine vom Forschungsinstitut für Soziologie an der Kölner Universität publizierte Untersuchung ergeben. Von 149 befragten Kölner Autoren gaben drei Viertel an, daß sie weniger als 50 Prozent ihres Monatseinkommens aus der Schriftstellerei beziehen. Über die Hälfte nennt sogar weniger als zehn Prozent. Das Haupteinkommen sichern sich die Autoren durch Nebentätigkeiten. Die Hälfte der Kölner Schriftsteller hat ein Gesamteinkommen von etwas über 2 000 Mark pro Monat, den „Etablierten" stehen durhschnittlich 3 500 Mark zur Verfügung.

DAS AKTUELLE TASCHENBUCH

Dieser Hägar ist wirklich schrecklich. Die meisten, die ihn zur Hand nehmen, legen ihn schnell wieder beiseite, weil sie mit ihrem Latein am Ende sind. Aber der Goldmann Verlag scheint überzeugt zu sein, daß es noch genug Leser (und Käufer) gibt, die den alten Cäsar verstanden hätten, auch wenn er mehr als sein Berühmtes „veni, vidi, vici" äußerte. Und deshalb beschert er uns jenen miles sine timore vitiisque, genannt „Hägar terribilis". Immerhin, das kleine Latinum genügt, um diesem Unterfangen ein „bonum est" zuzuerkennen.

P. Jo.

Dik Browne: „Hägar Terribilis", Goldmann, 7,80 Mark.



Mutter und Bruder im Schlaf erschossen

Prozeß gegen 19jährigen Gymnasiasten in München

HORST DALCHOW, **München**

Kaltblütigkeit wird ihm von der Staatsanwaltschaft nachgesagt. Angeklagt, seine Mutter und seinen Bruder im Schlaf erschossen zu haben, steht der 19jährige Dieter Wildhagen seit gestern vor Gericht. Kaltblütig hatte er auch versucht, sich dem Prozeß durch Flucht zu entziehen. Er war



Dieter Wildhagen
FOTO: DPA

in der Nacht zum Sonntag gemeinsam mit fünf Komplizen aus der Justizvollzugsanstalt München-Stadelheim ausgebrochen, Stunden später in Freising aber wieder festgenommen worden.

Ohne sichtbare Erregung nahm der Münchener Gymnasiast vor der Jugendkammer des Landgerichts München I die schweren, in der Anklageschrift zusammengefaßten Beschuldigungen zur Kenntnis. Danach hat er in der Nacht zum 20. Oktober 1985 aus Habgier seine 52jährige Mutter und seinen 22jährigen Bruder in ihren Betten erschossen. Nach seinem bereits bei den Vernehmungen abgelegten Geständnis wollte Dieter Wildhagen seine Mutter töten, um deren *Zwei-Millionen-Mark-Villa* auf der Nordsee-Insel Sylt zu erben und daraus ein Hotel zu machen.

Gestern ließ der Angeklagte durch seinen Verteidiger Anton Zankl ein umfassendes Geständnis ankündigen. Danach habe er sich unmittelbar vor dem lange geplanten Mord an seiner Mutter entschlossen, auch seinen Bruder zu töten. Die Anklage richtet sich auch gegen den 21jährigen gebürtigen Zürcher Albert Koch, einen Schulfreund des Hauptangeklagten. Für seine Beteiligung an dem Verbrechen hatte ihm Dieter Wildhagen zunächst 20 000 Mark, nach Antritt des Erbes eine Eigentumswohnung im Wert von rund 200 000 Mark versprochen. Koch wußte nach Meinung der *Staatsanwaltschaft, daß Wildhagen* das Verbrechen ohne seine Hilfe nicht hätte durchführen können.

Beide Angeklagten hatten bereits im März 1983 „ein Ding gedreht": Sie waren in eine Wohnung, in der sie „eine Menge Waffen" vermuteten, eingedrungen und hatten die Mutter eines Schulkameraden nach dem Eintreffen der alarmierten Polizei als Geisel genommen. Dann gelang ihnen unerkannt die Flucht. Die beiden Männer müssen sich deshalb auch wegen schweren Raubes und Geiselnahme verantworten.

Der Prozeß ist auf eine Dauer von fünf Tagen angesetzt.

WETTER: Regen und stürmisch

Lage: *In einer starken westlichen* Höhenströmung überqueren atlantische Tiefausläufer rasch das Bundesgebiet.

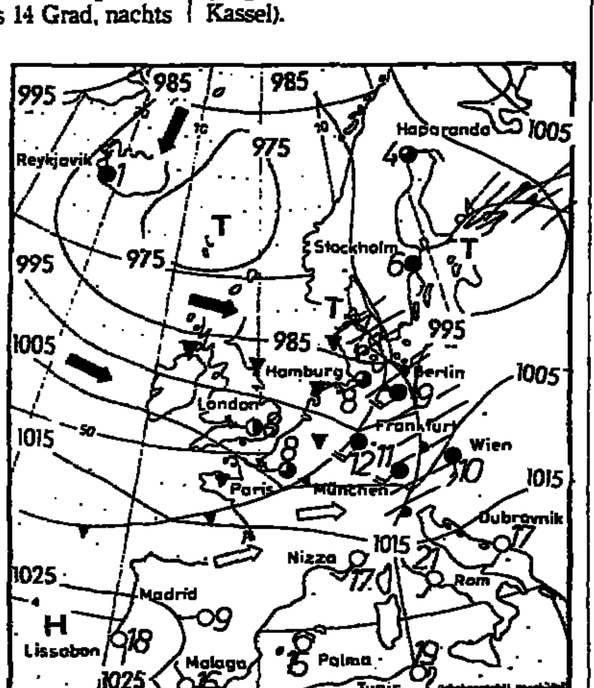
Vorhersage für Mittwoch: Im Norden und Nordwesten wechselnd bewölkt und Schauer. Sonst zunächst stark bewölkt und lang andauernder Regen, in Süddeutschland bis zum Abend, sonst von Westen her im Tagesverlauf in Schauer übergehend. Temperaturen 9 bis 14 Grad, nachts *Rückgang auf 5 bis 8 Grad. Frischer* bis starker Wind aus westlichen Richtungen mit Sturmböen, südlich der Mittelgebirge auch Gefahr von orkanartigen Böen.

Weitere Aussichten: Wechselhaft, einzelne Schauer, etwas kühler.

Sonnenaufgang am Donnerstag: 6.59 Uhr*, Untergang: 17.13 Uhr; **Mondaufgang:** 19.55 Uhr, Untergang: 13.20 Uhr (* MEZ; zentraler Ort Kassel).

Vorhersagekarte für den 22. Okt., 8 Uhr

H Hochdruckzentrum
T Tiefdruckzentrum
wolkenlos
heiter
halb bedeckt
Temperaturen in °C
Warmfront
Okklusion
Kaltfront am Boden
Kaltfront in der Höhe
Luftströmung warm
Luftströmung kalt
Isobaren



Temperaturen in Grad Celsius und Wetter vom Dienstag, 13 Uhr (MEZ):

Deutschland:											
Berlin	10	bw	Lübeck	7	bw	Faro	27	he	Ostende	10	bd
Bielefeld	10	bw	Mannheim	11	bd	Florenz	–	–	Palermo	24	he
Braunlage	5	R	München	10	bw	Genf	13	he	Paris	11	R
Bremen	11	bw	Münster	10	R	Helsinki	6	R	Peking	13	he
Dortmund	10	bw	Norderney	8	bw	Hongkong	28	he	Prag	9	bw
Dresden	9	bd	Nürnberg	10	bd	Innsbruck	13	bw	Rhodos	22	bw
Düsseldorf	10	R	Oberstdorf	10	bw	Istanbul	21	bw	Rom	23	bw
Erfurt	8	bw	Passau	9	bw	Kairo	30	he	Salzburg	10	bd
Essen	9	R	Saarbrücken	11	bw	Klagenfurt	15	he	Singapur	26	bw
Feldberg/S	0	bd	Stuttgart	10	bw	Konstanza	18	bd	Split	22	bw
Flensburg	9	bw	Trier	10	bd	Kopenhagen	10	he	Stockholm	5	bd
Frankfurt/M.	11	bw	Zugspitze	-11	bw	Korfu	21	bw	Straßburg	–	–
Freiburg	11	bw	**Ausland:**			Las Palmas	24	he	Tel Aviv	25	bw
Garmisch	11	bw	Algier	26	he	Leningrad	10	bw	Tokio	19	bw
Greifswald	10	he	Amsterdam	10	R	Lissabon	22	he	Tunis	23	he
Hamburg	10	bw	Athen	24	he	Locarno	20	he	Valencia	25	he
Hannover	10	bd	Barcelona	22	he	London	13	R	Varna	18	bd
Kahler Asten	4	bd	Belgrad	10	bw	Los Angeles	17	wl	Venedig	17	he
Kassel	10	bw	Bordeaux	18	bd	Luxemburg	9	bd	Warschau	6	Rs
Kempten	9	bw	Bozen	20	he	Madrid	20	he	Wien	12	he
Kiel	10	bw	Brüssel	9	bd	Mailand	20	he	Zürich	12	bw
Koblenz	12	bd	Budapest	13	he	Malaga	25	he			
Köln-Bonn	10	R	Bukarest	13	bd	Mallorca	25	he			
Konstanz	11	bd	Casablanca	25	he	Moskau	3	R			
Leipzig	10	bd	Dublin	10	bd	Neapel	24	he			
List/Sylt	11	bw	Dubrovnik	20	bw	New York	11	wl			
			Edinburgh	7	Rs	Nizza	25	he			
						Oslo	5	bw			

bd = bedeckt, bw = bewölkt; Gr = Graupel, Gw = Gewitter; he = heiter; iW = in Wolken; Ne = Nebel, R = Regen, Rs = Regenschauer; S = Schneefall o. Schneeschauer; Sp = Sprühregen; Sr = Schneeregen; wl = wolkenlos; – = keine Angabe

Bilanz der ersten Herbststürme / Verkehrschaos in Städten / Schäden in Millionenhöhe



Schwere Schäden: In Berlin-Charlottenburg stürzte ein 60 Meter langes Gerüst auf ein Auto FOTO: AP

Orkan forderte Menschenleben

DW. **Bonn**

„Der Herbststurm hat den Altweibersommer hinweggefegt", resümierte gestern ein Meteorologe beim Deutschen Wetterdienst in Offenbach die Großwetterlage in Europa. „Rückseitenwetter" nennen die Wet*terkundler das kühle und regenrei*che Grau nach dem ersten großen Herbststurm mit Spitzengeschwindigkeiten bis zu 170 Stundenkilometern.

Fünf Menschenleben forderte das Unwetter. In der niedersächsischen *Stadt Cloppenburg kam eine Frau* zu Tode, als sie beim Öffnen ihres Regenschirms von einer Sturmbö erfaßt und vor ein Auto geschleudert wurde. In der niederländischen Stadt Herzogenbosch wurde ein 31jähriger Mann beim Sturz von einem Dach tödlich verletzt, ein anderer starb in Den Haag, als ihn der Sturm von der Leiter fegte. In England kamen zwei Autofahrer ums Leben, als ihre Fahrzeuge von umstürzenden Bäumen getroffen wurden.

In Berlin erreichte der Wind in der Nacht zum Dienstag zeitweise Stärke *11. Die Feuerwehr hatte von zwei* Uhr bis zum Vormittag den Ausnahmezustand ausgerufen. Sie war mit 600 Mann pausenlos im Einsatz. Gegen *Mitternacht* drohte ein Zirkuszelt auf und davon zu fliegen. Die Feuerwehr konnte es in letzter Minute fester verankern. Vier Menschen mußten evakuiert werden, als die 20 Quadratmeter große Giebelwand eines Einfamilienhauses einstürzte.

Im Münsterland, auf den Höhen des Sauerlandes und im Raum Köln erreichte der Orkan zeitweise Windstärken zwischen zehn und zwölf (die WELT berichtete in einem Teil ihrer Auflage). Durch die bayerische Gemeinde Nersingen (Landkreis Neu-Ulm) wirbelte eine Windhose und demolierte etwa *30 Häuser. Die Polizei* schätzt den Schaden auf mindestens eine Million Mark. Beschädigte Strom- und Telefonleitungen legten in vielen Orten die Versorgung mit Elektrizität und die Nachrichtenverbindungen lahm.

Geschwindigkeiten von *150* Stundenkilometern erreichte der Orkan auch in der „DDR". In Neubrandenburg schleuderten Orkanböen schwere Container auf die Gleise.

Vor der Küste der Bretagne verlor ein panamaisches Frachtschiff in den bis zu neun *Meter* hohen *Wellen* Fässer mit vermutlich gefährlichem Inhalt. An den Küsten wurde Sturmflutwarnung gegeben.

Versicherer: Schäden sofort melden

gh. **Bonn**

Die ersten großen Herbststürme mit Orkanböen richteten Schäden an, die in die -zig Millionen gehen. Die Schäden sollten möglichst sofort der zuständigen Versicherung zur Bestandsaufnahme gemeldet werden. Nur so sei sichergestellt, daß später die „Ursache Sturm" nicht angezweifelt werden kann, teilte der Bundesverband Deutscher Versicherungskaufleute gestern mit.

Sturmschäden (Schäden durch Wind ab Stärke 8 auf der Beaufort-*Skala mit Geschwindigkeiten ab 70* Stundenkilometern) sind in eine Hausrat- oder Wohngebäude-Versicherung einbezogen. Für alle anderen durch Sturm entstandenen Schäden sind die Kfz-Versicherungen zuständig oder zusätzlich abgeschlossene Sturmversicherungen.

Nach Auskunft des Verbands der Sachversicherer in Köln entstehen 99 Prozent aller Sturmschäden an Gebäuden. Die Schäden sind so gut wie immer in voller Höhe gedeckt, es sei denn, daß ein Hauseigentümer umfangreiche Um- und Anbauten vorge*nommen hat und dies der Versiche*rung nicht gemeldet hat.

Drückt der Sturm eine Fensterscheibe ein und ergießt sich ein Schwall von Wasser über den Teppich, dann tritt die Hausratversicherung für den Schaden ein. Hier schließt das Sturmrisiko auch Schäden an Radio- und Fernsehantennen sowie Markisen ein, sofern dies alles vom Versicherungsnehmer allein und nicht zu gewerblichen Zwecken genutzt wird.

Voll- und Teilkasko decken Schäden, die beispielsweise durch umstürzende Bäume, *herabfallende* Äste oder Dachziegel am Fahrzeug entstehen. Hingegen sind „durch Naturgewalten verursachte Fahrfehler" und dadurch entstandene Schäden am eigenen Auto nur durch eine Vollkasko-Versicherung gedeckt, teilte die HUK mit. Im Klartext: Wer von einer Windböe geschoben sein Auto demoliert, bekommt den Schaden nur bei einer Vollkasko-Versicherung *ersetzt; die Haftpflicht tritt* ein, wenn bei dem verunglückten Manöver fremde Fahrzeuge oder andere Sachwerte beschädigt werden.

Ausbrecher flüchteten ohne fremde Hilfe

hd. **München**

Der unter dem Verdacht, sechs Insassen der Justizvollzugsanstalt München-Stadelheim zur Flucht verholfen zu haben, am Montag verhaftete 44jährige Justizbeamten ist wieder frei. Anlaß für die Verhaftung waren die Aussagen eines Häftlings, die sich inzwischen als nicht stichhaltig erwiesen haben. Oberstaatsanwalt Dieter Emmrich hatte Montag mittag angedeutet, daß es sich bei den Beschuldigungen gegen den Justizoberwachtmeister um „eine Art von Racheakt" handeln könne. Sie wurden durch die Aussage eines der wieder gefaßten Ausbrecher entkräftet, sie hätten die Nachschlüssel „ohne fremde Hilfe" gefertigt, jedoch beschlossen, einen Justizbeamten zu beschuldigen. Der Justizbeamte hatte mit Nachdruck bestritten, bei den Vorbereitungen zu der spektakulären Flucht geholfen zu haben. Nach den neuesten Erkenntnissen der Staatsanwaltschaft war für die Anfertigung von Nachschlüsseln der vorübergehende Besitz der Originale „nicht unbedingt erforderlich".

Baby mißhandelt: tot

dpa, **Münster**

Ein acht Wochen altes Baby, das wegen seines Schreiens von seinem 23jährigen Vater in Münster geschlagen worden war, ist seinen Verletzungen erlegen. Der arbeitslose Mann soll im vorigen Jahr auch seine erste Tochter *im Alter von sechs Wochen* so schwer mißhandelt haben, daß das Kind daran gestorben sei.

Eine Million Fluggäste

dpa, **Düsseldorf**

Im Monat September verzeichnete der Düsseldorfer Flughafen eine Million Fluggäste. Dieses Rekordergebnis des größten Charter-Flughafens der Bundesrepublik übertrifft den Vergleichsmonat des Vorjahres um zehn Prozent.

Mordprozeß begonnen

dpa, **Igoumenista**

Vor einem Geschworenengericht in der westgriechischen Hafenstadt Igoumenista hat gestern der Prozeß um den Mord an drei jungen deutschen Frauen auf Korfu im Mai vergangenen Jahres begonnen. Angeklagt ist ein 23jähriger Mann aus dem Dorf Jannades auf Korfu, der kurz nach der Bluttat festgenommen worden war.

Therapie bei Würstchen

AP, **Wien**

Die Stadt Wien richtete in einer Neubausiedlung mit 2470 Wohnungen einen sozialtherapeutischen Würstchenstand ein, an dem neben heißen Würstchen auch Hilfe in rechtlichen Fragen, *familiären* und finanziellen Problemen offeriert wird.

Gefährlicher „Scherz"

dpa, *Berlin*

Ein 70 Jahre alter Chemiker, der als Inhaber einer Fabrik für Scherzartikel giftiges Niespulver hergestellt hatte, wurde gestern von einer Berliner Strafkammer wegen gemeingefährlicher Vergiftung und gefährlicher Körperverletzung zu 18 Monaten Haft auf Bewährung verurteilt. Vor allem Kinder erlitten Gesundheitsschäden.

LEUTE HEUTE

Hohes Honorar

Ihre Vorlesungen über die Rolle der Frau in der ägyptischen Kultur waren gut besucht. Trotzdem brach **Jehan Sadat**, die 52jährige Witwe des ermordeten ägyptischen Präsidenten Anwar el-Sadat ihren Aufenthalt an der University of South Carolina ab. Grund: Behörden hatten verlangt, ihr



Honorar solle offengelegt werden. Es betrug übrigens umgerechnet 100 000 Mark pro Semester.

Luxus im Knast

Gestreifte Kleidung trägt zur Zeit Multimillionär und Modezar **Aldo Gucci** (81). Wegen seines Alters darf er die Haftstrafe wegen Steuerhinterziehung aber im „luxuriösen", unvergitterten Gefängnis von Eglin (Florida) absitzen, das sogar über einen Tennisplatz verfügt. Gucci wird – wo sonst – in der Gefängnisschneiderei arbeiten. Seine Zelle teilt er mit dem Modedesigner **Albert Nipon** (57).

Italiens Lkw-Fahrer zogen es vor, zu Hause zu protestieren

„Aktion Schnecke" gegen Bußgeldkatalog ein Fehlschlag

FRIEDRICH MEICHSNER, **Rom**

Nach dem Vorbild der „Operation escargot", die vor einem Jahrzehnt fast den gesamten Straßenverkehr in Frankreich zum Erliegen gebracht hatte, wollten Italiens Fuhrunternehmer und Lastwagenfahrer gestern auch auf der Apenninenhalbinsel ein Verkehrschaos provozieren. Ihre „Operation Schnecke", mit er sie aus Protest gegen ein Gesetzesdekret zur drastischen Reglementierung des Lastwagenverkehrs 350 000 T. I. R.-Lastzüge und Lkw von den Autobahnen auf die Staatsstraßen umzudirigieren beabsichtigten, erwies sich *jedoch als fast völliger Fehlschlag.*

Nirgendwo im Lande kam es bis zum Nachmittag zu ernsthaften Verkehrsstaus. Der von der Polizei vorsorglich organisierte Großeinsatz ging ins Leere, da die meisten Lastzug- und Lastwagenfahrer entweder die Autobahnen nicht verließen oder zu Hause blieben. Der für kommenden Freitag angesetzten nächsten Protestaktion dieser Art sehen Polizei und Pkw-Fahrer jetzt mit ziemlicher Gelassenheit entgegen.

Das umstrittene Gesetzesdekret der Regierung Craxi war am 3. Oktober erlassen worden. Es bedroht Verstöße gegen die Straßenverkehrsordnung für den Lastwagenverkehr, darunter auch die Überschreitung der zugelassenen Höchstgeschwindigkeiten von 60 km/h auf Landstraßen und von 80 km/h auf der Autobahn, mit *hohen Geldstrafen, in bestimmten* Fällen sogar mit der Beschlagnahme der Lastzüge.

Die Regierung hofft, damit die ständig wachsende Zahl schwerer Verkehrsunfälle zu vermindern, in die Lastzüge und Lkw verwickelt *sind. 1985 kamen bei solchen Unfäl*len 778 *Menschen ums Leben.* Fuhrunternehmer und Lkw-Fahrer bezeichnen das Dekret jedoch als ungerecht und wirtschaftlich nicht tragbar. Sie fühlen sich „kriminalisiert" und argumentieren, daß der Güterverkehr auf der Straße wesentlich teurer würde, wenn sich die kostspieligen Lastzüge, die für eine Höchstgeschwindigkeit von 130 km/h konstruiert seien, an die Geschwindigkeitsbegrenzungen halten müßten.

In die Auseinandersetzung hat sich auch der „Osservatore Romano", die *Zeitung des Vatikan, eingeschaltet.* Niemand, so hieß es in einem Kommentar, bestreite den Fuhrunternehmern das Recht, ihre Argumente geltend zu machen. Das Entscheidende seien jedoch nicht die vielleicht legitimen Interessen einer bestimmten Gruppe und auch nicht die mehr oder weniger schwerwiegenden wirtschaftlichen Folgen des Regierungsdekrets. Das Entscheidende sei der Schutz des Tag für Tag von verantwortungslosen Fahrern bedrohten menschlichen Lebens.

Urteil: Wenn das Gepäck beim Zoll verschwindet

DW. **Karlsruhe**

Wer in Länder der Dritten Welt reist, sollte bei *Reisegepäckversiche*rungen vorsichtig sein. Die Versicherung muß nicht in jedem Falle haften. Die Klausel, nach der ein Gegenstand, der bei der Gepäckaufbewahrung deponiert wurde, versichert ist, kann nicht auf die Hinterlegung bei einem Zollamt in der Dritten Welt angewendet werden. Dies entschied der Bundesgerichtshof.

Der Kläger hatte eine Reisegepäckversicherung abgeschlossen. Er unternahm im März 1981 eine Reise nach Nepal. Dabei führte er eine Videokamera und einen Video-Recorder nebst Netzteil und Ladegerät mit sich, die er kurz zuvor gekauft hatte. Beim Zollamt in Kathmandu wurde ihm die Einfuhr dieser Geräte nach Nepal nicht gestattet. Er hinterlegte sie deshalb bei dem Zollamt gegen Quittung. Als er sie bei der Rückreise *abholen wollte, wurde ihm erklärt,* die Geräte seien gestohlen worden.

Der Kläger begehrte Entschädigung. Die Versicherung erklärte, für den Schaden bestehe kein Versicherungsschutz. Landgericht und Oberlandesgericht hatten der Klage stattgegeben. Die Bundesrichter wiesen die Klage ab: Die Haftung einer Zollbehörde in einem Land der Dritten Welt für aufbewahrte Gepäckstücke sei schwer überschaubar. Das Risiko sei deshalb nur schwer kalkulierbar. (Az.: IV a Zr 232 aus 84)

ZU GUTER LETZT

„Gewöhnen Sie Ihren Hund an den Besuch Ihres Briefträgers", appelliert die Essener Post an alle Hundebesitzer (1985 schnappten in der Bundesrepublik scharfe Hundezähne 3050 Mal nach Postboten).